



Suchergebnisse: Länder

-15 – Römer bringen Weizen, Semmeln und die Breze

Land südliches des Limes * Mit der Eroberung des Landes südlich des Limes durch die römischen Legionen beginnt im Gebiet des heutigen Bayerns eine schrittweise Romanisierung. Die Römer hinterlassen zahlreiche kulturelle Spuren – darunter auch ihre Backkultur. Da sich das Land zwischen Alpen und Donau aus ihrer Sicht hervorragend als Kornkammer eignet, führen sie den Weizen in die Region ein. Aus diesem hochwertigen Getreide backen sie ihre simila. Im Althochdeutschen wird daraus semala – die Vorläuferin der heutigen Semmel. Das Wort bedeutet ursprünglich nichts anderes als „weißes Brot“. Auch das Wort Breze hat seine Wurzeln in dieser Zeit. Die Breze zählt zu den ältesten sogenannten Gebildbrotten – Backwaren, deren Form eine symbolische Bedeutung trägt. Ihre verschlungenen Arme erinnern an die vor der Brust zum Gebet gekreuzten Arme. Bereits die Römer kennen dieses Gebäck. Sie bezeichnen es als bracciatellum („Ärmchen“ oder „Armbrot“), ausgesprochen etwa braziatellum. Aus diesem lateinischen Begriff entwickelt sich im Laufe der Jahrhunderte das deutsche Wort Breze.

27. November 1095 – Urban II. ruft zum Ersten Kreuzzug auf

Clermont * Papst Urban II. wendet sich vor den Toren der Stadt an eine große Versammlung. Er ruft die Christen des Abendlandes dazu auf, ihren Glaubensbrüdern im Byzantinischen Reich gegen die Seldschuken beizustehen und als bewaffnete Pilger nach Jerusalem zu ziehen. Den Teilnehmern stellt er unter bestimmten Voraussetzungen die Vergebung ihrer Sünden in Aussicht. Der Aufruf gibt den entscheidenden Anstoß zum Ersten Kreuzzug. Spätere Chronisten berichten, die Menge antworte begeistert mit „Deus vult!“ – „Gott will es!“. Der Ausspruch wird zum Leitspruch der Kreuzzugsbewegung; der genaue Wortlaut der Rede und die unmittelbaren Reaktionen sind jedoch nicht zuverlässig überliefert.

1140 – Das umfangreiche Imperium der Tempel-Ordensritter

Paris * Die Templer besitzen ausgedehnte Ländereien in Frankreich, England, Schottland, Spanien, Portugal, Flandern, Italien, im Deutschen Reich, Ungarn und in der Levante. Geschenkt wird ihnen vor allem für die Ablösung von Sünden sowie das Seelenheil des Spenders und seiner Angehörigen. Durch Tausch, Verkauf und Erwerb optimieren die Templer die



Ertragslage ihrer Schenkungen zu wirtschaftlich lukrativen Gebilden. Da ihre Besitzungen hohe Renditen erwirtschaften, fließen dem Ritterorden daraus reichliches Einkommen zu. Viele ihrer landwirtschaftlichen Gründe haben sie verpachtet. Nur wenn sich die Ertragslage der Böden wirklich rentiert, dann bearbeiten sie diese auch in Eigenbewirtschaftung. Dafür holen sie sich eigens qualifizierte Spezialisten. In Spanien und auf den Balearen beschäftigen die Tempelherren dafür sogar geschickte Muslime. Durch ihren Kontakt zur jüdischen und islamischen Welt sind die Tempelherren recht weltoffen und für neue Wissenschaften und Ideen empfänglich geworden. Der Orden besitzt die fortschrittlichste Technologie der Zeit: im Bereich der Landwirtschaft, des Vermessungswesens, des Straßenbaus und der Schifffahrt. Die Templer veranlassen die Bewässerung des Rio-Cinca-Tales in Aragón, den Bau eines Mühlensystems an der Aude und die Einführung des vierjährigen Fruchtwechsels in der Normandie. Mit Mühlen lässt sich ebenso viel Geld verdienen wie mit dem Weinanbau in Portugal. Der Wein wird bis nach England verkauft. Auch die Templer-Schiffe bringen einen erheblichen Gewinn. Den Ordensrittern gehören eigene Häfen, Werften und Schiffe. Sie sind die Ersten in Europa, die mit einem Magnetkompass ausgestattet sind. Selbst die der europäischen weit überlegene arabische Medizin ist den Templern nicht fremd. In den Krankenhäusern des Ordens kommen moderne Prinzipien wie Hygiene und Sauberkeit zum Tragen und sogar das Wissen um die antibiotische Wirkung von bestimmten Pilzen ist vorhanden. Die Tempelherren sind also keineswegs reine Haudraufs. Neben ihren kriegerischen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten betreiben sie auch noch Geldgeschäfte. Sie sind die einzigen Christen, die aufgrund eines weiteren päpstlichen Privilegs Geld gegen Zinsen verleihen dürfen. Dadurch können sie einen gewaltigen Reichtum anhäufen. Und da, um seine Wertgegenstände aufzubewahren, nichts so sicher und unverletzlich ist wie ein gottgeweihtes Haus und nichts mehr Vertrauen erweckt als die Templer-Burgen, die von hohen Mauern geschützt, von Ritter-Mönchen verteidigt vor jedem Angriff sicher scheinen, dienen diese bald als Tresore für Kostbarkeiten von weltlichen und geistlichen Herren. Sie werden zu Depots für Wertgegenstände, Schmuck und Geld, die den Grundstock des immer noch gesuchten Tempelerschatzes bilden. Die Templer verwalten die Depots ihrer Kunden, die damit über ein laufendes Konto verfügen. Sie können Geld abheben, Zahlungen durch einen simplen Brief an den Schatzmeister entrichten und erhalten darüber hinaus drei Mal jährlich einen Kontoauszug zugeschickt. Zu jedem trogähnlichen Geldschrank gibt es, ähnlich wie bei den heutigen Bankschließfächern, zwei verschiedene Schlüssel. Je einen für den Hüter der kirchlichen Kostbarkeiten und dem Depotinhaber. Bis auf wenige Ausnahmen sind die Depots der Templer absolut sicher, da geldgierige Herrscher nur ganz selten ihre Finger nach ihnen ausstrecken. So können sich die Niederlassungen der Templer in Europa und im Nahen Osten zu Zentren des Finanzwesens entwickeln und das Pariser Ordenshaus, der Temple, zum europäischen Finanzzentrum. Der König von Frankreich vertraut beispielsweise im 13. Jahrhundert seine



Kronjuwelen der Obhut der Pariser Templer an. Die Finanzspezialisten der Tempelherren führen bald fortschrittliche Techniken im Kreditwesen und in der Buchführung ein. Sie entwickeln den bargeldlosen Zahlungsverkehr und führen den Wechselbrief und den Scheck in Europa ein. Wer also in einem Ordenshaus eine Summe einzahlt, kann sie nach Vorlage der Kassenanweisung in einer weit entfernten Komturei wieder in Empfang nehmen. Der Orden kassiert dafür lediglich Gebühren und verdient an den Zinsen. Doch wird dadurch der risikoreiche Transfer von Münzgeld fast völlig entbehrlich. Neben der einfachen Vermögensverwaltung für Dritte betreibt der Templer-Orden auch Geldleihe, wodurch er die eigenen Gelder und die ihnen durch Dritte anvertrauten Einlagen arbeiten lässt. Alle Klöster und Konvente fungieren deshalb als Leihkasse.

An Bauern verleihen die Templer kleinere Summen, damit diese einen Engpass überbrücken können, Kaufleuten geben sie größere Kredite. Als Sicherheit ziehen sie Grundbesitz heran. Gibt es bei der Rückzahlung des Kredits Probleme, dann halten sie sich an den Ländereien des Schuldners schadlos. Zwar passen die Finanzaktivitäten des Templer-Ordens nicht zu ihrer religiösen Berufung, es ist aber die allgemein den Ritterorden aufgetragene Mission, die sie auch in diesem Bereich tätig werden lassen. Auch die Johanniter, der Deutsche Orden und selbst die traditionellen Mönchsorden betätigen sich ähnlich, allerdings auf einer wesentlich niedrigeren Stufe. Um im Orient überleben zu können, muss der Templer-Orden über umfangreiche Finanzmittel verfügen und all seine Einkünfte weitestgehend in Geld verwandeln. Sie kaufen dazu auf Märkten und Messen möglichst viele Rechte und Monopole, die ihnen wiederum Einnahmen sichern. So wird zum Beispiel das ausschließliche Wiegerecht, das der Orden vom Grafen der Champagne erwirbt, sehr zu Ungunsten der dort ansässigen Bürger vereinnahmt. Von dem eingenommenen und erwirtschafteten Verdienst gehen anfangs ein Drittel an die Häuser im Orient. Später werden die Abgaben auf ein Zehntel reduziert. Aus abendländischer Sicht entsteht immer wieder der Eindruck, als hätten die Männer und Frauen aus dem Westen die Kultur in den Nahen Osten gebracht. Genau das Gegenteil ist richtig. Die arabischen Reiche sind den Christen nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Kultur weit überlegen. Dort im Osten ist das geistige Erbe der Griechen und Römer bewahrt und weiterentwickelt worden. Geniale Mathematiker und Astronomen sowie geschickte Kaufleute kommen von dort her. Die Araber haben ein Zahlensystem entwickelt: die arabischen Ziffern, die wir heute noch verwenden. Eine der wesentlichen Neuerungen besteht darin, dass es für „nichts“ ein eigenes Zeichen gibt: die Null. Diese macht das Multiplizieren und das Bruchrechnen viel einfacher und erlaubt die einprägsame Darstellung des Dezimalsystems. Und genau dieses System lernen die Christen, allen voran die Tempelherren, zur Zeit der Kreuzzüge kennen. Die arabischen Ziffern ersetzen die bisher üblichen römischen. Da die Kaufleute nun einfacher rechnen können, rechnen sie auch besser und erhalten damit ein genaueres Bild über den Verlauf ihrer Geschäfte.

14. Juni 1158 – Der Augsburger Schied - Münchens Geburtsurkunde



Augsburg - München * Ein vergilbtes Pergament im Format 34 × 44 Zentimeter gilt als die Geburtsurkunde der bayerischen Landeshauptstadt. Die von Kaiser Friedrich I. Barbarossa auf dem Reichstag in Augsburg unterzeichnete Urkunde ging als „Augsburger Schied“ in die Geschichte ein. In dem Kaiserdiplom, das als „conventio“ – also als Übereinkunft – bezeichnet wird, werden die Streitpunkte verbindlich geregelt. „Mit Zustimmung und Willen der beiden streitenden Parteien“ wird festgelegt: Der Markt, der bislang in Föhring abgehalten wurde, ebenso die Zollbrücke und die Münzstätte, werden dort künftig nicht mehr bestehen. Als Ersatz hat Herzog Heinrich der Kirche von Freising ein Drittel des Gesamteinkommens aus seinem Marktzoll zu München übertragen, sei es aus Abgaben für Salz, sei es für andere dort ein- und ausgehende Groß- und Kleinstückwaren. Bezüglich des Zöllners wird vereinbart, dass jede Partei einen eigenen einsetzen kann oder – falls gewünscht – beide gemeinsam einen bestimmen, der beiden verantwortlich ist. Ähnlich verhält es sich mit der Münze: Ein Drittel der Einkünfte erhält der Bischof, zwei Drittel stehen dem Herzog zu. Eine Münzstätte soll nach Ermessen des Herzogs errichtet werden. Zudem darf auch der Bischof von Freising eine eigene Münzstätte gründen, wenn er es wünscht. Von deren Erträgen erhält der Herzog lediglich ein Drittel, das er – unabhängig von dessen Höhe – nach dem Willen des Bischofs als Lehen weitergeben soll, wie es offenbar bereits geschehen ist. Von einem Unrecht oder gar einer Freveltat des Welfenherzogs findet sich in dieser kaiserlichen Urkunde kein Wort. Als Zeugen für die Richtigkeit des Rechtsspruchs werden vier hohe geistliche Würdenträger und vier weltliche Herrscher benannt. Doch auch wenn die Kaiserurkunde den Charakter einer gütlichen Einigung in sich trägt, so ist sie in ihrem Kern doch ein regalienrechtlicher Spruch des Kaisers. Mit diesem Kompromiss kann Kaiser Friedrich I. Barbarossa einen Interessenausgleich zwischen dem Bischof von Freising und dem baierischen Herzog erzielen und damit beide zufrieden stellen.

April 1178 – Der Kölner Fürstbischof Philipp überfällt die Stammlande Herzog Heinrichs

Sachsen * Der Kölner Fürstbischof Philipp überfällt mit einem gewaltigen Heer die Stammlande Herzog Heinrichs des Löwen. Da der Herzog zu dieser Zeit gerade einen Kriegszug gegen die Slawenfürsten unternimmt, kommen für ihn und seine Untertanen die Überfälle und Plünderungszüge des Kölner Fürstbischofs völlig überraschend.

1202 – Die Anfänge der Beginnenbewegung

München-Gruggenau * Die Münchner Seelhäuser und ihre kleinen Gemeinschaften von Seelnonnen wurzeln in den mittelalterlichen Armen- und religiösen Frauenbewegungen. Sie



stehen in enger Beziehung zur Beginnenbewegung, die weite Teile Europas erfasst. In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts verbreitet sich die Lebensform der weiblichen Beginnen und männlichen Begarden rasch in Flandern, Brabant, den nördlichen Niederlanden sowie in Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz. Ein Bericht aus dem Jahr 1241 schildert, dass ihre Zahl – besonders in Deutschland – auf „Tausende und Abertausende“ anwächst. Die Frauen verpflichten sich zu einem keuschen Leben, bestreiten ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit und führen ein zurückgezogenes, religiös geprägtes Dasein. Zu den Zentren der Beginnenbewegung im deutschen Sprachraum zählen Groß- und Bischofsstädte wie Köln, Straßburg, Mainz, Basel, Worms, Trier und Würzburg. Als soziale, wirtschaftliche und geistliche Mittelpunkte bieten sie günstige Voraussetzungen für die Entstehung solcher Gemeinschaften. Die frühesten zeitgenössischen Berichte führen in das Herzogtum Brabant und die Diözese Lüttich. Als älteste nachweisbare Niederlassung gilt das Beginnenhaus von Tirlemont im heutigen Belgien, das bereits vor 1202 besteht.

1204 – Ludmilla sichert sich das Jawort des Herzogs

Herzogtum Bayern - Bogen * Eine der Geschichten über die spätere Ehe zwischen Herzog Ludwig I. und Ludmilla erzählt von einer ebenso klugen wie wirkungsvollen List. Der etwa dreißigjährige Wittelsbacher, den man später „den Kelheimer“ nennt, wirbt um die verwitwete Gräfin von Bogen. Als amtierender Herzog gehört er zu den begehrtesten Heiratskandidaten des Landes. Ludmilla, eine gebürtige böhmische Prinzessin und Mutter dreier Söhne aus erster Ehe, verlangt jedoch ein verbindliches Eheversprechen, bevor sie sich auf ihn einlässt. Der Sage nach verbirgt sie drei Vertraute hinter einem Wandbehang, auf dem Rittergestalten zu sehen sind. Als Ludwig ihr die Ehe verspricht, fordert sie ihn auf, sein Gelöbnis auch vor diesen vermeintlich stummen Zeugen zu wiederholen. Der Herzog geht lächelnd darauf ein – und erlebt eine Überraschung. Ludolf Silvanus schildert die Szene im „Sagenkranz des Bayerisch-Böhmischen Waldes“: „Auf einem Teppich oben sah man vor einem Portal Drei Ritterbilder gewoben in ihrem Ahnensaal. Und drei von ihren Räten rief sie geschwind heran, Daß sie dahinter träten; sagt' ihnen ihren Plan. ‚Und ewige Liebe und Treue‘, rief schon der Herzog laut, ‚Gelob' ich heut' aufs neue, ihr werdet meine Braut!‘, ‚Wohlan! könnt ihr auch schwören bei jenen Rittern dort? Auch diese sollen es hören als Zeugen eures Wort.‘ Der Herzog sah die Riesen mit Lächeln an der Wand Und rief: ‚Und auch vor diesen gelob' ich's mit Mund und Hand!‘ Da rollt mit einem Male der Vorhang sich empor, Drei Ritter im blanken Stahle treten daraus hervor.“ Damit hat Ludmilla nach der Erzählung ihr Ziel erreicht: Aus dem vertraulichen Versprechen wird ein Gelöbnis vor Zeugen, dem sich der Herzog nicht mehr entziehen kann. Die Geschichte liefert eine unterhaltsame Erklärung für die Hochzeit von 1204; als gesicherter Bericht über deren Zustandekommen gilt sie jedoch nicht.



26. April 1220 – Kaiser Friedrich erklärt die Bischöfe zu selbstständigen Landesherren

Frankfurt am Main * Kaiser Friedrich II. erklärt in seiner „confoederatio cum principibus ecclesiasticis“ die Bischöfe zu selbstständigen Landesherren. Landesherren können diese aber nur in Gebieten werden, die sie vom Kaiser als Lehen erhalten haben und die nicht unter herzoglicher Herrschaft stehen.

28. März 1255 – Die erste baierische Landesteilung

München - Landshut - Freising * Bei der ersten baierischen Landesteilung werden das Herzogtum Bayern und die Pfalzgrafschaft bei Rhein aufgeteilt. Herzog Ludwig II., genannt der Strenge, erhält das Teilherzogtum Oberbayern und die Pfalzgrafschaft, Heinrich XIII. das Teilherzogtum Niederbayern. Damit werden München und Landshut zu Residenzstädten. Der Freisinger Bischof ist nun zwischen zwei Residenzen eingeklemmt. Das machte jeden weiteren Ausbau bischöflicher Herrschaft unmöglich. Außerdem kommt besonders von München immer mehr das Ansinnen, in kirchlichen Angelegenheiten mitzusprechen. Der oberbayrische Herzog will sogar selbstständig über solche innerkirchlichen Fragen bestimmen.

24. August 1307 – Clemens V. kündigt eine Untersuchung der Templervorwürfe an

Poitiers * Papst Clemens V. informiert König Philipp IV. von Frankreich über eine Untersuchung der Anschuldigungen gegen den Templerorden. Großmeister Jacques de Molay und weitere Ordensvertreter haben selbst um eine Prüfung gebeten, um die kursierenden Vorwürfe auszuräumen. Die französische Krone wartet das päpstliche Vorgehen jedoch nicht ab. Am 14. September befiehlt Philipp IV. die Festnahme der Templer und die Beschlagnahme ihrer Güter. Mit der landesweiten Verhaftungsaktion vom 13. Oktober schafft er vollendete Tatsachen.

14. September 1307 – Philipp IV. befiehlt die Verhaftung der Templer

Frankreich * König Philipp IV. ordnet in einem geheimen Schreiben die Festnahme sämtlicher Templer in seinem Königreich und die Beschlagnahme ihrer Güter an. Als Begründung dienen Anschuldigungen wegen Ketzerei, Christusverleugnung und weiterer angeblicher Vergehen. Die königlichen Amtsträger bereiten eine landesweit koordinierte Aktion vor. Am 13. Oktober 1307 setzen sie den Befehl um. Damit beginnt die offene Verfolgung des Ordens in Frankreich.



13. Oktober 1307 – Philipp IV. lässt die Templer in ganz Frankreich verhaften

Paris - Königreich Frankreich * Im Morgengrauen beginnt eine landesweit vorbereitete Verhaftungsaktion gegen den Templerorden. Königliche Amtsträger nehmen die Ordensbrüder fest, beschlagnahmen ihre Güter und stellen die Niederlassungen unter königliche Kontrolle. Auch Großmeister Jacques de Molay gerät im Pariser Temple in Gefangenschaft. Die überraschende Aktion trifft den Orden weitgehend unvorbereitet; ein organisierter bewaffneter Widerstand bleibt aus. Die Grundlage bildet ein geheimer Befehl König Philipps IV. vom 14. September 1307, dem Fest der Kreuzerhöhung. Darin ordnet er die Festnahme aller Templer seines Königreichs sowie die Sicherstellung ihres beweglichen und unbeweglichen Besitzes an. Die königlichen Amtsträger sollen die Gefangenen für ein kirchliches Verfahren festhalten. Das Schreiben schildert die angeblichen Vergehen in einer betont empörten Sprache. Den Templern wird vorgeworfen, bei ihrer Aufnahme Christus zu verleugnen, auf das Kreuz zu spucken und sich obszönen Handlungen zu unterziehen. Hinzu kommen Anschuldigungen wegen sexueller Beziehungen zwischen Ordensbrüdern. Philipp stellt diese Behauptungen als glaubwürdig übermittelte Verbrechen dar, obwohl ihre gerichtliche Prüfung noch aussteht. Mit seinem Vorgehen greift der König der bereits angekündigten päpstlichen Untersuchung vor. Der Orden untersteht unmittelbar dem Papst, weshalb Clemens V. den eigenmächtigen Zugriff als Eingriff in seine Zuständigkeit betrachtet. Am 27. Oktober protestiert er gegen die Verhaftungen, die Folter und die Einziehung des Ordensvermögens. In Paris beginnen am 19. Oktober die Verhöre der Gefangenen. Das erhaltene Verhörprotokoll erfasst die Aussagen von 138 Templern, darunter Jacques de Molay. Unter dem Druck der Haft, von Drohungen und Folter kommen zahlreiche Geständnisse zustande. Sie bilden eine wesentliche Grundlage des weiteren Verfahrens, sind jedoch keine verlässlichen Beweise für die behaupteten Praktiken. Die Verhaftungen leiten die offene Verfolgung des Templerordens in Frankreich ein. Der Orden ist damit noch nicht aufgehoben; darüber entscheidet erst Papst Clemens V. im Jahr 1312.

1310 – Die Untere Floßlande an der Isar ist erstmals belegt

München-Lehel * Die Untere Floßlande nördlich der heutigen Ludwigsbrücke wird erstmals erwähnt. Die Anlegestelle dient dem Umschlag von Holz und anderen Waren, die auf Flößen aus dem Oberland nach München gelangen. Sie gewinnt große Bedeutung für die Versorgung und den Handel der wachsenden Stadt.

1. Oktober 1310 – Ludwig IV. und Rudolf I. teilen ihren oberbaierischen Herrschaftsbereich



München - Ingolstadt * Nach anhaltenden Auseinandersetzungen vereinbaren die Brüder Ludwig IV. der Baier und Rudolf I. eine Nutzungsteilung ihres oberbaierischen Herrschaftsgebiets. Ludwig erhält den Landesteil um Ingolstadt, einen Gebietsstreifen am Lech sowie die Besitzungen um Amberg. Rudolf regiert den Landesteil um München und das Gebiet um Burglengenfeld. Damit endet vorerst die gemeinsame Regierung der Brüder. Ingolstadt gewinnt als Residenz Ludwigs an Bedeutung. Die Teilung bleibt nur bis 1313 bestehen.

7. August 1316 – Johannes XXII. besteigt den Apostolischen Stuhl in Avignon

Leyden * Der 67-jährige französische Kardinal Jacques Duèze - in deutschen Quellen auch Jakob von Cahors genannt - wird in Leyden in den Niederlanden nach einem vierzigstägigen Conclave zum Papst gewählt. Als Johannes XXII. besteigt er den Apostolischen Stuhl in Avignon. Zuvor hatte Dante die sieben italienischen Kardinäle beschworen, einen Italiener zum Papst zu wählen, der die Kurie wieder nach Rom bringen sollte. Das Ansinnen hatte jedoch gegen die 17 französischen Kardinäle keine Chance. Johannes XXII. ist der zweite in Avignon residierende Papst. Im deutschen Thronstreit nimmt Johannes XXII. lange eine abwartende Haltung ein und betrachtet den Thron des Reiches als vakant.

1319 – König Ludwig der Baier befreit das Leprosenhaus am Gasteig von Lasten

Haidhausen * König Ludwig der Baier befreit das Leprosenhaus am Gasteig von allen landesherrlichen Abgaben, Steuern sowie Diensten und übergibt ihm Grundbesitz, um die Pflege der Kranken zu gewährleisten.

10. September 1319 – Die Grafschaft auf dem Yserrain entsteht

München - Freising * König Ludwig IV. der Baier verkauft um 100 Mark Silber, was dem Wert von 24.000 Pfennigen entspricht, die Herrschaft über die Orte Ismaning, Niederföhring (heute Unterföhring), Oberföhring, Englschalking und Daglfing an das Hochstift Freising. Die Freisinger Bischöfe sind in diesem Gebiet schon begütert, weshalb es sich bei diesem Vertrag nicht um den Verkauf von Grundbesitz handelt, sondern um die Übertragung der juristischen Macht über ein Gebiet. Die Besitzverhältnisse der anderen Eigentümer bleiben durch diese Abkommen vollkommen unberührt. Fürstbischof Konrad III. der Sendlinger von Freising wird damit auf diesem 30 Kilometer langen und fünf Kilometer breiten Gebiet den Gerichtsban übertragen bekommen. Er ist damit der erste Landesherr der aus diesen Orten gebildeten Grafschaft auf



dem Yserrain, der späteren Grafschaft Ismaning. Ohne die Übertragung der hohen Gerichtsbarkeit „mit Stock und Galgen“ hätte der Bischof den Galgen nicht aufrichten, niemanden im Gefängnis festhalten, noch dazu wegen Diebstahl, Brandstiftung, Notzucht, Totschlag oder Körperverletzung aburteilen können. Mit der Übertragung des Gerichtsbanns kann der Bischof nun nicht nur über Leben und Tod urteilen, sondern er besitzt damit auch die Regierungsgewalt.

1330 – Die Münchner bauen ein Wehr in die Isar

Au * Die Münchner bauen in der Höhe der heutigen Marienklausenbrücke ein Wehr in die Isar, um damit das Flusswasser für die Festungsgräber, die Mühlen, die Floßlände und die Holztrift zur Stadt hin aufstauen zu können. Dadurch entsteht zwischen der Isar und dem Hochufer ein Streifen Trockenland - die Au.

28. Januar 1342 – Ludwig der Brandenburger erlässt den Großen Tiroler Freiheitsbrief

Tirol * Herzog Ludwig der Brandenburger, der älteste Sohn Kaiser Ludwigs des Baiern und künftiger Ehegatte der Gräfin Margarete von Tirol, erlässt den Großen Tiroler Freiheitsbrief. Darin bestätigt er den Tirolern die Rechte des Landes und verspricht ihnen, keine Steuern ohne Zustimmung der Landstände zu erheben, sowie die Regierung nur nach Rücksprache mit den Landständen zu führen. Außerdem darf er keine Ausländer - auch keine Baiern - in Dienst nehmen und Margarete nicht außer Land bringen.

1351 – Herzog Ludwig der Brandenburger teilt seine Länder

München * Herzog Ludwig der Brandenburger teilt seine Länder. Die Markgrafschaft Brandenburg“übergibt er seinen jüngeren Halbbrüdern Ludwig den Römer und Otto. Er selbst behält sich Oberbaiern. Damit reicht das baierische Herrschaftsgebiet von der Donau im Norden bis nach Trient. Seine Regierungssitze sind der Alte Hof in München und Schloss Tirol.

1385 – Es kommt zu einer großen Umsiedelungsaktion

München * Es kommt zu einer großen Umsiedelungsaktion. Die Flößer, Fischer und Färber müssen ihre Wohnstätten im später sogenannten Lehel aufgeben und in die erweiterte Stadt umziehen. Damit liegen außerhalb der Stadttore nur mehr die Mühlen, die Länden und die



Bleichen. Doch langsam füllt sich die Gegend wieder auf. Die Färbhäuser, der Lohstampf, Hammer- und Klingenschmiede, Waschhäuser liegen nun wieder vor dem Wurzer- und dem Schiffertor. Andere Werksanlagen werden bei der Stadterweiterung aus der Stadt verlegt oder entstehen im Laufe der Zeit neu. Fast alle diese Werksanlagen oder Gewerke gehören der Stadt und werden von ihr verpachtet. Zum Teil hat die Stadt die Anlagen selbst wieder von der herzoglichen Hofkammer geliehen. Damit kommen wir zur Entstehung des Namens Lehel, denn den Begriff Pacht kannte man im Mittelalter nicht. Der in dieser Zeit übliche Name hieß Leihe und das geliehene Gut war das Lehen. Die genannten Gewerke sind also Lehen, deren Bau- und Unterhaltungspflicht für Gebäude und Anlagen generell bei der Stadt liegt.

1389 – Das Sternfrauenhaus heißt jetzt offiziell Frauenhaus

München-Kreuzviertel * Das Sternfrauenhaus heißt jetzt offiziell Frauenhaus und ist in städtischen Besitz übergegangen. Denn als Frauenhaus bezeichnet man ein Bordell nur dann, wenn es sich in städtischem oder landesherrlichem Besitz befindet.

20. Juni 1407 – Der Markt Mittenwald erhält ein eigenes Wappen und Siegel

Mittenwald * Der Freisinger Fürstbischof und Landesherr über das Werdenfelser Land, Berthold von Wehingen, verleiht dem Markt Mittenwald ein eigenes Wappen und Siegel.

1449 – Mittenwald erhält zwei Jahrmärkte

Mittenwald * Der Freisinger Landesherr über das Werdenfelser Land, Bischof Johann III. Grünwalder, gewährt den Mittenwaldern die Abhaltung von zwei Jahrmärkten.

22. November 1500 – Herzog Albrecht IV. festigt das Hefe-Monopol der Brauer

München * Herzog Albrecht IV. nimmt in einer Verordnung Stellung zum Bäcker-Brauer-Streit um die Hefezubereitung. Der Landesherr spricht sich darin gegen die Herstellung der Gerben durch die Bäcker aus. Sollte man den Bäckern den Handel mit Malz gestatten, würde dem herzoglichen Brauwesen - und damit natürlich über die daraus fließenden Abgaben auch an den Herzog - „nit wenig Abbruch zugefügt“. Der Herzog festigt mit seinem Spruch das Monopol der Brauer. Um aber den Klagen der Bäcker gerecht zu werden, müssen die Brauer auf ihre Kosten



einen eigenen Keller einrichten, in denen sie ihre Hefe künftig unter der Aufsicht von Beschauern lagern sollen.

23. April 1504 – König Maximilian I. verhängt über Herzog Ruprecht die Reichsacht

Augsburg * König Maximilian I. belehnt den Münchner Herzog Albrecht IV. mit den Ländern von Herzog Georg dem Reichen und verhängt über Herzog Ruprecht von der Pfalz und seinen Anhängern die Reichsacht. Herzog Albrecht IV. und sein Sohn Herzog Wilhelm IV. verfügen über ein Heer von insgesamt 60.000 Mann. Diese setzen sich zusammen aus bayerischen und königlichen Truppen sowie der Reichstadt Nürnberg, die alleine 5.000 Mann stellt, und andere Unterstützer wie der Schwäbische Bund, Herzog Ulrich von Württemberg und Markgraf Friedrich II..

1516 – Jedermann darf für den Eigenbedarf brauen

München * Nach der Landes- und Polizeiordnung ist jedermann, und damit natürlich auch jedem Kloster, die Möglichkeit gegeben, für den privaten Bedarf zu brauen. Diese Braukonzession ist allerdings auf die eigene „Hausnotdurft“, also auf den Eigenbedarf der Klosterbrüder und des Gesindes, beschränkt. Ein öffentlicher Bierausschank ist ausdrücklich verboten.

23. April 1516 – Das gesamtbayerische Reinheitsgebot: Strenge Regeln für die Brauer

Ingolstadt * Auf dem Landtag in Ingolstadt verkünden die Herzöge Wilhelm IV. und Ludwig X. eine neue Landes- und Polizeiordnung. Die darin enthaltene Landesfreiheitserklärung bestimmt bis zur Aufhebung der landständischen Korporation im Jahr 1808 das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn. Das „Buch der gemeinen Landpolizei, Landesordnung, Satzung und Gebräuche des Fürstentums Ober- und Niederbayern“ enthält auch Vorschriften darüber, „wie das Bier im Sommer und Winter auf dem Land ausgeschenkt und gebraut werden soll“. Dieser Abschnitt wird erst im 20. Jahrhundert als Bayerisches Reinheitsgebot bezeichnet. Das gesamtbaierische Reinheitsgebot übernimmt wesentliche Vorschriften des Münchner Biergesetzes. Es regelt nicht nur die zulässigen Zutaten, sondern auch die Bierpreise und den Ausschank. In neuhochdeutscher Übersetzung lautet der betreffende Abschnitt: „Wir verordnen, setzen und wollen mit dem Rat unserer Landschaft, dass forthin überall im Fürstentum Bayern, sowohl auf dem Lande als auch in unseren Städten und Märkten, die keine besondere Ordnung dafür haben, von Michaeli bis Georgi eine Mass oder ein Kopf Bier für nicht mehr als



einen Pfennig Münchner Währung und von Georgi bis Michaeli die Mass für nicht mehr als zwei Pfennig derselben Währung, der Kopf für nicht mehr als drei Heller, bei Androhung der unten angeführten Strafe, gegeben und ausgeschenkt werden soll. Wo aber einer nicht Märzenbier, sondern anderes Bier brauen oder sonst wie haben würde, soll er es keineswegs für mehr als einen Pfennig je Mass ausschenken und verkaufen. Ganz besonders wollen wir, dass forthin überall in unseren Städten, Märkten und auf dem Lande für kein Bier mehr Zutaten als allein Gerste, Hopfen und Wasser verwendet und gebraucht werden sollen. Wer diese unsere Anordnung wissentlich übertritt und nicht einhält, dem soll von seiner Gerichtsobrigkeit zur Strafe dieses Fass Bier, sooft es vorkommt, unnachsichtlich weggenommen werden. Wo jedoch ein Gauwirt von einem Bierbrauer in unseren Städten, Märkten oder auf dem Lande einen, zwei oder drei Eimer Bier kauft und wieder an das gemeine Bauernvolk ausschenkt, soll ihm allein und sonst niemandem erlaubt sein, die Mass oder den Kopf Bier um einen Heller teurer als oben vorgeschrieben auszuschänken.“ Wie stark das Misstrauen gegenüber den Brauern bereits zu dieser Zeit ist, zeigt auch die Verpflichtung zur Eidesleistung. Der Eid soll den mit dem Bierbrauen Beauftragten verdeutlichen, wie ernst die Herzöge die Einhaltung der Vorschriften nehmen. Darüber hinaus sind die Brauer verpflichtet, Bier „nach Notdurft“, also in ausreichender Menge, herzustellen und damit den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Selbst bei hohen Rohstoffpreisen und geringen Gewinnaussichten dürfen sie die Produktion nicht eigenmächtig verringern. In der ursprünglichen Fassung des Biergesetzes wollten die Herzöge den Brauern noch erlauben, gleichzeitig Einpfennig- und Zweipfennigbier zu brauen. Dabei sollten sie jedoch jeweils nur eine der beiden Sorten ausschenken dürfen. Ein solches Maß an Vertrauen erscheint letztlich zu groß. Deshalb erhält der endgültige Gesetzestext folgende Fassung: „Es sollen auch all Bräuen eins jeden Jahrs auf einem nämlichen Tag, den die Beschauer verkünden, zu denselben Beschauern kommen und ihnen ein jeder Bräu ansagen, was Biers, zu einem oder zweien Pfennigen, er brauen will; dasselbe Bier soll er alsdann ein Jahr nächst folgend ganz ausbrauen und schenken und kein anderes.“ Für diese Regelung ist vor allem die Befürchtung ausschlaggebend, die Brauer könnten unterschiedlich teure Biere miteinander vermischen. Das Reinheitsgebot von 1516 dient somit nicht allein der Festlegung der erlaubten Zutaten. Es soll zugleich die Bierpreise begrenzen, die Versorgung der Bevölkerung sichern und Verstöße der Brauer und Wirte verhindern.

1518 – Die Grundlage für eine einheitliche Gerichtsverfassung geschaffen

München * Mit der Landes- und Polizeiordnung von 1518 und der Gerichtsordnung von 1520 wird die Grundlage für eine einheitliche Gerichtsverfassung und ein einheitliches Gerichtsverfahren geschaffen.



10. Juni 1530 – Ein Manöver mit vielen Toten und Verletzten

München - Haidhausen * Der eigentliche Höhepunkt soll aber erst rund achthundert Meter weiter kommen, etwa an der Stelle des heutigen Rosenheimer Platzes. Dort ist innerhalb von wenigen Tagen - fast nach Hollywood-Manier - eine wehrhaft aussehende Burg mit vier Türmen und Bastionen aus Holz, Leinwand und Farbe errichtet worden. Alles wirkt sehr realistisch. In der Festung warten einhundert schwerbewaffnete Männer, bis die Gäste auf der Ehrentribüne Platz genommen haben. Auf ein Zeichen Herzog Wilhelms IV. rücken die von Ramersdorf kommenden Angreifer heran und es kommt unausweichlich zur Schlacht, bei der sechzehnhundert Mann unter ohrenbetäubendem Kriegsgeschrei das Schloss stürmen. Nachdem einige an die Mauern gelehnte Sturmleiter von den Verteidigern der Burg umgestoßen worden sind und sich dabei die Angreifer und das nachdrängende Fußvolk etliche Blessuren zugezogen haben, „überkam beide Seiten eine große, unbändige Wut“, schreibt unser Zeitzeuge. Und da es sich sowohl bei der Burgbesatzung als auch bei den Angreifern um „temperamentvolle, rauflustige und keine Schmähung duldende Altbaiern“ handelt, wird aus dem zur Ergötzung des Kaisers veranstalteten Scheingefecht sehr schnell blutigster Ernst. Die Manöver-Gegner dreschen derart rabiat aufeinander ein, dass am Ende acht Tote und eine unbekannte Zahl von Männern verletzt liegen bleibt. Das wird von den Ehrengästen auf ihren Tribünen natürlich nicht bemerkt. Immerhin erhalten die Getöteten ein Begräbnis auf dem Salvatorfriedhof und deren Witwen und Waisen ein jährliches Gnadengeschenk aus der landesherrlichen Privatschatulle. Auf dem Manöverfeld schießen die Angreifer die Burg später schließlich noch in Trümmer und Fetzen. Der Chronist vermerkt: „Mit ungeheuerem Krachen entluden sich alle Geschütze auf einmal.“ Immerhin zeigt sich Kaiser Carl V. von dem Manöver und der dabei gezeigten bayerischen Kampfkraft mächtig beeindruckt.

11. Juni 1530 – Ein 70.000 Gulden teurer Prunk und Glanz für den Kaiser

München-Graggenau * Danach gibt es im Lusthaus im Hofgarten ein Menü. „Um ein Uhr nachts“, nach dem 32. Gang, gibt der Kaiser das Zeichen zum Aufbrechen. Man verlässt den Hofgarten, um anschließend am Tanz im Rathaus teilzunehmen, wo „die schönsten Frauen des Landes bis gegen vier Uhr früh morgens im Reigen sich schwangen“. Der 70.000 Gulden teure Prunk und Glanz soll beim Habsburger Kaiser den Eindruck entstehen lassen, dass bei den Wittelsbachern kein Mangel besteht. Das dazu notwendige Geld hat der Bayernherzog Wilhelm IV. ein Jahr zuvor dem Volk als Türkenkriegssteuer abgepresst.

1553 – Juden ist der Aufenthalt im Herzogtum Bayern verboten



München * Die Vertreibung aller Juden aus dem Herzogtum Bayern wird von den versammelten bayerischen Landständen in der neuen „Landesordnung“ aufgenommen. Die „Landschaft“ besteht aus Vertretern des Klerus mit Grundherrschaft, des Adels sowie der Städte und Märkte mit niederer Gerichtsbarkeit. Weil der Landtag in der Regel nur alle drei Jahre zusammenkommt, ist es für Herzog Albrecht V. die erste Gelegenheit, seinen Erlass zur Vertreibung aller Juden vom 21. Dezember 1551 gesetzlich zu verankern.

25. September 1555 – Die religiös-politischen Verhältnisse im Reich werden regelt

Augsburg * Auf dem Augsburger Reichstag wird ein Reichsgesetz verkündet, das die religiös-politischen Verhältnisse im Reich regelt und damit die Glaubensspaltung festschreibt. Im Augsburger Religionsfrieden werden lutherische Protestanten - nicht die Reformierten - den Katholiken reichsrechtlich gleichgestellt. Der Landesherr kann über die Konfession seiner Untertanen bestimmen. Andersgläubige dürfen das Land verlassen. Später wird der Grundsatz auf die griffige Formel „Cuius regio, eius religio“ [„Wessen die Herrschaft, dessen Glaube (gilt)“] gebracht.

1560 – Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung zugenommen

Europa * Die Missernten haben aufgrund der Klimaveränderung nach 1560 stark zugenommen. Der Mechanismus einer Agrarkrise lässt sich vereinfacht wie folgt darstellen: Das Ergebnis einer klima- oder unwetterbedingten Missernte ist die Verknappung der Grundnahrungsmittel, was bis ins 19. Jahrhundert hinein immer das Brotgetreide betrifft. Die unmittelbare Folge davon ist eine Teuerung, die dazu führt, dass große Teile der Bevölkerung hungern oder an Unterernährung leiden. Dieser verschlechterte Allgemeinzustand bewirkt oft das Auftreten von epidemischen Krankheiten oder eine stark erhöhte Krankheitsanfälligkeit. Dieser Zyklus dauert bis zur nächsten Ernte, also bis zum Spätsommer des folgenden Jahres. Folgt aber in der Zwischenzeit eine weitere Missernte, erhöht sich der Schaden um ein Vielfaches. Die Perioden der Teuerung treten um das Jahr 1560 häufiger auf und dauern länger. Diese Hungerkrisen betreffen große Teile Europas, weshalb neue Hexenverfolgungen beginnen und in den verschiedenen Ländern zu einer Verschärfung der Hexen-Gesetzgebung führen. Die Verfolgung der Hexen ist nicht von der konfessionellen Überzeugung der Verfolger abhängig. Auch drängen sich nach der Reformation die katholisch gebliebenen Gebiete - wie man gerne unterstellt - nicht in den Vordergrund. Im Gegenteil: In Spanien hat sich die Inquisition seit dem Jahr 1526 auf eine sehr gemäßigte Position zurückgezogen. In Italien führt eine Debatte in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts zu einem deutlichen Widerstand gegen die



Hexenverfolgungen in den oberitalienischen Alpentälern. Anders verhält es sich mit den Hexenverfolgungen in Deutschland. Hier beginnen die Protestanten achtzig Jahre später dort, wo die Katholiken in den 1480er-Jahren aufgehört haben, nämlich im deutschen Südwesten.

1561 – Philipp Apian arbeitet an der Ausarbeitung der großen „Baiernkarte“

Ingolstadt * Nach der Vermessung des Landes arbeitet Philipp Apian an der Ausarbeitung der großen „Baiernkarte“.

31. Oktober 1561 – Verfassungsrechtliche Verbesserung durch den Albertinischen Rezeß

München * Mit dem Albertinischen Rezeß kommt es zu einer weiteren verfassungsrechtlichen Verbesserung für die Stadt München. Damit werden die Müller, Kalt- bzw. Kupferschmiede und die Bierbrauer der Gerichtsbarkeit der städtischen Obrigkeit unterstellt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat dieser Personenkreis eine Sonderstellung eingenommen. Außerdem wird die vermutlich schon vorher tatsächlich ausgeübte Blutgerichtsbarkeit der Stadt durch Herzog Albrecht V. als gegeben hingenommen. Umgekehrt nimmt nun aber der Landesherr verstärkt Einfluss auf die Auswahl und die Besetzung der Stadtrichter. So muss sich der Stadtoberrichter als höchster städtischer Richter, bei seinem Amtsantritt erst den Blutbann vom Herzog übertragen lassen. Damit ist die Doppelbindung des obersten städtischen Juristen an Stadt und Herzog festgeschrieben.

25. Juli 1564 – Kaiser Ferdinand I. stirbt in Wien

Wien * Kaiser Ferdinand I. stirbt in Wien. Sein Nachfolger als Kaiser und Landesherr im Erzherzogtum Österreich wird Maximilian II., der bereits am 24. November 1562 zum römisch-deutschen König gewählt worden war.

16. November 1566 – Herzog Albrecht V. erlässt ein religiöses Mandat

München * Herzog Albrecht V. erlässt ein religiöses Mandat zur Einhaltung des sonn- und feiertäglichen Gottesdienstes, die Aufforderung zu einem gottesfürchtigen Leben und zur täglichen Verrichtung des Türkengebets. Außerdem wird den Wirten verboten, an gebotenen Fasttagen, auch Freitagen und Samstagen, Fremden und Inländern öffentlich Fleisch zu essen zu



geben.

1567 – Die Württembergische Landesordnung und das neue Hexerei-Delikt

Stuttgart * In der Württembergischen Landesordnung wird das neue Hexerei-Delikt ausformuliert: „Wo aber jemandt sich mit dem Teuffel, zu Nachtheil und Beschädigung der Menschen in Bündnuß eingelassen und damit noch niemandts Schaden gethon hette, der soll gestrafft werden nach Gelegenheit der Sach“.

1568 – Johann Tserclaes Graf von Tilly wird in Lüttich und Köln erzogen

Lüttich - Köln * Johann Tserclaes Graf von Tilly muss mit seinen Eltern die Niederlande verlassen, weil sich sein Vater an den aufrührerischen Aktivitäten der „Geusen“ beteiligt hatte. Er erhält seine Erziehung in Lüttich und Köln.

1572 – Eine neue Bettelordnung wird veröffentlicht

München * Eine neue Bettelordnung wird veröffentlicht. In ihr zeichnet neben dem Rat der Stadt erstmals auch der Landesherr verantwortlich. Unter dem Einfluss Herzog Albrechts V. wird in dem Gesetzeswerk ein absolutes Bettelverbot ausgesprochen. Wirte und allen Einwohnern war die Beherbergung nichtansässiger Bettler verboten. Den Bettelrichtern zahlt man Fangprämien und den Festgenommenen drohen schwere Strafen. Im besten Fall ihre Ausweisung, im schlimmsten Fall aber Hängen. Doch schnell wird klar, dass sich in München ein absolutes Bettelverbot und die Versorgung der Armen aus der Gemeindekasse nicht verwirklichen lassen. Die Einnahmen der Sammlungen reichen einfach nicht aus. Sondersieche, also mit ansteckenden Krankheiten Behaftete, und Blinde haben sich mit betteln zu ernähren, da sie keine Arbeit finden können. Außerdem sammeln die „Biedermänner“ das „Freitagsbrot“ nun zusätzlich am Mittwoch.

12. Oktober 1576 – Kaiser Maximilian II. stirbt überraschend auf dem Reichstag in Regensburg

Regensburg * Kaiser Maximilian II. stirbt überraschend auf dem Reichstag in Regensburg. Sein Nachfolger als Kaiser und in den österreichischen Erbländern wird sein Sohn Rudolf II.



1578 – Die Klagen über die Teuerung des Weines verstummen nicht mehr

München * Die Klagen über die Teuerung des Weines verstummen nicht mehr. Die Baierische Landesordnung vermerkt, dass immer mehr Leute bei den Bierbauern zum Essen einkehren.

1583 – Philipp Apian verliert seinen Posten an der Universität Tübingen

Tübingen * Philipp Apian verliert nach 14-jähriger Lehrtätigkeit an der Universität Tübingen seinen Posten, weil er sich weigert, den Calvinismus zu verdammen. Bis zum Ende seines Lebens widmete sich Apian der Vervollständigung seines topografischen Werkes. Zusammen mit einer Beschreibung des Landes Bayern sollte die Sammlung die Darstellung des Landes auf den Landtafeln ergänzen und vervollständigen. Philipp Apian ist über der Arbeit an Sammlung und Beschreibung verstorben.

23. Mai 1583 – Der erste deutsche Religionskrieg beginnt

Köln * Mit Unterstützung baierischer und spanischer Truppen wird in harten Kämpfen während des sogenannten Kurkölnischen oder Truchsessischen Krieges Gebhard von Waldburg-Trauchenburg aus dem Erzstift Köln und später aus dem Herzogtum Westfalen vertrieben. Es ist der erste deutsche Religionskrieg, an dem Deutschland, Frankreich, Spanien, die Niederlande und der Papst beteiligt sind. Der Krieg dauert bis zum Jahr 1588.

3. November 1584 – Der Mailänder Erzbischof Carlo Borromeo stirbt

Mailand * Der Mailänder Erzbischof Carlo Borromeo stirbt im Alter von 46 Jahren. Seine Vita zeichnet den Vertreter der Gegenreformation - in den Augen der baierischen Herzogsfamilie - geradezu für einen Kirchenpatron in der Au aus.

28. September 1589 – Hexenverfolgungen in der Grafschaft Werdenfels

Freising - Werdenfelser Land * In der zum Fürstbischof von Freising gehörenden Grafschaft Werdenfels beginnt mit der Verhaftung der 55-jährigen Ursula Klöck sowie Elsbeth Schlamp und ihre Tochter Appolonia eine große Hexenverfolgung, in deren Verlauf fünfzig Frauen und ein Mann der Hexerei beschuldigt werden. Als Landesherr des Freisinger Kirchenstaates steht



ebenfalls ein Bruder des bayerischen Herzogs Wilhelm V. an der Spitze: Fürstbischof Ernst von Freising ist zugleich Kurfürst des Fürstbistums Köln am Rhein.

10. März 1590 – Die Einstellung gegenüber den Hexenverfolgungen ändert sich

München * Dr. Johann Georg Herwarth von Hohenburg wird zum Geheimen Rat und Obristkanzler ernannt. Mit seiner Berufung ändert sich die Einstellung gegenüber den Hexenverfolgungen. Der Jurist versucht diese mit den Mitteln des geltenden Strafprozessrechts einzudämmen und bestreitet jedes Ausnahmerecht. Der Grund dafür ist, dass hier Ermittlungen, Verfolgungen und Verurteilungen wegen Hexerei und Zauberei ohne entsprechende landesherrliche Gesetze und Vorgaben eingeleitet und vollstreckt werden. Zu zahlreich sind die Übergriffe und Unregelmäßigkeiten geworden. Um den gesetzlosen Zustand zu beenden, leitet Dr. Johann Georg Herwarth von Hohenburg - noch während im bayerischen Herzogtum die Hexenprozesse in Schongau, Ingolstadt und München laufen - eine Gesetzgebung gegen das Hexenverbrechen und damit die Eindämmung der Hexenverfolgung im Herzogtum Bayern ein.

Mai 1590 – Der Hofrat erlässt die „Gemeine General Instruction“

München * Der Hofrat erlässt die „Gemeine General Instruction. Wie sich alle und jede Pfleger, Richter und Beamte [...] mit den Unholden und Hexenwerckhs verleumbden Personen in Erkennung, Einziehung und Besprachung [...] zu verhalten haben.“ Damit ist die Strafbarkeit des Hexereidelikts im bayerischen Herzogtum landesherrlich gebilligt. Die Verrechtlichung des Hexerei-Tatbestands führt zunächst aber zum Rückgang der Verfolgungen. Den zuständigen Unterbeamten erscheint die Einleitung eines Verfahrens juristisch offensichtlich zu kompliziert und risikoreich. Und nicht jeder Landrichter ist Jesuitenschüler und versteht die dahinter stehende theologische Logik. Hinzu kommen die Widersprüchlichkeiten der Hexenprozess-Ordnung und die ständig eintreffenden einschränkenden Vorgaben.

1595 – Kurfürst Ernst von Köln zieht zu seiner Mätresse

Arnsberg * Um seiner Mätresse Gertrud von Plettberg näher zu sein, zieht sich Ernst, der Kurfürst von Köln und Chef der fünf Bistümer Köln, Freising, Hildesheim, Lüttich und Münster, in seine Arnsberger Neben-Residenz zurück. Dort hat er zwischenzeitlich das Palais Landsberger Hof errichten lassen. Da Ernst in den meisten seiner Territorien nur wenig Ansehen genießt, stellt



man ihm den 17-jährigen Bayernprinz Ferdinand zur Seite. Dieser wird zum Koadjutor (= Nachfolger) seines Onkels auf dem Kölner Bischofsstuhl gewählt. Ernst zieht sich daraufhin von fast allen Regierungsgeschäften zurück, behält sich allerdings die Rechte als Kurfürst in Reichsangelegenheiten vor und übt diese auch aus. Gemeinsam mit Gertrud von Pletberg hat Bischof Ernst einen Sohn: Wilhelm Freiherr von Höllinghofen. Er wird anno 1650 zum Fürstabt der Reichsabtei Stablo-Malmedy ernannt.

15. Mai 1595 – Ein Mailänder Seidenhändler will sich in München niederlassen

München * Da die Nachfrage nach Seidenartikeln im Herzogtum Bayern unverändert hoch ist, versuchen italienische Handelsleute die Marktlücke zu schließen. Deshalb will sich der Mailänder Händler Hieronymus Peverolli in München niederlassen und „einen handelsladen von sament und seyden aufrichten“. Herzog Maximilian I. empfiehlt in einem Schreiben dem Rat der Stadt die Annahme des Gesuchs, „weil man dann die Waren soll wohlfeiler haben können, wan man nicht immer an einen handelsman gebunden ist [...]. Auch Wir hätten bei diesem vorschlag nuz und vorteil“. Der Münchner Bürgermeister informiert vor der Zusage und „zur verhütung khonftiger Irrung“ zuerst die „handlsleuth und Cramer“, die allerdings keinerlei Bedenken äußern.

1600 – Die Vorfahren des Mopses gelangen nach Europa

Niederlande * Vermutlich bringen niederländische Kaufleute um 1600 die Vorfahren des heutigen Mopses aus China nach Europa. Die kleinen Gesellschaftshunde finden Anklang an Fürstenhöfen und verbreiten sich später auch in wohlhabenden Bürgerhäusern.

13. November 1600 – Papst Clemens VIII. teilt den Karmeliter-Orden auf

Vatikan * Papst Clemens VIII. teilt den Karmeliter-Orden in zwei selbstständige Kongregationen auf. In eine Spanische, die für die Länder der spanischen Krone, also Spanien, Portugal und Mexiko, zuständig ist. Und in eine Italienische, die sich in der übrigen Welt ausbreiten soll.

1. August 1602 – Das weiße Brauwesen wie gewohnt weiterführen

Degenberg * Der Degenbergische Pfleger und Bräuerwalter Leonhard Mair wird beauftragt das



weiße Brauwesen wie bisher und mit dem selben Personal als landesherrliches Unternehmen weiterzuführen. Das ist die Geburtsstunde des wittelsbachischen Weißbierbrauwesens. Die Brauereien befinden sich in Schwarzlach, Zwiesel und Linden. Weil auch sämtliche weiteren Einnahmen der Degenberger Güter an den Herzog gehen kommt es zu einem langjährigen Rechtsstreit.

April 1608 – Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat

Regensburg * Auf dem Regensburger Reichstag kommt es zum Eklat zwischen Protestanten und Katholiken. Die katholischen Fürsten stellen einen Antrag auf Restitution aller Kirchengüter, die seit 1552 säkularisiert worden sind. Davon betroffen wären rund 500 Klöster und Konvente vor allem in Niedersachsen und Württemberg, die Erzbistümer Bremen und Magdeburg sowie 15 reichsunmittelbare Bistümer in Norddeutschland. Die protestantischen Landesstände verlassen daraufhin den Reichstag. Das Restitutionsedikt wird erst 1629 beschlossen.

12. April 1608 – Dr. Wagnereckh präsentiert sein Aberglaubens- und Hexenmandat

München * Dr. Johann Simon Wagnereckh präsentiert einen ersten Entwurf des von ihm ausgearbeiteten baierischen Aberglaubens- und Hexenmandats. Mehrere Räte kritisierten seine „übergroße Schärfe“. Zu einer Verabschiedung des Mandats kommt es nicht mehr, weil dadurch ein Machtkampf zwischen den Zelanten [= Eiferer] und den Politikern ausgebrochen ist und sich die beiden Gruppen gegenseitig blockieren.

14. Mai 1608 – Die protestantischen Stände gründen die Union

Auhausen * Aufgrund der Donauwörther Ereignisse und zunehmender Spannungen mit den Katholiken gründen protestantische Reichsstände in Auhausen an der Wörnitz im Fürstentum Ansbach die Union, ein Defensivbündnis. Durch den Beitritt weiterer Stände wächst die Zahl der Mitglieder auf insgesamt acht Fürsten, den Grafen von Oettingen und 17 Städte an. Christian I. von Anhalt-Bernburg übernimmt das Direktorium der Union, die er durch Bündnisse mit England, den Niederlanden und Schweden außenpolitisch absichert.



1612 – Die landesherrlichen Weißbier-Brauhäuser

Herzogtum Bayern * Die Zahl der landesherrlichen Weißbier-Brauhäuser ist auf neun angewachsen. Weitere neun Weißbier brauende Kommun-Brauhäuser sind dem Herzog gegenüber abgabepflichtig.

März 1612 – Das bayerische Aberglaubens- und Hexenmandat wird veröffentlicht

München * Erst jetzt ist das Herzogliche Bayerische Mandat gegen Aberglauben, Zauberei, Hexerei und andere sträfliche Teufelskünste den Beamten zugänglich gemacht. Das „Landgebot wider die Aberglauben Zauberey Hexerey und andere sträfliche Teufelskünste“ umfasst 40 Seiten und ist das umfangreichste Gesetz gegen die Hexerei, Zauberei und Aberglauben, das jemals in Mitteleuropa publiziert worden ist. Es listet 52 strafbare Formen von Aberglauben auf. Darunter beispielsweise Wahrsagen, Astrologie, Geisterbeschwörung, Ausgraben von Leichen und Alraunen, abergläubisches Schatzsuchen, Ungezieferbeschwörung, Wetter- und Bildzauber, Bannung von Geistern und Krankheiten durch Ansegnen, Missbrauch von Scharfrichterutensilien und so weiter. Ausdrücklich wird guter und schlechter Zauber gleichgesetzt. Auch harmloser Aberglaube gilt als Vorstufe zum Hexenverbrechen. Jede Form von Zauberei muss ausgerottet werden, weil sonst „Gott der Allmechtig zu billichem Zorn gegen uns Menschen bewegt und unser Landt und Leuth mit thewrunge Krieg und Pestilenz auch andern mannigfaltigen Plagen straffen und angreifen möchte“. Schließlich ist es Aufgabe der Obrigkeit, die Ehre Gottes zu retten. Als besonders tatverdächtig werden im Bereich des Aberglaubens die Schmiede auf dem Lande, die alten Weiber und die Nachrichter genannt. Erstmals wird für den Bereich des Herzogtums Bayern nun auch der Teufelspakt als Straftat ausformuliert.

23. Mai 1613 – Dr. Gottfried Sattler wird in Markt Schwaben hingerichtet

München - Markt Schwaben * Herzog Maximilian I. macht der Vorschlag, das Urteil gegen Dr. Gottfried Sattler außerhalb von München zu vollstrecken, um so ein größeres Aufsehen zu vermeiden. Dr. Gottfried Sattler wird wenig später in Markt Schwaben hingerichtet. Es ist aber nicht die willkürliche Art seiner Prozessführung, die zu seiner Verurteilung führt, sondern die „Unterschlagung und Veruntreuung“ und damit die „Schmälerung der landesherrlichen Einnahmen“. Erst nach dem Wemdinger Fiasko setzt sich beim Hofrat eine vorsichtiger Verfolgungspraxis durch. Die Außenbeamten werden jetzt sorgfältiger überwacht und voreilige Maßnahmen frühzeitiger gerügt. In der Folgezeit endeten die meisten Untersuchungen wegen



Zauberei mit strengen Verweisen.

1614 – Die Gebrüder Bettaga wollen in München eine Seidenhandlung eröffnen

München * Die Gebrüder Bettaga bitten um Aufnahme als Bürger und wollen ebenfalls eine Seidenhandlung eröffnen. Und das, obwohl „ein Verschleiß in nicht katholischen Ländern besser ist“. Sie begnügen sich jedoch nicht mit einem einfachen Geschäft, sondern errichten dazu eine Seidenspinnerei. Das Unternehmen soll „jährlich bis zu 7.000 Seelen, arme, meist junge Leuthe abrichten und erheben, welche sonst dem müßiggang und Petl nachgehen“. Die Bettegas führen das Geschäft ganze sieben Jahre.

1. Mai 1614 – Elias Pichler kredenzt erstmals das von ihm gebraute Bockbier

München-Graggenau * Braumeister Elias Pichler kredenzt in München erstmals das von ihm gebraute Bier nach original Einbecker Art, das später über ainpöckisch Bier den Namen Bockbier erhalten wird. Aufgrund der merkantilistischen wirtschaftspolitischen Grundprinzipien ist Herzog Maximilian I. - auch beim Bier - der Meinung, dass es wirtschaftlich besser ist, Fertigwaren auszuführen und allerhöchstens die Rohstoffe einzuführen, um dann am erzielten Mehrwert zu verdienen. Deshalb werden ab dem Jahr 1612, mit der Anwerbung des aus Einbeck stammenden Braumeisters Elias Pichler, auch die Lieferungen von Einbecker Bier für den Münchner Hof eingestellt. Schon zuvor ist am Münchener Herzogshof der Bedarf an dem Gerstensaft aus dem hohen deutschen (protestantischen) Norden durch den Aufschwung, den das Weiße Bier hier genommen hat, stark zurückgegangen. Das Luxusgetränk mit seinen mehr als 16 Prozent Stammwürze und über sieben Prozent Alkoholgehalt bleibt auch weiterhin ein Privileg des Landesfürsten. Herzog Maximilian I. lässt - auf nachhaltiges Drängen - zwar den „Bock“ auch an seine Landeskinder ausschenken, erklärt aber die Herstellung des Bockbieres - wie schon zuvor des Weißbieres - zum fürstlichen Regal, also zum Monopol der Landesherrschaft. Aus dem ainpöckischen Bier wird im Volksmund bald der Bock. Im Kanzleideutsch aber ist noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein vom Ainbock die Rede.

29. September 1616 – Das Landrecht stellt die Rechtseinheit in Baiern her

München * Mit dem Landrecht Herzog Maximilians I. wird die endgültige Rechtseinheit in Baiern hergestellt, die alle Rechtsgebiete umfasst. Damit ist Baiern eines der wenigen deutschsprachigen Territorien, das über eine systematisch erfasste und in allen



Rechtsangelegenheiten abgestimmte Landesgesetzgebung verfügt. Die Landes- und Polizeiordnung enthält: Eine Polizeiordnung. Das Landrecht, das einheitlich für Ober- und Niederbayern gültige Zivilrecht, das bis 1756 in Kraft bleibt. Eine Gerichtsordnung, die den ordentlichen Prozess auf der Grundlage der Gerichtsordnung von 1520 regelt. Die summarische Prozessordnung, die bis 1753 Gültigkeit hat. Sie schreibt unter anderem das Wandern der Handwerksgesellen als Grundlage für den Erwerb der Meisterschaft vor. Sie enthält eine allgemeine Fischordnung für Donau, Salzach, Isar und den Inn usw.. Sie schafft in der Malefizordnung die Strafe des Ertränkens ab.

29. September 1616 – Lockerer Umgang mit dem Reinheitsgebot

München * In der Landes- und Polizeiordnung heißt es: „Doch wann jemand ein wenig Salz, Krametbeer [= Wacholder] und ein wenig Kümmel in das Bier täte und damit kein Übermaß gebrauchte, soll er deshalb nicht gestraft werden“. Es gab viele Gründe mit pflanzlichen Zusätzen zu arbeiten und zu experimentieren. Vor allem sollte die längere Haltbarkeit des Bieres erreicht und das Sauerwerden verhindert beziehungsweise rückgängig gemacht werden. Sauerer Bier war wegen des schlechten Geschmacks nicht nur unverkäuflich, sondern bedeutete durch den Verlust der teuren Rohstoffe einen volkswirtschaftlichen Schaden.

23. Mai 1618 – Die Delinquenten werden defenestriert und landen auf dem Misthaufen

Prag * Die Ständevertreter begeben sich in das Schloss auf dem Hradschin, um die kaiserlichen Beamten zur Rede zu stellen. Es kommt zu einem heftigen Streit, in dessen Folge die Aufständischen zwei Statthalter Ferdinands samt deren Sekretär aus einem Fenster der Burg werfen. Doch die katholischen Statthalter überleben, was in der katholischen Propaganda umgehend zu einer Engels- und Marienerscheinung und damit zu einem Wunder umgedeutet wird. Weniger pathetische Stimmen sprechen von einem Misthaufen der den Sturz abgemildert hat. Doch auch einen Misthaufen hätten - nach einem freien Fall aus 18 Metern Höhe - drei Ungeübte nicht so leicht überstanden, dass sie hinterher noch in der Lage gewesen wären wegzulaufen. Die Lösung liegt wahrscheinlich an der unter dem Fenster schräg verlaufenden Wand. Durch die kleinen Fenster konnten die Delinquenten nicht mit Schwung „defenestriert“ werden und so nach unten rutschen. Die Ereignisse auf der Prager Burg stilisieren die katholischen Propagandisten zur Staatsaffäre hoch. Der Prager Fenstersturz ist die Initialzündung für den Dreißigjährigen Krieg.



31. Juli 1618 – Die böhmischen Stände erklären sich zur Wahlmonarchie

Prag * Die Böhmisches Konföderation, ein Bündnis der nicht-katholischen Stände, wird in Prag gebildet. Der König als monarchisches Oberhaupt wird weitgehend entmachtet. Die Regierungsgewalt wird in die Hände der Stände gelegt. In der Konföderationsakte erklären die böhmischen Stände sich zur „freien, ständisch verfassten Wahlmonarchie“. Die Stände der Nebenländer Mähren, Schlesien, Ober- und Niederlausitz werden denen Böhmens gleichgestellt. Sie dürfen fortan an der Königswahl teilnehmen. Der Protestantismus wird zur Staatsreligion erklärt.

1619 – Der Festungsbau verändert das Lehel und begünstigt die Entstehung von Herbergen

München-Lehel * Mit dem Bau der neuen Stadtbefestigung müssen zahlreiche Gewerbeanlagen unmittelbar vor den alten Stadtmauern weichen. Später entstehen sie nur teilweise wieder auf einem wesentlich kleineren Gelände zwischen den Befestigungswerken und der Isar. Die Hofbehörden beanspruchen auch das unbebaute Vorfeld der Bastionen und Schanzen. Ohne die städtischen Burgfriedensrechte zu berücksichtigen, vergeben sie Flächen zur Anlage von Gärten und Sommerhäusern. Adelige Grundbesitzer im damals als „auf dem Lehen“ bezeichneten Gebiet folgen diesem Beispiel: Sie überlassen Arbeitern der Stadtbleiche, der Zimmerplätze und der Lände Grundstücke zur Errichtung einfacher Unterkünfte. Dafür verlangen sie einen regelmäßigen Bodenzins sowie ein Laudemium, eine Abgabe bei Besitzwechsel. So finden zunehmend Menschen innerhalb des Münchner Burgfriedens Unterkunft, die den strengen Vermögensanforderungen des Magistrats nicht entsprechen. Besonders die gräfliche Familie Tattenbach fördert diese Ansiedlung und beansprucht um ihren Garten mit dem „Gschlößl“ sogar eine eigene Niedergerichtsbarkeit. Die kleinen Häuser werden in einzeln veräußerbare Wohneinheiten aufgeteilt. Diese „Gemächer“ oder „Herbergen“ umfassen ein oder mehrere Zimmer. Die Aufteilung ermöglicht eine intensive Nutzung der Gebäude und verschafft den Grundbesitzern Einnahmen aus Bodenzinsen und Besitzwechselabgaben.

Januar 1620 – Die Schanzarbeiten beginnen vor dem Schwabinger Tor

München-Graggenau * Die Schanzarbeiten, beginnen vor dem Schwabinger Tor und verlaufen in Richtung Kosttor. 200 Männer und 300 Frauen werden von der Stadt für die Arbeiten am Festungsbau bezahlt. Straftäter werden nicht mehr des Landes verwiesen, sondern zum Schanzbau zwangsverpflichtet, Bettler und Landstreicher aus allen Rentämtern werden dem Großbauvorhaben zugeführt. Im ersten Jahr sind etwa 2.000 auswärtige Arbeiter in München



im Ausbau der Festung beschäftigt.

4. August 1620 – Maximilian I. zieht mit seinem Liga-Heer in Linz ein

Linz * Das von Baiern geführte Heer der Katholischen Liga zieht mit Herzog Maximilian I. an der Spitze ins Schloss der Landeshauptstadt Linz ein.

1624 – Der Stadtrat lässt Bettler mit Zwangsarbeit beim Schanzenbau einsetzen

München * In einem Bericht an Kurfürst Maximilian I. betont der Stadtrat, dass er starke Bettler und Bettlerinnen in Eisen schlagen und anschließend zur Zwangsarbeit beim Schanzenbau einsetzen lässt. Mit diesen Zwangsmaßnahmen wollen die Stadt- und Landesherren den „Arbeitsscheuen“ den Teufel des Müßiggangs austreiben. Doch nach ihrer Entlassung finden die Bettler trotzdem keine Möglichkeit der Beschäftigung vor.

4. Oktober 1624 – Der Beginn der Rekatholisierung in Oberösterreich

Wien - Oberösterreich * In das von Kaiser Ferdinand II. an das Herzogtum Baiern verpfändete Oberösterreich soll eine Reformkommission die evangelisch gewordenen Untertanen wieder katholisch machen. Durch ein Patent Kaiser Ferdinands II. wird die Ausweisung aller evangelischen Schulmeister und Prediger im Lande ob der Enns verfügt. Da die freigewordenen Pfarrstellen nicht mit einheimischen Pfarrern besetzt werden können, holt man italienische Priester aus dem italienischen Teil Tirols. Diese sprechen kaum deutsch und können deshalb die Messe, wie es zuvor üblich war, nicht in der Landessprache halten.

1625 – König Christian IV. von Dänemark greift in den Krieg ein

Dänemark * König Christian IV. von Dänemark greift auf der Seite der von Frankreich, England und den Niederlanden unterstützten Protestanten in den Krieg ein. Damit wird aus dem Böhmisches-Pfälzischen Krieg der Dänisch-Niederländische Krieg.

1625 – Zur Seidenherstellung Maulbeerbäume pflanzen



München * In einem Reskript befiehlt Kurfürst Maximilian I., „in dero Fürstenthumb und landen zu deroselben wie auch der underthanen prouit [Profit], nuzen und aufnehmen mehrere Comercia und gwerschafften, auch eine von Seidenwerkh zu introducieren“. Dazu fordert er seine Verwaltungsleute auf, Rückmeldungen über bereits vorhandene Maulbeerbäume zu liefern. Seine Untertanen ermuntert er, „an allen tauglichen Orten Maulbeerbäume zu pflanzen“. Aus den Berichten geht hervor, dass der Maulbeerbaum an verschiedenen Orten in Baiern wohl bekannt ist. Dennoch sind sich die Berichterstatter nahezu einstimmig einig, dass das Klima im allgemeinen in Baiern für die Kultur des Maulbeerbaumes zu rau sein dürfte. In den Folgejahren nimmt dann - kriegsbedingt - das Interesse an der Seidenzucht stark ab. Der Dreißigjährige Krieg lässt alle weiteren Versuche scheitern.

24. Juni 1626 – Linz wird von den aufständischen Bauern belagert

Linz * Die unter baierischer Pfandschaft stehende oberösterreichische Landeshauptstadt Linz wird von aufständischen Bauern belagert und kann von ihnen trotz mehrerer Sturmangriffe nicht eingenommen werden.

6. August 1628 – Die Feuermadonna der Marianischen Männerkongregation

Köln - München-Kreuzviertel * Der Kölner Kurfürst und Erzbischof Ferdinand, ein Bruder des baierischen Kurfürsten Maximilian I., schenkt der Münchner Marianischen Männerkongregation ein Stück jener Eiche, in deren Inneren im Jahr 1609 im flandrischen Foy eine Marienfigur gefunden worden war. Der Hofbildhauer Hans Krümpel formt daraus die sogenannte „Feuermadonna“, die noch heute von der Marianischen Männerkongregation in Ehren gehalten wird.

6. Juli 1630 – Gustav II. Adolf landet mit 13.000 Mann an der Küste Pommerns

Pommern * Der schwedische König Gustav II. Adolf landet mit einem Heer von 13.000 Mann an der Küste Pommerns und greift in die kriegerischen Auseinandersetzungen des Dreißigjährigen Krieges ein. Ihm werden zwei siegreiche Schlachten genügen, um die kaiserlich-katholische Position in Norddeutschland zu zerschlagen und bis an die habsburgischen Erblande vorzudringen.



17. Mai 1632 – Die Münchner Stadtväter überreichen Gustav II. Adolf die Stadtschlüssel

München - Haidhausen * Unterwürfig überreichen die Münchner Stadtväter dem anrückenden Kriegsherrn Gustav II. Adolf am Gasteig die Stadtschlüssel. Der schwedische König zieht daraufhin in München ein, um in der Münchner Residenz Quartier zu nehmen. Sein Weg führt ihn über die Isarbrücke zum Roten Turm und weiter durch das Isartor in die Stadt. In seiner Begleitung befinden sich der „Winterkönig“ Friedrich V., Pfalzgraf August von Sulzbach, die Herzöge Bernhard und Wilhelm von Weimar sowie Johann von Holstein. Ihnen folgen drei Regimenter. Der Überlieferung nach soll Gustav Adolf von München so begeistert gewesen sein, dass er am liebsten die Residenz mit nach Schweden genommen hätte. Tatsächlich wird berichtet, er habe die Stadt – angesichts ihres vergleichsweise kargen Umlandes – mit einem „goldenen Sattel auf einem mageren Pferd“ verglichen. Seine angebliche Schwärmerei für die Residenz ist jedoch wohl eine spätere Ausschmückung. Überliefert ist vielmehr, dass ihm besonders ein Ofen gefiel und er gewünscht habe, „dass dieser Ofen zu Stockholm wäre“. Die Schweden besetzen die bayerische Haupt- und Residenzstadt. Der Historiker Siegmund Riezler schrieb dazu: „Im Übrigen aber wurde weder Eigentum noch Person angetastet.“ Ganz zutreffend ist das nicht. Wie so oft leiden vor allem die Bewohner der Vorstädte. Die Hauptarmee lagert nicht innerhalb der Stadtmauern, sondern in den Dörfern vor den Toren. Dort plündern und rauben die Soldaten, was sie finden können, und verkaufen es anschließend in der Stadt. So gelangen die Münchner zu billigsten Preisen an Waren – doch der Preis dafür wird außerhalb der Mauern bezahlt.

1634 – Herzog Victor Amadeus I. siedelt den Theatinerorden in Turin an

Turin • Herzog Victor Amadeus I. von Savoyen siedelt den Theatinerorden in Turin an. Sie übernehmen die geistliche Erziehung der Herzogskinder Henriette Adelaide, Margarete Jolande und Carl Emanuel.

12. Dezember 1637 – Angekündigte Grundsteinlegung für die Mariensäule

München * Kurfürst Maximilian I. teilt dem Münchner Rat - ohne Rücksicht auf dessen Bestimmungsrecht über den Marktplatz - selbstherrlich mit, er werde „der Heiligen Himlkönigin zu Ehrn, und ewiger gedechtnus, ein offentliches Monumentum, von einer Seulen, und darauf stehenden unnser lieben Frauen Bildtnus, mitten deß Plazs, aufrichten“. Die Arbeiten beginnen zwei Tage später. Er begründet dies mit der „unbezweifelbaren Fürbitte der Himmelskönigin und Muttergottes“, die als Patronin und Beschützerin das Land und die Stadt „von Brand und



andern feindlichen Verderben behütet und errettet“. Der Rat der Stadt, der zu dieser Entscheidung nicht herangezogen worden ist, muss dies unwidersprochen hinnehmen, obwohl die Stadt seit dem Jahr 1315 das Privileg Kaiser Ludwigs des Baiern besitzt, alleine über die Bebauung des Platzes bestimmen zu dürfen. Auf dem zentralen Platz der Bürgergemeinde München ist künftig der Landesherr mit einer persönlichen Votivgabe präsent.

10. Mai 1641 – Die Bronzeputti auf dem Säulensockel der Mariensäule werden aufgestellt

München-Graggenau * Durch einen Erlass will Kurfürst Maximilian I. sicherstellen, dass die Mariensäule „in gebierender veneration, und respect erhalten, Insonderheit alle unsauberkeiten und verunehrungen verhietet und abgestellt werden“. Die Mariensäule wird deshalb mit einem Marmorgeländer mit den vier Bronze-Laternen umgeben. Auf dem Sockel der Mariensäule kommen im gleichen Jahr vier bronzene Heldenputti zur Aufstellung, die für Maria als „ecclesia militans“ [= „die in der Welt kämpfenden Kirche“] oder als Apokalyptisches Weib für die im Kampf der Konfessionen siegreiche katholische Kirche instrumentalisiert werden. Sie stellen eine Umsetzung des Psalm 91, Vers 13 dar: „Über die Schlange und den Basilisken wirst du schreiten, und den Löwen und den Drachen wirst du zertreten.“ In nahezu allen Veröffentlichungen über die Mariensäule verkörpert der Drache den Hunger, der Löwe den Krieg, der Basilisk die Pest und die Schlange den Unglauben oder falschen Glauben. Sie sollen, so die populäre Auffassung, die großen Plagen der Zeit veranschaulichen. Nach einer anderen Definition, die dem Programm des - im Jahr 1674 ausgebrannten - Zimmers der Religion in der Residenz entspricht, steht der Drache für die Häretiker [= Ketzer], der Löwe für die Heiden, die Schlange für die Juden und der Basilisk für die Schismatiker [= Protestanten, Kirchenspalter]. Aus einem Monument der persönlichen Frömmigkeit des Kurfürsten ist durch die Hinzufügung der Heldenputti zugleich ein „Denkmal des Triumphes des katholischen Glaubens über die Übel der damaligen Zeit“ geworden. Da Maximilian I. sowohl den Tag der Denkmalsweihe als auch das Datum für die alljährliche Dankprozession auf den Jahrestag der „Schlacht am Weißen Berg“ orientiert, macht er die Mariensäule auch zu einem unübersehbaren Symbol für den bisher größten Triumph baierischer Waffen über die protestantischen Feinde. Und damit macht er aus der Mariensäule eine Siegestsäule.

20. Mai 1648 – Schutzsuche hinter den mächtigen Befestigungsanlagen

München - Haidhausen * Im letzten Jahr des Dreißigjährigen Krieges ziehen Schweden und Franzosen vom Lech her in Richtung München. Menschengruppen aus allen Landesteilen suchen Schutz hinter den mächtigen Befestigungsanlagen der Stadt. Aus Angst, dass Krankheiten



ausbrechen könnten, werden 2.934 Menschen mit einem „geringen Almosen“ aus der Stadt gewiesen. Auf Haidhausen treffen insgesamt 418 Personen, darunter 89 Familien mit 99 Frauen und 230 Kindern.

14. Mai 1650 – Kurprinz Ferdinand Maria soll Henriette Adelaide von Savoyen heiraten

München - Turin • Entgegen dem ursprünglichen Ansinnen der savoyischen Herzogin Christine Marie, den baierischen Kurprinzen Ferdinand Maria mit der ein Jahr älteren Margarete Jolande zu verheiraten, einigte man sich schließlich auf den baierischen Vorschlag, die gleichaltrige, hübschere, intelligentere Henriette Adelaide zu nehmen. An diesem 14. Mai 1650 wird gleichzeitig in München und Turin der Ehevertrag unterzeichnet. Er enthält die Zusage einer Mitgift von 200.000 Goldscudi, die bis zum Jahr 1669 in Raten abbezahlt werden soll.

14. Mai 1650 – Kurprinz Ferdinand Maria soll Henriette Adelaide von Savoyen heiraten

München - Turin • Entgegen dem ursprünglichen Ansinnen der savoyischen Herzogin Christine Marie, den baierischen Kurprinzen Ferdinand Maria mit der ein Jahr älteren Margarete Jolande zu verheiraten, einigte man sich schließlich auf den baierischen Vorschlag, die gleichaltrige, hübschere, intelligentere Henriette Adelaide zu nehmen. An diesem 14. Mai 1650 wird gleichzeitig in München und Turin der Ehevertrag unterzeichnet. Er enthält die Zusage einer Mitgift von 200.000 Goldscudi, die bis zum Jahr 1669 in Raten abbezahlt werden soll.

14. Mai 1650 – Kurprinz Ferdinand Maria soll Henriette Adelaide von Savoyen heiraten

München - Turin • Entgegen dem ursprünglichen Ansinnen der savoyischen Herzogin Christine Marie, den baierischen Kurprinzen Ferdinand Maria mit der ein Jahr älteren Margarete Jolande zu verheiraten, einigte man sich schließlich auf den baierischen Vorschlag, die gleichaltrige, hübschere, intelligentere Henriette Adelaide zu nehmen. An diesem 14. Mai 1650 wird gleichzeitig in München und Turin der Ehevertrag unterzeichnet. Er enthält die Zusage einer Mitgift von 200.000 Goldscudi, die bis zum Jahr 1669 in Raten abbezahlt werden soll.

20. Januar 1663 – Beginn des Immerwährenden Reichstags in Regensburg

Regensburg * Der Reichstag trifft im Regensburger Rathaus zusammen, um über die durch die



Türken heraufbeschworene Gefahr an der Ostgrenze des Reiches zu beraten. Kaiser Leopold I. benötigt Geld für die bevorstehende Verteidigung des Landes. Daneben geht es um den schon länger schwelenden Streit um die Ausarbeitung einer Wahlkapitulation und die Königswahl. Bei den Auseinandersetzungen um die Wahlkapitulation geht es um das Recht, Gesetze zu erlassen und um deren Inhalte. Außerdem soll sich der Reichstag mit den liegengebliebenen Problemen des Dreißigjährigen Krieges befassen. Der Reichstag wird sich bis Februar 1803 nicht mehr auflösen und geht als Immerwährender Reichstag in die Geschichte ein. Regensburg wird damit zum Sitz von etwa 70 Komitialgesandtschaften ausländischer Staaten. Dies auch deshalb, weil seit der Umwandlung des Reichstags in den Immerwährenden Reichstag die Landesfürsten kaum noch selbst teilnehmen, sondern sich durch Gesandte vertreten lassen.

1. April 1664 – Die Arbeiten an den Nymphenburger Schwaiggebäuden beginnen

Nymphenburg • In Nymphenburg wird das Gelände für die neuen Schwaiggebäude ausgesteckt. Kurfürstin Henriette Adelaide hat dem phantasievollen und begabten Barockarchitekten Agostino Barelli den Auftrag für den Plan der neuen Sommervilla in den Herrschaften Menzin und Kemnertin übergeben. Der Architekt hat zuvor schon die Planungen für die Theatinerkirche ausgeführt.

4. Mai 1664 – Der heilige Josef wird zum Patron des Baiernlandes ernannt

München-Kreuzviertel * Kurfürst Ferdinand Maria ernennt den Heiligen Josef in der Karmelitenkirche zum Patron des Baiernlandes.

1667 – Vom Garten zur Geldstiftung

Au * Die Paulaner haben den Neudecker Garten noch kein Jahr, da stellen sie fest, dass die Unterhaltskosten die dafür ausgesetzte Summe von 500 Gulden weit übersteigen und bitten den Landesherren Ferdinand Maria deshalb, er möge ihnen den Betrag zur besseren Unterhaltung der Kirche und des Klosters überschreiben. Diesem Begehren wird stattgegeben. Damit verlieren die Paulaner jeden Anspruch auf den Garten - sind aber 10.000 Gulden reicher.

1668 – Der Kleinwirt spendiert ein Grundstück für die neue Wolfgang-Kapelle



Haidhausen * Der Kleinwirt von Haidhausen, Georg Pockmayer, übergibt Kurfürst Ferdinand Maria ein Grundstück neben seinem Haus, auf dem der Landesherr die neue Wolfgangskapelle errichten will. Das alte, aus Holz erbaute Kircherl ist im Laufe der Jahre baufällig geworden. Auf „unterthänigstes anhalten etlicher gewißer persohnen, welche auß Irer zu den heyligen Wolfgang tragenden Devotion, dessen im Dorff Haidhausen stehende vnd Paufellige kleine Capelle zu reparieren vnd zu erweitern vorhabens“. Nun erteilt Kurfürst Ferdinand Maria die Genehmigung zum Neubau und bewilligt darüber hinaus fünfhundert Gulden. Und unser Kleinwirt war eben nicht nur ein frommer Mann, sondern auch ein cleverer Geschäftsmann. Kein Wunder, dass nach dieser sozialen Tat das Schankrecht für Braunbier nicht mehr lange auf sich warten lässt.

1669 – Kaffee wird in Porzellanschalen gereicht

Versailles * Soliman Aga, der Abgesandte des türkischen Sultans Mohammed IV., stattet dem Hof des französischen Königs Ludwig XIV. einen Besuch ab. Dabei bietet er den Gästen ein exotisches Heißgetränk in Form einer Tasse Kaffee an. Das ist an und für sich noch nichts Besonderes. Das Außergewöhnliche daran ist, dass das anregende Getränk in Porzellanschalen gereicht wird. Der französische Hof ist von den zum Genuss verwendeten Gefäßen derart begeistert, dass in der französischen Landeszentrale eine neue Modeerscheinung - „à la turque“ - geboren wird, die von hier aus ihren Siegeszug durch ganz Westeuropa antreten soll.

1. Januar 1669 – Die Churbaierische Seidencompagnie nimmt ihre Tätigkeit auf

München * Die Churbaierische Seidencompagnie nimmt endlich ihre Tätigkeit auf. Der in Venedig geborene und dort lebende Holländer Lucca van Uffele wird zum Fabrikdirektor erkoren. Er besitzt wertvolle Beziehungen zur venezianischen Seidenindustrie und bekommt schon deshalb den Titel eines Directore Complimentario und Scriptuali Generali übertragen. In seinen umfangreichen Conditiones heißt es unter anderem: „Van Uffele ist schuldig, der Seidenkompagnie alle nötige Seide von auswärts zu bestellen und auf sein Risiko nach München liefern zu lassen“. Darüber hinaus wird er verpflichtet, „so oft eine gefertigte Quantität vorhanden ist, sie gegen Bargeld zu verschleißen“. Liegt der Gewinn unter acht Prozent, hat van Uffele den Schaden zu tragen. Überhaupt ist der Venezianer verpflichtet worden, die Einlagen pro Jahr mit fünf Prozent zu verzinsen. Außerdem soll er die maestranzen [= Meister] aus Italien holen und „eine Anzahl von 2.000 Personen hierländische Arbeitsleuth unterrichten lassen“.



1. Februar 1669 – Das Auer Seidenhaus entsteht

Au * Als Bauplatz für das Auer Seidenhaus hat Direktor van Uffele das Gelände an der Stelle der späteren Wagnerbrauerei auserkoren. Eine Abbildung des Seidenhauses ist leider nicht überliefert. Die auf dem Kupferstich von Michael Wening gezeigte Fabricca in der Au entstand zwar aus der Seidenfabrik, wurde aber erst später im großen Stil um- und neu gebaut.

15. Januar 1682 – Bündnisverhandlungen wegen der Türkengefahr

München - Wien * Kurfürst Max Emanuel erklärt dem kaiserlichen Gesandten in München seine Bereitschaft zu Bündnisverhandlungen. Nicht verkennen darf man dabei freilich, dass dies auch im elementaren Interesse Baierns war, schließlich trennten nur die Länder des Hauses Habsburg damals das kleine Kurfürstentum vom Machtbereich der gefürchteten Türken.

1683 – Kölns Kurfürst Maximilian Heinrich wird Landesherr von Münster

Münster * Der Kölner Kurfürst Maximilian Heinrich, Herr über die drei Bistümer Köln, Lüttich und Hildesheim, wird mit Hilfe hoher Bestechungsgelder noch zum Bischof von Münster gewählt. Doch Papst Innozenz XI. erkennt die Wahl aufgrund der Vorfälle nicht an, sodass Maximilian nur Landesherr, nicht aber Bischof ist.

3. Mai 1683 – Großwesir Kara Mustafa vor Belgrad

Belgrad * Großwesir Kara Mustapha stößt an der Spitze seines fast 250.000 Mann starken osmanischen Heeres bis Belgrad vor. Er will über das seit Jahren zwischen Türken und Habsburgern umstrittene Ungarn in die österreichischen Erblände eindringen.

23. November 1683 – Das Haidhauser Schloss kommt zu ersten Würden

Haidhausen * Zu ersten Würden kommt das von Freiherr Franz Pongraz von Leiblfing errichtete Haidhauser Schloss, nachdem Kurfürst Max Emanuel als Türkenbefreier aus Wien zurückkehrt. Adelige, Hofbedienstete und einflussreiche Münchner Bürger haben sich auf dem Anger vor dem Landgut - auf dem heutigen Johannisplatz - versammelt, um ihrem Helden einen feierlichen Empfang zu bereiten. Leiblfing darf den Kurfürsten in seinem prächtig geschmücktem



Schlösschen noch bewirteten, bevor sich der Triumphzug - zur weiteren Huldigung - in Richtung München in Bewegung setzt. Der Freiherr versteht es natürlich, aus diesem Umstand seinen Nutzen zu ziehen. Da „sein armes Haus und Garten“ so glücklich gewesen sei, den Kurfürsten bei seiner Rückkehr „so freundlich und frohlockend zu empfangen“, wendet sich Franz Pongraz von Leiblfing an den Landesherrn, damit der dieses zum adeligen Sitz erheben und ihm die dem Hofkastenamt zinsbaren 44 Untertanen in der Schwaig mitsamt der Jurisdiktion abtreten soll. Die dort zinspflichtigen Haus- und Herbergenbesitzer haben jährlich 11 Gulden und 32 Kreuzer zu versteuern. Mit der Bitte des Freiherrn Franz Pongraz von Leiblfing ist jedoch die Abtrennung der Schwaige von Haidhausen und damit vom Bezirk des Gerichts ob der Au verbunden. Dies führt zwangsläufig zu verwaltungstechnischen Problemen, da der Gerichtsbezirk erst im Mai 1610 aufgrund seiner besonderen Sozialstruktur geschaffen worden ist.

18. August 1684 – Franz Pongraz von Leiblfings Haus wird zum Adelssitz

Haidhausen * Kurfürst Max Emanuel erfüllt die Bitte des Freiherrn Franz Pongraz von Leiblfing in einem Gnadenbrief und erhebt „sein in Haidhausen habentes Haus“ zu einem „der Landtafel einverleibten adeligen Sitz“. Gleichzeitig überlässt der Kurfürst dem Freiherrn die „Vogtei und Niedergerichtsbarkeit über Haus und Garten des Wirtes Georg Krünner und über 43 namentlich aufgeführte Untertanen“, die bislang dem Hofkastenamt unterstanden. Lediglich das Jagdscharwerk behält sich der Landesherr auch weiterhin vor. Der bayerische Kurfürst begründet diesen Schritt mit der „In Ansehung seiner - also Leiblfings - langjährigen und ersprießlichen guten Dienste“.

9. September 1685 – Empfang für das Kurfürsten-Paar in Haidhausen

Haidhausen * „Nachmittags um drei Uhr hatten sich auf dem Anger vor dem Besitztum des Grafen Leiblfing die Kavaliers mit Kutschen und Handpferden versammelt. Auch die kurfürstliche Leibgarde zu Pferd und eine Kompanie der Bürgerschaft zu Pferde waren angetreten.“ Das Kurfürsten-Paar Max Emanuel und Maria Antonia werden am Haidhauser Schlossanger von den dort versammelten Anwesenden feierlich empfangen. Nach einer ausführlichen Huldigung des jungen Ehepaares erfolgte schließlich der triumphale Einzug in die nahe Residenzstadt München. Für die erwiesene Gastfreundschaft wird Kurfürst Max Emanuel dem Haidhauser Schlossbesitzer wieder ein kleines Stück entgegenkommen. Der Landesherr akzeptiert zwar die von seiner Hofkammer gemachten Einschränkungen, wonach Haidhausen nicht zur geschlossenen Hofmark ernannt werden darf, weil dort auch andere die Jurisdiktion ausüben, nämlich: das Leprosenhaus am Gasteig über den Kotterhof, Graf Preysing, die Ridler und



die Jesuiten über ihre Gartengüter sowie der Kurfürst selbst über das Brunnhaus und den Jäger im Brunntal. Außerdem, so die Hofkammer weiter, darf der Kurfürst die Jurisdiktion für eine so große Ortschaft nahe der Landeshauptstadt nie vergeben, da er sich sonst bei auftretenden Unregelmäßigkeiten zuerst an den Hofmarkherren wenden muss, statt sofort selbst einzuschreiten. Dies könnte besonders beim Ausbrechen der Pest oder bei der unerwünschten Ansiedelung von Bettlern und vagierendem Gesindel nötig sein.

9. Oktober 1685 – Kurfürst Max Emanuel zieht mit Maria Antonia in München ein

München * Kurfürst Max Emanuel zieht mit der neuen baierischen Landesherrin Maria Antonia in München ein.

18. Juni 1690 – Bischof Joseph Clemens zieht in Freising ein

Freising * Fürstbischof und Kurfürst Joseph Clemens bricht um „halb ein Uhr mit drei Flößen unter Pauken und Trompetenschall“ von der Münchner Floßlande auf, um um halb sechs Uhr in Freising anzukommen, wo ihn Deputierte des Domkapitels in einem eigens errichteten Zeltlager vor der Stadt begrüßen. Anschließend formiert sich ein Festzug, in dem „Ihro kurfürstliche Durchlaucht von Köln, unser gnädigster Herr“ in der blausamtenen, mit Gold reich verzierten Leibkutsche - begleitet von zwei kleinen, getauften Türken - sitzt und mit großem Gefolge zum Domberg zieht. Kein anderer Freisinger Fürstbischof leistet sich einen solchen Aufwand für die feierliche Gestaltung der Einnehmung von Freising.

12. Dezember 1691 – Max Emanuel wird Generalstatthalter der Spanischen Niederlande

Madrid - Brüssel * Baierns Kurfürst Max Emanuel wird durch Spaniens König Carl II. zum Generalstatthalter der Spanischen Niederlande ernannt.

5. März 1692 – Max Emanuel macht sich auf den Weg in die Spanischen Niederlande

München - Brüssel * Max Emanuel macht sich - ohne seine schwangerne Ehefrau Maria Antonia - auf den Weg von München in die Spanischen Niederlande.

24. Dezember 1692 – Kurfürstin Maria Antonia stirbt in Wien



Wien - Brüssel * Baierns Kurfürstin Maria Antonia stirbt in Wien. Kurfürst Max Emanuel, ihr Ehemann und Gouverneur der Spanischen Niederlande, nimmt die Todesnachricht in Brüssel gelassen und ungerührt entgegen. An den Begräbnisfeierlichkeiten im weit entfernten Wien nimmt er natürlich nicht teil.

1694 – Max Emanuels Mätresse Agnès Françoise Le Louchier

Brüssel * Agnès Françoise Le Louchier wird die Geliebte des bayerischen Kurfürsten, als dieser das Amt des Statthalters der Spanischen Niederlande ausübt. Sie gilt als seine wichtigste Mätresse von 1694 bis 1717. Sie muss eine Scheinehe mit dem Offizier Ferdinand von Arco eingehen.

1. Februar 1694 – Der Lütticher Fürstbischof stirbt völlig unerwartet

Lüttich * Der Lütticher Fürstbischof Johann Ludwig von Elderen stirbt völlig unerwartet. Baierns Kurfürst Max Emanuel, der zu diesem Zeitpunkt Generalstatthalter der Spanischen Niederlande ist, fordert seinen Bruder Joseph Clemens auf, unter Hintansetzung „aller gemächlichkeit, auch etwa sonst vorzustellen habender anderwertigen erinderungen“ sofort nach Lüttich aufzubrechen, um dort persönlich in den Wahlkampf einzugreifen.

17. Mai 1695 – Max Emanuels illegitimes Kind

Brüssel * Agnès Françoise Le Louchier bringt einen Sohn zur Welt. Maximilien Emmanuel François Joseph, der spätere Comte de Bavière, ist der illegitime Sohn von Kurfürst Max Emanuel. Seine Halbbrüder sind die späteren bayerischen und kölnischen Kurfürsten. Als Wappen führte der junge Comte das des Hauses Wittelsbach, allerdings versehen mit dem sogenannten Bastardbalken.

11. November 1698 – König Carl II. von Spanien ernennt Joseph Ferdinand zum Alleinerben

Madrid * König Carl II. von Spanien ernennt den sechsjährigen bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand zum „Prinzen von Asturien“ und damit zum alleinigen Erben der spanischen Monarchie. Nun gibt sich der bayerische Kurfürst Max Emanuel, der inzwischen Therese Kunigunde, die Tochter seines ehemaligen Waffengefährten, des polnischen Königs Johann III.



Sobieski, geheiratet und im Mai 1698 seinen Sohn nach Brüssel hat bringen lassen, zu weiteren hochfliegenden Zukunftsträumen hin. Wenn er großzügig den Besitz des Gesamthauses Wittelsbach zusammen zählt, dann sind die großen europäischen Dynastien überflügelt: Baiern, Spanien, beide Indien, Niederlande, Mailand, Neapel, Sizilien in einer Hand - Schweden, Kurpfalz, Jülich und Berg, Neuburg, Köln, Lüttich und Berchtesgaden sind von Verwandten besetzt. Das Testament des spanischen Königs stößt aber auf den Widerstand von Frankreich und Österreich. Damit kann die politische Zukunft für den Thronfolger keineswegs als gesichert angesehen werden.

August 1700 – Grundsteinlegung für die Wallfahrtskirche Maria Hilf

Freystadt * In Gegenwart des Landesherrn Ferdinand Lorenz Franz Xaver Graf von Tilly wird der Grundstein für die neue Wallfahrtskirche Maria Hilf gelegt. Der italienischstämmige kurbaierische Hofbaumeister Giovanni Antonio Viscardi entwirft einen monumentalen barocken Zentralbau mit großer Kuppel und vier Ecktürmen. Der Neubau ersetzt eine kleinere Wallfahrtskirche, die dem wachsenden Zustrom der Pilger nicht mehr genügt und wegen ihres feuchten Baugrunds bereits Schäden aufweist. An der späteren Ausstattung wirken unter anderem Hans Georg Asam, seine Söhne Cosmas Damian und Egid Quirin sowie der Stuckateur Pietro Francesco Appiani mit. Die feierliche Weihe der Kirche erfolgt 1710.

17. August 1700 – Clemens August von Baiern wird in Brüssel geboren

Brüssel * Clemens August Maria Hyazinth von Baiern kommt als vierter Sohn des bayerischen Kurfürsten Max Emanuel und seiner zweiten Gemahlin Therese Kunigunde von Polen zur Welt. Die Familie hält sich in Brüssel auf, weil Max Emanuel als Generalstatthalter der Spanischen Niederlande amtiert. Für den nachgeborenen Wittelsbacher ist eine geistliche Laufbahn vorgesehen. Clemens August wird 1723 Erzbischof und Kurfürst von Köln. Zeitweise vereinigt er außerdem die Fürstbistümer Münster, Paderborn, Hildesheim und Osnabrück in seiner Hand und steigt 1732 zum Hochmeister des Deutschen Ordens auf. Wegen seiner fünf gleichzeitig regierten Bistümer wird er später als „Monsieur des cinq églises“ - „Herr der fünf Kirchen“ – bezeichnet.

2. November 1700 – Die spanische Erbfolge bringt Max Emanuel in Bedrängnis

Brüssel - München * Nach dem Tod Carls II. und der Bekanntgabe seines Testaments befindet sich der bayerische Kurfürst Max Emanuel in einer schwierigen Lage. Der zum spanischen König



bestimmte Philipp von Anjou ist zwar sein Neffe, wird aber von Kaiser Leopold I. und anderen europäischen Mächten nicht als rechtmäßiger Erbe anerkannt. Als Generalstatthalter der Spanischen Niederlande muss Max Emanuel entscheiden, ob er dem neuen bourbonischen König dient oder sich auf die Seite seiner bisherigen habsburgischen Verbündeten stellt. Zugleich hofft er weiterhin auf eine Königskrone, territoriale Gewinne und eine dauerhafte Sicherung seiner Statthalterschaft. Der Tod seines Sohnes Joseph Ferdinand, der zeitweise als Erbe Spaniens vorgesehen war, hat seine ursprünglichen Aufstiegspläne bereits 1699 zunichtegemacht. In den folgenden Monaten nähert sich Max Emanuel Frankreich an. Im März 1701 schließt er schließlich ein geheimes Militärbündnis mit Ludwig XIV. und stellt Bayern damit auf die Seite der Bourbonen.

13. Februar 1701 – Kurköln stellt sich auf die Seite Frankreichs

Kurköln * Joseph Clemens von Bayern, Kurfürst und Fürstbischof von Köln, schließt mit Frankreich einen Allianzvertrag. Nach außen verpflichtet sich Kurköln lediglich zu einer „bewaffneten Neutralität“, tatsächlich bindet sich der geistliche Kurstaat jedoch an Ludwig XIV. und bedroht damit die südöstliche Flanke der benachbarten Niederlande. Joseph Clemens handelt dabei unter dem Einfluss seines Bruders, des bayerischen Kurfürsten Max Emanuel, und seines Kanzlers Johann Friedrich Karg von Bebenburg. Die Entscheidung hat für Kurköln verheerende Folgen. Das Erzstift wird zu einem der ersten Kriegsschauplätze des Spanischen Erbfolgekriegs im Heiligen Römischen Reich. 1702 belagern alliierte Truppen die kurkölnische Festung Kaiserswerth und besetzen Bonn. Joseph Clemens flieht ins französische Exil und kann erst nach dem Friedensschluss von 1714 in seine Territorien zurückkehren.

9. März 1701 – Max Emanuel bindet sich heimlich an Frankreich

Versailles * Frankreich und Bayern schließen einen geheimen Bündnisvertrag. Kurfürst Max Emanuel verpflichtet sich zunächst zur Neutralität im drohenden Spanischen Erbfolgekrieg; Ludwig XIV. garantiert im Gegenzug den Schutz der bayerischen Stammlande. Ein späterer Zusatzvertrag soll Max Emanuel außerdem dabei unterstützen, die schwäbischen und fränkischen Reichsstände in einem neutralen Bündnis zu halten. Frankreich stellt dafür Subsidien zum Unterhalt einer 15.000 Mann starken bayerischen Armee bereit. Nach dem Tod seines Sohnes Joseph Ferdinand, der zeitweise als künftiger König von Spanien vorgesehen war, sieht Max Emanuel in der europäischen Bündniskrise eine neue Aufstiegschance. Durch geschicktes Taktieren zwischen Frankreich und Kaiser Leopold I. hofft er, territoriale Gewinne und schließlich eine Königskrone für das Haus Wittelsbach zu erreichen. Die offiziell verkündete Neutralität ist daher vor allem ein politisches Druckmittel. Als Wien seine weitreichenden Forderungen ablehnt,



wandelt Max Emanuel das Abkommen 1702 in ein offensives Bündnis mit Frankreich um und führt Bayern in den Krieg gegen Kaiser und Reich.

7. April 1701 – Max Emanuel kehrt nach Bayern zurück

Brüssel - München * Kurfürst Max Emanuel verlässt Brüssel und kehrt mit seiner Familie und einem Teil des Hofstaats nach Bayern zurück. Am 15. April hält er seinen feierlichen Einzug in München. Sein Amt als Generalstatthalter der Spanischen Niederlande behält er zunächst bei. Die Rückkehr erfolgt wenige Wochen nach seinem geheimen Bündnis mit Frankreich. Von München aus will Max Emanuel seine Armee stärken, die süddeutschen Reichsstände zur Neutralität bewegen und seine dynastischen Ziele im beginnenden Spanischen Erbfolgekrieg verfolgen. Damit wird die bayerische Hauptstadt wieder zum Mittelpunkt seiner Politik.

Mai 1701 – Therese Kunigunde und der Hofstaat kehren nach München zurück

Brüssel - München * Kurfürstin Therese Kunigunde folgt ihrem Gemahl Max Emanuel nach Bayern und kehrt mit ihren Kindern sowie dem umfangreichen kurfürstlichen Hofstaat aus Brüssel nach München zurück. Damit wird die bayerische Hauptstadt nach beinahe einem Jahrzehnt wieder zum dauerhaften Mittelpunkt der Hofhaltung. Die Rückkehr steht im Zusammenhang mit der sich zuspitzenden europäischen Krise um die spanische Erbfolge. Max Emanuel richtet seine politische und militärische Aufmerksamkeit nun verstärkt auf Bayern, während Therese Kunigunde am Münchner Hof zunehmend öffentlich hervortritt.

7. September 1701 – Die Haager Große Allianz entsteht

Den Haag * England, die Republik der Vereinigten Niederlande und Kaiser Leopold I. schließen die Haager Große Allianz. Das Bündnis soll die weitere Ausdehnung der französischen Macht verhindern und ausschließen, dass die Kronen Frankreichs und Spaniens jemals vereinigt werden. Außerdem vereinbaren die Partner die Sicherung der Niederlande, die Übertragung spanischer Besitzungen in Italien an das Haus Österreich und den Schutz ihrer Handelsinteressen. Damit formiert sich die entscheidende Koalition gegen Ludwig XIV. und den bourbonischen König Philipp V. von Spanien. Der Vertrag verschärft den Spanischen Erbfolgekrieg und stellt auch Kurfürst Max Emanuel vor eine folgenschwere Entscheidung: Durch sein Bündnis mit Frankreich steht Bayern künftig auf der Gegenseite der kaiserlichen Allianz.



1702 – Kurbaierns Aufrüstung belastet das Land

Kurfürstentum Baiern * Kurfürst Max Emanuel lässt die Verfahren zur Anwerbung und Aushebung neuer Soldaten verschärfen. Die rasch wachsende Armee soll seinen bevorstehenden Kriegseintritt an der Seite Frankreichs ermöglichen. Freiwillige reichen dafür nicht aus, weshalb die Behörden zunehmend auf Zwang zurückgreifen. Selbst der kurbaierische Hofkriegsrat warnt, dass die Aushebungen der Landwirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte entziehen und damit auch die Steuerkraft des Landes schwächen. Dennoch setzt die Regierung ihre Rekrutierungspolitik fort. Baiern unterhält bei einer Bevölkerung von etwa 1,1 Millionen Menschen schließlich ein Heer von rund 27.000 Mann. Die Methoden und sozialen Folgen ähneln den Zwangsrekrutierungen, welche die kaiserliche Besatzungsverwaltung 1705 anordnet. Der entscheidende Unterschied liegt für die Bevölkerung darin, dass die Männer nun nicht mehr für den eigenen Landesherrn, sondern für die Truppen der verhassten Besatzungsmacht dienen sollen.

26. März 1702 – Max Emanuel sucht ein Königreich als Ersatz für Baiern

München - Brüssel - Versailles - Wien * Kurfürst Max Emanuel versucht, den Spanischen Erbfolgekrieg für eine Rangerhöhung und den Aufbau einer souveränen Erbherrschaft zu nutzen. In seinen Bündnisverhandlungen mit Frankreich und Spanien fordert er am 26. März 1702 die Spanischen Niederlande, in denen er bislang nur als Statthalter regiert, als erblichen Eigenbesitz. Ersatzweise ist er bereit, das Herzogtum Mailand unter vergleichbaren Bedingungen anzunehmen. Gleichzeitig verfolgt Max Emanuel einen weitergehenden Tauschplan: Sollte Baiern im Krieg an Kaiser Leopold I. fallen oder diesem im Rahmen eines Friedensschlusses überlassen werden, will der Kurfürst für sich und seine Nachkommen die Königreiche Neapel und Sizilien erhalten. Damit würde er zwar sein angestammtes Kurfürstentum aufgeben, dafür aber ein souveränes italienisches Königreich und die ersehnte Königskrone gewinnen. Die Spanischen Niederlande, Mailand sowie Neapel und Sizilien bilden somit keine Bestandteile eines einzigen Tauschangebots, sondern unterschiedliche Alternativen. Max Emanuel hält sich mehrere Möglichkeiten offen und verhandelt zeitweise sowohl mit Frankreich als auch mit dem Kaiser. Keiner seiner weitreichenden Territorialpläne wird verwirklicht.

15. Mai 1702 – Die Große Allianz tritt in den Krieg ein

London - Den Haag - Wien * England, die Republik der Vereinigten Niederlande und Kaiser Leopold I. eröffnen offiziell den Krieg gegen die bourbonische Machtstellung in Frankreich und



Spanien. England und die Generalstaaten erklären beiden Königreichen den Krieg. Der Kaiser erkennt Philipp V. nicht als rechtmäßigen spanischen König an und richtet seine Kriegserklärung deshalb gegen Frankreich, Philipp von Anjou und dessen Unterstützer. Damit weitet sich der bereits 1701 in Oberitalien begonnene Kampf zum europäischen Krieg aus. Auch die Kolonien und die Weltmeere werden zu Kriegsschauplätzen. Die Allianz will eine Vereinigung der französischen und spanischen Kronen verhindern, die spanischen Niederlande sichern und Teile des spanischen Erbes für das Haus Habsburg gewinnen. Kurfürst Max Emanuel von Baiern und sein Bruder, der Kölner Kurfürst Joseph Clemens, stehen auf der Seite Frankreichs. Ihre Länder geraten dadurch unmittelbar in den Krieg gegen Kaiser und Reich.

17. August 1702 – Kaiser Leopold weist Max Emanuels Forderungen zurück

München - Wien * Am Münchner Hof trifft die lange erwartete Antwort Kaiser Leopolds I. auf die Forderungen des bayerischen Kurfürsten ein. Max Emanuel verlangt für ein Bündnis mit dem Kaiser weitreichende Gegenleistungen: die Anerkennung einer Königswürde für das Haus Wittelsbach, die Abtretung der Markgrafschaft Burgau und mehrerer Tiroler Herrschaften sowie das Herzogtum Mailand oder die Königreiche Neapel und Sizilien als Tauschobjekt für Baiern. Kaiser Leopold lehnt diese Forderungen ab und erinnert Max Emanuel an seine Pflichten als Kurfürst und Reichsstand. Damit scheitert der letzte ernsthafte Versuch, ihn auf die Seite des Kaisers und der Haager Allianz zu ziehen.

8. September 1702 – Max Emanuel eröffnet den Krieg gegen Kaiser und Reich

Ulm * Baierische Truppen überfallen und besetzen die Freie Reichsstadt Ulm. Mit diesem Landfriedensbruch gibt Kurfürst Max Emanuel seine Neutralität endgültig auf und eröffnet seinen eigenen Krieg gegen Kaiser und Reich, die sogenannte Baierische Diversion. Der Spanische Erbfolgekrieg hat bereits 1701 begonnen und wird zu diesem Zeitpunkt in Italien, am Rhein und in den Spanischen Niederlanden geführt. Mit dem Angriff auf Ulm weitet Max Emanuel den Krieg auf Süddeutschland aus. Die strategisch wichtige Reichsstadt soll Baiern den Weg zu den französischen Truppen am Oberrhein öffnen. Kurz darauf lässt der Kurfürst auch Memmingen und Dillingen besetzen. Neben Max Emanuel stellt sich unter den Kurfürsten des Reiches nur sein Bruder Joseph Clemens von Köln offen auf die Seite Frankreichs. Beide hoffen, mit französischer Unterstützung ihre Territorien zu erweitern und die Stellung des Hauses Wittelsbach zu stärken.



17. Juni 1703 – Max Emanuel beginnt den Einmarsch in Tirol

Kufstein - Tirol * Kurfürst Max Emanuel erreicht mit rund 12.000 bayerischen und französischen Soldaten die Tiroler Nordgrenze und beginnt den Einmarsch in das habsburgische Land. Am folgenden Tag überwinden seine Truppen die Grenzbefestigung bei Erl; am 19. Juni beginnt die Belagerung der Festung Kufstein. Max Emanuel will durch das Inntal und über den Brenner nach Süden vorstoßen, um sich mit der französischen Italienarmee unter Marschall Vendôme zu vereinigen. Gemeinsam sollen die verbündeten Heere anschließend gegen die österreichischen Erblände und möglicherweise gegen Wien ziehen.

26. Juli 1703 – Max Emanuel flieht aus Tirol

Innsbruck - Seefeld - Mittenwald * Der Aufstand der Tiroler Schützen, Landmilizen und Bauern zwingt Kurfürst Max Emanuel, Innsbruck und die besetzten Gebiete zu räumen. Seine geschwächte bayerisch-französische Armee zieht sich über Seefeld und Mittenwald nach Bayern zurück. Damit scheitert Max Emanuels Plan, Tirol zu erobern, sich am Brenner mit der französischen Italienarmee zu vereinigen und anschließend gegen die österreichischen Erblände vorzustößen. Der verlustreiche Feldzug geht unter der verharmlosenden Bezeichnung „Bayerischer Rummel“ in die Geschichte ein.

17. August 1704 – Therese Kunigunde übernimmt die Regentschaft

Bayern - München * Vier Tage nach der vernichtenden Niederlage bei Höchstädt überträgt Kurfürst Max Emanuel seiner Gemahlin Therese Kunigunde die politische und militärische Regierungsgewalt über das Kurfürstentum Bayern. Während sich der Kurfürst mit den Resten seiner Armee nach Westen zurückzieht und später ins Exil nach Brüssel geht, bleibt sie mit ihren Kindern in München. Damit wird Therese Kunigunde zur ersten Regentin des Kurfürstentums Bayern. Sie übernimmt die Herrschaft in einer nahezu aussichtslosen Lage: Die kurbaierische Armee ist geschlagen, die verbündeten französischen Truppen ziehen sich zurück und die siegreichen Kaiserlichen besetzen große Teile des Landes. Im Vertrag von Ilbesheim muss Therese Kunigunde am 7. November 1704 schließlich die Besetzung Bayerns anerkennen; unter ihrer eingeschränkten Regierung verbleiben lediglich die Residenzstadt München und das Rentamt München.



20. März 1705 – Kaiser Leopold I. richtet eine Landesverwaltung für Baiern ein

Wien - Landshut * Unter dem Vorsitz des Hofkriegsratspräsidenten Prinz Eugen von Savoyen beraten hohe kaiserliche Amtsträger über die Verwaltung des besetzten Kurfürstentums. Mit Misstrauen verfolgt der Wiener Hof die fortbestehenden Verbindungen zwischen München und dem im Exil lebenden Kurfürsten Max Emanuel. Auf Empfehlung Prinz Eugens und des Hofkriegsrats richtet Kaiser Leopold I. eine zentrale zivile Landesverwaltung ein: die Kaiserliche Administration. Als Sitz ist zunächst Landshut vorgesehen. Die Leitung übernimmt im weiteren Verlauf Graf Maximilian Karl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort. Damit erhält die kaiserliche Herrschaft in Baiern neben der militärischen Besatzung eine eigenständige Verwaltungsorganisation.

16. Mai 1705 – München gerät unter kaiserliche Besatzung und Verwaltung

München * Kaiserliche Truppen ziehen vor München auf und drohen mit Beschuss. Die Stadt gibt nach und lässt die Besatzung ein. Mit dem zugehörigen Rentamt fällt damit auch der letzte der Kurfürstin verbliebene Herrschaftsbereich unter unmittelbare kaiserliche Kontrolle. Als Rechtfertigung dient unter anderem der Vorwurf, die im Ilbesheimer Vertrag vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen würden nicht ausreichend umgesetzt. Die Kaiserliche Administration unter Reichsgraf Maximilian Carl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort übernimmt die zivile Verwaltung. Sie verlegt ihren Sitz anschließend von Landshut in die Münchner Herzog-Max-Burg. Von dort aus organisiert sie die Landesverwaltung und die Erhebung von Abgaben.

24. Mai 1705 – Die Entfernung der kurbaierischen Prinzen wird geplant

München - Wien * Landesadministrator Maximilian Karl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort schlägt Kaiser Joseph I. vor, die Söhne Kurfürst Max Emanuels aus München in die österreichischen Erblände zu bringen. Als Begründung nennt er die „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ in Baiern. Durch ihre Entfernung soll verhindert werden, dass die jungen Wittelsbacher zu Symbolfiguren des Widerstands gegen die kaiserliche Besatzung werden. Der Vorschlag wird zunächst nicht umgesetzt. Erst im Mai 1706 werden Kurprinz Carl Albrecht und drei seiner Brüder unter kaiserlicher Aufsicht nach Klagenfurt gebracht; ihre Schwester und die jüngeren Brüder bleiben in München.



1. Juli 1705 – Die bayerischen Landstände huldigen Kaiser Joseph I.

München * Vertreter der bayerischen Landstände leisten Kaiser Joseph I. den Treueid und erkennen damit die Herrschaft der Kaiserlichen Administration an. Zu den Landständen gehören die Prälaten, der Adel sowie die Vertreter der Städte und Märkte; die bauerliche Bevölkerung besitzt keine eigene Vertretung. Die Huldigung verschafft der Besatzungsregierung politische und rechtliche Anerkennung durch die führenden Kräfte des Landes. Sie bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass diese ihre Bindung an den im Exil lebenden Kurfürsten Max Emanuel endgültig aufgeben.

9. September 1705 – Jeder dritte Mann der Landfahnen soll einrücken

München - Baiern * Die Kaiserliche Administration verschärft die Zwangsrekrutierungen: Jeder dritte Mann der bayerischen Landfahnen soll zum Militärdienst eingezogen werden. Diese örtlichen Aufgebote sind ursprünglich zur Verteidigung des eigenen Landes aufgestellt worden und nicht für den Einsatz in der kaiserlichen Armee vorgesehen. Die Anordnung greift tief in das Leben der Landbevölkerung ein und verstärkt den Widerstand gegen das Besatzungsregime. Viele der betroffenen Männer entziehen sich der Einberufung durch Flucht oder schließen sich später dem Aufstand an.

16. November 1705 – Burghausen fällt an die Aufständischen

Burghausen * Die Stadt kapituliert vor den Aufständischen und wird zu einem ersten bedeutenden Machtzentrum der Erhebung. In den Verhandlungen verlangen die Unterländer die Wahrung der alten Rechte, eine Begrenzung der Abgaben auf das unter dem Kurfürsten übliche Maß und ein Ende der Zwangsrekrutierungen. Bauernsöhne und Knechte sollen auf ihren Höfen bleiben und nur zur Verteidigung des eigenen Landes herangezogen werden. Die Forderungen richten sich zunächst vor allem gegen die hohen Belastungen und den Einsatz der Landfahnen für die kaiserliche Kriegführung. Die Aufständischen verstehen sich als Vertreter der „ganzen Gemein der Kurlande Baiern“. Kurz darauf drängen sie den angesehenen Burghauser Kastner und Landfahnenhauptmann Franz Bernhard von Prielmayr, als Kriegskommissär der Landesdefension mitzuwirken. Mit dem militärischen Erfolg werden die Ziele weitreichender: Zunehmend fordern die Aufständischen nun auch die Beseitigung der Kaiserlichen Administration, die sie für die „unerträglichen Lasten“ des Landes verantwortlich machen.



28. November 1705 – Die Aufständischen ziehen in die Festung Braunau ein

Braunau am Inn * Nach zweiwöchiger Belagerung übernehmen die Aufständischen die bedeutende Grenzfestung Braunau. Der Kapitulationsvertrag ist bereits am Vortag unterzeichnet worden; nun ziehen die Truppen der Landesdefension in die Stadt ein. Die Belagerungsarmee ernannt Georg Sebastian Plinganser, Mitterschreiber am Pfleggericht Pfarrkirchen, zum Kriegskommissär. Damit wird er zu einem der führenden Organisatoren des Unterländeraufstands. Braunau entwickelt sich zum militärischen und politischen Zentrum der Erhebung und wird im Dezember zum Tagungsort des Landesdefensionskongresses.

28. November 1705 – Kaiserliche Truppen nehmen Neuötting zurück

Neuötting * Kaiserliche Truppen erobern das von den Aufständischen besetzte Neuötting zurück. Damit sichern sie einen wichtigen Verkehrspunkt zwischen Mühldorf, Altötting und Burghausen und erschweren die Verbindung zwischen den einzelnen Aufstandsgebieten. Während die Landesdefension am selben Tag mit dem Einzug in Braunau einen bedeutenden Erfolg erzielt, zeigt der Verlust Neuöttings, dass die militärische Lage weiterhin unsicher bleibt.

3. Dezember 1705 – Pfarrer von Miller mobilisiert die südliche Oberpfalz

Oberviechtach - Oberpfalz * Der Oberviechtacher Pfarrer Florian Sigmund Maximilian Ritter Miller von Altammerthal und Fronhofen wirbt in der südlichen Oberpfalz und im Bayerischen Wald Männer für die Landesdefension an. Unterstützt wird er dabei offenbar von dem aus Braunau kommenden Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs. Miller übernimmt eine führende Rolle im oberpfälzischen Aufstand. Unter seinem Kommando ziehen die Bewaffneten Ende Dezember gegen Cham und bringen die Stadt vorübergehend unter ihre Kontrolle.

4. Dezember 1705 – Die Aufständischen nehmen Schärching ein

Schärching am Inn * Die Aufständischen erobern die befestigte Grenzstadt Schärching und bringen damit einen weiteren wichtigen Innübergang unter ihre Kontrolle. Nach Burghausen und Braunau fällt nun auch der dritte bedeutende Stützpunkt der Region an die Landesdefension. Mit der Einnahme Schärchings beherrschen die Aufständischen große Teile der Innlinie. Das Innviertel entwickelt sich damit zum Kerngebiet der bayerischen Volkserhebung.



4. Dezember 1705 – Der Angriff auf München wird geplant

Braunau * Der frühere bayerische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs trifft in Braunau ein. Gemeinsam mit Georg Sebastian Plinganser entwirft er einen Plan, der die Erhebung auf weitere Landesteile ausweiten und schließlich zur Einnahme Münchens führen soll. Aufstände im Bayerischen Wald, an der unteren Isar und im Raum Kelheim sollen kaiserliche Truppen binden. Währenddessen soll das Unterländer Defensionsheer über Mühldorf und Ebersberg gegen die Hauptstadt vorrücken. Gleichzeitig sind unterstützende Angriffe aus den Gerichten nördlich und südlich von München vorgesehen. Der ehrgeizige Plan setzt auf ein abgestimmtes Vorgehen weit voneinander entfernter Aufstandsgruppen. Damit wird die Eroberung Münchens zum zentralen militärischen Ziel der Landesdefension.

8. Dezember 1705 – Die Landesdefension beherrscht große Teile der Innlinie

Burghausen - Braunau - Schärding * Die überwiegend von Georg Sebastian Plinganser, dem Mitterschreiber am Pfleggericht Pfarrkirchen, mitorganisierte Aufstandsbewegung erzielt bedeutende Erfolge. Nach der Einnahme Burghausens, Braunaus und Schärdings kontrolliert die Landesdefension wichtige Übergänge am Inn und große Teile des Rentamts Burghausen. Die Burghauser Rentamtsregierung stellt sich unter dem Druck der Aufständischen auf deren Seite. Dadurch gewinnt die Erhebung zusätzliche organisatorische und politische Unterstützung. Von den Zentren am Inn breitet sie sich weiter in das Rott- und Vilstal aus.

9. Dezember 1705 – Ein gefälschtes Kurfürstenmandat soll den Aufstand legitimieren

Tölz * Der frühere bayerische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs reist von Braunau nach Tölz und gewinnt den dortigen Pflegskommissär Joseph Ferdinand Dänkel für die Aufstandspläne. Um bestehende Zweifel zu zerstreuen, legt Fuchs ein angebliches Mandat des im Exil lebenden Kurfürsten Max Emanuel vor. Darin beklagt der vermeintliche Landesherr die hohen Abgaben, Einquartierungslasten und Zwangsrekrutierungen. Er fordert seine Untertanen auf, sich zu bewaffnen, das Land selbst zu verteidigen und einander beizustehen. Zugleich stellt er militärische Unterstützung und seine baldige Rückkehr in Aussicht. Das Schreiben ist vermutlich eine Fälschung aus dem Umfeld der Braunauer Aufstandsführung. Es soll den Eindruck erwecken, die Erhebung geschehe im Auftrag des rechtmäßigen Kurfürsten, und wird damit zu einem wichtigen Mittel für die Mobilisierung des Oberlands. Es lautet: „Wir, von Gottes Gnaden Maximilian Emanuel, Churfürst zu Baiern etc. etc.. Nachdem Wir mit Schmerzen vernommen, dass ihr, meine Liebe, Getreue, seit unser Abwesenheit mehr und mehr beschweret



werdet, und man euch eine Million nach der andern abpresset, benebst den Teutschen Krieg aus euren Mitteln fortsetzen wolle, wodurch dann die Armuth bey auch dermassen zugenommen, dass ihr die unerträglichen Lasten, sowohl in Geld, als Mannschafft, freye Einquartierung, und hin= und wider= Marches nicht länger ertragen könnet, dass ihr auch eur Vieh und Hauß-Zierathe zu Gelde gemacht, und nichts mehr als die leere Wohnung übrig habt, so haben wir nach der allzeit gegen euch erwiesenen und noch habenden Güt und Vorsorge rathsam und gut befunden, euch solchen vorzustellen und zu ermahnen, dass ihr solche unchristliche Beschwerden nicht länger duftet, sondern hingegen- gesamter Hand einander beystehet, mit Gewehr euch versorget und auf alle Arth und Weise das Land selbst zu beschirmen trachtet, und solches um soviel mehr, da man noch über dem die bequeme Mannschafft zu dem Kriegesdienst mit Gewalt zwingen und wegführen will. Zu dem Ende wollen wir auch nicht unterlassen, euch, soviel möglich ist, beyzustehen, und unser Winter-Lager nahe bey euch zu nehmen, biß ihr einen festen Fuß ins Land haben werdet. Womit wir, wie vor diesem, euch in Gnaden und Gunst gewogen verbleiben.“

11. Dezember 1705 – Ein zehntägiger Waffenstillstand wird vereinbart

Anzing * Die Verhandlungen führen zu einer vorläufigen Einigung. Die Kaiserliche Administration stimmt einem zehntägigen Waffenstillstand mit den aufständischen Unterländern zu. Das Korps des Obersten Johann Baptist de Wendt soll sich zurückziehen, behält jedoch wichtige strategische Stellungen. Die Vereinbarung soll weitere Kämpfe verhindern und Zeit für Verhandlungen über die Beschwerden der Bevölkerung schaffen. Innerhalb der Aufstandsbewegung bleibt der Kompromiss allerdings umstritten.

16. Dezember 1705 – Ein Manifest begründet den Widerstand

Königsdorf * Die Münchner Wirte Johann Jäger, Johann Georg Küttler und Georg Hallmayr beraten mit Vertretern des Oberlands. Zu ihren Gesprächspartnern gehören Adam Schöttl, genannt „Jägeradam“, der Tölzer Weinwirt Franz Jäger sowie die Bierbrauer Michael Schaindl und Anton Fiechtner. Die Versammelten verständigen sich auf eine Begründung des Aufstands. Sie verweisen auf die hohen Steuern und Kriegsumlagen, die Belastungen durch Einquartierungen und Übergriffe der Soldaten, die vertragswidrige Besetzung des Rentamts München, die Verweigerung der Rückkehr der Kurfürstin, die Beschlagnahmung kurfürstlichen Eigentums sowie die befürchtete Deportation der Prinzen. Die Besetzung des Rentamts München betrachten sie als Vertragsbruch. Weil sie von der Landschaftsvertretung keine ausreichende Hilfe erwarten, erklären sie die Vertreibung der kaiserlichen Verwaltung zum Ziel.



17. Dezember 1705 – Die Unterländer setzen den Kampf fort

Niederbaiern * Die Aufständischen unter Johannes Hoffmann erhalten weiteren Zulauf. Sie nehmen den Kampf gegen die kaiserlichen Truppen unter Oberst Johann Baptist de Wendt wieder auf und setzen sich damit über den in Anzing vereinbarten Waffenstillstand hinweg. Die Hoffnung auf einen militärischen Erfolg verdrängt die Aussicht auf eine Verhandlungslösung.

19. Dezember 1705 – Das Tölzer Patent ruft zu den Waffen

Tölz * Die „Chur-Bairische Landts-Defension Oberlandt“ erlässt das Tölzer Patent. Es fordert die Mannschaften auf, sich zu bewaffnen und am 22. Dezember bei Schäftlarn zu versammeln. Der Aufruf verbindet die Abwehr der Besatzungslasten mit der vermeintlichen Rettung der kurfürstlichen Prinzen. Wo die Bereitschaft zur Teilnahme fehlt, üben örtliche Verantwortliche auch Druck und Zwang aus.

21. Dezember 1705 – Das Braunauer Parlament tritt zusammen

Braunau am Inn * Vertreter von Adel, Geistlichkeit, Bürgern und Bauern versammeln sich zum Landesdefensionskongress, dem später sogenannten „Braunauer Parlament“. Die Versammlung soll den Widerstand politisch ordnen, seine Versorgung sichern und das weitere Vorgehen abstimmen. Die Beteiligung bäuerlicher Vertreter ist bemerkenswert. Dennoch handelt es sich nicht um ein demokratisches Parlament im heutigen Sinn, sondern um eine ständeübergreifende Vertretung innerhalb einer Aufstandsbewegung. Ein Direktorium übernimmt leitende Aufgaben. Die Einnahme Münchens bleibt ein zentrales militärisches Ziel. Ein tatsächlich abgestimmter gemeinsamer Vormarsch der Ober- und Unterländer kommt jedoch nicht zustande.

24. Dezember 1705 – Die Unterländer bleiben östlich von München gebunden

Stemmhöring - Anzing * Das unterländische Aufgebot unter Johannes Hoffmann steht im Raum östlich von München. Zeitgenössische und spätere Angaben beziffern seine Stärke auf bis zu 16.000 Mann; eine genaue Zahl ist nicht gesichert. Kaiserliche Truppen unter Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum müssen sich bis nach Anzing zurückziehen, stehen aber einem ungehinderten Vormarsch der Unterländer entgegen. Die erhoffte Vereinigung mit den Oberländern bleibt aus.



24. Dezember 1705 – Der Zug der Aufständischen kommt in Baierbrunn an

Baierbrunn * Gegen 16 Uhr kommt der Zug der Aufständischen in Baierbrunn an. Am Nachmittag erreicht die Führung die Nachricht vom Anzinger Posthalter Hierner, dass die Unterländer nicht wie erwartet nach München vorstoßen können, weil ihnen das Korps Kriechbaum in Anzing den Weg versperrt. Erneut rät Hauptmann Mayer, das Unternehmen abzubrechen und über Schäftlarn Brücke in Richtung Valley auszuweichen, um die Verbindung mit den Unterländern zu suchen. Er setzt sich wieder nicht durch, weshalb der „Marsch nach München“ fortgesetzt wird.

24. Dezember 1705 – Die Masse der Oberländer trifft in Solln ein

Solln * Gegen 20 Uhr trifft die Masse der Oberländer in Solln ein. Zur gleichen Zeit nimmt die Schützenvorhut ein etwa 80 Mann starkes kaiserliches Reiterdetachement unter Beschuss. Die Kaiserlichen, die von Oberst de Wendt zur Aufklärung in Richtung Schäftlarn geschickt worden waren, werden zwar verjagt, können aber trotzdem ausreichend Informationen sammeln. Der Starnberger Pfleger Johann Joseph Öttlinger verlässt nach der Schießerei in Solln die Aufständischen, begibt sich nach München und informiert den kaiserlichen Administrator Maximilian Carl Graf von Löwenstein-Wertheim-Rochefort über die Unternehmung. Oberst Johann Baptist de Wendt leitet Sicherheitsmaßnahmen ein. Er ersucht das Korps Kriechbaum zum Rückmarsch nach München und macht in Aufrufen bekannt, dass „jede Unterstützung der Aufständischen durch die Einwohner Münchens mit dem Tode bestraft“ werden würde.

25. Dezember 1705 – Die Aufständischen besetzen den Roten Turm und die Isarbrücke

München * Gegen 1 Uhr besetzen die oberländischen Aufständischen den Roten Turm und die Isarbrücke. Die kaiserliche Besatzung vermeidet einen Kampf und zieht sich zum stärker befestigten Isartor zurück. Die gleichzeitig erwartete Erhebung der Münchner Bürgerschaft bleibt aus. Die kaiserlichen Truppen sind auf den Angriff gut vorbereitet und sichern die Zugänge zur Stadt. Trotz ihres ersten Erfolgs stehen die Oberländer damit weiterhin vor verschlossenen Toren.

25. Dezember 1705 – Die Aufständischen eröffnen das Feuer in Richtung Isartor

München * Gegen 4 Uhr verschanzen sich die Aufständischen hinter Erdwällen und



Baumstämmen und eröffnen das Feuer auf das Isartor. Die kaiserlichen Verteidiger antworten mit zwei Salven. Daraufhin bricht der Angriff der Oberländer zusammen; der Zugang zur Stadt bleibt ihnen versperrt.

25. Dezember 1705 – Der Unterhändler wird abgewiesen

München - Untersending * Die Anführer der Aufständischen schicken gegen 6 Uhr einen Tambour [= Trommler] als Unterhändler vor das Sendlinger Tor. Er soll die kaiserliche Verwaltung zur Übergabe Münchens auffordern. Die Verteidiger verweigern ihm jedoch das Gehör, sodass er unverrichteter Dinge zurückkehrt. Die führenden Beamten im Hauptquartier Untersending betrachten das Unternehmen daraufhin als gescheitert und ziehen ab. Auch Hauptmann Jean Philipp Gauthier, Leutnant Johann Houis und der Tölzer Pflegskommissär Joseph Ferdinand Dänkel verlassen mit der gesamten Reiterei das Aufgebot. Von der in Untersending versammelten Führung bleiben nur der Münchner Jägerwirt Johann Jäger, der Student Anton Passauer, Hauptmann Matthias Mayer und Landleutnant Heller bei den Oberländern zurück.

25. Dezember 1705 – Kaiserliche Verstärkungen erreichen den Gasteig

München - Gasteig - Au * Gegen 7 Uhr trifft die vorausgeschickte kaiserliche Kavallerie unter Oberst Johann Graf von Eckh trifft am Gasteig ein. Da die Aufständischen die Isarbrücke versperren, weichen die Reiter in die Au aus und suchen beim Radlwirt eine Furt, um den Fluss zu überqueren. Wenig später erreicht auch die Infanterie unter Generalwachtmeister Georg Friedrich Freiherr von Kriechbaum den Gasteig. Vier Kanonen nehmen den von den Aufständischen besetzten Roten Turm unter Beschuss.

25. Dezember 1705 – Kaiserlicher Gegenangriff am Isartor und am Roten Turm

München * Oberst Johann Baptist de Wendt befiehlt um 8 Uhr einen Ausfall aus dem Isartor. Die überraschten Oberländer weichen zurück. Ein Teil flieht ins Lehel und sucht dort Deckung. Unter den dort gefangenen 32 Aufständischen befindet sich Leutnant Johann Georg Aberle. Hofkoch Sebastian Engelhart und Adam Schöttl, genannt „Jägeradam“, können entkommen. Die etwa 100 Mann starke Besatzung des Roten Turms leistet erbitterten Widerstand, wird jedoch überwältigt und niedergemacht. Für die Kämpfe am Roten Turm und vor dem Isartor werden rund 400 getötete und 200 gefangene Aufständische genannt. Die genaue Verlustzahl bleibt unsicher.



25. Dezember 1705 – Die Oberländer geraten zwischen zwei Angriffe

München - Untersending * Oberst Johann Baptist de Wendt lässt gegen 8:30 Uhr die am Sendlinger Tor bereitstehende Kavallerie gegen die Abteilung Johann Clanzes vorgehen. Gleichzeitig verfolgt die Kompanie Lüttig vom Isartor aus die fliehenden Aufständischen vom Roten Turm. Die Oberländer werden dadurch von zwei Seiten angegriffen. Zusammen mit den Flüchtenden umfasst ihre Gruppe etwa 900 Mann. Nach den überlieferten Zahlen werden rund 200 getötet und weitere 200 gefangen genommen. Ungefähr 300 erreichen mit Clanze Untersending; etwa 200 entkommen in Richtung Forstenrieder Wald und Thalkirchen. Diese Einzelzahlen sind als Näherungswerte zu verstehen. Inzwischen überquert auch die Reiterei unter Oberst Johann Graf von Eckh von der Au aus die Isar und verfolgt die Aufständischen nach Untersending. Als die kaiserliche Führung von deren dortiger Stellung erfährt, rücken Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum und Oberst de Wendt mit fünf Infanteriebataillonen durch das Sendlinger Tor gegen das Dorf vor.

25. Dezember 1705 – Kaiserliche Truppen töten entwaffnete Aufständische

Untersending * Gegen 10 Uhr sind die verbliebenen Aufständischen vollständig eingeschlossen. Angesichts der anrückenden Kaiserlichen Armee ergreift der Student Anton Passauer die Flucht. Der Münchner Jägerwirt Johann Jäger zieht sich im Wirtshaus als Kranker ins Bett zurück. In dieser aussichtslosen Lage übernimmt Hauptmann Matthias Mayer erneut den Oberbefehl. Er versucht, das Leben der Eingeschlossenen zu retten, und lässt Chamade schlagen – ein Trommelsignal zur Aufnahme von Verhandlungen. Durch einen Trommler erklärt er gegenüber Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum die Bereitschaft, sich zu ergeben. Zugleich bittet er um Schonung der Bauern. Kriechbaum fordert die Niederlegung der Waffen. Als Mayer, Johann Clanze und Landleutnant Heller das Dorf verlassen, folgen ihnen zahlreiche Aufständische auf das freie Feld. Sie legen ihre Waffen nieder und bitten um Gnade. Dennoch greifen kaiserliche Reiter die Wehrlosen an und töten sie. Anschließend feuert die Infanterie mehrere Salven in die Menge. Überlebende und Flüchtende werden verfolgt und gnadenlos niedergemacht. Auch die Kirche und der Friedhof bieten keinen sicheren Schutz. Die militärische Niederlage endet in einem Massaker an bereits entwaffneten Männern.

25. Dezember 1705 – Die Bilanz der Mordweihnacht: Rund 1.100 Aufständische sterben

Untersending - München * Gegen 11 Uhr ist alles vorbei. Der Widerstand der Oberländer ist gebrochen. Kaiserliche Truppen machen noch 36 Gefangene und sammeln sechs Kanonen, drei



Munitionswagen, fünf Fahnen, zwei Dragoner-Standarten und ein paar Pauken sowie 150 Pferde ein. Auf kaiserlicher Seite zählt man 40 Gefallene und Verletzte. Die Aufständischen aus dem Oberland müssen demgegenüber eine Vielzahl von Toten beklagen. Alleine in München werden 1.066 Oberländer beerdigt. Insgesamt sind es etwa 1.100 Tote aus Oberbayern. 609 Aufständische werden verwundet, nur 107 werden unverletzt in Gefangenschaft gekommen. Die erhoffte Unterstützung durch die Münchner Bevölkerung bleibt während der Kämpfe aus. Unter den Strafandrohungen der kaiserlichen Verwaltung kommt es zu keiner Erhebung innerhalb der Stadt. Noch in der Nacht versichert der Stadtmagistrat der kaiserlichen Obrigkeit die untertänige Treue der Bürgerschaft. Die Aufständischen bezeichnet er abschätzig als „pauers rott“ – als Bauernrotte. Damit distanziert sich die städtische Führung ausdrücklich von dem niedergeschlagenen Aufstand.

26. Dezember 1705 – Die Unterländer treten den Rückzug an

Steinhöring * Nach der Münchner Mordweihnacht bricht der Volksaufstand der Oberländer sofort zusammen. Damit scheitert auch der Plan eines gemeinsamen Angriffs auf München. Johannes Hoffmann, Oberbefehlshaber der Unterländer, befiehlt seinem bei Steinhöring stehenden Aufgebot den Rückzug. Die Nachricht von der Niederlage verbreitet Angst und Verunsicherung. Die Disziplin schwindet, zahlreiche Männer verlassen die Verbände und kehren nach Hause zurück. Das unterländische Aufgebot beginnt sich aufzulösen; der Widerstand in Niederbayern ist damit jedoch noch nicht beendet.

31. Dezember 1705 – Hoffmanns Aufgebot schrumpft auf einen kleinen Rest

Steinhöring - Unterland * Von den ursprünglich auf etwa 16.000 Mann geschätzten Aufständischen unter Johannes Hoffmann bleiben nur noch rund 1.100 bei seinem Aufgebot. Nach der Niederlage der Oberländer vor München und dem anschließenden Rückzugsbefehl verlassen zahlreiche Männer die Verbände und kehren nach Hause zurück. Der Zusammenhalt der Truppe bricht weitgehend zusammen.

8. Januar 1706 – Das Massaker von Aidenbach besiegelt die Niederlage des Aufstands

Aidenbach * Kaiserliche Truppen unter Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum schlagen das unterländische Aufgebot der bayerischen Landesdefension. Der Widerstand bricht rasch zusammen. Zahlreiche Aufständische fliehen in die umliegenden Wälder und über die



Felder, während sich ihr Kommandant und weitere Offiziere zu Pferd absetzen. Kaiserliche Soldaten verfolgen die Flüchtenden und töten viele von ihnen. Einige Aufständische suchen Schutz in Bauernhäusern und leisten dort vereinzelt Widerstand. Die Soldaten setzen die Gebäude in Brand und töten auch Menschen, die den Flammen zu entkommen versuchen. Diese Vorgänge schildert selbst der kaiserliche Hofkriegs- und Kammerrat Freiherr von Gemmel. Sein Bericht dokumentiert die Gewalt, rechtfertigt sie jedoch zugleich als Vorgehen gegen vermeintlich unrechtmäßige „Rebellen“. Die genaue Zahl der Opfer bleibt ungeklärt. Häufig werden etwa 2.000 bis 3.000 getötete Aufständische genannt; Gemmel schätzt die Zahl auf nahezu 4.000. Eine verlässliche Zählung liegt nicht vor. Damit fordert Aidenbach wahrscheinlich deutlich mehr Menschenleben als die Sendlinger Mordweihnacht. Die Niederlage bricht die militärische Widerstandskraft der Aufstandsbewegung. In den folgenden Tagen kapitulieren auch ihre verbliebenen städtischen Stützpunkte.

11. Januar 1706 – Die Aufständischen suchen Friedensverhandlungen

Braunau - Salzburg * Nach der verheerenden Niederlage bei Aidenbach entsendet der Landesdefensionskongress eine Delegation nach Salzburg. Sie soll den Fürsterzbischof um Vermittlung bei Friedensverhandlungen mit der kaiserlichen Seite bitten. Der Aufstand verliert inzwischen seine militärische Grundlage. Die Vertreter hoffen, durch Verhandlungen die Übergabe der noch gehaltenen Städte und das Schicksal der Beteiligten beeinflussen zu können.

16. Januar 1706 – Löwenstein meldet die Niederschlagung des Aufstands

München - Wien * Der kaiserliche Landesadministrator Maximilian Carl von Löwenstein-Wertheim-Rochefort berichtet Kaiser Joseph I. über die Niederschlagung des bayerischen Aufstands. Bei Sendling und Aidenbach, bei der Rückeroberung von Kelheim und Vilshofen sowie in weiteren Kämpfen seien nach seiner Darstellung „gegen 10.000 Mann massakriert worden“. Die Aufständischen hätten nun kein kampffähiges Heer mehr. Die Zahl von 10.000 ist Löwensteins Angabe, keine gesicherte Zahl der Getöteten. Das Wort „massakriert“ stammt aus seinem Bericht und macht deutlich, wie er selbst die Gewalt beschreibt.

17. Januar 1706 – Braunau kapituliert vor den Kaiserlichen

Braunau * Nach der Niederlage bei Aidenbach geben die Aufständischen Braunau auf. Die Stadt,



die seit Ende November 1705 ein wichtiges Zentrum der bayerischen Volkserhebung ist, wird den kaiserlichen Truppen übergeben. Mit Braunau verliert die Landesdefension einen ihrer letzten Stützpunkte.

23. Mai 1706 – Max Emanuel verliert die Schlacht bei Ramillies

Ramillies * Im Spanischen Erbfolgekrieg unterliegt ein französisch-spanisch-bayerisches Heer unter Marschall Villeroy und Kurfürst Max Emanuel den alliierten Truppen unter dem Herzog von Marlborough. Nach der Niederlage müssen die Verbündeten Brüssel aufgeben. In den folgenden Wochen verlieren sie fast die gesamten Spanischen Niederlande; Max Emanuel büßt damit auch seine dortige Machtstellung ein.

22. Oktober 1708 – Die Stadt Lille kapituliert vor den Alliierten

Lille * Nach mehr als zweimonatiger Belagerung übergibt Marschall Boufflers die Stadt Lille an die Truppen Prinz Eugens von Savoyen und des Herzogs von Marlborough. Die französische Garnison zieht sich in die Zitadelle zurück und hält dort noch bis zum 10. Dezember stand. Der Fall der bedeutenden Festungsstadt schwächt die französische Stellung in den Spanischen Niederlanden weiter.

11. September 1709 – Max Emanuel zieht sich nach Frankreich zurück

Spanische Niederlande - Compiègne * Die französische Armee verliert am 11. September 1709 die Schlacht bei Malplaquet. Für Kurfürst Max Emanuel verschlechtert sich damit auch die Lage in den Spanischen Niederlanden, wo er sich als Statthalter nicht mehr behaupten kann. Er zieht sich nach Frankreich zurück; König Ludwig XIV. weist ihm ein Schloss in Compiègne als Aufenthaltsort zu. Baiern bleibt währenddessen unter kaiserlicher Verwaltung.

7. November 1709 – Max Emanuel begegnet Ludwig XIV. in Marly

Marly - Paris * Nach seinem Rückzug aus den Spanischen Niederlanden begegnet Kurfürst Max Emanuel König Ludwig XIV. im Schloss Marly. Anschließend hält er sich inkognito in Paris auf.

Dezember 1709 – Max Emanuel sondiert einen Separatfrieden



Frankreich * Nach dem Verlust seiner Stellung in den Spanischen Niederlanden sucht Kurfürst Max Emanuel einen eigenen Weg aus dem Spanischen Erbfolgekrieg. Er lässt über einen Separatfrieden verhandeln, der seine persönliche Herrschaft und eine territoriale Entschädigung sichern soll. Die Gespräche dauern bis Anfang 1710 und führen zu keiner Einigung; Max Emanuel bleibt auf die Unterstützung Frankreichs angewiesen.

11. April 1713 – Friedensverträge von Utrecht beenden den Krieg für viele Mächte

Utrecht * Nach mehr als einem Jahr Verhandlungen schließt Frankreich Friedensverträge mit Großbritannien, den Vereinigten Niederlanden, Savoyen, Portugal und Preußen. Kaiser Carl VI. beteiligt sich nicht am Friedensschluss und setzt den Krieg gegen Frankreich fort. Die Einigung macht eine Wiederherstellung des spanisch-habsburgischen Großreichs hinfällig: Philipp V. aus dem Haus Bourbon bleibt König von Spanien, während die spanische und die französische Krone getrennt bleiben sollen. Die spanischen Besitzungen in Europa werden unter anderen Mächten aufgeteilt. Für den Kaiser endet der Krieg erst mit dem Frieden von Rastatt 1714.

22. November 1714 – Max Emanuel stimmt dem Kloster am Gaisberg zu

Saint-Cloud - Au * Die noch ausstehende Zustimmung Kurfürst Max Emanuels zum Kloster am Gaisberg trifft in der Au ein. Der bayerische Landesherr hält sich zu dieser Zeit im Exil in Saint-Cloud bei Paris auf. Das bereits bestehende Kloster trägt den Namen Lilienberg; 1715 übernehmen es Benediktinerinnen.

7. November 1724 – Die städtischen Rechte im Lehel werden neu geregelt

München-Lehel * Nach langen Verhandlungen zwischen Stadt und Landesherrschaft bestätigt der Landesherr die Münchner Burgfriedensgrenze erneut. Die umstrittenen grundherrlichen und gerichtlichen Zuständigkeiten im Lehel werden zugunsten der Stadt geregelt. In den folgenden Jahren werden die bisher zum Hofkastenamt zinspflichtigen Kleinhäuser und Herbergen dem Magistrat unterstellt. Ihre Abgaben vereinnahmt künftig die städtische Kämmerei. Eine entsprechende Übertragung der Tattenbach'schen Rechte ist damit nicht nachgewiesen. Die Festungswerke und die „alten Lehen“, insbesondere die Mühl- und Werkgerechtigkeiten, bleiben jedoch dem Landesherrn vorbehalten. Für die Verwaltung des stark gewachsenen Viertels ist eine eigene Lehel-Deputation zuständig.



Juni 1728 – Die neuen Burgfriedenssäulen werden aufgestellt

München * Die neuen Burgfriedenssäulen werden unter Beteiligung einer Kommission aus kurfürstlichen Hofräten und aus städtischen Abgeordneten aufgestellt. Begleitet werden sie von 37 Bürgersöhnen im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren, die Kohlen aus Eichenholz und Glasscherben zum Einlegen in die Grundsteine der Säulen mittragen. Jeder der Knaben erhält zur Erinnerung an dieses denkwürdige Ereignis einen Gedenkfennig und eine Mauschelle, die an das alte bayerische Recht erinnert, bei dem die Zeugen an den Ohren gezogen wurden. Ähnlich einem Bildstock wird die Stele oben von einer halbrunden Bekrönung abgeschlossen. Die Säulen sind aus Tuffstein, der aus der Gegend um Valley stammt. Sie zeigen auf der einen Seite einen Mönch, auf der anderen das Rutenwappen, das Stadt- und das Landeswappen.

19. März 1729 – Johannes von Nepomuk wird von Papst Benedikt XIII. „heilig“ gesprochen

Rom-Vatikan - München * Johannes von Nepomuk wird von Papst Benedikt XIII. „heilig“ gesprochen und auf Wunsch des Kurfürsten Carl Albrecht zum Landespatron Baierns ernannt.

31. Oktober 1731 – Ausweisung von 20.000 Protestanten aus Salzburg

Salzburg * Der Salzburger Fürstbischof und Landesherr, Leopold Anton von Firmian, befiehlt die Ausweisung der in seinem Land lebenden Protestanten. Über 20.000 Salzburger müssen ihre Heimat verlassen. Den Besitzenden wird eine Frist von drei Monaten eingeräumt; die Besitzlosen - Tagelöhner, Knechte, Mägde - müssen sich innerhalb von acht Tagen auf den Weg machen. Mitnehmen dürfen sie nur das, was sie auf dem Leib tragen oder auf einer Karre hinter sich herziehen können.

1738 – „[...] Wo der Essig von selbst wächst“

München * Wiguläus Xaver Alois Freiherr von Kreittmayr spottet in seinen „Anmerkungen zum Bayerischen Landesrecht“ über den sauren bayerischen Wein: „[...] wo der Essig, der anderswo mit großer Mühe bereitet werden muss, von selbst wächst“. Dem Bier hingegen bescheinigte er den Stellenwert eines „fünften Elements“.

7. Oktober 1738 – Grundsteinlegung für die Michaelskirche in Berg am Laim



Berg am Laim * Unter der Leitung von Philipp Jakob Köglspurger wird der Grundstein für die Michaelskirche in Berg am Laim gelegt. Die Festpredigt hält der Franziskanerpater Landelius in der Michaels-Kapelle in der Josephsburg. Der für den Baubeginn erforderliche Freisinger Konsens liegt zu diesem Zeitpunkt jedoch noch immer nicht vor.

1748 – Die Bettelordnung beinhaltet Strafen für Bettler und Vaganten

München * Nach der unter Kurfürst Max III. Joseph erlassenen Bettelordnung werden aufgegriffene Bettler zuerst mit 15 bis 20 Stockhieben bestraft und dann für ein halbes Jahr in das Zuchthaus gebracht. Ausländische Bettler und Vaganten, darunter versteht man alle nichtbaierischen, werden nach ihrer Festnahme mit einem „B“ gebrandmarkt. Verlassen sie nicht innerhalb von vier Tagen das Land, droht ihnen die Todesstrafe.

1751 – Landesverweisung und schärfere Strafen gegen die Prostitution

München * Der Codex Juris Bavarici Criminalis droht: „Gemeine und offenbare Hurerey, welche mit jedermann ohne Scheu um Gewinns willen getrieben wird, oder auch in Gestalt der Ehe gepflogener Beyschlaß, ist mit der Landesverweisung, oder da das Handwerck schon lange dauert, noch schärfer zu bestrafen“.

1. Mai 1754 – Die Seidenmanufaktur des Anton Häußler

München * Anton Häußler erhält das „Privilegium zur Errichtung einer Seidenmanufaktur in baierischen Landen“.

November 1772 – Der Schulmeister Benjamin Thompson heiratet Sarah Rolfe

Concorde * Der 19-jährige wandernde Schulmeister Benjamin Thompson heiratet die elf Jahre ältere Sarah Rolfe. Sie ist die reichste Witwe von Concorde, dem früheren Rumford, und die Tochter des betuchten und einflussreichen Pfarrers Timothy Walker. Thompson ist jetzt ein wohlhabender Landedelmann und Verwalter eines großen Gutes.

17. April 1776 – Johann Jakob Hemmer entwickelt den Hemmerschen Fünfspitz



Trippstadt * Im süddeutschen Raum entwickelte Johann Jakob Hemmer, Leiter des Physikalischen Kabinetts am Hof des Kurfürsten Carl Theodor in Mannheim, den Hemmerschen Fünfspitz. Der erste Blitzableiter hemmerscher Art wird auf dem Schloss des Freiherrn von Hacke in Trippstadt/Pfalz installiert. Die weitere Entwicklung des Blitzableiters wird durch eine Verordnung des Kurfürsten Carl Theodor beschleunigt. Er bestimmt, dass alle Schlösser und Pulvertürme des Landes mit Blitzableitern auszurüsten sind.

30. Dezember 1777 – Montgelas wartet zehn Jahre vergeblich auf eine feste Besoldung

München * Da Kurfürst Max III. Joseph stirbt, muss Freiherr von Montgelas unter dem neuen Landesherrn Carl Theodor zehn Jahre vergeblich auf eine feste Besoldung warten.

12. Januar 1782 – Kaiser Joseph II. säkularisiert 738 Klöster

Wien * Kaiser Joseph II. hebt in seinen Erbländen 738 Klöster auf. Alle Klöster, die sich nicht der Schulbildung oder Krankenpflege widmen, sind von diesem Erlass betroffen.

23. Juni 1783 – Graf Morawitzky besitzt Marquartskreith

Au * Johann Theodor Graf von Morawitzky, der es bis zum Präsidenten der Oberen Landesregierung geschafft hat, besitzt den Edelsitz „Marquartskreith“.

1784 – King George III. entlässt Sir Benjamin Thompsons in baierische Dienste

London - München * Der englische König George III. erteilt Sir Benjamin Thompsons Bitte zum Eintritt in baierische Dienste, eine Zusage. Damit kann er Leibadjutant von Kurfürst Carl Theodor und Mentor dessen außerehelichen Sohnes Graf Bretzenheim werden. England verfolgt die Tauschpläne des baierischen Herrschers mit Argwohn. Dieser will mit Baiern einen Teil seines Kurfürstentums gegen die Österreichischen Niederlande eintauschen, um Herrscher des neuen Königreichs Burgund zu werden. Das Vorhaben hätte aus der zerstückelten Pfalz einen ansehnlichen Staat gemacht. Während die Pläne in Österreich befürwortet werden, formiert sich in Baiern massiver Widerstand.

9. Januar 1784 – Die Wirte der Au beschwerten sich über die Märzenkeller



Au * Die Wirte der Au beschwerten sich über die auf dem Gasteigberg erbauten Märzenkeller. Die dortigen Bierbrauer bewirten im Sommer und Herbst ihre Gäste mit Bier, das mass- und halbmassweise ausgeschenkt wird. Außerdem gestatten sie das Musizieren und Tänzen und bieten Kugelplätze [= Billard] und Spieltische an. Die Oberlandesregierung soll im kurfürstlichen Auftrag diese Exzesse abstellen.

22. Juni 1784 – Kurfürst Carl Theodor verbietet die Illuminaten

München * Kurfürst Carl Theodor verbietet alle Communitäten, Gesellschaften und Verbindungen, die ohne seine landesherrliche Bestätigung gegründet worden sind. Damit wird auch der Geheimbund der Illuminaten verboten und seine Mitglieder mit der Verfolgung und Amtsenthebung bedroht. So kommt auch Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas auf die Schwarze Liste. Auch wenn er nie persönlich verfolgt wird, so ist das Vertrauen Carl Theodors in Montgelas zerstört und damit seine Karriere am Hof des Kurfürsten am Ende. Seine Aussichten auf eine fest besoldete Stelle ist dadurch in weite Ferne gerückt.

1785 – Erneut aufkommende Ländertauschpläne werden beendet

München - Wien - Berlin * Erneute Ländertauschpläne zwischen Österreich und Kurfürst Carl Theodor werden auf Initiative Preußens und dem Fürstenbund durch die Garantie der Eigenstaatlichkeit und Unversehrtheit Baierns beendet.

1787 – Montgelas tritt in den Dienst Herzog Carl II. August von Pfalz-Zweibrücken

München * Als Folge der Illuminatenaffäre, in deren Verlauf die Mitglieder dem Vorwurf landesverräterischer und religionsfeindlicher Bestrebungen ausgesetzt sind, verlässt Maximilian Joseph von Montgelas das Kurfürstentum Baiern und tritt in den Dienst Herzog Carl II. August von Pfalz-Zweibrücken. Dieser wird, je länger die Kinderlosigkeit des pfalz-baierischen Kurfürstenpaares andauert, als voraussichtlicher Erbe von Pfalzbaiern, der drittgrößten Ländermasse des Reiches, gehandelt, und von den fünf Großmächten umworben. Kurfürst Carl Theodor hat sich aufgrund seiner Pläne, Kurbaiern gegen die österreichischen Niederlande einzutauschen, bei der baierischen Bevölkerung äußerst unbeliebt gemacht. Und selbstredend liegt das Interesse der zweibrückischen Herzöge an der Verhinderung des Tauschprojekts. Und da kommt ihnen Freiherr Montgelas gerade recht. Von Zweibrücken aus hält er die geheimen Verbindungen zu den baierischen Oppositionskreisen aufrecht. Dadurch kann - in Verbindung mit



dem preußischen König Friedrich II. und der antiösterreichischen Patriotenpartei am Münchner Hof - die Existenz Kurbaierns unangetastet erhalten werden. Eine der wichtigsten Vorkämpferinnen ist die Witwe des Herzogs Clemens Franz de Paula, des Cousins des letzten bayerischen Kurfürsten Max III. Joseph: Herzogin Maria Anna.

12. März 1787 – Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld überspannt den Bogen

Untergiesing * Der Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld werden alle Forderungen gebilligt. Voraussetzung ist allerdings die Erfüllung von zwei Auflagen. Zum einen muss die Gräfin die dem Landrichter und dem Amtsknecht entgangenen Einnahmen in Höhe von 175 Gulden im Jahr ersetzen, zum anderen die Inleute der Falkenau gegen den herkömmlichen Lohn zur kurfürstlichen Jagdlust sowie zur Räumung der kurfürstlichen Fischweiher gebrauchen lassen. Dagegen wehrt sich die Gräfin und verlangt nun ihrerseits die Überlassung des Paulanerstocks in der Au. Damit jedoch verärgert die Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld den Kurfürsten und die den Vorgang bearbeitende Administration massiv. Sie kann nichts mehr erreichen und versucht nun, die Hofmark Falkenau an den Landesherren zu veräußern. Dafür verlangt sie 45.000 Gulden und begründet den Preis mit dem Argument, dass das Anwesen durch die Jurisdiktion so wertvoll geworden sei. Sie vergisst geflissentlich zu erwähnen, dass sie selbst genau diesen Preis bei ihrem Kauf bezahlen musste. Am kurfürstlichen Hof empfindet man diese Preisvorstellungen als ungehörig hoch - und geht deshalb gar nicht darauf ein. Statt dessen wird ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, ob bei der Verleihung der Hofmarksrechte denn wirklich alles mit rechten Dingen zugegangen war.

Dezember 1788 – Vertrag zur Errichtung eines Arbeitshauses geschlossen

München - Au * Zwischen Hofkammerrat Joseph Maria Friedrich Piaggino und der Oberlandesregierung wird ein Vertrag zur Errichtung eines Arbeitshauses für beschäftigungslose arme Menschen geschlossen.

12. Januar 1789 – Flächendeckende Pflanzung von Maulbeerbäumen im Englischen Garten

München * Kurfürst Carl Theodor erlässt eine Landesverordnung zur Seidenraupenzucht und Seidenraupenmanufaktur, da man sich von diesem Landwirtschaftszweig eine wirksame Maßnahme zur Beschaffung von Arbeit erhofft. Der neue Militärgarten an der Schönfeldstraße, im damals neu entstehenden Theodors-Park, dem Englischen Garten, soll zum Aufzuchtgebiet für



flächendeckende Pflanzungen mit Maulbeerbäumen werden. Im Zuge der ersten Maßnahmen zur Entfestigung der Stadt werden Maulbeerbäume außerdem „um die ganze Stadt herum“ angepflanzt.

28. Juli 1790 – Der Magistrat greift die verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn an

München * Der Magistrat, den man bei der Formulierung der „allgemeinen Dank- und Huldigungsadresse der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten“ übergeben hat, sieht sich in seiner verfassungsrechtlichen Position als Sprecher der Bürger verletzt und distanziert sich von dem ganzen Vorgang. Der Magistrat verbreitet eine Rechtfertigungsschrift, in welcher er die Intrige Sir Benjamin Thompsons aufdeckt und eine „Verbindung zwischen einer verfehlten Regierungspolitik und den revolutionären Vorgängen in Frankreich“ herstellt.

31. Juli 1790 – Kurfürst Carl Theodor setzt den Magistrat ab

München * Kurfürst Carl Theodor empfindet die Rechtfertigungsschrift des Magistrats vom 28. Juli und die darin enthaltenen Angriffe auf die „verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn“ als Majestätsbeleidigung und Hochverrat. Er lässt ein Exempel statuieren, den gesamten Inneren- und Äußeren Rat vor eine kurfürstliche Spezialkommission bringen und einzeln verhören. Bis zur nächsten Stadtratswahl überträgt er die Geschäfte einer kurfürstlichen Stadtadministrationskommission.

22. Dezember 1790 – Kurfürst Carl Theodor verweigert die Bestätigung der Wahlmänner

München * Bei der turnusmäßig vorgenommenen Neuwahl der Stadträte verweigert Kurfürst Carl Theodor die Bestätigung der Wahlmänner und überträgt bis auf Weiteres die Führung der magistratischen Geschäfte einer landesherrlichen Kommission. Die Verfasser der Flugschrift werden lebenslang von den Ratsgeschäften ausgeschlossen.

18. März 1791 – Maßnahmen zur Niederlegung der Stadtmauer werden eingeleitet

München * Kurfürst Carl Theodor leitet den Wandel Münchens von der befestigten barocken Residenzstadt zu einer offenen und modernen Hauptstadt ein. Er beauftragt dazu Sir Benjamin Thompson „das Neuhauser Thor so herzustellen, daß die bisherigen Umwege und



engen Durchgänge gänzlich vermieden, und der Thorweg in gerader Linie mit der Neuhausserstrasse über den Wall und bis auf den Punkt, wo sich die Augsburger und Landsberger Strassen trennen, geführt werde“. Damit wird die erste, von staatlichen Behörden geplante und vom Kurfürsten sanktionierte Maßnahme zur Niederlegung eines bedeutenden Teilstückes der barocken Festungswerke eingeleitet. Es hat eine für die Stadtentwicklung Münchens herausragende Bedeutung, deren zukunftsweisenden Aspekte man damals in ihrer Gesamtheit noch gar nicht erkennen kann. Zur Realisierung dieses Vorhabens muss die Neuhauser-Bastion eingeebnet, der Festungsgraben verfüllt und eine Fahrstraße mit Fußwegen auf beiden Seiten über das planierte Gelände hergestellt werden. Damit entsteht unmittelbar vor dem Stadttor ein großer Platz. Thompson lässt darüber hinaus auch einen ausgedehnten Sektor der Fortifikationen im Westen der Altstadt mit Wall und Graben niederlegen, sodass das eingeebnete Festungsgelände vom heutigen Lenbachplatz bis zur Herzogspitalstraße reicht. Damit wird eine breite Lücke in das System der Münchner Fortifikation geschlagen und so die Festungseigenschaft der Stadt aufgehoben.

13. Mai 1791 – Die Brauer dürfen in ihren Märzenkellern keine Gäste bewirten

Haidhausen - Au * Die Oberste Landesregierung verbietet aufgrund einer Beschwerde der umliegenden Bierbrauer nachdrücklichst, dass die Brauer in ihren Märzenkellern am Gasteig und am Lilienberg Gäste bewirten.

1. März 1792 – Kaiser Leopold II. stirbt. Ihm folgt Franz II.

Wien * Kaiser Leopold II. stirbt in Wien. Sein Nachfolger - als Kaiser sowie als König von Ungarn und Böhmen, Erzherzog von Österreich sowie Herr der übrigen Länder der Habsburgermonarchie - wird Franz II..

20. April 1792 – Frankreich erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg

München * Die französische Nationalversammlung erklärt Österreich und seinen Verbündeten den Krieg, um so die Errungenschaften der Revolution auch in den anderen Ländern durchzusetzen. Das Kurfürstentum Baiern versucht anfangs bei diesem Ersten Koalitionskrieg neutral zu bleiben.



13. Juli 1792 – Verbot des Gästesetzens in den Märzenkellern

Haidhausen - Au * Die Oberste Landesregierung erinnert erneut an ihr Verbot des „Gästesetzens in den Märzenkellern“ auf dem Gasteig und am Lilienberg vom 13. Mai des Jahres.

18. Februar 1795 – Das ungleiche Brautpaar trifft in München ein

München * Das ungleiche Brautpaar - die 18-jährige „Landesmutter“ Maria Leopoldine und ihr 52 Jahre älterer Ehemann Kurfürst Carl Theodor - trifft am Nachmittag in München ein.

16. März 1795 – Der freie Getreidehandel wird nicht aufgehoben

München * Trotz der unübersehbaren Unruhe unter der Bevölkerung lehnt Kurfürst Carl Theodor in einer landesherrlichen Erklärung die Aufhebung des freien Getreidehandels ab.

13. April 1795 – Das Kurfürstenpaar genießt das Sankt-Vater-Bier in der Au

Au * Während seiner Flitterwochen besucht der 71-jährige pfalz-baierische Kurfürst Carl Theodor mit seiner frisch angetrauten 18-jährigen Frau Maria Leopoldine den Ausschank des Sankt-Vater-Bieres, ein Starkbier, im Paulaner-Kloster in der Au. Drei Auer Bürger bitten den Landesherrn um die Abhaltung von zwei Jahrmärkten, als Ausgleich für die häufig zu erleidenden Hochwässer der Isar.

9. August 1795 – Eine festliche Veranstaltung im Englischen Garten

München-Englischer Garten * Aus Anlass der Vermählung des 70-jährigen pfalz-baierischen Kurfürsten Carl Theodor mit der 18-jährigen Erzherzogin Maria Leopoldine aus dem Hause Österreich-Este hält der kurfürstliche Hof im Englischen Garten eine festliche Veranstaltung ab. Ausgerichtet wird das Fest vom Reichsgrafen von Rumford. Es gibt Lustfahrten auf dem See, einen „Tanz der neun Musen“ im Apollotempel, die „Vorstellung einer baierisch-ländlichen Nationalhochzeit“, Musik und Tanz und viele andere Vergnügungen. Zum Ausklang wird der ganze Park mit tausenden Lampions beleuchtet. Außerdem hält ein „Chinese im Nationalkostüm“ eine Huldigungsrede für das Kurfürstenpaar. Die jugendliche „Landesmutter“ ist jedoch durch „eine Unpässlichkeit an der Teilnahme verhindert“.



24. September 1795 – Ausfuhrverbot für Getreide wird durchgesetzt

München * Das lange geforderte landesweite Ausfuhrverbot für Getreide, gemästetes Hornvieh, Schafe und Schweine wird umgesetzt. Dadurch verbessert sich die Angebotssituation und die Preise sinken.

27. Juli 1796 – Verhaltensinstruktionen im Falle eines Einmarsches fremder Truppen

München * Die Obere Landesregierung erlässt für die Beamten Verhaltensinstruktionen im Falle eines Einmarsches fremder Truppen. Österreicher und Franzosen [Freund und Feind] werden darin gleichgestellt.

13. August 1796 – Graf Rumford wieder in München

München * Graf Rumford trifft wieder in München ein. Inzwischen hat Kurfürst Carl Theodor eine Kriegsdeputation unter dem Vizekanzler Franz von Pettenkofer und ein Landesdirektorium unter der Leitung des Freiherrn von Hertling eingerichtet. Damit können für die Kriegsdauer bei Abwesenheit des Herrschers die Staatsgeschäfte wahrgenommen werden.

11. September 1796 – Enteignungsmaßnahmen für die Rumfordstraße

München * Noch vor dem Abzug der französischen Revolutionsarmee und dem Kaiserlichen Heer lässt sich Reichsgraf von Rumford vom Landesdirektorium für die notwendigen Gegenmaßnahmen für rasche Truppeneinzüge ermächtigen. Gleichzeitig wird eine Kommission zur finanziellen Entschädigung der enteigneten Grundstücksbesitzer gebildet.

29. September 1796 – Rumford übernimmt das militärische Oberkommando in München

München * Auf Anordnung des Landesdirektoriums übernimmt Graf Rumford das militärische Oberkommando in München.

6. Oktober 1796 – Das Landesdirektorium wird vom Kurfürsten wieder entlassen



München * Kurfürst Carl Theodor entlässt das Landesdirektorium, das in seiner Abwesenheit die Regierungsgeschäfte führte, wieder aus seiner Verantwortung.

16. Mai 1797 – Die Rumfordchaussee wird dem Verkehr übergeben

München-Isarvorstadt * Die von Reichsgraf Rumford projektierte Ringstraße wird dem öffentlichen Verkehr übergeben. Auf der Trasse des heutigen Wittelsbacher Platzes, der Ottostraße, der westlichen Fahrbahn der Sonnenstraße, der Müllerstraße und der Rumfordstraße ist ein etwa 14 Meter breiter Damm angelegt worden. Zu ihrer Verschönerung wird die Straße zu beiden Seiten mit Pappeln bepflanzt. Auf den nordöstlichen Abschnitt der Rumfordchaussee wird wegen der komplizierten Besitzverhältnisse im Lehel und dem unsicheren Gelände verzichtet.

11. Juli 1798 – Kein Minutoverschleiß von Bier am Gasteig und am Lilienberg

München - Haidhausen - Au * Die Oberlandesregierung fordert den Magistrat eindringlich dazu auf, keinerlei „Minutoverschleiß“ von Bier, gemeint ist die mass- und halbmassweise Abgabe des Gerstensafts, am Gasteig und am Lilienberg zuzulassen. Auch darf das Bier nicht in den kleineren Halbeimer-Fässern [= 30 Mass] abgegeben werden.

16. November 1798 – Kurfürst Carl Theodor ist Kunde des Leihhauses

München * Selbst der baierische Regent und Herrscher ist Kunde des Leihhauses. Kurfürst Carl Theodor gibt an diesem Tag der magistratischen Leihhauskommission folgenden Befehl: „Seine Churfürstliche Durchlaucht haben sich in der Verlegenheit, in welcher sich die Staatskassa bey dem schon so lange dauernden Krieg befindet, zur Verhütung größerer Übel bemüssigt gefunden, einen Teil des Schatzes der heiligen Kapelle in Altötting hierher bringen zu lassen, um auf denselben als Faustpfand schnell ein angemessenes Anlehen aufzubringen und Höchst dieselbe hat sich zu diesem Ende entschlossen, diesen bloss in Gold und Juwelen bestehenden Teil des Schatzes dem hiesigen, unter landesfürstlicher Oberaufsicht und Protektion stehenden Leihhaus, jedoch mit dem gegenwärtig schärfsten Befehle zu übergeben und aushändigen zu wollen, daß hievon nicht das mindeste veräußert oder verschmolzen werde, sondern sich das Leihhaus wegen gleichzeitiger und hiemit feyerlich erklärt werdender Mitverpfändung aller Churfürstlichen Renten und Gefälle mit dem richtigen Bezuge der jährlichen Zinsen sich begnügen solle und müsse.“ Durch die kurfürstliche Inanspruchnahme der Pfandleihanstalt ist die Kapitaldecke der Einrichtung allerdings wiederholt derart dünn geworden, dass Hilfesuchende



aus den ärmeren Schichten oftmals abgewiesen werden mussten.

5. August 1799 – Auer Wirte beschweren sich über Münchner Brauer

Au - München * 16 Bierwirte aus der Au beschweren sich bei der Generallandesdirektion darüber, dass die Münchner Brauer auf dem Gasteig und dem Lilienberg - trotz Verbotes - in ihren Märzenkellern ihr Bier in kleinen Portionen abgeben. Gemeint ist damit der sogenannte Minuto-Verschleiß. Die Generallandesdirektion droht bei nochmaligem Vorkommen mit Strafen von 60 Reichstalern.

1800 – Auf einem Wiesengelände wird der Kleinhesseloher See angelegt

München-Englischer Garten * Auf einem Wiesengelände bei Schwabing wird der Kleinhesseloher See angelegt. Er wird zwischen 1807 und 1812 beträchtlich erweitert.

15. März 1800 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt von den Engländern Subsidiegelder

München * Kurfürst Max IV. Joseph nimmt von den Engländern Subsidiegelder, die zwar den territorialen Bestand Baierns garantieren, doch der Preis ist das Festhalten am Militärbündnis mit Österreich und die Fortführung des Krieges gegen Frankreich.

10. August 1800 – Weitere Flugschriften werden baierweit verteilt

München * Eine Flugschrift mit dem Titel „Wahrer Überblick der Geschichte der baierischen Nation, oder das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend“ wirft Kurfürst Max IV. Joseph vor, „durch seinen Menschenverkauf, durch seine Verschwendung, durch die immerwährende Aushebung und gänzliche Entvölkerung des Landes, durch die volle Verwirrung, die er stiftete, alle Achtung, alles Zutrauen verloren“ zu haben. Gleichzeitig formuliert die Schrift ein in die Zukunft gerichtetes politisches Programm einer Republik in Süddeutschland: „Baiern, vereint mit Schwaben, wird das österreichische Joch abschütteln [...] und [...] vereinigt mit einem Teile Frankens [...] sich eine auf Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichheit gegründete Verfassung geben“. Zur Umsetzung dieses Zieles erhofft sich die „Flugschrift“ die Unterstützung der „Republik Frankreich“. Diese Flugschriften finden nicht nur in der Stadt ihre Leser. Da sie auf der Schranne meist heimlich in die Säcke gesteckt wird, verbreitet sich der revolutionäre Inhalt



auch auf dem Land. Durch die bloße Anwesenheit der Franzosen wagen sich die Zensurbehörden nicht, entschlossen gegen die Flugschriften vorzugehen.

10. November 1800 – Die Amberger Verordnung beendet Baierns ausschließliche Katholizität

Amberg * In der Amberger Verordnung schreibt Kurfürst Max IV. Joseph, dass die Meinung, wonach die katholische Religionszugehörigkeit eine wesentliche Bedingung der Ansässigmachung in Baiern sei, sich als nachteilig für die Industrie und Kultur im Land erwiesen habe und sich diese weder aus der Reichs- noch in der Landesverfassung begründen lasse. Allerdings veröffentlicht er die Verordnung nicht in der üblichen Art, sodass der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt dem Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim das Münchner Bürgerrecht verweigert und so die Übernahme der Weingastwirtsgerechtsame der Eheleute Rasp verhindert.

12. April 1801 – Auch das Besatzungsbataillon verlässt die bayerische Landeshauptstadt

München * Auch General Charles Matthieu Isidore Decaën verlässt mit seinem Besatzungsbataillon die bayerische Landeshauptstadt. Er droht umzukehren, falls sich vor dem 13. April auch nur ein kurbaierischer Soldat in der Stadt sehen lassen sollte.

19. Juni 1801 – Das Topographische Bureau wird gegründet

München * Das Topographische Bureau wird gegründet. Damit beginnt die allgemeine Landes- und Katastervermessung Baierns, das dadurch das erste exakt vermessene Land Europas werden wird. Mit fünf jeweils fünf Meter langen Messstangen wird die 21.653,8 Meter lange Basislinie zwischen Oberföhring und Aufkirchen bei Erding gemessen. Die Verlängerung der Linie verläuft auf der einen Seite durch die Turmspitze der Aufkirchener Kirche und auf der anderen Seite durch die Spitze des nördlichen Turms der Frauenkirche, die zugleich den Nullpunkt des bayerischen Koordinatensystems bildet. Die Vermessung erfolgte in Metern, obwohl die Maßeinheit erst im Jahr 1872 im Deutschen Reich eingeführt wird.

25. August 1801 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt die Reform Baierns in Angriff

München * Mit tatkräftiger Unterstützung seines Ministers Maximilian Joseph Freiherr von



Montgelas nimmt Kurfürst Max IV. Joseph eine Reform seines Landes in Angriff. Zur dauerhaften Stabilisierung des Staates ist eine Umverteilung von Rechten, Pflichten und Chancen notwendig. Zu dieser Revolution von oben gehört auch die revolutionäre Gleichbehandlung aller Baiern, mit dem Anspruch des Herrschers, „allen Untertanen, Reichen und Armen, Witwen und Waisen, Geistlichen und Weltlichen, gleiches Recht und Schirm zu verschaffen“. Durch diese Reformen kann der Baiernregent einen Großteil der Kritik, die zu Beginn seiner Regierung die öffentliche Debatte geprägt hatte, den Boden entziehen. Vieles von dem wird beseitigt, was unter der Regentschaft des Kurfürsten Carl Theodor als willkürlich und korrupt angegriffen worden ist. Gleichzeitig lässt er energisch eingreifen und setzt sich mit Militärgewalt durch, wenn seiner Politik offene Auflehnung entgegen schlägt. Beides, die umfangreichen und weitreichenden Reformen sowie das energische und harte Durchgreifen, lassen die heftige Kritik der Anfangsjahre und jedes Auflehnen gegen seine Politik allmählich verstummen. Durch sein leutseliges Verhalten kann Kurfürst Max IV. Joseph sogar die Zuneigung der Münchnerinnen und Münchner erringen und sich so zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten der Wittelsbacher hocharbeiten. Schon bald gehören die anfänglichen Differenzen zwischen dem Herrscher und dem bayerischen Volk der Vergangenheit an.

1802 – Staatsrat von Hazzi kauft den Edelsitz Pilgramsheim

Untergiesing * Der churtrierische Kammerherr von Horben verkauft den Edelsitz Pilgramsheim an den Staatsrat Joseph von Hazzi. Der Staatsrat ist selbst davon überzeugt, dass der zwischenzeitlich verstorbene Kurfürst Carl Theodor nicht über das Recht verfügt hatte, eine Sitzgerechtigkeit zu verleihen und aus diesem Grund als Landesherr seine Machtbefugnisse überschritten habe. In diesem Selbstverständnis verzichtet er auf die Anerkennung von Pilgramsheim als Adelssitz.

25. Januar 1802 – Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern

Kurfürstentum Baiern * Das kurfürstliche Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern beginnt mit der Feststellung, dass die Bettelorden die „Fortpflanzung des Aberglaubens und der schädlichen Irrtümer“ begünstigen und die Entstehung und Entwicklung „richtiger Begriffe der moralischen Bildung im Volke“ verhindern, weshalb die fortdauernde Existenz der Mendikantenklöster zwecklos und schädlich für die Bürger ist. In Altbaiern sind davon einundneunzig derartige kirchliche Einrichtungen betroffen. In München sind folgende Bettelorden betroffen: Kapuziner, Franziskaner, Karmeliten, Karmelitinnen, die Benediktinerinnen am Lilienberg, die Paulanerinnen im Lilienthal und das Pütrichkloster. Zur zweckmäßigen



Einrichtung der Bürger- und Landschulen wird ein Schulfonds eingerichtet, der aus dem Vermögen der aufgehobenen Orden gebildet wird, da es an anderweitigen staatlichen Mitteln mangelt. Zur sofortigen Verminderung der Insassen werden alle Ausländer, das heißt, die nicht in Pfalzbaiern geborenen Klostermitglieder, in ihre Heimat geschickt, die Laienbrüder in die Prälatenklöster versetzt und Kleriker, die noch keine Profeß abgelegt haben, entlassen. Neuaufnahmen und das Überwechseln von Ordensangehörigen in andere Klöster wird streng untersagt. Priestermonche können unter bestimmten Voraussetzungen in den Weltpriesterstand übertreten, was dem Staat die Pensionskosten einsparen hilft. Alle übrigbleibenden Klosterindividuen sollen in Zentralklöster - in Wirklichkeit Aussterbeklöster - ihres Ordens verbracht werden. Außerdem ist den Franziskanern künftig nur noch Predigt und Beicht hören in der eigenen Ordenskirche erlaubt, jedoch keinerlei Seelsorgeaushilfe. Dazu unterstehen sie der verschärften Aufsicht der zuständigen Landrichter. Als Unterhalt für die Franziskaner setzt man, da ihnen das Almosensammeln verboten worden ist, jährlich 125 Gulden fest, zahlbar aus dem Vermögensfonds der nichtständischen Klöster. Der Inhalt des Aufhebungsdekretes wird öffentlich nicht bekannt gemacht. Die ganzen Vorbereitungen der staatlichen Klosteraufhebungen laufen bis zur Ausführung im Wesentlichen geheim. Das verstärkt die Unsicherheit und lässt jede Gegenwehr erlahmen. Ebenfalls besteht Unkenntnis über die Befugnisse der eingerichteten Spezialkommission. Ausgenommen vom kurfürstlichen Aufhebungs-Dekret der Bettelordensklöster sind - aufgrund ihrer Tätigkeit in der Krankenpflege beziehungsweise im Schulwesen - die Klöster der Barmherzigen Brüder sowie der Englischen Fräulein und der Elisabethinerinnen. Das Kloster der Ursulinen in München wird mit den Nonnen de Notre Dame in Nymphenburg vereinigt. In der Haupt- und Residenzstadt München gibt es nur ein ständisches Kloster: das Klarissen-Kloster zu Sankt Jakob am Anger.

25. Februar 1802 – Auflösung des ältesten Mönchskonvents der Stadt

München-Graggenau * Aufhebungskommissar Graf Philipp von Arco ist mit der Auflösung des ältesten Mönchskonvents der Stadt beauftragt worden. Ein genaues Inventar des Franziskaner-Klosters ergibt ein recht bescheidenes Kapitalvermögen. Umfangreich war hingegen der Bestand an Kunstwerken zur Ausstattung der Kirchen mit nicht weniger als fünfundzwanzig Altären. Die Aufnahme des Personalbestandes ergibt, dass im Hauptkloster Sankt Anton dreißig Patres, drei Kleriker und vierzehn Laienbrüder leben, im Hospiz am Anger sind vier Patres und ein Laienbruder, im Hospiz Josephsburg drei Patres und ein Laienbruder untergebracht. Einen Laienbruder schickt man als Ausländer in seine Heimat Berchtesgaden zurück. Vier weitere Ausländer lässt man aus triftigen Gründen vorübergehend im Kloster. Für einen nicht transportfähigen alten und kranken Pater setzt sich Graf Arco



nachdrücklich ein: „Ihn seinem Schicksal überlassen, hieße der ganzen Klosteraufhebung den Stempel der Grausamkeit aufdrücken und würde eine üble Wirkung bei dem Volke zurücklassen“. Fünf Laienbrüder werden in Abteien verwiesen, die übrigen Franziskaner sollen möglichst bald nach Ingolstadt gebracht werden. Die Ordensmänner wissen zwar, dass ihr Kloster aufgehoben wird, darüber hinaus sind ihnen aber weder der genaue Zeitpunkt noch die besonderen Umstände mitgeteilt worden.

25. Februar 1802 – Es ergeht eine wichtige Instruktion zur Klosteraufhebung

München-Graggenau * Es ergeht eine weitere wichtige Instruktion zur Klosteraufhebung. Sie ist unmittelbar für das Franziskanerkloster St. Anton in München bestimmt, wird aber richtungsweisend für die tatsächliche Durchführung der Klosteraufhebungen. Sofort nach Erhalt der Instruktion muss sich Graf Arco in das Kloster begeben, das Bargeld zählen und das übrige Klostervermögen feststellen. Anschließend haben sich alle Klostermitglieder im Refektorium zu versammeln, wo ihre Personalien, Beschäftigungen und besonderen Einsätze schriftlich festgehalten werden. Bei diesem überfallartigen Vorgehen geht es um Geld und sonstiges für die Staatskasse interessantes Vermögen und um weitere Einsparungen für den Staat. Dem Kommissar ist eingeschärft worden, „diesen Auftrag in der vorgeschriebenen Ordnung mit allem Eifer, Schnelligkeit und der Sache angemessenen Anstand in Vollzug zu bringen“. Die Ergebnisse gehen an die Spezial-Klosterkommission. Der weitere Inhalt der Instruktion lautet kurz gefasst: Alle Ausländer sind umgehend in ihre Heimat zu schicken; sie erhalten 25 Gulden Zehrgeld und einen Reisepass; aber Abreisetag und Reiseroute werden genau festgelegt. Wer gesund und nicht zu alt ist, muss drei Tage nach der Mitteilung auswandern; nur einige Alte und Gebrechliche erhalten Aufschub bis April. Das Sammeln auf der Reise ist den Mönchen strengstens verboten. Alle inländischen Laienbrüder, die in das bürgerliche Leben zurückkehren wollen, erhalten zum Auszug 25 Gulden und die nötigen Kleider. Diejenigen, die den Ordensstand nicht verlassen wollen, sind - bis auf wenige, die noch zu den nötigsten Hausarbeiten als Gärtner, Köche, in der Brauerei und so weiter benötigt werden - auf die oberpfälzischen oder baierischen Prälatenklöster als Konventdiener oder Pfründner zu verteilen. Die nach Abzug der Kranken und Ausländischen verbliebenen sieben Laienbrüder des Münchener Franziskanerklosters sind in ständische Abteien zu schicken. Die kurfürstliche Verordnung gibt auch Anweisung über den möglichen Rücktritt von Priestermönchen der Mendikantenorden in den Weltpriesterstand. Diese Mönche müssen sich einer Prüfung durch die Spezial-Klosterkommission unterziehen. Dabei werden weniger ihre theologischen Kenntnisse begutachtet, sondern vielmehr festgestellt, „ob die Austretenden auch im Sinne der Staatsauffassung genügend aufgeklärt“ sind. Haben die Aspiranten ihre Prüfung bestanden,



erhalten sie von der Kommission die Erlaubnis zum Überwechseln mit einer jährlichen Pension von 125 Gulden.

3. März 1802 – Freiherr von Leyden bereitet die Franziskaner auf die Abreise vor

München-Graggenau * Nachmittags um 16 Uhr erscheint Generallandesdirektionsrat Freiherr von Leyden mit einigen Amtspersonen im Franziskanerkloster und lässt alle Insassen ins Refektorium rufen. Dort teilt er den Ordensmännern mit, dass der Abtransport nach Ingolstadt unter den Bedingungen der „kurfürstlichen Instruktion“ am „kommenden Morgen um 3 Uhr, längstens 4 Uhr“, zu erfolgen hat. Freiherr von Leyden hat die Weisung erhalten, dafür zu sorgen, dass „die hier bleibenden Individuen“ im Kloster verbleiben und nicht durch ihr „Ausgehen in die Stadt dem neugierigen Volke zu vielem Geschwätz Veranlassung“ geben.

18. Juli 1802 – Aufhebung des Karmelitenklosters

München-Kreuzviertel * Die Regierung Montgelas ordnet die Aufhebung des Karmelitenklosters an. Anfangs bezieht das Militär die aufgelassenen und leerstehenden Klosterräume, bis Teile für das Neue Gymnasium, das spätere Ludwigs-Gymnasium, eingerichtet und andere Teile zum Königlichen Erziehungsinstitut für Studierende, dem sogenannten Hollandeum, ausgebaut werden können.

23. November 1802 – Die Reichsdeputation beschließt den Reichsdeputationshauptschluss

Regensburg * Die Reichsdeputation beschließt in seiner 30. Sitzung den Reichsdeputationshauptschluss. Dieser bildet die Grundlage für die Aufhebung der Geistigen Staaten und der Landsässigen Klöster, die der „freien und vollen Disposition der respectiven Landesherren“ überlassen werden. Baiern vollzieht daraufhin offiziell die Inbesitznahme der ihm zugeteilten Territorien: Die Fürstbistümer Freising, Augsburg, Bamberg, Würzburg sowie Teile der Fürstbistümer Eichstätt, Passau und Salzburg. Damit werden große Teile Schwabens und Frankens baierisch.

10. Januar 1803 – Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung

München-Kreuzviertel * Das Religionsedikt bringt die Gleichberechtigung von Katholiken,



Lutheraner und Reformierten. Aus Anlass der Aufnahme fränkischer und schwäbischer Gebiete in den immer größer werdenden bayerischen Staat kommt es zu nachstehenden Bestimmungen: „Bei künftiger Besetzung der Staatsämter werden Wir nur auf die Würdigsten, ohne Unterschied der im deutschen Reiche eingeführten drei christlichen Religionen [gemeint sind die Katholiken, Lutheraner und Reformierten] den landesväterlichen Bedacht nehmen. Keinem unserer Untertanen, von welcher Konfession er sei, soll je etwas zugemutet werden dürfen, welches seiner Religions- oder Gewissensfreiheit entgegen wäre.“ Doch der Mann, der die positive Entwicklung der evangelischen Kirche in Bayern bremsen wird, steht in der Person des Kronprinzen Ludwig I. schon bereit.

1805 – Beginn der Isarregulierung ab Bogenhausen

Bogenhausen * Durch die ab der Bogenhausener Brücke in Richtung Oberföhring beginnende Isarregulierung durch Oberst Adrian von Riedl wachsen Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas 117 Tagwerk Grund zu. Auf dem Gelände entsteht später der heutige Herzogpark. Neben seinen Münchner Besitzungen hat Montgelas noch kleinere und größere Besitzungen über ganz Bayern verstreut.

1805 – Unhaltbare Zustände in Haidhausen

Haidhausen * Die Bayerische Landesregierung gibt der Hofmarkverwaltung die Schuld an den unhaltbaren Zuständen in Haidhausen, da sie „ständig ganz unvermögenden Leuten die Ansiedlung und Verehelichung genehmige, sich aber dann nicht mehr um sie bekümmere, so daß sie in Armut gerieten und zum Bettel ihre Zuflucht nehmen müßten, um ihren Lebensunterhalt zu gewinnen“.

1805 – Die Post künftig als Staatsaufgabe selbst übernehmen

München * Im Zuge der bevorstehenden Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ist Kurfürst Max IV. Joseph fest entschlossen, die Post künftig als Staatsaufgabe selbst zu übernehmen. Bestärkt wird der Wittelsbacher vom Generallandesdirektor Joseph Maria von Weichs, der ihm den Rat gibt, „daß der gegenwärtige Zeitpunkt der schicklichste sey, das Postregal [der Thurn und Taxis] einzuziehen und unter landesherrlicher Verwaltung auszuüben“.



8. September 1805 – Der Dritte Koalitionskrieg beginnt

Kurfürstentum Bayern * Der Dritte Koalitionskrieg beginnt mit dem Einmarsch der Österreicher nach Bayern. Rücksichtslos bestimmt Kaiser Franz II. Bayern zum Kriegsschauplatz. Noch sind die österreichischen Truppen im Glauben an ein gemeinsames Bündnis mit Bayern gegen Frankreich über die Landesgrenze gekommen, doch nun marschieren sie als Feinde nach München. Die wertvollsten kurfürstlichen Besitztümer und die Gemäldesammlung können noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, um sie so vor feindlichen Beutezügen zu schützen. Auch der Kurfürst ist samt seiner Familie weit genug von der österreichischen Grenze entfernt, so dass er das Eintreffen der napoleonischen Truppen sicher abwarten kann.

5. Dezember 1805 – Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein

München * Frankreichs Kaiserin Joséphine trifft mit großem Gefolge in München ein. Sie bezieht die Steinzimmer der Residenz und bemüht sich im Interesse der Bündnispolitik Frankreichs erfolgreich um die Sympathien des kurfürstlichen Hofes und der Bevölkerung der Landeshauptstadt. Die kaiserliche Gefolgschaft erregt gerade aufgrund ihrer prächtigen Ausstattung großes Aufsehen. Wegen des ungünstigen Münchner Wetters erkrankten in den darauf folgenden Tagen viele der kaiserliche Hofdamen.

1. Januar 1806 – Bayern wird extrem emotionslos zum Königreich erhoben

Königreich Bayern - München-Graggenau * Das Kurfürstentum Bayern wird von Napoleon Bonaparte zum Königreich erhoben. Aus Kurfürst Max IV. Joseph wird König Max I. Joseph. Die Rangerhöhung Baierns wird extrem emotionslos vollzogen. Der nur wenige Minuten dauernde Akt der Königserhebung findet um 10 Uhr, in den Appartements der Kurfürstin Karoline in der Münchner Residenz statt. Obwohl Napoleon Bonaparte am Abend des Vortages in München eingetroffen ist, nimmt er nicht an der Zeremonie teil. Auch der leitende Minister Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas ist aus uns nicht bekannten Gründen abwesend. Anwesend sind neben dem König und dem Kronprinzen Ludwig der Minister für geistliche Angelegenheiten, Heinrich Theodor Graf Topor Morawitzky, der Justizminister Johann Friedrich Freiherr von Hertling und Abbé Pierre de Salabert. Dazu kommen die Chefs der Königlichen Hofämter, der Obersthofmeister Clemens Anton Graf von Toerring-Seefeld, der Oberstkämmerer Maximilian Emanuel Freiherr von Rechberg und Rothenlöwen, der Oberstmarschall Ludwig Joseph Freiherr von Gohren und schließlich der Oberstallmeister Carl Ludwig Freiherr von Kesling. Dieser Männerrunde erklärt Max Joseph, er habe sich „durch die vielen Beweise von



Treue und Anhänglichkeit der Baiern an ihren Fürsten und Vaterland bewogen befunden, Baierns Unabhängigkeit zu begründen, indem Allerhöchst Sie in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo es durch die Vorsehung Gottes dahin gediehen, dass das Ansehen und die Würde des Herrschers in Baiern seinen alten Glanz und vorige Höhe zur Wohlfahrt des Volkes und zum Flore des Landes wieder erreicht, den dem Regenten Baierns angestammten Titel eines Königs von Baiern anzunehmen und öffentlich proklamieren zu lassen“. Er fügt noch hinzu, dass künftig alle direkten Abkömmlinge den Titel Königliche Hoheit führen werden. Daraufhin bringen die Anwesenden ihre Glückwünsche und Huldigungen zum Ausdruck.

1. Januar 1806 – Die Proklamation des Königreichs Baiern

München * Der Landesherr Joseph von Stürzer verliest an verschiedenen Orten der Stadt die Proklamation des Königreichs Baiern und bringt ein Hoch auf König Max I. Joseph aus. Eskortiert wird er von dreißig berittenen Angehörigen der Bürgerwehr.

14. Januar 1806 – Max I. Joseph sichert Tirol die Beibehaltung der Landesverfassung zu

München - Tirol * Ein Schreiben Königs Max I. Joseph an die Tiroler Landstände sichert ihnen die Beibehaltung der Landesverfassung zu. Diese Zusicherung ist den Tiroler Deputierten bereits bei ihren Audienzen in München schriftlich gegeben worden. Im Besitzergreifungspatent vom 22. Januar wird sich allerdings kein Hinweis auf die Tiroler Landesverfassung und andere Sonderrechte finden lassen.

22. Januar 1806 – Baiern übernimmt die ehemals gefürstete Grafschaft Tirol

Tirol * Das Königreich Baiern übernimmt die ehemals gefürstete Grafschaft Tirol. Im Besitzergreifungspatent findet sich kein Hinweis mehr auf die gegebenen Zusagen zur Beibehaltung der Tiroler Landesverfassung und andere Sonderrechte. Dagegen wird die Gleichbehandlung aller Untertanen im Königreich hervorgehoben.

20. Januar 1808 – Die Landesfreiheitserklärung wird aufgehoben

München * Die Landesfreiheitserklärung, die das Verhältnis zwischen der Landschaft und dem Landesherrn bestimmt, wird aufgehoben.



1. Mai 1808 – Die Konstitution für das Königreich Bayern tritt in Kraft

München * Die Konstitution des Königreichs Bayern tritt in Kraft. Die erste einheitliche Verfassung des Königreichs Bayern besteht aus 45 Paragraphen, die auf acht Seiten Platz finden. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem großen Gebietszuwachs, den Bayern erfahren hat, ist es notwendig geworden, das Recht zu vereinheitlichen und die Rechtsgleichheit in den verschiedenen Landesteilen herzustellen. Nur Altbayern war, bis auf wenige Enklaven, ein geschlossenes Staatsgebiet. Ansonsten gleicht das neue Bayern mit seiner Anhäufung von Besitzungen verschiedener Fürsten, Grafen, Herren und Ritter eher einem Fleckerlteppich. Bayern muss nun zusammenwachsen und nach einheitlichen gesellschaftlichen und verwaltungsrechtlichen Grundsätzen regiert werden.

Damit werden „alle besonderen Verfassungen, Privilegien, Erbämter und Landschaftliche Korporationen der einzelnen Provinzen“ aufgehoben. Die Verfassung garantiert die Gleichheit aller vor dem Gesetz und den Steuerbehörden sowie beim Zugang zu den Staatsämtern. Die Rechte des Adels werden darin eingeschränkt und deren bisherigen politischen Vorrechte ausdrücklich abgelehnt. In einer neu eingeführten „Adelsmatrikel“ muss der Adelstitel erst staatlich anerkannt werden. Die Leibeigenschaft wird ersatzlos abgeschafft. Die Sicherheit des Eigentums wird ebenso gewährleistet, wie die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit. Letztere wird allerdings durch Gesetze teilweise wieder eingeschränkt. Das Gesetz sieht ein stehendes Volkshier und eine Bürgermiliz vor.

Mit 21 Jahren muss jeder Staatsbürger vor der Verwaltung seines Kreises einen Eid ablegen, dass er „der Konstitution und den Gesetzen gehorchen - dem König treu sein wolle“. Ohne ausdrückliche Erlaubnis des Monarchen darf kein Staatsbürger auswandern oder ins Ausland reisen. Zum „Königlichen Hause“ wird in der Konstitution festgelegt, dass die Krone erblich ist „in dem Manns-Stamme des regierenden Hauses, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatisch-linealischen Erbfolge“.

Die Prinzessinnen sind für immer von der Regierung ausgeschlossen, so lange noch männliche Nachkommen vorhanden sind. Sämtliche Familienmitglieder des königlichen Hauses stehen unter der Gerichtsbarkeit des Monarchen, und können bei Verlust Ihres Erbfolge-Rechts nur mit dessen Einwilligung zur Ehe schreiten.

Nach den Bestimmungen der Konstitution besteht zur Verwaltung des Königreiches Bayern das Ministerium aus fünf Departements, dem des Äußeren, der Justiz, der Finanzen, des Inneren und des Kriegswesens. Zudem teilte sie das Königreich in Kreise ein, um so einen einheitlichen Beamten- und Verwaltungsstaat zu schaffen. Auch das Justiz- und Militärwesen werden neu organisiert. Ein Parlament ist in Form einer National-Repräsentation vorgesehen, kommt aber nicht zustande. Gleichwohl werden die Vertretungen der einzelnen Teilgebiete des Königreichs mit Inkrafttreten



der Verfassung abgeschafft. Die National-Repräsentanten sollten für die Dauer von sechs Jahren gewählt werden. Dazu sollten in jedem der acht Kreise, von den 200 höchstbesteuerten „Land-Eigenthümern, Kaufleuten und Fabrikanten“ von Wahlmännern sieben Mitglieder gewählt werden. Diese 56 Gewählten hätten dann die Reichs-Versammlung gebildet. Durch die Einführung der Konstitution verhindert Minister Maximilian Joseph von Montgelas, dass der auf Napoléon Bonapartes Drängen geschlossene Rheinbund die Souveränität des Königreichs Baiern zu stark einschränkt.

12. Juli 1808 – Staatliche Vorschriften zur Verehelichung

München - Königreich Baiern * In einer erlassenen Verordnung zur Beförderung der Heiraten auf dem Lande wird die Verehelichung von der Bewilligung der ordentlichen Polizeibehörde des Ortes abhängig gemacht, wo die Heiratenden mit hinreichender Aussicht auf ihre Nahrung den Wohnsitz nehmen. Damit wird den Gemeinden auch in Fragen der Verehelichung die Mitwirkung entzogen. Zusätzliche Haftungsbestimmungen gegenüber den entscheidenden Beamten schränken die Wirksamkeit der Verordnung stark ein. Sollte sich die Familie doch nicht selbst ernähren können, fällt der Unterhalt der genehmigenden Behörde zur Last. Wenn Geistliche eine Eheschließung ohne die vorherige staatliche Heiratsbewilligung vornehmen, haften sie für Schäden und Kosten, welche hieraus irgendeiner Gemeinde zuwachsen. Eheschließungen außerhalb Baierns werden für ungültig erachtet und sind strafbar.

1809 – Die freiwillige Bürgerwehr wird in die Nationalgarde eingegliedert

München * Durch eine Neuorganisation des Militärs wird die bisher freiwillige Bürgerwehr nach französischem Vorbild in die dreigliedrige Nationalgarde eingegliedert. Die Nationalgarde I. Klasse bildet das Stehende Heer, die II. Klasse wird zur Landesverteidigung innerhalb des Königreichs verpflichtet. Die Nationalgarde III. Klasse ist die ehemalige Bürgerwehr. Sie untersteht jetzt den staatlichen Behörden für polizeiliche Aufgaben. Seit dem Spätmittelalter hatte die Bürgerwehr in zunehmenden Maße repräsentative Funktionen bei festlichen Anlässen der Städte und des Fürstenhauses wahrgenommen. Die vornehmsten Aufgaben - Ehrengeliebt und Ehrenwache für höchste Herrschaften blieb der Bürger-Kavallerie vorbehalten. Eine Kavallerie-Division gibt es - neben dem Invanterie-Regiment und der Artillerie-Kompanie - auch in München. Sie wird unter ihrem Major Andreas von Dall'Armi das Pferderennen aus Anlass der Hochzeit von Kronprinz Ludwig I. und Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen austragen. Eine „Schicki-Micki-Armee“.



Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die baierische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine baierischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Bayern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die baierische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit baierischer Beamten, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum baierischen Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Bayern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbayern gemacht wurden.

Februar 1809 – In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherrn

Tirol * In Tirol kommt es zu Aufständen gegen die baierischen Landesherrn. Ungeliebte Maßnahmen der Münchner Regierung und ein vielfach landfremdes und unkluges Verhalten der baierischen Beamten provozieren Unmut und Widerstand gerade beim Vierten Stand, den Bauern, kleinen Handwerkern und Tagelöhnern. Durch die Kriegsverhältnisse gelingt es nicht, in Tirol eine gewisse Zufriedenheit mit der baierischen Präsenz zu erzeugen.

30. Juli 1809 – Marschall François Joseph Lefévre zieht kampflös in Innsbruck ein

Innsbruck * Marschall François Joseph Lefévre zieht kampflös in Innsbruck ein und nimmt in der Hofburg Quartier. Ihm ist klar, dass der Besitz der Tiroler Hauptstadt noch lange nicht die Eroberung Tirols bedeutet. Dazu muss der Kern des Landes von mehreren Seiten angegriffen werden, wozu man die 20.000 Mann in mehrere Korps aufteilt.



19. November 1809 – Andreas Hofer lässt Jakob Sieberer und Josef Daney gefangen nehmen

Passeiertal - Tirol * Andreas Hofer lässt Jakob Sieberer und Josef Daney als Gefangene ins Passeiertal bringen und als Landesverräter, Franzosen- und Baiernfreunde sowie Spione zum Tode verurteilen. Mit den Worten: „Halt's Maul. Ich lass' dich und den Pfaffen totschießen für eure Lügen und alle, die den Frieden verkünden“, verweigert Hofer Jakob Sieberer auch einen Abschiedsbrief an seine Frau. Im Kerker entzieht man ihm sogar Wasser und Brot. Josef Daney wird in den gleichen Kerker geworfen. Dass sie am Leben bleiben, verdanken sie einem 3.000 Mann starken französischen Korps, vor dem die Aufständischen fliehen.

13. Oktober 1810 – Ganz München erstrahlt im Lichterschmuck

München * Am Abend findet eine große Festbeleuchtung statt. Ganz München erstrahlt im Lichterschmuck. Mit den Aufbauten zur Illumination auf dem Max-Joseph-Platz ist bereits sechs Wochen zuvor begonnen worden. An den öffentlichen und privaten Gebäuden der Stadt leuchteten „transparente Gemälde und Inschriften“. So trägt die Fassade des Rathauses ein allegorisches, zur Vermählung passendes Bild mit den Wappen des Brautpaares. Am Gebäude der Königlichen Akademie der Wissenschaften und Künste leuchtet „Hymens Fackel, und Ludwigs und Theresens Namenszüge von Blumen“ mit den Worten: „Der neuen Hoffnung des alten Hauses der Wittelsbacher huldigen Wissenschaft und Kunst.“ Soweit die staatlich verordnete Fürstenhuldigung. Unter den Adelspalais erregt das des Freiherrn Maximilian Joseph von Montgelas besondere Aufmerksamkeit. „Letzteres war eigentlich hinter einem prächtigen dorischen Tempel verschwunden, der um dasselbe ausgeführt reichlich mit Grün und Blumengirlanden geschmückt, und durch die Lichtmassen wie in eine Feuerwohnung verwandelt war.“ Auch der Bankier Andreas von Dall'Armi hatte sein Haus am Rindermarkt festlich ausstaffiert. Die Fassade trägt „eine kolossale Bavaria mit einem ruhenden Löwen und [...] mit der Inschrift, die den ganzen oberen Stock einnahm: Wittelsbachs Stamm blühe ewig!“ Auch die anderen privaten Gebäude sind, soweit es sich die Bewohner finanziell leisten können, aufwändig geschmückt und erleuchtet. Für Kaufleute, Gastwirte, Cafétiers, Weinhändler, Juweliere und Bierbrauer, kurz gesagt, für die besonders gut situierten Kreise der Münchner Bewohnerschaft, bietet sich hier die einmalige Gelegenheit, miteinander mit prunkvollen Illuminationen zu Ehren des Königshauses sich gegenseitig zu übertreffen und nur das Beste vom Besten zu zeigen.

17. Oktober 1810 – Kinder huldigen dem königlichen Brautpaar

München-Ludwigsvorstadt * Nachdem die königliche Familie im Pavillon Platz genommen hat, tritt



eine Gruppe von „Kindern im Nationalkostüm“ vor das Brautpaar. Die Töchter und Söhne von Angehörigen der königlich-bayerischen Kavalleriedivision tragen unterschiedliche Landestrachten und überbringen Kronprinz Ludwig und Prinzessin Therese stellvertretend für die Bevölkerung ihre Glückwünsche. Die aufwendig inszenierte Huldigung stellt die verschiedenen Landesteile des noch jungen Königreichs als geeinte bayerische Nation dar. Das Pferderennen dient damit nicht nur der Unterhaltung, sondern zugleich der Repräsentation des Königshauses und der Förderung eines gemeinsamen bayerischen Staatsbewusstseins.

3. November 1810 – Eine Verordnung über die neuen Posttarife

München * Eine Verordnung über die neuen Posttarife bringt keine wesentlichen Fortschritte gegenüber dem alten System. Die Berechnung der Brieftaxe erfolgt nach dem Gewicht des Briefes und der Entfernung des Bestimmungsortes. Der billigste Brief kostet drei Kreuzer. Er darf nicht mehr wiegen als ein halbes baierisches Lot [8,75 Gramm] und der Bestimmungsort darf nicht weiter als sechs Meilen entfernt sein. Für den Briefe schreibenden „Untertanen“ bedeutet die Übernahme der Posthoheit durch die souverän gewordenen Einzelstaaten einen Rückschritt gegenüber dem unter dem Schutz des Reiches entwickelten europäischen System der Thurn und Taxis, da es auf der Grundfläche des aufgelösten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation nun nicht weniger als 43 verschiedene Postanstalten gibt. Da auch auf dem Wiener Kongress nichts für die Wiederherstellung der Posteinheit und die Verbesserung der Postbedingungen unternommen worden war, muss jedes Land seine Postangelegenheiten in eigener Zuständigkeit ordnen. Den Vorschlag Bayerns, zumindest das Portosystem für das Gebiet des Deutschen Bundes zu vereinheitlichen und das Porto - nach baierischem Muster - zu verbilligen, lehnen die anderen Länder aber kategorisch ab. Im Königreich Baiern, in dem zahlreiche fränkische und schwäbische ehemalige reichsunmittelbare Gebiete aufgegangen sind, kommt der Post eine wichtige Rolle bei der Aufgabe zu, die neubayerische Bevölkerung zu integrieren. Ein funktionierendes Post- und Verkehrswesen ist dabei ein wichtiges Mittel der bayerischen Regierungspolitik. Es sollen damit die Vorteile des neuen und größeren Wirtschaftsraumes demonstriert werden und den vom neuen Staatsverband eher weniger begeisterten Neubürgern das Königreich attraktiver machen.

15. April 1811 – Weinmüllers Theaterbetrieb im Herzoggarten des Clemensschlosses

München-Maxvorstadt * Johann Weinmüller, inzwischen zum königlichen Regisseur befördert, kann seinen Theaterbetrieb im Herzoggarten des Clemensschlosses, auf dem Gelände des heutigen Justizpalastes, eröffnen. König Max I. Joseph hat dieses Weinmüller als



1. Februar 1817 – Kronprinz Ludwig fordert die Absetzung Montgelas

München * König Max I. Joseph kehrt von einem fast achtwöchigen Wien-Aufenthalt zurück. Er erhält von seinem Marschall Carl Philipp Fürst von Wrede anstatt des üblichen Rapports über das, was sich in der Abwesenheit des Königs zugetragen hat, einen Brief des Kronprinzen Ludwig überreicht. In diesem fordert der „deutschtümelnde“ Prinz die Absetzung des Ministers Maximilian Joseph von Montgelas, weil dieser „alles Vertrauen im In- und Auslande“ verloren habe und der „täglich größer werdende Zerfall der Finanzen“ immer offensichtlicher werde. Aus Sicht Ludwigs, der Montgelas als den „eigentlichen Beherrscher Baierns“ empfindet, muss ein neuer Geist in die Ministerien einziehen. „Männer seines Systems“ dürfen nie wieder Minister werden. Marschall Carl Philipp von Wrede hat die Aufgabe den König zu dieser Entscheidung zu überreden und ihn von der unabweislichen Amtsenthebung Montgelas zu überzeugen.

26. Mai 1818 – Die Ständeversammlung hat über die Post mitzubestimmen

München * Seit der Verfassung vom 26. Mai 1818 sind im Königreich Baiern Fragen der Post nicht mehr alleine Angelegenheit des Landesherrn und seiner Regierung. Die Ständeversammlung hat das Recht über die Staatsausgaben und damit auch über die Post mitzubestimmen. Zu den bevorzugt diskutierten Themen in der Ständeversammlung gehört unter anderem die Frage, ob die Post, als Öffentliche Anstalt die Bedürfnisse der Öffentlichkeit zu befriedigen hat oder ob sie vorwiegend Geld in die immer leeren Staatskassen bringen soll. Immer wieder prangern die Abgeordneten die katastrophalen Dienstleistungen der Post, die Grobheit der Postillione und den miserablen Zustand der bayerischen Straßen an.

26. Mai 1818 – Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung

München * Das Königreich Baiern gibt sich eine konstitutionelle Verfassung. Baiern ist damit unter den großen deutschen Staaten der erste Verfassungsstaat. Baden erreicht diesen Status drei Monate und Württemberg ein Jahre später. Der König vereinigt alle Rechte der Staatsgewalt in seiner Person, unterliegt aber in der Ausübung seiner Rechte einigen Beschränkungen. Es gibt ein Zweikammersystem. Die Erste Kammer sind die Reichsräte, die Zweite Kammer setzt sich zusammen zu je einem Achtel aus adeligen Gutsbesitzern und Geistlichen, ein Viertel kommt von Städten und Märkten, die restliche Hälfte sind Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Es gibt eine Legislaturperiode und außerdem werden die Mitglieder der Abgeordnetenversammlung gewählt. Dennoch ist der Weg zu demokratischen



Strukturen noch sehr, sehr weit! Die adeligen Gutsbesitzer stellen ein Achtel, die katholischen und evangelischen Geistlichen ebenfalls ein Achtel, die Städte, Märkte und Gemeinden ein Viertel und die übrigen Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit die Hälfte. Dazu kommen zusätzlich drei Vertreter der Universitäten. Es gibt keinen Parlamentarismus, die Mehrheitsverhältnisse in der Abgeordnetenversammlung haben keinen Einfluss auf die Arbeit des Ministerrats, die Abgeordneten haben kein Initiativrecht, dürfen also selbst keine Gesetzentwürfe einbringen und dürfen nicht über ihren Zusammenritt selbstständig entscheiden. Im Vergleich zu den Vorgaben der Deutschen Bundesakte ist die Bayerische Verfassung jedoch sehr modern ausgefallen. Sie legt das Fundament für das System einer konstitutionellen Monarchie. Erneut ist das neue Staatsgrundgesetz aber keine Vertragskonstruktion zwischen dem Fürsten und dem Volk, sondern ein einseitiger verfassungsgebender Akt des Königs. Man nennt das auch eine oktroyierte Verfassung, die vom König in freier Selbstbeschränkung erlassen wird und somit nicht das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen Fürst und Volksvertretung darstellt. Im Gegenteil, der Bayernkönig begründet seine Herrschermacht mit der Verfassung nicht, sondern unterwirft sich vielmehr nur in bestimmten Punkten seinen selbst erlassenen Beschränkungen.

August 1819 – Judenverfolgung in den fränkischen Landesteilen

Franken - Würzburg * Kurz nachdem König Max I. Joseph den Maßnahmenkatalog zur Eingrenzung des jüdischen Hausiererhandels genehmigt hat, kommt es in den fränkischen Landesteilen zu schweren Judenverfolgungen, „die vor allem in Würzburg das Maß des seit Jahrhunderten Dagewesenen überschritten. [...] Arbeitslose, Handwerksburschen, verschuldete Bauern und Bürger stürmten die Häuser der Juden. Synagogen wurden in Brand gesteckt“. Die Übergriffe auf die jüdischen Mitbürger dauern - mit Unterbrechungen - bis ins Jahr 1822 hinein an.

25. September 1819 – Der Magistrat übernimmt die organisatorische Verantwortung für die Wi

München-Theresienwiese * Nachdem die Stadt München ein Jahr zuvor durch das Gemeinde-Edikt und die Verfassung des Königreichs Bayern erste kommunale Selbstverwaltungsrechte zurückerhalten und sich neu konstituiert hat, übernimmt der Magistrat der Stadt die alleinige organisatorische und finanzielle Verantwortung für den Unterhaltungsteil des Oktoberfestes, worunter das Pferderennen und das Vogelschießen gemeint ist. Für diesen Teil wird künftig der Name Oktoberfest gebraucht. Die Ausrichtung des landwirtschaftlichen Teils (Vieh-Prämierung, Ausstellung und Viehmarkt) bleibt in der Verantwortung des Landwirtschaftlichen Vereins. Dieser Teil wird künftig als Landwirtschaftliches



Centralfest bezeichnet werden. Bis heute ist die Landeshauptstadt München der alleinige Veranstalter der Wiesen.

26. März 1820 – König Max I. Joseph soll ein Denkmal bekommen

München-Grugge * Der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt München beschließt, König Max I. Joseph ein Denkmal zu setzen. Anlass ist der bevorstehende zweite Jahrestag der Bayerischen Verfassung. Der König soll als „Vater des Vaterlandes“ und als „Friedensfürst“ dargestellt werden. Zur Aufbringung der Kosten richtet man eine Subskription ein, eine für die damalige Zeit durchaus übliche Vorgehensweise. An vielen Orten in Deutschland und ganz Europa konstituieren sich im 19. Jahrhundert solche Kommissionen, deren Bestreben es ist, für eine zu ehrende Person - häufig sind es allerdings bürgerliche Größen der Geistes- und Kulturgeschichte - ein Denkmal zu errichten. Sie fungieren als unermüdliche Geldbeschaffer, Ausarbeiter eines Programms und Auftraggeber für einen Künstler.

1. Oktober 1820 – Eine Ballonfahrt zum zehnjährigen Bestehen des Oktoberfestes

München-Theresienwiese * Zum zehnjährigen Hochzeitsjubiläum von Kronprinz Ludwig I. und Prinzessin Therese und damit zehnjährigen Bestehen des Oktoberfestes lässt man sich eine besondere Attraktion einfallen: eine Ballonfahrt. Die in einem altbayerischen Dirndl gekleidete und aus Dresden stammende Wilhelmine Reichard steigt mit ihrem aus gezwirnter Leinwand bestehenden Ballon in den Himmel. In der Nähe von Zorneding landet sie wohlbehalten.

1822 – Der Viehmarkt auf den Lufften wird jeden Donnerstag abgehalten

Vorstadt Au - Haidhausen * Der Viehmarkt Auf den Lufften wird jeden Donnerstag abgehalten. Ein Chronist schreibt über den Markt: „Sehr merkwürdig ist es, wöchentlich am Donnerstag auf der Lufften zunächst München an der Rosenheimerstrasse den Viehmarkt zu sehen, auf welchem hiesige Metzger, und Köche für den Bedarf der Stadt bedeutend einkaufen. Dieser Platz ist zu diesem Behufe um so mehr gut gelegen, weil alles Vieh, welches am rechten Isarhochufer im bayerischen Gebürgslande aufgezogen wird, sehr leicht dahin gebracht werden kann. Da ist an der Landstrasse, und an der daranstoßenden Wiese alles mit Ochsen, Kühen, Kälbern, und Schweinen bedeckt, und die Luft ertönt von dem Gebläcke der Thiere, von dem Brummen der Kühe, denen man ihre Kälber nimmt, und von dem Bellen der Hunde. Da geht es an ein



Handeln, Einschlagen und Geldzählen, an ein Notiren und Aufschreiben zum Behufe des Aufschlages, und der Weg nach München ist an diesem Tage mit Vieh bedeckt, wobey die Treibbuben einen besonderen Verdienst haben.”

1823 – 1.020 eheliche und 990 uneheliche Geburten

München * In München werden 1.020 eheliche und 990 uneheliche Kinder geboren. Die Quote liegt weit über dem Landesdurchschnitt.

1825 – Die Themen Ansässigmachung und Verehelichung im Landtag

München-Kreuzviertel - Königreich Baiern * Die Ständeversammlung befasst sich mit den Themen Ansässigmachung und Verehelichung. Man verweist auf England und Holland, wo der Wohlstand auf einer zahlreichen und gewerbefleißigen Bevölkerung basiert. Dagegen hindern im Königreich Baiern die „Erschwerung der Heiraten und Ansässigmachungen [...] ein unserem dürrtigen Boden und seiner großen Oberfläche angemessenes Wachstum der Bevölkerung und beraubten uns dadurch gerade der Entwicklung jener kostbaren Kräfte, durch deren fruchtbare Produktion der innere Wohlstand am segensreichsten gedeiht und die Gewichtigkeit eines Staates am sichersten emporsteigt“. Bedenken, dass die wachsende Bevölkerung nicht ernährt werden könne, zerstreut der Abgeordnete Jakobi mit Hunden in der Landeshauptstadt: „In München werden viele Tausend unnütze Hunde gehalten, die besser genährt und gefüttert werden oft als Tausende von Menschen“.

Oktober 1825 – König Max I. Joseph nimmt letztmals am Oktoberfest teil

München-Theresienwiese * König Max I. Joseph, der „Vater des Vaterlandes“, nimmt letztmals am Oktoberfest teil. Er stirbt in der Nacht vom 12. zum 13. Oktober.

20. Oktober 1825 – Bayern wird ab sofort mit einem „y“ geschrieben

München - Königreich Bayern * Nur zwei Tage nach seinem Regierungsantritt ordnet König Ludwig I. in einer Rechtschreibreform an, dass „Baiern“ in Zukunft „mit einem ‚y‘ statt mit einem ‚i‘ zu schreiben“ ist. Mit dem griechischen „y“ im Landesnamen will er seine Verehrung für den griechischen Befreiungskampf ausdrücken.



1826 – Maulbeerbäume zur Züchtung der Seidenraupen werden angezogen

München * Auf Veranlassung von König Ludwig I. werden in den königlichen Hofgärten Maulbeerbäume zur Züchtung der Seidenraupen angezogen und später im ganzen Land verteilt. Bis zum Jahr 1836 sollen „im Königreiche wenigstens vier Millionen Stück stehen“. Die Verwaltung der Landeshauptstadt München beschließt daraufhin die Gründung der ersten städtischen Baumschulen im Garten der Landwirtschaftsschule an der Luisenstraße und auf der Kalkofeninsel, in denen rund zehntausend Maulbeerbäume aus Samen herangezogen werden, die drei bis vier Jahre später eine für die Raupenzucht geeignete Größe erreicht haben.

31. Dezember 1828 – Seidenbau als Nebenverdienst

Königreich Bayern * Die Seiden-Deputation zählt bereits 82.844 Maulbeerbäume und 1,5 Millionen Sämlinge. In diesem Jahr bemühen sich „6 Lokalschulkommissionen, 4 Kultus-Kongresse, 4 Bezirks-Comites, 30 Landgerichte und 5.000 einzelne Individuen, die Seidenzucht einzuführen“. Wie in anderen Ländern soll der Seidenbau ein einträglicher Nebenverdienst für das Gesinde, für Kinder sowie für „arme und alte Leute“ werden. Die Damen sollen sich die Seide für ihre Kleider und Möbel selbst herstellen können.

1831 – Über Russland und Polen gelangt die Cholera nach Preußen

Preußen * Über Russland und Polen gelangt die Cholera nach Preußen und von dort nach England. Kuriose Vorschläge zur Bekämpfung der Seuche tauchen auf. So schreibt die Freiin Caroline von Maiern in einer in Nürnberg erschienenen Flugschrift „Entdeckung des Geheimnisses der Cholera“ folgendes: „Von Polizei wegen sollte Männern ein anderes Zeichen ihres Grußes bewilligt werden, als auf offener Straße ihre Hüte und Mützen abzuziehen, weil das Choleragift sehr leicht dem Haare sich mitteilt. Und ferner sollte die Polizei das Tabakrauchen auf offener Straße erlauben, um das Miasma [„Choleradunst“] auch durch den Rauchtobak zu verscheuchen“. Eine andere Schrift, die auch in München auftaucht, will Händler, „welche aus angesteckten Ländern kommen“, in eine vierzigtägige Quarantäne stecken. Mitgeführte Papiere sollten geräuchert, Nahrungsmittel in Essig getaucht werden. Auch Geld sollte nicht aus der fremden Hand genommen werden. Es sollte ebenfalls zuvor in Essig gelegt werden. Die Schrift endet mit der Drohung: „Diejenigen, welche gegenwärtigen Vorschriften keinen Glauben schenken, werden sich der Gefahr aussetzen, ihren Unglauben mit dem Leben zu büßen“.



28. Januar 1831 – König Ludwig I. erlässt eine Pressezensur

München * König Ludwig I. schränkt die Pressefreiheit durch starke Zensurbestimmungen für die innenpolitische Berichterstattung in der Tages- und Wochenpresse ein. Zuvor hatte er drei aus dem Ausland stammende Publizisten des Landes verweisen lassen. Die Maßnahmen führen zu einer politischen Entrüstung der liberal eingestellten Bevölkerung, die in der Pressefreiheit ein extrem schützenswertes Gut sieht.

6. Februar 1833 – Otto von Griechenland zieht in die griechische Hauptstadt Nauplia ein

Nauplia * König Otto von Griechenland zieht in die griechische Hauptstadt Nauplia ein. Angeblich wird er von 50.000 jubelnden Landesbewohnern begrüßt und feierlich empfangen.

1. Juli 1834 – Gemeindeeingeborene, sonstige Inländer und Ausländer

Königreich Bayern * Durch das neue Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetz unterscheidet man jetzt zwischen Gemeindeeingeborenen sowie sonstigen Inländern und Ausländern.

1835 – Die Vision des Simon von Eichthal zum Eisenbahnbau

München * Die Vision von Simon von Eichthal, dem Bankier und Mitbegründer der Eisenbahngesellschaft München - Augsburg, zum Eisenbahnbau lautet: „Die Großartigkeit des Unternehmens wird es dann auch möglich machen, im Inlande Anstalten ins Leben zu rufen, aus welchen Dampfwägen und alle diejenigen Gegenstände, welche zur Verfertigung und Befahrung der Eisenbahnen sonst aus England und den Niederlanden bezogen werden müssen, hervorgehen können“.

1835 – Bayerns Regionen erhalten ihren Platz im Staatswappen

Königreich Bayern * König Ludwig I. lässt das Staatswappen neu gestalten. Es soll die verschiedenen Landesteile und Bevölkerungsgruppen des Königreichs repräsentieren. Der gevierte Hauptschild zeigt im ersten Feld den Pfälzer Löwen, im zweiten den fränkischen Rechen und im dritten das Wappen der Markgrafschaft Burgau als Zeichen für Schwaben. Im vierten Feld



steht der Veldenzer Löwe als Hinweis auf die Herkunft der Dynastie aus der Rheinpfalz. Die weiß-blauen Rauten rücken in den Herzschild und bilden damit die Mitte des Wappens.

7. Oktober 1841 – Die „Münchner“ wird zum Bahnhof auf dem Marsfeld gebracht

München-Englischer Garten - Hirschau * Die „Münchner“ genannte Lokomotive wird von „zehn Pferden gezogen und aufs Schönste mit Blumen und Girlanden geschmückt“ zum Bahnhof auf dem Marsfeld gebracht. Denn in der Zwischenzeit hatte Joseph Anton von Maffei, der Vorsitzende der München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft, im Maffeischen Eisenwerk in der Hirschau, mit dem Bau von Lokomotiven begonnen. Das erforderliche technische Know-how brachte der Engländer Joseph Hall in das Unternehmen ein.

1842 – Drei Wagner-Opern-Uraufführungen in Dresden

Dresden * Zwischen 1842 und 1845 bringt Richard Wagner in Dresden seine drei Opern „Rienzi, der Letzte der Tribunen“, „Der fliegende Holländer“ und „Thannhäuser“ zur Uraufführung.

12. Oktober 1843 – Der Grundstein für das Siegestor wird gelegt

München-Maxvorstadt - Schwabing * Anlässlich des Jahrestages der Völkerschlacht bei Leipzig wird der Grundstein für das Siegestor gelegt. König Ludwig I. verliest den Satz: „Bayerns tapferem Heere, das zu jeder Zeit, in allen Lagen seinem Landesfürsten unerschütterlich treu war, ihm widme ich das Siegesthor.“

3. Mai 1844 – Zwischen Königsjubiläum und Bierrevolte

München-Graggenau * Am Vormittag des 3. Mai 1844 macht sich die Menge erneut daran, den Bockkeller zu verwüsten. Mitten in den Unruhen ereignet sich ein bemerkenswerter Stimmungswechsel, der auswärtige Beobachter in Erstaunen versetzt. Der preußische Gesandte von Küster berichtet einige Tage später: „Was nun aber am 3. Mai sich tat, gehört zu den großen Denkwürdigkeiten der Landeshauptstadt! Vorher noch hatte es die schlimmsten Ausschreitungen gegeben, dann rief der königliche Hochzeitszug stürmische Begeisterung hervor, und am Abend desselben Tages wurde weiterrandaliert. Zwischen loderndem Kampfe gab es ebensolche Begeisterung für das Königshaus!“ Auch der Münchner Stadtchronist



beschreibt diesen Gegensatz. Die Straßen entlang der Strecke des Hochzeitszuges sind festlich geschmückt. Immer wieder ertönen Hochrufe auf das Königshaus. Angesichts dieser Begeisterung erscheint es kaum vorstellbar, dass dieselbe Stadt nur wenige Stunden zuvor Schauplatz schwerer Ausschreitungen ist: „Der festliche Umzug ging somit ohne alle Störung vorbei, ja, er erinnerte vielmehr an die schönste Zeit wahrer Volksbegeisterung für das erlauchte Haus Wittelsbach.“ Noch am selben Nachmittag flammen die Unruhen wieder auf. Im Bockkeller zertrümmern die Aufständischen Krüge, Gläser, Bänke und Tische oder werfen sie in den nahen Kanal. In der Nacht werden auch die Hofpfisterei und das Königliche Hofbräuhaus mit Steinen beworfen. Fenster gehen zu Bruch, und weitere Schäden entstehen. Trotz der starken Präsenz von Militär und Polizei und obwohl München Sitz des Königshofes ist, dauern die Ausschreitungen mehrere Tage an. Verschont bleiben lediglich das Eberlbräu und das Menterbräu, die den Bierpreis nicht erhöht haben.

28. November 1845 – Die Armen Schulschwestern beziehen ihr Kloster am Mariahilfplatz

München-Au * Die Armen Schulschwestern beziehen das heutige Gelände nahe dem Mariahilfplatz in der Au.

Dezember 1846 – Lola Montez wird ausspioniert

München-Kreuzviertel * Der bayerische Finanzminister Karl Graf von Seinsheim lässt die Tänzerin Lola Montez im Gasthof zum Goldenen Hirschen ausspionieren. Er schleust dazu die Creszentia Ganser als Haushälterin in den Goldenen Hirschen ein. Ihr Auftrag ist, ein minutiöses Tagebuch über das „ausschweifende Nachtleben“ ihrer Arbeitgeberin zu führen. Mit ihren „schlüpfrigen Informationen“ soll genügend Beweismaterial gesammelt werden, um die Tänzerin vor das Münchner Stadtgericht zu zerren, um sie letztlich des Landes zu verweisen. Geleitet wird die gesamte Aktion vom Polizeidirektor Johann Nepomuk Freiherr von Pechmann. Doch der Plan wandelt sich ins Gegenteil.

7. Dezember 1846 – Eine Schmähschrift gegen den Fürsten

München * Eine Schmähschrift gegen König Ludwig I. schlägt vor: „Wenn Landeswappen [mit] ihren Emblemen immer den sittlichen Charakter des jeweiligen Fürsten darzustellen hätten, so müsste der bayerische Löwe bald einem gemeinen Schwein Platz machen.“



7. Februar 1847 – König Ludwig I. legt den künftigen Bahnhof-Standort fest

München-Maxvorstadt * König Ludwig I. legt sich auf das Gelände der „Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft“ als künftigen Bahnhof-Standort fest.

16. Februar 1847 – Verärgert entlässt König Ludwig I. das gesamte Kabinett

München * Die Veröffentlichung des Memorandums von Karl August von Abel in der Augsburger Allgemeinen Zeitung verärgert den starrsinnigen König derart, dass er in seiner Empörung die vier aufsässigen Minister entlässt. Für die Ultramontanen um Minister Karl August von Abel kommen jetzt liberale Männer in Amt und Würden. Man spricht jetzt vom „Ministerium der Morgenröte“. Mit der Neubesetzung der Ministerien steht der Ernennung der Señora Lola Montez zur Gräfin Maria von Landsfeld nichts mehr im Weg. Immerhin ist es den deutschen Landesfürsten seit dem Jahr 1806 möglich, selbst Adelsbriefe auszustellen. Auch König Ludwig I. macht von dieser Regelung regen Gebrauch und adelte seine Künstler reihenweise - bezahlt sie dafür aber schlecht.

3. Mai 1847 – Das Gelände der Schießstätte wird an die Eisenbahn verkauft

München-Ludwigsvorstadt - München-Maxvorstadt * Das Gelände der Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft wird an die staatliche Generalverwaltung der Kgl. Eisenbahnen um 150.000 Gulden verkauft. Weil aber viele Bürger die Notwendigkeit der Eisenbahn nicht anerkennen, beschweren sie sich in einer Petition über den Verkauf der Schießstätte. Für die Beschwerdeführer ist die Eisenbahn ein „unnützes Spielzeug finanzkräftiger und prestigesüchtiger Bürger“. Außerdem, so die Kritiker, schadet das Reisen mit der Eisenbahn - durch die Rauchentwicklung, der die Passagiere schutzlos ausgeliefert sind - der Gesundheit. Tatsächlich verfügt damals nur die erste Wagenklasse über verglaste Fenster; die Wagen der 4. Klasse sind nicht einmal überdacht. Und da die München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft statt der teuren Kohlen mit Torf und Holz heizt, regnet es nicht selten auch brennende Funken und Späne auf die Passagiere nieder. Die Argumente änderten letztlich aber nichts am Verkauf der Schießstätte. Doch zur Beruhigung der Situation lässt König Ludwig I. die zu fallenden Kastanien ausgraben und am Wittelsbacher Palais wieder einpflanzen.

1. März 1848 – Das Ziel heißt: Überwindung der Restaurationspolitik



Deutschland * Innerhalb weniger Wochen greifen die revolutionären Vorgänge auch auf die übrigen Staaten des Deutschen Bundes über. Ein wesentliches Ziel der Märzrevolution ist die Überwindung der Restaurationspolitik, die die Zeit seit dem Wiener Kongress geprägt hat. Einer der bedeutendsten Verfechter der politischen Restauration ist der österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich. Die Politik der Restauration wurde auf dem Wiener Kongress am 9. Juni 1815 von den meisten europäischen Staaten beschlossen. Sie sollte innenpolitisch und zwischenstaatlich die politischen Machtverhältnisse des Ancien Régime in Europa wiederherstellen, wie sie vor der Französischen Revolution von 1789 geherrscht hatten. Dies bedeutet die Vorherrschaft des Adels und die Wiederherstellung seiner Privilegien. Weiterhin sollte die napoleonische Neuordnung Europas, die mit dem Code civil auch bürgerliche Rechte etabliert hatte, rückgängig gemacht werden. Innenpolitisch wurden im Zuge der Restauration Forderungen nach liberalen Reformen oder nach nationaler Einigung unterdrückt, Zensurmaßnahmen verschärft und die Pressefreiheit stark eingeschränkt. Vor allem die studentischen Burschenschaften sind zu dieser Zeit die Träger der Forderung nach nationaler Einigung und demokratischen Bürgerrechten. In manchen Ländern des Deutschen Bundes lenken die Fürsten rasch ein. Dort kommt es bald zur Errichtung von liberalen „Märzministerien“, die den Forderungen der Revolutionäre nachkommen, durch Einrichtung von Schwurgerichten, der Abschaffung der Pressezensur, und der Bauernbefreiung. Oft bleibt es jedoch bei bloßen Versprechungen.

4. Juni 1848 – Ein neues Wahlgesetz bringt entscheidende Verbesserungen

München-Kreuzviertel * Das Gesetz über die Wahl der Landtags-Abgeordneten bringt einige Neuerungen, die als „entscheidend“ bezeichnet werden müssen. Es beseitigt das ständische Element der Verfassungsurkunde von 1818. In diesem bestand die Kammer der Abgeordneten zu einem Achtel aus der Klasse der adeligen Großgrundbesitzer, ebenfalls ein Achtel aus der Geistlichkeit der christlichen Konfessionen, ein Viertel stellten die Vertreter der Städte und Märkte und die verbliebene Hälfte die Landeigentümer ohne gutsherrliche Gerichtsbarkeit. Im neuen Gesetz errechnet sich die Anzahl der Landtags-Abgeordneten nach dem Verhältnis von je Einem Abgeordneten auf 31.500 Seelen der Gesamtbevölkerung des Königreichs, die auf die „einzelnen Kreise vertheilt“ werden. Die Wahl ist indirekt. Das heißt, dass in einer Urwahl zunächst Wahlmänner gewählt werden, die dann in einem zweiten Wahlgang die Abgeordneten wählen. Zum Abgeordneten kann jeder gewählt werden, der das 30. Lebensjahr vollendet hat. Für das aktive Wahlrecht genügt die Zahlung einer direkten Steuer, und sei sie auch noch so klein. Weder das aktive noch das passive Wahlrecht ist an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebunden. Damit kommt auch die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der



Juden einen Schritt weiter. Und die nicht an ein bestimmtes Glaubensbekenntnis gebundenen Angehörigen nichtchristlicher Konfessionen dürfen den Verfassungseid unter Weglassung des Bezugs auf das Evangelium schwören. Die Wahl der Landtags-Abgeordneten ist öffentlich, die Stimmzettel müssen jedoch noch vom Wähler unterschrieben werden. Die Geheime Wahl wird erst im Jahr 1881 eingeführt. Außerdem werden noch keine amtlichen Stimmzettel ausgegeben. Diese gibt es erst - mit dem Frauenwahlrecht - im Januar 1919. Das bisherige Ausschließungsrecht des Königs, mit dem er gewählten Abgeordneten den Urlaub für die Teilnahme am Landtag verweigern konnte, wird beseitigt. Das Gesetz, das als Bestandteil der Verfassungs-Urkunde angesehen wird, tritt mit der nächsten Wahl in Wirksamkeit.

2. Mai 1849 – Wahl eines provisorischen Landesverteidigungs-Ausschusses

Kaiserslautern * Die Vertreter der demokratischen Vereine in der Pfalz wählen in Kaiserslautern einen provisorischen Landesverteidigungsausschuss, der von der bayerischen Regierung die Anerkennung der Reichsverfassung fordert und zur Volksbewaffnung aufruft.

Dezember 1849 – 28 Länder haben sich der Erfurter Union angeschlossen

Berlin * Im Deutschen Bund gibt es noch 36 deutsche Länder, von denen sich 28 der sogenannten Erfurter Union anschlossen. Acht Länder treten der Union nie bei. Außer Österreich sind dies: Bayern, Württemberg, Schleswig und Holstein, Luxemburg-Limburg, Liechtenstein, Hessen-Homburg und Frankfurt.

9. Oktober 1850 – Bei strahlendem Sonnenschein wird die Bavaria enthüllt

München-Ludwigsvorstadt * Noch während des Oktoberfests und bei strahlendem Sonnenschein kann die Bavaria enthüllt werden. In der ganzen Stadt aufgehängte Plakate künden von einem „Festprogramm zur Feier der Kunsttätigkeit König Ludwigs bei Gelegenheit der Enthüllung des Bayern-Standbildes“. Ein schier endloser Festzug mit geschmückten Wagen der Künstlerschaft und der Handwerker bewegt sich vom Maximiliansplatz zur Theresienwiese. Endlich kann die Bavaria vor den königlichen Gästen und weiteren Tausenden von Zuschauern enthüllt werden. Unter der extra dafür errichteten überdachten Tribüne haben sich das Ex-Königspaar Ludwig I. und Therese eingefunden, begleitet sind sie von König Otto von Griechenland und der Gemahlin des Prinzen Luitpold. Nach dem Fall der Bretterverschalung fallen die großen Worte des abgedankten Königs Ludwig I.: „Ich bin 64 Jahre alt, hab' viel Schönes gesehen, so Schönes



noch nie, ich habe viele Freuden erlebt, eine solche Freude noch nie.“ Voller Bewunderung und in Erinnerung an Kaiser Neros Kolossalstatue, die dem Colosseum in Rom den Namen gab, sprach er: „Nero und ich sind die einzigen, die so großes gemacht haben, seit Nero keiner mehr.“ Das Standbild ist als Personifikation des Landes Bayern gedacht. Von der Sohle zum Scheitel misst die Bavaria 15,78 Meter, bis zum Kranz 18,1 Meter, und vom Sockel sind es gar 30 Meter. Es ist seinerzeit das größte erzene Standbild der Welt. Allein das Erzgewicht beträgt 1.438,66 Zentner. Über eine Treppe von 126 Stufen kann man innen bis in den Kopf steigen.

6. November 1850 – Ein Gutachten für den Bau der Maximilianstraße

München-Graggenau - München-Lehel * Der Vorstand der Obersten Baubehörde, Direktor Schierlinger, gibt ein Gutachten ab, worin er die Durchführung der projektierten Straße „als eine gerade Verbindung des Max-Joseph-Platzes mit Brunntal“ für möglich hält, gleichzeitig aber auch auf die zu erwartenden Terrainschwierigkeiten hinweist. Das Gebiet rund um die heutige Maximilianstraße ist ein von zehn mehr oder weniger großen Bächen durchzogenes Isar-Schwemmland, in dem zahlreiche Mühlen liegen. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist das Verfüllen der Bäche und eine damit verbundene Stilllegung der Mühlen nicht möglich. Außerdem fällt das Gelände zur Isar hin deutlich ab, weshalb auf der ganzen Strecke ein Niveauausgleich vorgenommen werden muss.

15. November 1850 – Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet

München-Kreuzviertel * Der Verein zur Ausbildung der Gewerke wird gegründet. August von Voit übernimmt den Vorsitz und erklärt in seiner Rede, dass es zur Verpflichtung des Vereins gehört, die „deutsche Kunst wieder vollständig frei zu machen von Nachahmung“, worunter er die „schädliche Orientierung an der Kunstindustrie Frankreichs“ versteht. Statt dessen wollen die Vereinsmitglieder „auf die reichen, schönen, lebendigen, entwicklungsfähigen Formen des romanischen und germanischen Styles in Deutschland“ zurückgreifen, um so „am größten und schwierigsten Bau der Gegenwart, an der Einheit des Vaterlandes“ mitzuwirken.

24. Juli 1853 – Ein Sicherheitsbericht für München

München * Oberst Franz Freiherr von Hörmann zu Hörbach legt einen Sicherheitsbericht für München vor. Er trägt den Titel: „Erläuterungen zum Entwurfe der militärischen Dispositionen für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit der Haupt- und Residenzstadt München behufs



Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.“ Es ist die Angst vor einer neuen Revolution, die König Max II. seine Armee auf einen Bürgerkrieg vorbereiten lässt. Um verbindliche Vorschläge auszuarbeiten, gründet er eine Special-Commissorium. Inhaltlich geht Oberst Hörmann von einem Bedrohungsszenario aus, wonach „der inländische Pöbel - durch auswärtiges Proletariat verstärkt - bei Tag und Nacht ohne Hindernis in die Stadt eindringen kann, theils um die größten Schätze des Staates und des Landes zu plündern, theils um die heillosen Umtriebe der machtlosen Umsturzpartei in Vollzug zu setzen“. Freiherr von Hörmann fügt noch eine interessante Einteilung der Tumulte in vier Klassen bei. Als Erste und harmloseste Klasse bezeichnete er darin „Tumulte ohne insurrektionäre politische Tendenz“, etwa die Studenten- und Handwerkertumulte oder die Münchner Bierkrawalle. Als nächste Kategorie folgen „Politische Tumulte durch demokratische Umtriebe der republikanisch gesinnten Umsturzpartei veranlaßt“. Als Beispiel führt er die Märzrevolution von 1848 an. Als dritte Klasse bezeichnet er „Tumulte mit kommunistischer Tendenz“. Der erkonservative Oberst verschließt dabei aber keineswegs die Augen vor der bitteren Armut vieler Zeitgenossen und fordert zur Vorbeugung eine effektive staatliche Sozialpolitik. Die Letzte und zugleich gefährlichste Form der Unruhe klassifiziert der Militarist die „Tumulte durch Theuerung, Mißwachs und Hungersnoth veranlaßt“. Sein konkreter Vorschlag beinhaltet die Erhöhung der Zahl der Kasernen in der Innenstadt und weitere flankierende Maßnahmen, um die Hauptverteidigungspunkte zu schützen. Dazu zählen unter anderem - neben der Residenz - das Nationaltheater, das Postgebäude, die Münze und der Alte Hof.

1854 – Die Giesinger Lederfabrik spezialisiert sich auf feines, lackiertes Leder

München-Untergiesing * Die Untergiesinger Lederfabrik spezialisiert sich auf feines, lackiertes Leder, das für die Innenausstattung von Kutschen, später von Automobilen und für die Schuh- und Bekleidungsindustrie benötigt wird. Die Giesinger Lederfabrik produziert nicht nur für den deutschen Markt, sondern exportiert ihre auf verschiedenen Weltausstellungen prämierten Produkte in fast alle Länder der Welt. Zumindestens dort hin, wo es die Zollbestimmungen ermöglichen.

1854 – Die Geländearbeiten für die Maximilianstraße sind abgeschlossen

München-Graggenau - München-Lehel * Die vorbereitenden Geländearbeiten für die Maximilianstraße sind abgeschlossen. Bauingenieur Arnold Zenetti baut in der ungleichförmigen Talsohle einen festen ebenen Damm auf. Dazu muss an manchen Stellen das Gelände abgetragen, viel öfter aber aufgeschüttet werden. Sehr gut erkennt man die Höhenunterschiede



am Marstallplatz, an der Wurzerstraße und am Kosttor. Außerdem müssen mehrere alte Gebäude dem Erdboden gleichgemacht werden.

3. November 1858 – Die Maximilianstraße, Münchens teuerster Boulevard

München-Graggenau - München-Lehel * Der neue Boulevard erhält die offizielle Bezeichnung Maximilianstraße. Es ist eine großartige Straßenachse entstanden, die in der deutschen Architektur des 19. Jahrhunderts keinen Vergleich zu scheuen braucht. Die Münchner sind allerdings weniger mit den neugotischen Fassadenvorstellungen Friedrich Bürkleins einverstanden und so hagelt es durchwegs vernichtende Kritik am neuen Baustil. Leo von Klenze schreibt unter anderem: „Der Einfluß des Hofsekretärs Hofmann für seinen Freund Bürklein [...] bewirkte nun, daß der König sich der Illusion hingab, ein gewisses architektonisches Ragout, ein Mixtum compositum, welches ihm der Baurath Bürklein servierte, für einen wirklich neuen Baustyl anerkennen zu dürfen, dasselbe den maximilianischen Styl taufte und seine Anwendung bei allen nur aufzufindenden Gelegenheiten durch eigene Verordnung befahl.“

Noch erbarmungsloser fällt die Kritik des Ex-Königs aus: „Was man da gebaut hat“, sagt Ludwig I. zu Leo von Klenze, „ist das Abscheulichste, das ich kenne“ und weigert sich strikt, die Konkurrenz seiner Prachtstraße zu besich---tigen. Doch in der Maximilianstraße, immerhin „Münchens teuerstem Boulevard“, pulsiert das großstädtische Leben - im Gegensatz zur menschenleeren, sterilen, verkehrsreichen und autobahnähnlichen Ludwigstraße. Dass es zu der teilweise vernichtenden Kritik am Maximilianischen Stil kommt, liegt zu einem erheblichen Teil an dem ewig zaudernden und unsicheren Bayernkönig Max II., indem er mitten im Bau der Maximilianstraße die Konzeption abändert. So lässt er das fast fertiggestellte Taubstummeninstitut wieder abreißen, um eine einheitliche Bebauung am Forum zu erhalten. Und kurz vor seinem Tod ordnet er noch an, dass am Maximilianeum die gotisierenden Spitzbögen in Rundbögen abgeändert werden müssen, wodurch der Bau im Gegensatz zum ganzen Straßenzug einen Renaissance-Charakter erhält. Diese Stiländerung nimmt der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt in seiner Kritik auf. Er schreibt zum Maximilianeum: „[...] Ich habe nur deshalb Dankbarkeit für das Gebäude empfunden, weil es wenigstens äußerlich in die Formen der Renaissance hinüberleitet und den Geist von dem jämmerlichen Gotisch der Maximilianstraße befreit.“

1859 – Johann Georg Landes gründet die Landes Maschinen- und Kesselfabrik

München-Haidhausen * Johann Georg Landes gründet die J. G. Landes Maschinen- und Kesselfabrik, Eisen- und Metallgießerei. Die Firma stellt Erzeugnisse des Maschinenbaues her



und spezialisiert sich später auf Wasserturbinen, Schleusen- und Wehranlagen. Das Unternehmen ist bis zum Zweiten Weltkrieg tätig. Johann Georg Landes richtete „aus Fürsorge um das Wohl ihrer Arbeiter“ eine firmeneigene Betriebskrankenkasse ein. Die Höhe der Unterstützungsleistung richtet sich nach der Lohngruppe. Um das Leistungsrisiko zu vermindern, knüpfen die Kassen oft die Auszahlung von Krankengeld an gewisse Bedingungen. In der Satzung des Krankenvereins der Maschinenfabrik J. G. Landes heißt es: „Auf Unterstützung hat aber kein Mitglied Anspruch, so lange dasselbe wirklich Arbeit verrichtet, nur Medizin gebraucht, oder sich Krankheit und Arbeitsunfähigkeit durch Exzeß, Rauferei oder unordentlichen Lebenswandel [durch übermäßiges Trinken oder syphilitische Krankheiten] zugezogen hat.“

1862 – Ein Zoologischer Garten am Englischen Garten

München-Maxvorstadt * Der zur Münchner Oberschicht zählende Großhandelsaufmann Benedikt Benedikt erwirbt ein Gelände am Westrand des Englischen Gartens, wo er einen Zoologischen Garten anlegen möchte. Zuvor war seine Initiative zur Gründung einer Aktiengesellschaft für diesen Zweck gescheitert, da die Mehrheit der von ihm Eingeladenen nicht an die Rentabilität eines solchen Unternehmens glauben wollten.

1862 – Das Sexualleben auf dem oberbayerischen Land

München * Carl Kern beschreibt in seinem Buch „Oberbayerisches Sittenbild: Die Haberfeldtreiber“ das Sexualleben auf dem Land als „durchaus nicht nach den Ansprüchen einer sittlichen Warte geartet“. Anders gesagt: „Wer eine hohe Idee von Sitteneinfalt und Sittenreinheit nach dem Oberlande mitbrächte, würde sich getäuscht finden. Die Geschlechter genießen einer zügellosen Freiheit im gegenseitigen Umgang, und das Kammerfenster hat sich zur bedauerlichen Berechtigung verholten. Dass ein Brautpaar eine Familie von vier und fünf Kindern mit an den Traualtar bringt, ist weder eine Seltenheit, noch eine Schande. Sind die Leute aber verheiratet, dann tritt Ordnung und Mäßigung an ihren Sinn auf das Erwerben“. Und weiter: „Weit häufiger als in den Städten sieht man auf dem Lande die ungleichartigsten Paare zusammengekoppelt, den 60-jährigen Greis mit dem 20-jährigen Weibe, oder die 50-jährige Frau mit dem 25-jährigen Manne, ohne dass diese Ehen zu solchen schauderhaften Experimenten werden, wie in den Städten“.

10. Oktober 1863 – Eisenbahnstrecke über Mühldorf nach Österreich genehmigt



München-Kreuzviertel * Der Bayerische Landtag genehmigt die für die Stadtviertel des Münchner Ostens so wichtig werdende Eisenbahnstrecke über Mühldorf zur österreichischen Landesgrenze. Zeitgleich bewilligt er 15,4 Millionen Gulden für den Bau der Linie. Die genaue Streckenführung ist zu diesem Zeitpunkt allerdings an mindestens zwei Stellen noch offen. Einmal, weil auf österreichischer Seite die rund fünfzig Kilometer lange Teilstrecke von der Grenze in Richtung Linz nicht von der Eisenbahnverwaltung, sondern von einem privaten Konsortium aus Großgrundbesitzern, Unternehmern und Bankiers finanziert wird und sich als Alternativen der Grenzübergang bei Braunau oder das vierzig Kilometer innabwärts gelegene Schärding anbieten. Von einem dieser Grenzübergänge soll die Eisenbahn das oberösterreichische Neumarkt und darüber hinaus Linz erreichen. Die zweite ungeklärte Streckenführung war gleich am Beginn der Bahnlinie. Die Generaldirektion der Kgl. Bayerischen Staatseisenbahnen - als zuständige Planungsbehörde - will jedenfalls die Strecke unmittelbar nach der Großhesseloher Brücke - der seit dem Jahr 1858 bestehenden Hauptverkehrsstrecke München - Holzkirchen - Rosenheim - Salzburg - abzweigen lassen. In einem weiten Bogen soll die Bahntrasse dann durch den Perlacher Forst, weiter über das Obergiesinger Feld, südlich an Haidhausen vorbeiführend das Stadtgebiet in östlicher Richtung verlassen. So jedenfalls sieht die grobe Planung lange Zeit aus. Nun ist aber in Obergiesing, östlich der Tegernseer Landstraße, ein großes Neubaugebiet geplant. Und um zu verhindern, dass die Bahnverwaltung baureife oder möglicherweise schon bebaute Grundstücke teuer erwerben muss, verweigert das Ministerium des Inneren, das bei allen Bauvorhaben in der Haupt- und Residenzstadt ein Planungs- und Einspruchsrecht besitzt, ihre Zustimmung zum Wohnungsbau so lange, bis eine detaillierte Bahnplanung vorliegt. Erst danach will das Innenministerium den künftigen Baulinien zustimmen.

4. Dezember 1864 – Uraufführung von „Der Fliegende Holländer“

München * „Der fliegende Holländer“ kommt, von Richard Wagner selbst dirigiert, in München erstmals zur Aufführung. Mit diesem Werk und der gezeigten Inszenierung gelingt es Wagner, sich beim Münchner Publikum mit großem Erfolg einzuführen. Außerdem ist diese „Holländer“-Aufführung das einzige große und damit herausragende Ereignis des Münchner Opernspielplans in diesem Jahr.

9. Juli 1865 – „Der fliegende Holländer“ mit Ludwig Schnorr von Carolsfeld

München * Die Richard-Wagner-Oper „Der fliegende Holländer“ mit Ludwig Schnorr von Carolsfeld als Erik wird in München aufgeführt. König Ludwig II. fährt zu jeder Aufführung im



Sonderzug von Starnberg nach München und wieder zurück.

26. November 1865 – Richard Wagner hat den Bogen endgültig überspannt

München * In einem Brief schlägt Richard Wagner dem König vor, den Kabinettssekretärs Franz Seraph von Pfistermeister durch Max von Neumayr und den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig von der Pfordten durch Ludwig von Edelsheim zu ersetzen. Der König wird die Entlassungen erst im Oktober 1866 umsetzen. Nun kommt es zum Eklat. Denn durch sein massives Einmischen in die bayerischen Staatsangelegenheiten hat Richard Wagner den Bogen endgültig überspannt. Der Komponist, der wie kaum ein anderer Zugang zum König hat, wird von der Regierung sowieso mit großem Misstrauen beobachtet. Nun stellt der Ministerrat dem König ein Ultimatum. Ludwig II. habe zu wählen „zwischen der Liebe und Verehrung Ihres treuen Volkes und der Freundschaft Richard Wagners“. Eine breite öffentliche Opposition gegen den Komponisten hat sich gebildet. Sie wirft Richard Wagner vor, er halte den König von den Regierungsgeschäften ab und beanspruche die Kabinettskasse übermäßig. Bald darauf übergeben Münchner Bürger 810 Unterschriften mit der Forderung der Landesverweisung des Komponisten Richard Wagner an den Kabinettssekretär Franz Seraph von Pfistermeister.

8. Dezember 1865 – Ludwig II. muss Richard Wagner einen Abschiedsbrief schreiben

München * Nachdem 810 Münchner Bürger schriftlich die Landesverweisung des Komponisten forderten, muss König Ludwig II. Richard Wagner einen Abschiedsbrief schreiben. Die Abreise Wagners aus München sollte nur ein Abschied auf Zeit sein. Wenn sich die Gemüter wieder etwas beruhigt hätten, könnte er ja wieder nach München zurückkehren. Aus diesem Grund erhält der Komponist auch weiterhin sein Jahresgehalt von 8.000 Gulden, was dem Doppelten einer Ministerpension entspricht.

1867 – Mit der Errichtung der Frühlingsanlagen wird begonnen

München-Au - München-Untergiesing * Mit der Errichtung der Frühlingsanlagen ober- und unterhalb der Reichenbachbrücke wird begonnen. Das Gelände verbindet die rechtsseitigen Isarauen mit der Stadt, wobei es sich zunächst lediglich um einen Spazierweg mit Begleitbepflanzung in den ehemaligen Wiesen handelt. Erst nach der Fertigstellung der Wittelsbacher Brücke - im Jahr 1876 - werden auch die Wege durch die Birkenleitenau - in



Verlängerung der Frühlingsanlagen - bis nach Harlaching angelegt. Die Stadtgärtner wollen damit die rechtsseitigen Isaranlagen - unter Einbeziehung der „Gasteig- und Maximiliansanlagen“ - in eine zusammenhängende Promenade von Harlaching bis nach Bogenhausen verwandeln. Eine Idee, die bereits auf eine Initiative König Max II. zurückgeht, der ganz München mit einem Ring von Anlagen umgeben wollte.

Februar 1867 – Eine weitere Interessengruppe meldet sich zu Wort

München-Haidhausen * Eine weitere Interessengruppe meldet sich zur Standortfrage des Ostbahnhofs zu Wort. Diese Gruppierung hat für den Bahnhof ebenfalls einen Standort in Haidhausen vorgesehen. Dieser liegt aber etwa einen Kilometer östlicher, bei einem Kuisl genannten alleinstehenden landwirtschaftlichen Anwesen, das dem Perlacher Gärtneriebetreiber Peter Ballauf gehört. Das ist der Platz, auf dem sich heute der Ostbahnhof befindet. Der genannten Interessengemeinschaft gehören - neben Peter Ballauf - ausschließlich Personen an, die in der Nachbarschaft des Kuisl-Anwesens ausgedehnte Grundstücke besitzen. Sprecher und Vorsitzender dieses Konsortiums ist der Hofbankier Carl von Eichthal, der kurz zuvor ein riesiges und unbebautes, Auf der Ramersdorfer Lüften bezeichnetes Gelände erworben hat.

1868 – Die Überplanung des Franzosenviertels ist unumgänglich geworden

Haidhausen * Gleichzeitig mit der Verlegung der Bahngleise und der Errichtung des Ostbahnhofs, ist die Überplanung des Geländes zwischen der künftigen Bahnlinie und der Vorstadt Haidhausen unumgänglich geworden. Diese Aufgabe übernimmt der städtische Oberbaurat Arnold Zenetti.

1870 – In München befindet sich der größte Floßhafen Europas

München * Die Flößerei hat ihren Höhepunkt erreicht. In München befindet sich zu dieser Zeit der größte Floßhafen Europas - jährlich landeten etwa 12.000 Flöße an der Insel an, das Holz wird vorrangig als Brennholz, aber auch als Bauholz verwendet.

1. Januar 1870 – Enormer Anstieg des Bierkonsums in den deutschsprachigen Länder



Deutschland - Österreich - Schweiz * In den deutschsprachigen Ländern verzeichnet man einen enormen Anstieg des Bierkonsums, sodass sich der Pro-Kopf-Verbrauch bis zum Ersten Weltkrieg verdreifacht.

19. Juli 1870 – Frankreichs Kaiser Napoleon III. erklärt Preußen den Krieg

Paris - Berlin • Die französische Kriegserklärung trifft in Berlin ein. Kaiser Napoleon III. tritt die Flucht nach vorne an und erklärt - überstürzt und ohne außenpolitische Rückendeckung - Preußen den Krieg. „Nach Berlin!“ heißt der Schlachtruf und Marschall Leboeuf erklärt: „Frankreich ist bereit. Die preußische Armee existiert nicht. Ich kenne sie nicht!“ Da nun aber Preußen der angegriffene Staat ist, werden - für Frankreich völlig unerwartet - die süddeutschen Länder Bayern, Baden und Württemberg als Verbündete Preußens mit in den Krieg ziehen.

3. September 1870 – Die Siegesbotschaft aus Sedan trifft in Berlin ein

Berlin * Am Vormittag trifft die Siegesbotschaft aus Sedan in Berlin ein. In den Kirchen der deutschen Länder werden Dankgottesdienste gefeiert und „Nun danket alle Gott!“ gesungen. Beseelt von der Überzeugung, dass der Krieg nun bald beendet sein würde, umarmen sich unbekannte Menschen in den Straßen.

3. Dezember 1870 – Prinz Luitpold von Bayern übergibt den Kaiserbrief

Versailles * Prinz Luitpold von Bayern übergibt den „Kaiserbrief“ im Hauptquartier von Versailles an den preußischen König Wilhelm I.. Der bayerische Märchenkönig Ludwig II. verhält sich also gegenüber Preußen sehr loyal, muss aber - statt belohnt zu werden - bayerische Rechte an das von Preußen geführte Reich abtreten. Nichts ist es mit der erhofften Vergrößerung des Bayernlandes, nichts mit der gewünschten alternierenden Kaiserkrone, derzufolge dem preußischen Kaiser einer aus dem bayerischen Herrscherhaus folgen soll. Ein paar Reservatrechte, das Heer, die Post und die Eisenbahn betreffend, bleiben den süddeutschen Verbündeten. Ansonsten hat sie sich Bismarcks großpreußischem Staatengebilde unterzuordnen.

21. Januar 1871 – Auch die Abgeordnetenversammlung stimmt dem Beitritt zum Kaiserreich zu



München-Kreuzviertel * Nach einer zehnstündigen Redeschlacht stimmen 102 Abgeordnete für den Beitritt Bayerns zum Deutschen Kaiserreich und nur noch 48 dagegen. Damit ist die Zweidrittelmehrheit - wenn auch knapp - erreicht. Das im Jahr 1871 gegründete Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutz des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb dieses gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen.

15. Februar 1871 – Weitreichende deutsche Forderungen

Bordeaux - Versailles • Die deutschen und die französischen Verhandlungsführer einigen sich auf eine Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 26. Februar und weiten ihn auf ganz Frankreich aus. Das Deutsche Reich forderte von Frankreich das Elsass und Teile von Lothringen, dazu eine Entschädigung von sechs Milliarden Goldfranc sowie eine Parade der deutschen Truppen in Paris. Die Besetzung der Stadt sollte bis zur Unterzeichnung eines vorläufigen Friedensvertrages anhalten. Bis zur Abwicklung der vollständigen Zahlung - vorgesehen ist der 2. März 1874 - sollen deutsche Truppen stationiert bleiben und Teile des Landes besetzen.

16. April 1871 – Die Reichsverfassung wird rechtskräftig

Deutsches Reich - Königreich Bayern * Die Reichsverfassung wird rechtskräftig. Das Zweite Deutsche Kaiserreich ist ein Bundesstaat, dem - unter preußischer Hegemonie - 25 Einzelstaaten



angehören. Der preußische Ministerpräsident ist gleichzeitig Reichskanzler. Das Deutsche Reich ist nach der Präambel seiner Verfassung ein „ewiger Bund zum Schutze des deutschen Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes“. Diesen Bund schließen die 22 Repräsentanten: der vier Königreiche Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen; der sechs Großherzogtümer Baden, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Sachsen-Weimar; der fünf Herzogtümer Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen und Sachsen-Altenburg; der sieben Fürstentümer Schwarzburg-Sonderhausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Reuss ältere Linie, Reuss jüngere Linie, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe, des mitregierten Reichslandes Elsass-Lothringen sowie der Regierenden Bürgermeister der drei Freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck. Dieser Bundesstaat wird durch zwei Institutionen - Bundesrat und Reichstag - repräsentiert. Verfassungsrechtlich ist der Bundesrat das höchste Reichsorgan, in dem Preußen aufgrund seiner Größe und seiner hegemonialen Stellung dominiert. In diesem Gremium sind die einzelnen Länder entsprechend ihrer Größe mit unterschiedlichen Stimmenzahlen ausgestattet vertreten: Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je 4, Baden und Hessen je 3, die kleineren je 2 oder 1 - insgesamt 58 Stimmen. Bis im Rahmen der Reichsgründung auch in Bayern das metrische Maß eingeführt wird, fasst die Bayerische Mass 1.069 Kubikzentimeter. Durch die Preußische Maß- und Gewichtsordnung wird das Bayerische Maaß abgeschafft. Als gesamtdeutsche Maßeinheit gilt nun der Liter. Und dieser ist auf 1.000 Kubikzentimeter festgelegt worden.

1872 – Buffalo Bill gründet seine Wander- und Wildwestschau

USA * Als auch mit der Büffeljagd nichts mehr zu verdienen war, gründet Buffalo Bill seine Wander- und Wildwestschau, mit der er - gemeinsam mit seiner Artisten- und Schaustellertruppe - rund dreißig Jahre die verschiedensten Länder der Alten und Neuen Welt bereist und dort die Zuschauer fasziniert.

1. Januar 1872 – Der Liter ersetzt die bayerische Mass

Königreich Bayern * Die Vereinheitlichung der Maße und Gewichte im Deutschen Reich tritt in Bayern in Kraft. Grundlage ist die bereits am 29. April 1869 beschlossene bayerische Maß- und Gewichtsordnung. Das metrische System mit Meter, Kilogramm und Liter ersetzt die bisherigen Landesmaße. Davon ist auch der Bierausschank betroffen. Die traditionelle bayerische Mass fasst 1.069 Kubikzentimeter beziehungsweise 1,069 Liter. Der neue Liter enthält dagegen nur



1.000 Kubikzentimeter. Die ausgeschenkte Menge verringert sich somit um 69 Milliliter oder rund 6,5 Prozent. Viele Bayern bezeichnen die neue Einheit spöttisch als „Preußenmass“. Der Unmut richtet sich vor allem dagegen, dass die Biermenge schrumpft, der Preis aber nicht entsprechend sinkt. Teilweise verlangen die Wirte sogar sieben Kreuzer je Liter, nachdem die größere bayerische Maß zuvor sechseinhalb Kreuzer gekostet hat. Die Verbraucher erhalten damit weniger Bier und müssen zugleich mehr bezahlen. Auch die vorhandenen Masskrüge müssen an die neue Einheit angepasst werden. Eichbeamte ermitteln den Füllstand von genau einem Liter im Inneren des Kruges und übertragen ihn mithilfe eines besonderen Messwerkzeugs auf die Außenwand. Dort bringen sie einen neuen, tiefer liegenden Eichstrich an. Die Kosten dieser Nacheichung entsprechen ungefähr dem Preis einer halben Maß Bier und müssen von den Besitzern der Krüge getragen werden. Neu hergestellte Krüge erhalten den Literfüllstand bereits während der Fertigung. Die alte Bezeichnung verschwindet dennoch nicht: Im alltäglichen Sprachgebrauch heißt auch der Einliterkrug weiterhin „Mass“. Aus einer historischen Maßeinheit wird damit die bis heute gebräuchliche Bezeichnung für einen Liter Bier.

Oktober 1873 – Die erste „Velociped-Wettfahrt“ in der Landeshauptstadt München

München * An einem nebeligen Herbsttag treten dreizehn Mitglieder des „Münchner Velociped-Klubs“ zur ersten „Velociped-Wettfahrt“ der Landeshauptstadt an. Die Herren müssen schon hart gegen sich selbst sein, denn sehr leicht und bequem lassen sich die Maschinen aus Holz mit ihren eisenbeschlagenen Rädern nicht fortbewegen. Die Strecke beträgt circa neun Kilometer und beginnt am Sendlingertorplatz. Der Sieger benötigt 42 Minuten.

Er hatte Glück, da sein wichtigster Konkurrent unterwegs durch „eine unfreiwillig wichtige Besprechung mit einem Gensdarm“ an der Weiterfahrt gehindert wurde.

1874 – Carl Hagenbecks Völkerschau

Hamburg-Stellingen * Carl Hagenbeck stellt in seinem Hamburger Tierpark eine Familie von sechs nordeuropäischen „Samen“ [= Lappländer] aus. Diese Präsentation wird zum Vorbild aller späteren Völkerschauen. Die „Lappländer-Ausstellung“ zeigt aber nicht nur die Menschen dieser Region, sondern stellt sie in einen Zusammenhang mit ihren heimischen Lebensumständen. Um die Ausstellung als möglichst authentisches Ensemble zu arrangieren, beschafft Hagenbeck Ren- und andere Nutztiere, originale Zelte, Werkzeuge und Schlitten.

1875 – Der Vieh- und Schlachthof entsteht im Münchner Süden



München-Isarvorstadt * In den Jahren von 1875 bis 1878 entsteht der Vieh- und Schlachthof für eine Summe von fünf Millionen Mark auf einem 101.000 Quadratmeter großen Gelände im Münchner Süden. Die Stadt zählt damals zwar erst 215.000 Einwohner, dennoch ist die Planung von Arnold Zenettis schon auf eine Großstadt mit erheblich mehr Einwohnern ausgerichtet. Zahlreich - in enger Zusammenarbeit mit Max von Pettenkofer und Bürgermeister Alois von Erhardt - sind Arnold Zenettis Anstrengungen, durch Verordnungen, die in die Praxis umgesetzt werden, die Gesundheit und Reinlichkeit im Sinne der allgemeinen Hygiene zu heben.

7. Juni 1875 – Prinz Otto will eine Reise in die Beneluxländer unternehmen

München * Prinz Otto will eine Reise in die Beneluxländer, Skandinavien und Russland unternehmen.

9. Juni 1875 – Prinz Otto muss seine Reise wegen starker Wahnideen abbrechen

Würzburg - München * Prinz Otto muss seine Reise in die Beneluxländer, Skandinavien und Russland wegen auftretender starker Wahnideen abbrechen. Zwei Tage nach Reiseantritt trifft er schon wieder in München ein.

1876 – Das Übungsgelände des Münchner Veloziped-Clubs

München-Untergiesing * Auf dem Schyrenplatz befindet sich ein Übungsgelände des Münchner Veloziped-Clubs. Aus ihr wird später die erste Profi-Radrennbahn der Welt.

September 1876 – Die erste, noch sehr bescheidene Völkerschau auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Die erste, noch sehr bescheidene Völkerschau wird auf dem Oktoberfest gezeigt. Präsentiert werden: „Die Lappländer Polarmenschen, bestehend aus 2 Männlichen und 2 Weiblichen, produzieren sich hier während des Oktoberfestes auf der Festwiese, und zwar mit ihren 4 Renntieren, Eishunden (Bärenfänger), Hütten, Fahrzeugen und vielen Originalgerätschaften in einem eigens zu diesem Zwecke elegant hergerichteten Theater“.

Oktober 1876 – Die Völkerschau „Lappländer Polarmenschen“ wird auf dem Oktoberfest gezeigt



München-Ludwigsvorstadt * Auf dem Oktoberfest werden „Lappländer Polarmenschen“ gezeigt. Da München noch über keinen zoologischen Garten verfügt, finden die Völkerschauen zumeist auf der Theresienwiese statt.

1879 – Staatliche Fabrikinspektoren kontrollieren den Kinderschutz

Deutsches Reich - Königreich Bayern * Auf der Grundlage der im Juli 1878 geänderten Reichsgewerbeordnung bauen die Bundesstaaten eine staatliche Fabrikaufsicht auf. Die von den Landesregierungen ernannten Inspektoren sollen Betriebe kontrollieren und Verstöße gegen die Arbeits- und Kinderschutzbestimmungen anzeigen. Bayern bestellt drei Fabrikinspektoren. Eigene polizeiliche Anordnungen können sie jedoch nicht erlassen, weshalb ihre Durchsetzungsmöglichkeiten zunächst begrenzt bleiben. Die Einführung erfolgt nur ein Jahr nach Bismarcks Sozialistengesetz, das sozialdemokratische Vereine, Versammlungen und Veröffentlichungen verbietet. Während der Staat die organisierte Arbeiterbewegung bekämpft, reagiert er zugleich mit ersten sozialpolitischen Maßnahmen auf deren Forderungen.

1880 – Die Regierung lehnt die Pläne der Bell-Telephone-Company ab

München - Nürnberg * Die Bell-Telephone-Company will in München und Nürnberg eine Ortssprechanlage aufstellen. Diese Pläne stoßen aber bei der bayerischen Landesregierung auf Ablehnung, da diese das Telephonwesen unter staatlicher Aufsicht wissen will.

1880 – Der Bildhauer Anton Heß will in seinen Antiquitäten leben

München-Maxvorstadt * Der Bildhauer Anton Heß lässt sich durch den Architekten Leonhard Romeis neben seinem Atelierbau ein villenartiges Wohnhaus im Stil der deutschen Renaissance errichten. Der Bildhauer will ein Wohnhaus, in dem er seine über Jahrzehnte angesammelten Antiquitäten, vornehmlich aus der Renaissancezeit, als Wohngegenstände gebrauchen kann. Leonhard Romeis muss deshalb „von innen nach außen“ planen. Fußböden, Holzdecken und Wandvertäfelungen bilden die Vorgaben, nach deren Abmessungen sich die Zimmergrößen der einzelnen Räume zu richten haben. Aus den Maßen der Zimmereinrichtung ergibt sich die Zimmergröße und -höhe, aus der Zimmergröße der Grundriss und erst daraus kann er die Gestaltung der Fassade entwickeln. Architekt Romeis hat also zum einen die Aufgabe, fünf komplette Zimmer mit Wandvertäfelung und zum Teil auch Erker und Sitznische sowie verschiedene Decken in einen Bau zu integrieren, als auch gleichzeitig fehlende Teile im



Stil der historischen Teile zu entwerfen, um eine einheitliche Wirkung des ganzen Hauses zu erzielen. Anton Heß verzichtet in einigen Bereichen auf Komfort und zieht unpraktische Möbel, wie kurze, gotische Betten, oder zum Teil niedrigere Türen einem Wohnen in zeitgenössischem Mobiliar vor. Der Bildhauer sammelt die Gegenstände also zur wirklichen Benutzung und strebt keine Stilreinheit an. So kombiniert er in seinem Haus Südtiroler Stuben aus Kurtatsch und Montan aus dem Jahr 1576 mit Türen und einem Treppengeländer aus Münchner Bürgerhäusern, Portal- und Türverkleidungen aus Kloster Seeon, um 1620, und Plafonds aus Ulm.

7. Oktober 1881 – Joseph und Ida Schülein beziehen ihre Wohnung Am Einlaß 4

München-Angerviertel * Joseph und Ida Schülein beziehen ihre gemeinsame Wohnung in der noblen Adresse Am Einlaß 4 im Münchner Angerviertel. Mit dem Einzug beginnt ein neuer Lebensabschnitt des Ehepaars in der bayerischen Landeshauptstadt.

29. Dezember 1881 – Die Feuerländer-Völkerschau wird unter Auflagen genehmigt

München-Lehel * Die Polizeidirektion München erteilt das „Erlaubnisschreiben“ für die öffentliche Vorstellung von vier Feuerländer mit vier Frauen und zwei Kindern im Alter von zwei bis drei Jahren bei gleichzeitiger Erhebung von Eintrittsgeldern. An Gebühren entstehen einmalig drei Mark sowie pro Tag 1,80 Mark, insgesamt 71,80 Mark, die an den Armenfonds zu entrichten sind. Es ist alles zu vermeiden, was gegen „öffentlichen Anstand, Schicklichkeit und Sittlichkeit verstößt oder feuergefährlich sein könnte“.

Juli 1882 – Bau einer staatlichen Telefonanlage in München

München * Die Generaldirektion der königlichen Verkehrsanstalten beginnt in München mit dem Bau einer Telefonanlage. Doch auch jetzt hat die Landesregierung noch Bedenken und behält sich das Recht vor, die Anlage nach zwei Jahren wieder aufzulösen.

15. August 1882 – Die Attraktivität des neuen Kommunikationsmittels Telephon

München * Die Bedenken der Landesregierung sind ausgeräumt, nachdem die Menge der eingegangenen Anmeldungen die Attraktivität des neuen Kommunikationsmittels



Telephon bewiesen haben. Der erste Auftraggeber ist der Verleger und Schriftsteller Dr. Georg Hirth. Ihm folgen weitere Geschäftsleute.

November 1883 – Die Bedeutung des Isarquais für München

München-Lehel * Ein Artikel in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ befasst sich mit der Bedeutung des Isarquais für München. Der Verfasser betont darin die städtebaulich „unvergleichlich günstige Lage des Mariannenplatzes“, der sogar als Bauplatz für den Justizpalast in Erwägung gezogen worden ist. Der evangelischen Kirchenverwaltung erscheint der Bauplatz als sehr teuer, weshalb sie noch das Gelände der „I. Kraft- und Arbeitsmaschinen-Ausstellung“ am Isartorplatz ins Gespräch bringt. Die Lokalbaukommission schlägt ihrerseits noch Standorte auf der südlichen beziehungsweise nördlichen Kohleninsel vor. Schließlich einigt man sich doch auf den Mariannenplatz als Standort für die Lukaskirche. Das Gotteshaus sollte eigentlich die protestantische Kirche für den Münchner Osten werden, doch bereits 1889 wurde am Preysingplatz in Haidhausen die Johanneskirche als evangelische Notkirche erbaut. Nun haben die Protestanten auch ihren Sammelpunkt jenseits der Isar. Doch das war bestimmt kein Zufall, denn der Architekt beider Kirchen ist Albert Schmidt, der gleichzeitig - heute kaum vorstellbar - den acht Mitgliedern der protestantischen Kirchenverwaltung in München angehörte. „Der soziale Status der protestantischen Gemeindemitglieder lag deutlich über dem Durchschnitt. Viele gehörten der geistigen und finanziellen Oberschicht an“, weshalb die Gruppierung sehr selbstbewusst auftrat, was im fundamental katholischen Bayern ganz bestimmt auch nötig war [und ist?].

29. September 1885 – Bei den Konservativen besteht keine Neigung für eine Finanzhilfe

München-Kreuzviertel * Die Sitzungsperiode des Bayerischen Landtags beginnt. Nachdem Reichskanzler Otto von Bismarck die Übernahme der Schulden von König Ludwig II. durch den Landtag vorgeschlagen hat, entwickelt sich bei den Abgeordneten der Patriotenpartei eine für den König sehr ungünstige Stimmung. Pläne zur Erhöhung der Zivilliste, um König Ludwig II. - unter strengen Auflagen - die Abzahlung seiner Schulden zu ermöglichen, werden zwar diskutiert, aber nicht weiter verfolgt. Bei den Konservativen besteht keine Neigung für eine Finanzhilfe. „Wir halten fest zu unserem angestammten Fürstenhause, zu unserem Könige, aber was auch kommen möge, wir werden auch die Interessen des Volkes hoch halten, Wünschen gegenüber, die mit dem Volkswohl nicht im Einklang stehen“. Eine Diskussion des Themas im Landtag wird sogar als gefährlich bezeichnet, „denn die Stimmung im Lande sei der Art, daß jede Discussion



die Aufregung bis zum Überlaufen steigern und Dinge ans Licht bringen könne, über die man sich entsetzen würde“.

31. Dezember 1885 – München hat 262.000 Einwohner. Viele sind zugezogen.

München * München hat 262.000 Einwohner. Nur 37 Prozent sind eingeborene Münchner. Die anderen sind aus Bayern zugezogen. 6 Prozent kommen aus anderen deutschen Länder, 4 Prozent aus dem Ausland, überwiegend aus Österreich und Ungarn.

20. Juni 1886 – Kritik an König Ottos I. Inthronisation

München * Der Journalist Anton Memminger schreibt in der Bayerischen Landeszeitung: „Um sich auf seinen Sesseln weiter halten und in gewohnter Weise fortwursteln zu können, hat das Ministerium Lutz den Prinzen Otto zum König eingesetzt. [...] Allein der klare Wortlaut der Verfassung widerspricht der Ernennung Ottos zum König. In der Urkunde heißt es, dass der König den Eid auf die Verfassung leisten muss. Ein Prinz, der aber nichtfähig ist einen Eid zu leisten, weil er den selben weder verstehen noch halten kann, soll der nun fähig sein, König zu werden? [...] Das ganze Volk war auch völlig verblüfft, als ihm das Ministerium einen irrsinnigen Prinzen als König vorstellte. [...] Wo soll das hinaus? Man kann doch dem Volke nicht zumuten, dass es die Ehrfurcht, Liebe und Achtung, die es dem genialen König Ludwig II. auch im Unglück nicht versagte, auf einen unheilbaren blödsinnigen Prinzen überträgt.“ Der Verfasser der Zeilen wird wenig später deswegen verurteilt.

1887 – Kommentierte Berichte der Fabrikinspektoren

München * Dr. Bruno Schoenlank, Vordenker in der SPD, kommentiert die Berichte der Fabrikinspektoren in seinem Buch „Zur Lage der arbeitenden Klasse in Bayern“, das während der Zeit der Sozialistengesetze verboten ist, wie folgt: „[...] Das harte Werk, der lange Arbeitstag, der in den oberbayerischen Ziegeleien, diesen Musteranstalten rücksichtslosester Ausbeutung der Arbeitskraft herrscht, ist vom Fabrikinspektor oft genug denunziert worden. Aber was nützt es? Die Herren Ziegeleibrenner lassen sich, um den einheimischen Arbeitern die Lebenshaltung noch tiefer als sie bereits steht, herabzudrücken, beständig neue Waggonladungen italienischer Kulis von ihren Lieferanten aus dem Lande kommen, wo die Citronen und die Schmutzkonkurrenz blüh'n. So nimmt es Keinen, der die Verhältnisse selbst zu beobachten Gelegenheit gehabt, Wunder, wenn es über die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen



betreffs der Kinderarbeit von den Ziegeleien heißt: „In einer namhaften Zahl derartiger Anlagen, die ich im Berichtsjahr theils zum erstenmale, theils nach mehrjähriger Zwischenpause besucht habe, fanden sich nicht einmal die Arbeitsbücher und man war anscheinend entweder noch in völliger Unkenntniß der die jugendlichen Arbeiter betreffenden Vorschriften, oder man hat sie mangels genügender Controle einfach außer Acht gelassen. Das behufs dieser Mißstände weiter Erforderliche ist eingeleitet“. Mangel an Controle, weil Mangel an Aufsichtspersonal, und darum eine Gesetzesverletzung nach der anderen, begangen durch die sittenstrengen Stützen der bürgerlichen Gesellschaft, die Moral, Ehrbarkeit, Gesetzlichkeit und Schutz nationaler Arbeit in Erbpacht haben, ferner Unkenntnis der Gesetze, d.h. derjenigen, die den Profit der Kapitalisten ein wenig zu beschneiden bestimmt sind. O diese unschuldvollen, ahnungslosen Engel von Kapitalisten!“

1887 – Die Mariannenbrücke wird als Zugang zum Café Isarlust gebaut

München-Lehel - Praterinsel * Die Mariannenbrücke als Zugang zum Café Isarlust auf der Feuerwerksinsel wird gebaut. Sie ist benannt nach Herzogin Maria Anna, der Gemahlin von Herzog Clemens, dem Bruder des letzten bayerischen Wittelsbachers. Durch ihren patriotischen Einsatz - sagt man - verhinderte sie, dass der pfalz-bayerische Kurfürst Carl Theodor seine bayerischen Erblande an Österreich abtrat und München dadurch seinen Status als Residenzstadt behielt.

1888 – Die Ausgestaltung der Frühlingsanlagen beginnt

München-Untergiesing - München-Au * Bis 1893 erfolgt die eigentliche, planmäßige Ausgestaltung der Frühlingsanlagen. Dabei wird das gesamte Gelände um den Kulturgarten als Bestandteil der Isaranlagen im spätlandschaftlichen Stil mit geschwungenen Wegen gestaltet. Da mit der Zunahme der städtischen Grünflächen und Alleen die Stadtgärtnereidirektion ein erweitertes Aufgabengebiet erhalten hat, wird die Einrichtung einer Stadtgärtnerei und eines größeren Kulturgartens notwendig.

1889 – Die Stadt München kauft das ehemalige Langer-Schlössl

München-Haidhausen * Die Stadt München kauft das ehemalige Langer-Schlössl und lässt es abreißen, um dafür ein Verwaltungsgebäude, Stallungen, Wagenhallen sowie Werkstätten für Trambahnzwecke zu erstellen. In letzter Minute erkennt der Chemiker Adolf Keim den Wert und



die Unersetzbarkeit der Wandgemälde von Robert von Langer. Da aber die Stadt kein Geld zur Abnahme und Übertragung der Gemälde an einen geeigneteren Ort hat, finanziert Adolf Keim die Verlagerung der Fresken aus seiner eigenen Tasche. Selbst die Zusage der Landeshauptstadt München, die Finanzierung von fotografischen Aufnahmen der Fresken für Dokumentationszwecke zu übernehmen, lassen die Verantwortlichen auch wieder fallen. So werden die Wandgemälde - privat finanziert - in die Städtische Handelsschule an der Herrnstraße übertragen, wo sie im Zweiten Weltkrieg endgültig zerstört werden.

3. Juli 1889 – Die Stadt kauft das Gelände für einen Pferdetrambahn-Betriebshof

München-Haidhausen * Die Stadt München kauft von der Münchner-Kindl-Brauerei das Anwesen des Schlosswirts an der Stelle des ehemaligen Langerschlössls. Nach dem Abbruch der Wirtschaft entsteht auf dem rund 4.800 Quadratmeter großen Grundstück ein Pferdestraßenbahn-Betriebshof, im Münchner Sprachgebrauch „Depot“ genannt. Die Anlage umfasst ein dreigeschossiges Wohn- und Verwaltungsgebäude sowie einen zweigeschossigen Stall für 180 Pferde. Eine Rampe führt die Tiere ins Obergeschoss. Die Wagenhalle bietet auf 18 Gleisen Platz für 54 Trambahnwagen; darüber liegen die Vorräte an Hafer, Heu und Stroh. Im zweigeschossigen Werkstattgebäude befinden sich im Erdgeschoss eine Schreinerei und eine Schlosserei, im Obergeschoss eine Lackiererei und eine Sattlerei. Ein Aufzug befördert die Wagen zu den oberen Werkstätten. Eine Durchfahrt ermöglicht die Ein- und Ausfahrt der Trambahnen.

1890 – Eine starke Geruchsbelästigung in der Lohe

München-Untergiesing * Die inzwischen zur Aktiengesellschaft umgewandelte Produktionsstätte der Untergiesinger Lederfabrik umfasst einen Personalbestand von 360 Arbeitern und Angestellten. Der Fabrikbesitzer, inzwischen Julius von Eichthal, ist zu einem der wichtigsten Münchner Arbeitgeber aufgestiegen. Auf dem 8,8 Hektar großen Fabrikgelände zwischen der Pilgersheimer- und der Lohstraße werden jährlich 60.000 Rinder- und 15.000 Schweinehäute in fünfzig hölzernen Wasserkästen, 420 Gargruben und diversen Gartrommeln verarbeitet und schließlich im Freien zum Trocknen aufgehängt. Die Bewohner der Lohe sind dadurch ständig einer starken Geruchsbelästigung ausgesetzt.

1891 – Italienische Sammelklassen in der Haidhauser Wörthschule



München-Haidhausen * Insgesamt 80 Italiener werden in einer Sammelklasse in der Haidhauser Wörthschule unterrichtet. „Einer allgemeinen Fortbildungsschule konnte man sie nicht zuführen, da sie der deutschen Sprache nicht mächtig waren. Für sie bildete man eine eigene Klasse an der Wörthschule und erteilte ihnen abends und an Sonntagen acht Stunden wöchentlich Unterricht.“ In München gab es - im Gegensatz zu den meisten anderen Großstädten im Reich - diese äußerst fortschrittliche Einrichtung, in der italienisch-kundige bayerische Lehrer zwei- bis dreimal in der Woche in den Fächern Geographie, Kalligraphie, Rechnen, Deutsch und Religion unterrichteten. Durch das Erlernen der deutschen Sprache sollte eine Integration hierzulande erleichtert werden, durch das Fach Geographie, in dem ausschließlich italienische Landeskunde gelehrt wurde, die Bindung zur Heimat gewahrt bleiben. Da ein Mann in Italien erst dann als vollberechtigter Staatsbürger galt, wenn er vor einem Notar seinen Namen schreiben konnte, war der Schreibunterricht für eine Wiedereingliederung in der Heimat von besonders großer Wichtigkeit. Da die Schule von den weit außerhalb gelegenen Ziegeleien jedoch oft nur in mehrstündigen Fußmärschen zu erreichen war, und auch die Akkordanten nicht einmal für die Zeit der Schulstunden auf ihre billigsten Arbeitskräfte verzichten wollten, konnte nur eine begrenzte Anzahl der italienischen Kinder die Schule an der Wörthstraße besuchen.

März 1892 – „Es müßte ein Festspielhaus für das Volk werden, ...“

München * Im März 1892 hält Generalintendant Carl von Perfall einen Vortrag zum Thema Festspielhaus vor den Bürgermeisterern der Landeshauptstadt München. In dieser Rede sagt er unter anderem: „Welch eine große That für die Kunst wäre es, welch eine ruhmreiche Zierde für die Kunststadt München, welch eine neu sich erschließende enorme Geldquelle für die Stadt, wenn die Prinz-Regenten-Straße ihren Abschluß durch Erbauung eines Kunsttempels fände! Es müßte ein Festspielhaus für das Volk werden, das die verschiedenen Kunstrichtungen von Bayreuth, Salzburg und Worms in sich vereinigte, dessen Pforten im Gegensatz zu Bayreuth jedem aus dem Volke um ein im Verhältnis geringes Entgelt sich eröffneten.“

März 1892 – Zahlreiche Behörden ziehen in die Alte Isarkaserne

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Die Garnisonsverwaltung zieht von der Alten Isarkaserne auf der Kohleninsel nach Neuhausen. Damit beginnt die Übergabe des Geländes an die Stadt München. Diese quartiert in der ehemaligen Kaserne zahlreiche Behörden ein: die städtische Desinfektionsanstalt, die Inspektion für Blitzableiteranlagen, das polizeiliche Krankenträgerinstitut, den Sanitätsverband, die Lehrwerkstätten des Volksbildungsvereins und die Berufsschule für Friseure.



September 1893 – Berufungsprozess enthüllt Machtmissbrauch

München * Im Berufungsprozess zwischen Hofrat Ludwig Peter Ritter von Klug und dem Journalisten Wilhelm Bogler stellt das Gericht fest, dass der Kauf, obwohl er durch die „Ausbeutung der Notlage der Verkäufer“ und durch „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ zustande kam, rechtlich nicht zu beanstanden sei. Dennoch erhärtet sich der Vorwurf gegenüber Ritter von Klug, dass er bei Ankauf des Grundstücks - durch Missbrauch seiner amtlichen Stellung - privaten Nutzen gezogen hat. Deshalb wird die Strafe für Wilhelm Bogler wegen Beleidigung auf 300 Mark verringert, vom Vorwurf der verleumderischen Beleidigung wird er freigesprochen. Weitere Details, die den Tatbestand der Vorteilsnahme im Amt erfüllen, kommen im Verlauf der Gerichtsverhandlung ebenso zur Sprache wie das Hinwegsetzen des Klägers über vorhandene Bauvorschriften. Ritter von Klug will vor dem Oberlandesgericht seine Niederlage revidieren - doch dort wird der Fall nicht angenommen. So erlangt das Urteil des Landgerichts München I Rechtskraft. Aufgrund der zeitlichen Abläufe und personellen Verflechtungen muss hier von einer frühen Amigo-Affäre gesprochen werden.

1895 – Das Maffei-Kraftwerk am Eisbach wird erbaut

München-Englischer Garten - Hirschau * Das Maffei-Kraftwerk am Eisbach, das heutige Tivoli-Kraftwerk, wird zur Stromerzeugung für das Maffei-Lokomotivenwerk erbaut. Es dient der Firma zur Deckung des eigenen Strombedarfs.

März 1895 – Premierleutnant Hans Dominik bekämpft das Volk der Bakoko

Kamerun * Hans Dominik bekämpft das Volk der Bakoko, das vom Zwischenhandel zwischen Nordkamerun und der Küstenregion lebt. Da den deutschen Kolonialherren damit die Ausbeutung des Kameruner Hinterlandes entgeht, wird diese Strafexpedition eingeleitet.

September 1896 – Der Architekt Gabriel von Seidl baut eine prächtige Bierburg

München-Theresienwiese * Der Franziskaner-Leist-Bräu lässt Michael Schottenhamel auf der Theresienwiese eine prächtige Bierburg bauen. Gabriel von Seidl hat das Gebäude „von auffälliger Stattlichkeit“ entworfen. Es ist in einer L-Form mit Walmdach gebaut und besitzt einen viereckigen, girlandengekrönten Turm.



1897 – Der abgebaute Königliche Wintergarten

München-Graggenau * Die Halle aus Glas und Eisen, die den Königlichen Wintergarten auf dem Festsaalbau der Münchner Residenz bedeckt hatte, wird abgebaut und auf dem Gelände der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg - MAN in Nürnberg wieder aufgerichtet. Sie wird im Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs zerstört.

1897 – In Deutsch-Südwestafrika bricht eine Rinderpest aus

Deutsch-Südwestafrika * Die Herero erwirtschafteten ihren Lebensunterhalt traditionell mit der Rinderzucht. Als es im Jahr 1897 zu einer Rinderpest ausbricht, werden die Herden der Herero stark dezimiert. Durch die zunehmende Aneignung des Landes, insbesondere wertvoller Weidegründe, durch die sich die deutschen Siedler in den Besitz der Rinder bringen wollen, kommt es in der Folge zu empfindlichen Einbußen der Herero. Das betrifft nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Werte. Hinzu kommen noch Betrugereien der Siedler. Durch die daraus resultierende Verarmung waren viele Herero gezwungen, Lohnarbeit auf deutschen Farmen anzunehmen. Andere, noch Vieh besitzende Herero, geraten immer öfter in Konflikte mit den Siedlern, wenn sie ihre Herden auf dem nunmehr von den Deutschen beanspruchtem Land weiden ließen. Zornige Siedler vertreiben die Hirten oftmals gewaltsam. Neben dem existenzbedrohenden Verlust immer größerer Weidegebiete war es die rassistische Diskriminierung der Herero, die als Auslöser für den Aufstand wirkt. Weitere schwere Vergehen waren Vergewaltigung und Mord, deren sich Siedler gegenüber den Herero schuldig gemacht hatten. Dass diese Fälle vielfach nicht oder nur milde bestraft werden, verstärkt die Spannungen weiter.

1897 – Die bayerischen Juden lehnen die Zionistische Bewegung ab

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München wehrt sich massiv gegen die Zionistische Bewegung von Theodor Herzl, der in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt den ersten Zionisten-Kongress abhalten will. Herzl hat sich für München als Veranstaltungsort entschieden, weil „diese Stadt als gastfreundlich gilt und ein geeigneter Verkehrsmittelpunkt“ ist. Der zionistische Gedanke, der auf die Verwirklichung einer jüdischen Nation mit einem eigenen Staat Palästina hinzielt, wird von den bayerischen Juden abgelehnt. Sie fühlen sich als deutsche Staatsbürger und sehen durch das zionistische Gedankengut ihre Bemühungen um Integration gefährdet. Sie wollen alles unterlassen, was den antisemitischen Parolen von der „fremden jüdischen Rasse“ und „dass die Juden Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vaterlande nicht



besitzen“ neue Argumente liefern könnte. Der Widerstand der Münchner Juden bewirkt, dass der erste Zionisten-Kongress in Basel stattfinden muss.

1899 – Die Floßlande wird nach Thalkirchen verlegt

München-Thalkirchen * Die Floßlande wird nach Thalkirchen verlegt, da die Kohleninsel in der Zwischenzeit in die Stadtplanung mit einbezogen worden ist.

1899 – „... eine fast unausrottbare Abneigung gegen Lehmarbeit“

München * Die Tonindustrie-Zeitung stellt fest: „In den Alpenländern hat der Arbeiterstand eine fast unausrottbare Abneigung gegen Lehmarbeit, sodass es wirklich schwer fällt, einheimische Kräfte heranzuziehen.“

27. Januar 1900 – Europäische Einrichtungen wollen vor den Boxern geschützt werden

Shandong - China * Die Kolonialmächte fordern die chinesische Regierung auf, europäische Einrichtungen vor den Boxern zu schützen. Im Frühjahr und Sommer 1900 führen Attacken der sogenannten Boxerbewegung gegen Ausländer und chinesische Christen zu einem Krieg zwischen China und den Vereinigten acht Staaten, die sich zusammensetzten aus dem Deutschen Reich, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Russland und den USA. Getragen wird der Boxeraufstand von den Verbänden für Gerechtigkeit und Harmonie. Die Boxer bekämpfen den europäischen, US-amerikanischen und japanischen Imperialismus. Die Bezeichnung Boxer bezieht sich auf eine traditionelle chinesische Kampfkunstausbildung, die sich selbst als Yihetuan, also Verband für Gerechtigkeit und Harmonie, nennt. Bei den Boxern handelt es sich um eine soziale Bewegung die sich zwischen 1898 und 1900 als unmittelbare Reaktion auf die Krisenstimmung gegen Ende des 19. Jahrhunderts gebildet hatte. Ihr ursprünglicher Schwerpunkt lag in der Provinz Shandong, wo das Deutsche Reich einige Bergbau- und Eisenbahnkonzessionen besaß. Im Frühjahr und Sommer 1900 breitet er sich dann über weite Teile Nordchinas aus. Die Boxer machen die Ausländer und die chinesischen Christen für die Störungen der natürlichen Umwelt und der sozialen Harmonie verantwortlich. Sie fordern die Beseitigung der Feinde Chinas mit Gewalt, um die Harmonie wieder herzustellen und treten dabei als Unterstützer der herrschenden Qing-Dynastie auf. Eine ihrer Parolen lautet: „Unterstützt die Qing und vernichtet die Fremden.“



27. Februar 1900 – Die Fußball-Abteilung des FC Bayern München wird gegründet

München * Die Fußball-Abteilung des FC Bayern München wird gegründet. Während sich innerhalb des Turnvereins München von 1860 - wie er damals noch hieß - eine eigene Fußballriege herausbilden kann, die den aus England kommenden Association Football pflegen, ist die Geburt des Fußballclubs Bayern München etwas komplizierter. Zwar entstammen die Fußballer dem Männerturnverein von 1879 - MTV, der sich schon sehr früh dieser Sportart geöffnet hat und die Spiel- und Trainingsmöglichkeiten fördert. Zur Abspaltung der Fußball-Abteilung vom MTV 1879 kommt es aber, nachdem sich die Deutsche Turnerschaft gegen diese ausländische Kampfsportart ausspricht, eine Doppelmitgliedschaft im Verband Süddeutscher Fußballvereine ablehnt und dem Männerturnverein von 1879 eine solche untersagt. Daraufhin treten die Fußballer aus ihrem bisherigen Verein aus und gründen den Fußballclub Bayern München, der die Landesfarben weiß-blau als Clubfarben übernimmt.

15. April 1900 – Kaiserwitwe Cixi und die „Boxer“ als Verbündete gegen die Ausländer

Shandong - China * Die „Boxer“ werden offiziell verboten. Da sich jedoch reguläre kaiserliche Truppen mit ihnen verbünden, lässt sich das Verbot nicht durchsetzen. Nun ändert die Kaiserinwitwe Cixi und ein Teil der hohen Beamenschaft erneut ihre Meinung und beginnen, in den „Boxern“ Verbündete gegen die Ausländer zu sehen.

18. Mai 1900 – Die sogenannten Boxer beginnen ihre Attacken gegen Ausländer

Provinz Shandong - China * Die sogenannten Boxer beginnen ihre Attacken gegen Ausländer sowie gegen die an die Küste führenden Bahnlinien. Ausschreitungen fordern alleine an diesem 18. Mai 73 Todesopfer.

August 1900 – Die Baukommission ist für die Nietenfabrik in Hellabrunn

München-Giesing * Die Baukommission der Landeshauptstadt München, der Polytechnische Verein sowie der Gewerbeinspektor der Stadt sprechen sich unter einigen Auflagen für die Nietenfabrik in Hellabrunn aus.

1901 – Das Wasser- und Dampfkraftwerk der Maffei-Eisenwerke wird erweitert



München-Englischer Garten - Hirschau * Das Wasser- und Dampfkraftwerk der Maffei-Eisenwerke wird erweitert. Dazu werden die das Fabrikgelände durchziehenden Wasserläufe zum Eisbach vereinigt. In der neuen Kraftzentrale kommen drei Francis-Turbinen mit einer Leistung von 1.000 PS zum Einsatz.

1901 – Wachsende Unterstützung für das Ludwig II.-Denkmal

München-Au - München-Isarvorstadt * Der „Verein zur Erbauung eines Monuments für König Ludwig II. von Bayern“ steigert seine Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres von 3.000 auf 7.000. Da das Vorhaben als bayerisches Landesdenkmal präsentiert wird, gehen Spenden aus allen Bevölkerungsschichten sowie von Vereinen, Städten und Gemeinden ein. Die benötigten 185.000 Mark kommen jedoch langsamer zusammen als erhofft. 1901 übernimmt deshalb Gustav Freiherr von und zu der Tann den Vorsitz und verleiht dem Verein ein stärker aristokratisches Profil. Auch Mitglieder des Hauses Wittelsbach treten nun bei und unterstützen das Projekt - auch durch Spenden. Als Standort wählen Verein und Stadtmagistrat die Corneliusbrücke, die als einzige Münchner Isarbrücke noch keinen figürlichen Schmuck besitzt.

14. November 1901 – Der Prozess gegen den Räuber Mathias Kneißl beginnt

Augsburg * Der Prozess gegen den Räuber Mathias Kneißl beginnt vor dem Oberlandesgericht Augsburg. Nach vier Verhandlungstagen fällen die zwölf Geschworenen das Urteil: Mathias Kneißl wird zum Tode verurteilt. Ein eingereichtes Gnadengesuch lehnt Prinzregent Luitpold ab. Der Ablauf des Gerichtsverfahrens und das Urteil selbst sind heftig umstritten.

März 1902 – Mata Hari kehrt aus Java zurück

Java - Holland - Paris * Nach der Rückkehr von Java in die Niederlande trennen sich Margaretha Geertruida, alias „Mata Hari“, und John MacLeod. Margaretha versucht nun ihr Glück in der Stadt ihrer Träume - Paris.

12. Januar 1904 – Die Herero erheben sich in Deutsch-Südwestafrika

Deutsch-Südwestafrika * Es kommt zur Erhebung der Herero. Die Taktik der Herero-Krieger ist einfach. Mit ihren rund 8.000 Mann wollen sie die nur aus 2.000 Mann bestehende deutsche



Schutztruppe überrumpeln. Dass jedoch das Deutsche Reich in kürzester Zeit zusätzliche Truppenkontingente nach Afrika verlegen kann, kommt in den Planungen der Herero nicht vor. Der damalige Gouverneur und Kommandeur der Schutztruppe, Theodor Leutwein, versucht den Krieg so zu führen, dass die spätere wirtschaftliche Ausbeutung des Landes unter Zuhilfenahme der Herero nicht gefährdet wird. Seine Strategie ist darauf angelegt, die Herero in eine ausweglose Lage zu bringen, danach aber - im Rahmen eines Friedensvertrages - zumindest ein weiteres Zusammenleben zu ermöglichen. Doch diese Strategie ist den Verantwortlichen im Berliner Generalstab zu langwierig, weshalb man Theodor Leutwein ablöst und den Generalleutnant Lothar von Trotha nach Deutsch-Südwestafrika schickt.

17. September 1904 – Josef Pravida und seine Fischerhütte zum Holländer

München-Theresienwiese * Josef Pravida lässt neben der Augustiner-Festburg ein Fischerhäuschen errichten und nennt sie „Fischerhütte zum Holländer“. Die Bedienungen sind in holländischer Tracht gekleidet.

September 1907 – Aus der Fischerhütte zum Holländer wird die Fischer-Vroni

München-Theresienwiese * Josef Pravida nennt seine Fischerhütte zum Holländer in Fischer-Vroni um. Angeblich bezieht sich der Name „Vroni“ auf eine Bedienung Josef Pravidas, die im Wirtshaus Zum goldenen Stern eine besonders herzliche Atmosphäre verbreitet und damit auch auf dem Münchner Oktoberfest die „gute Seele“ des Fischbrat-Unternehmens verkörpert. Seither befindet sich auch der alte Fischerkahn am Seiteneingang der Fischer-Vroni. Er war ein über einhundert Jahre ein beliebter Treffpunkt. Er musste 2011 aus Sicherheitsgründen entfernt werden.

1911 – Der Kirchenbauverein St.-Wolfgang erwirbt einen Bauplatz

München-Au * Der - immer in Geldnöten steckende - örtliche Kirchenbauverein St.-Wolfgang erwirbt auf dem Gelände der aufgelassenen Kreisirrenanstalt einen Bauplatz zu günstigen Bedingungen.

1912 – Der Mitarbeiterstamm bei Maffei hat sich auf 2.026 Personen erhöht



München-Englischer Garten - Hirschau * Der Mitarbeiterstamm bei Maffei hat sich auf 2.026 Personen erhöht.

25. August 1913 – Prinzregent Ludwig lädt die Bundesfürsten in die Befreiungshalle

Kelheim * Die 22 deutschen Bundesfürsten treffen sich nach Einladung durch Prinzregent Ludwig [III.] bei der Befreiungshalle in Kelheim. Die Befreiungshalle war am 18. Oktober 1863, dem 50. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, der Öffentlichkeit übergeben worden und stellt ein Wahrzeichen des deutschen Patriotismus dar. Gefeiert wird die endgültige Vertreibung Napoleons aus Deutschland vor einhundert Jahren. Es ist eine glänzende patriotische Feier, die zum ersten - und zum letzten - Mal alle regierenden Fürsten Deutschlands zusammenführt. Es ist sozusagen das „Totenfest des deutschen Monarchismus“. Prinzregent Ludwig preist die Verdienste seiner Wittelsbacher Vorfahren um das deutsche Nationalbewusstsein und lobt das immer mehr erstarkte „Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Teile des Reichs in Freud und Leid“. Er warnt zugleich: „Wer gleichwohl im Auslande je mit der Uneinigkeit, der Eifersucht der Reichsglieder rechnet, wird diese Rechnung grausam enttäuscht sehen.“

3. November 1913 – Den ganzen Monarchismus lächerlich finden

Trier * Die politisch dem Zentrum nahestehende Zeitung Trierischer Volksfreund schreibt über die Monarchie: „In modernen Ländern entscheidet das Volk über die Regierungsform und bestimmt das Volk den Herrscher, der es regieren soll. [...] Kein Mensch glaubt heute mehr, dass es besondere Menschen gäbe, in die die Gnade Gottes hineingefahren wäre. [...] Als vernünftige Menschen müssen wir den ganzen Monarchismus lächerlich finden.“

17. November 1913 – Marie Therese, die erste Katholikin auf dem bayerischen Königsthron

Lindau * Die Lindauer Volkszeitung schreibt: „Die Gemahlin des Königs Ludwig III. von Bayern wird die erste katholische Königin sein. [...] Die hohe Frau, die weithin als das Vorbild einer christlichen Frau und Mutter schon lange erschien, verdient es wahrhaftig, eine Landesmutter zu sein, verehrt und geliebt von allen treuen Bayern.“

1914 – Der Konsumverein kauft von Paulaner noch weitere Grundstücke



München-Au * Der Konsumverein München von 1864 kauft von der Paulaner-Brauerei "noch weitere Grundstücke ab, sodass das Gelände zwischen der Auerfeld-, Staatsbahn, Balanstraße und Tassiloplatz fast in seiner Hand ist.

26. Juli 1914 – Die Angst vor ausländischen Spionen hat um sich gegriffen

München * Die „Spionitis“, die Angst vor ausländischen Spionen, hat um sich gegriffen. Die Polizei ruft - vergeblich - zur Zurückhaltung auf. Ausländisch aussehende oder ausländische Kleidung tragende Passanten werden zum Teil tätlich angegriffen. Ausländer verlassen fluchtartig die Stadt.

27. Juli 1914 – Die Münchner Sozialdemokraten laden zu einer Massenkundgebung ein

München-Au * Die Münchner Sozialdemokraten haben zu einer Massenkundgebung im Münchner-Kindl-Keller eingeladen. Als Referent für diese Veranstaltung ist der Schriftsteller Kurt Eisner angekündigt. Ausgerechnet für Kurt Eisner, dem späteren Kriegsgegner und Revolutionär, ist der Krieg zu diesem Zeitpunkt eine unabänderliche Tatsache und nicht mehr zu verhindern. „Denn niemand von uns will, dass das Kosakentum über Europa herrscht. Sagte doch Bebel, gegen Russland würde auch er noch die Flinte auf seinen alten Buckel nehmen“. Und an anderer Stelle meinte er: „Wir sind bereit, einen Angriff des Feindes abzuwehren und unser Vaterland zu schützen“. Das bedeutet aus Eisners damaliger Sicht für die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft: „Dann muss jeder seine Pflicht tun, nichts weiter“. Und diese Pflicht besteht in der Verteidigung des Vaterlandes gegen den russischen Aggressor.

31. Juli 1914 – Ausfuhrverbot von Futtermitteln, Tieren und anderer Waren

Berlin * Gleichzeitig mit der Kriegserklärung erlässt der deutsche Kaiser das „Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln aller Art ins gegnerische Ausland“. Damit dürfen nur noch neutrale und die verbündeten Länder Österreich, Ungarn und Türkei sowie die deutschen Truppen im Ausland mit Bier beliefert werden. Das Versandbuch der Paulanerbrauerei macht diese Krise des Exportes deutlich sichtbar. Erst nach beiden Weltkriegen können die Münchner Brauereien in den 1970er Jahren wieder Exportzahlen wie um 1900 erzielen.



August 1914 – Mata Hari kann in die Niederlande einreisen

Berlin - Den Haag * Ohne gültige Aufenthaltspapiere und ohne Gepäck schafft Mata Hari gerade noch die Ausreise in die Niederlande. Dort absolviert sie ein paar Auftritte am Theater und findet in Den Haag eine standesgemäße Bleibe. Sie will jedoch weiter nach Paris.

1. August 1914 – Aufruf an die deutschen Juden!

Berlin * Der Verband der Deutschen Juden und der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erlassen einen „Aufruf an die deutschen Juden!“ Darin fordern sie ihre Glaubensgenossen auf, ihre Kräfte „über das Maß der Pflicht hinaus“ dem „Vaterlande zu widmen“. Und weiter heißt es: „Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle - Männer und Frauen - stellt Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergabe von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“

1. August 1914 – Ein Ausfuhrverbot weiterer Lebensmittel wird erlassen

Berlin * Ein Ausfuhrverbot weiterer Lebensmittel wie Kaffee, Salz, Zucker und Bier wird erlassen. Damit dürfen nur noch neutrale und die verbündeten Länder Österreich, Ungarn und Türkei sowie die deutschen Truppen im Ausland mit Bier beliefert werden.

1. August 1914 – Karl Valentin erzählt über den Kriegsausbruch

München * Karl Valentin erzählt über den Kriegsausbruch: „Für 1. August 1914 war ich wieder bei Benz engagiert. Eine Revue ‚Im Lande der Kastanien‘ sollte einstudiert werden, mehrere Nachmittage wurde fest geprobt, [...] - mitten im Kampfe ein Trommelwirbel aus der Ferne? ... Wir unterbrachen die Probe und eilten auf die Straße, da stand, [...] ein Trommler [...] und neben ihm ein Sergant, der Folgendes vorlas: ‚Im Namen seiner Majestät, König Ludwig III. von Bayern - Frankreich hat heute den Krieg erklärt usw.‘. Schweigend gingen wir in das Haus zurück, die Probe war aus und acht Tage später gingen schon mindestens zehn Männer aus dem Hause Benz hinaus und sangen mit Blumen geschmückt; ‚Ich hatt‘ einen Kameraden‘. Vierzehn Tage nach Ausbruch des Krieges durfte, um den in der Heimat weilenden Artisten, Schauspielern usw. Verdienstmöglichkeiten zu geben, wieder gespielt werden mit der Bedingung, zeitgemäße Darbietungen zu bringen. Jeder Theaterdirektor empfahl patriotische Darbietungen zu bringen. Auch ich musste, obwohl es eigentlich von mir als Blödsinn-Interpret niemand gewohnt war, auch



ernste Sachen bringen, so unter anderem eine Kriegsmoritat. Der Erfolg war groß und zwei Monate sang ich als Komiker traurige, ernste Vorträge. Karl Valentin und Liesl Karlstadt beteiligen sich im Ersten Weltkrieg an insgesamt rund 120 Lazarett-Vorstellungen. Im Gegensatz zu „einigen großen Persönlichkeiten der Münchner Hofbühne“, die den kranken Soldaten „blutige Schlachtengedichte“ vortragen, leisten sie den Genesenden mit ihrem „lustigen, harmlosen Späßen“ einen wesentlich größeren Nutzen.

3. August 1914 – Deutschland bringt ein Weißbuch heraus

Berlin * Als erste kriegführende Macht bringt Deutschland ein Weißbuch heraus. Darin enthalten sind Aktenstücke, die beweisen sollen, dass sich Deutschland bis zuletzt um den Frieden bemüht hat und damit die Burgfriedenspolitik gegen kritische Fragen erhärten kann. Das Weißbuch wird vom Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg dem Reichstag vorgelegt. Auch die anderen, am Krieg beteiligten Nationen bringen ähnliche Dokumentsammlungen in ihren Landesfarben heraus. Doch alle derartigen Publikationen erhalten neben Flüchtigkeitsfehlern auch gezielte Fälschungen.

4. August 1914 – Königin Marie Therese erlässt einen „landesmütterlichen“ Aufruf

München * Gleichzeitig richtet die Königin Marie Therese einen „landesmütterlichen“ Aufruf an die Frauen und Jungfrauen Bayerns!, damit auch diese ihren solidarischen Beitrag leisten: „Euch aber, denen es nicht vergönnt ist, mit Blut und Leben für des Vaterlandes Ehre einzutreten, bitte ich innigst, nach Kräften mitzuwirken zur Linderung der Not jener Braven, welche das feindliche Geschoss oder die Beschwerden des Krieges verwunden oder sich zu Boden werfen. So stellt euch denn, die ihr wohl alle liebe Angehörige bei der Armee wisst, in den Dienst des Roten Kreuzes, gleich Meinen Töchtern Hildegard, Helmtrud und Gundelinde. Draußen fließt Blut, herinnen fließen Tränen, am bittersten da, wo zur Sorge der Seele die Not des Leidens kommt. Auch hier muss und wird geholfen werden. Das Notwendige bereiten wir eben vor [...]. Soldaten, die ihr ins Feld zieht, Ich, die Königin, sage euch, euere tapferen Frauen und eure lieben Kinder sollen nicht Not leiden; schaut voraus gegen den Feind, euren Lieben gehört nun unsere Sorge.“

7. August 1914 – Kronprinz Rupprecht verlässt mit seinem Stab München

München * Kronprinz Rupprecht, der als Generaloberst die - fast ausschließlich aus bayerischen



Einheiten bestehende - 6. Armee befehligt, verlässt mit seinem Stab die bayerische Landeshauptstadt München.

15. August 1914 – Das ganze katholische Elsass soll an Bayern fallen

München * König Ludwig III. konfrontiert den preußischen Geschäftsträger in München mit der Klage, dass Bayern im Krieg von 1870/71 zu schlecht weggekommen sei. So etwas darf nie wieder passieren. Der Krieg darf keinesfalls zu einer einseitigen Vergrößerung Preußens führen, da dadurch das staatliche Gefüge des Reiches verschoben würde. Wenn Preußen durch Annexionen wächst, dann müssen auch die anderen größeren Bundesstaaten, insbesondere Bayern, einen Ausgleich erhalten. Danach entwickelt er sein Konzept: eine Aufteilung des Reichslandes Elsass-Lothringen, bei der das ganze katholische Elsass an Bayern fallen soll.

28. August 1914 – Paul von Hindenburg wird zum „Retter des Vaterlandes“

Tannenberg - Gilgenburg - Ortelsburg * Paul von Hindenburg weiß, wie man Geschichte schreibt. Denn während die Presse noch zu Beginn von der „Schlacht bei Gilgenburg und Ortelsburg“ schreibt und Kaiser Wilhelm II. Hindenburg den Dank für den „Sieg bei Allenstein“ ausspricht, richtet der Oberbefehlshaber der 8. Armee seinen Blick auf Tannenberg. Dort wütete anno 1410 eine Schlacht zwischen dem Deutschen Orden und der Polnisch-Litauischen Union. Paul von Hindenburgs Version klingt deshalb so: „Bei Tannenberg, das zwischen Gilgenburg und Hohenstein liegt, wurde 1410 das Ordensheer von den Polen und Litauern vernichtet. Jetzt, nach 504 Jahren, kam die Revanche.“ Die geschickte Verknüpfung mit Tannenberg trägt zur Entstehung des Mythos um den siegreichen Feldherrn Hindenburg, dem „Russen-Schreck“, bei. Tannenberg wird zum in Deutschland ersehnten Sieges-Mythos, Hindenburg zum „Retter des Vaterlandes“.

20. Oktober 1914 – Die erste Flandern-Schlacht beginnt bei Ypern

Ypern * Die erste Flandern-Schlacht beginnt bei Ypern.

7. Dezember 1914 – König Ludwig III. fordert Gebietszuwächse für Bayern



München * König Ludwig III. fordert in einem Brief an Kronprinz Rupprecht, „dass Bayern eine wesentliche Gebietsvergrößerung erhält, nämlich Gebiete aus den bisherigen Reichslanden [= Elsass-Lothringen], aus Belgien und aus dem von Frankreich abzutretenden Territorium, je mehr je lieber.“ Belgien muss „in das Deutsche Reich einverleibt werden“, zumindest „als selbstständiger Staat zu bestehen aufhören“. Kein deutscher Bundesfürst erhebt gegen diese Kriegsziele einen Einwand, wohl aber gegen eine einseitige Begünstigung Bayerns.

1915 – Lena Christ's Roman „Rumplhanni“ beschreibt den Kriegsbeginn

München * Lena Christ beschreibt in ihrem im Jahr 1916 erschienenen Roman „Rumplhanni“ den Kriegsbeginn auf dem Lande: „[...] Kein Platz ist mehr zum Sitzen; die Bauern haben den Herrgottswinkel und das Ofeneck ausgefüllt, und an den übrigen Tischen hocken die Jüngerer und die Dienstigen. Man redet vom Krieg. Und der eine meint: „Jano; s'Belgien ham mir scho. s'Frankreich ham mir aa scho glei; Paris kriagn man auf d'Woch und s'Rußland aufn Kirta. Bis Allerheiling ham mir nachher an Engländer umbracht, und z'Weihnachten sauf i mir mein Friedensrausch o.' - ‚Wenn dir der Italiener net 's Krüagl aus der Hand haut, deiweil!‘ meint der Meßmer von Niklasreuth; ‚woaßt, den Schlawiner tat i scheucha!‘ Aber, was!? Den Katzmacha!‘ heißt's da; ‚den Polentafresser! Den Maronibruada möchst ferchten! Was willst denn! Was will denn der macha! Hat Ja grad oa Loch, wo er außi kann, der Italiener!‘ - ‚Und dees is zuapitschiert!‘ meint der Hauser. ‚Dees ham eahm d'Östeiricher a so verpapt, daß er a Jahr braucht, bis er si durchefrißt!‘ Und so wird weiter disputiert und politisiert, bis Jeder voll ist und jeder genug hat [...]“. Und solange die militärischen Erfolge Bestand haben, kann der sogenannte „Burgfrieden“ in der Arbeiterschaft auch weiterhin erhalten bleiben.

1915 – In Bayern wird eine Landespreisstelle eingerichtet

München * In Bayern wird eine Landespreisstelle eingerichtet. Sie legt die Zuteilungen und die Höchstpreisbegrenzungen für rüstungswichtige Rohstoffe und Lebensmittel fest.

5. Februar 1916 – Den Weg zu einer tschechoslowakischen Exilregierung ermöglicht

Paris * Mit Erlaubnis der französischen Regierung wird der Nationalrat der tschechischen Länder durch Exil-Slowaken in Zusammenarbeit mit Exil-Tschechen konstituiert. Damit ist der Weg zu einer Exilregierung frei.



4. Juni 1916 – Die russische Armee beginnt ihre Offensive gegen Deutschland

Galizien * Beginn der Brussilow-Offensive an der Ostfront, in deren Verlauf russische Truppen große Geländegewinne erzielen können.

11. November 1916 – Fürstliches Blut für die Ehre des Vaterlandes

Berlin - München * Kaiser Wilhelm II. Beileidstelegramm zum Tode des wittelsbachischen Prinzen Heinrich zielt ausdrücklich auf das „fürstliche Blut“, das der Prinz „für den Ruhm des bayerischen Königshauses und für die Ehre des deutschen Vaterlandes treulich zum Opfer gebracht“ hat.

31. März 1917 – Bayerische SPD gegen die drohende Parteispaltung

Nürnberg * Auf ihrer Landeskonzferenz in Nürnberg votiert die bayerische SPD gegen die Gründung von Sonderorganisationen, um den drohenden Bruch der Partei zu verhindern. „Wird der Kampf in der bisherigen Weise weitergeführt, so werden sich die Kräfte der Arbeiterschaft aufreiben, die Feinde der Arbeiterklassen werden freie Bahn bekommen und Steuern und Industrieorganisationen, Arbeitergesetzgebungen und politische Einrichtungen ihren Wünschen vollkommen anpassen.“

2. Juni 1917 – In Stockholm tagt der Internationale Sozialistenkongress

Stockholm - Paris * In Stockholm tagt vom 2. bis 19. Juni 1917 der Internationale Sozialistenkongress. Er sucht nach Möglichkeiten für einen Friedensschluss der verfeindeten und kriegsführenden Länder. Der französische Ministerpräsident Alexandre Ribot verweigert den Sozialisten seines Landes die Ausreise nach Stockholm.

26. Juni 1917 – Die erste US-Division landet bei St.-Nazaire in der Nähe von Nantes

Saint Nazaire * Die erste US-Division landet bei St.-Nazaire in der Nähe von Nantes (Bretagne).

28. Juli 1917 – Offene Propaganda gegen die Glaubensbrüder der verfeindeten Nationen



München - Berlin * Der Feldprobst der bayerischen Armee, der Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber, schreibt an Kaiser Wilhelm II., dass „auch die Seelsorge mit dem Schwert des Geistes, das ist mit dem Wort Gottes, das heilige Recht unseres treuen Vaterlandes zu verteidigen und die Seelen zum höchsten Kraftaufgebot zu wecken bemüht war“. Der deutsche Klerus hat sich damit in die Kriegsrhetorik eingefügt und betreibt offen Propaganda gegen die Glaubensbrüder der verfeindeten Nationen. Faulhaber predigt den bayerischen Truppen. Und diese Rhetorik geht so: „Ein Mann nach dem Herzen Gottes handelt nach dem Willen Gottes. Hat man einmal klar erkannt: ‚Das ist Gottes Wille, das ist meine Pflicht, bei dieser Fahne ist mein Platz‘, dann bleibt’s dabei, heute und morgen und übermorgen.“

31. Juli 1917 – Die dritte Flandernschlacht beginnt

Ypern * Die dritte Flandernschlacht, auch dritte Ypernschlacht genannt, beginnt. Sie endet am 6. November 1917 mit enormen Verlusten an Soldaten und Kriegsmaterial, weswegen die Flandernoffensive für die „Brutalität und Sinnlosigkeit des Krieges“ steht.

2. Oktober 1917 – Die Deutsche Vaterlandspartei formiert sich in München

München * Als Ableger der am 2. September in Königsberg gegründeten Deutschen Vaterlandspartei - DVLP formiert sich in München der Landesverein Bayern. Prominenteste Fürsprecher des Landesvereins sind Cosima Wagner und Ludwig Thoma. Die bürgerliche Sammelbewegung tritt mit dem Ziel einer Stärkung des Durchhaltewillens bis zum Siegfrieden an.

6. November 1917 – Die dritte Flandernschlacht endet mit hohen Menschenverlusten

Ypern * Die dritte Flandernschlacht, auch dritte Ypernschlacht genannt, endet trotz der enormen Verluste an Soldaten und Kriegsmaterial ohne nennenswerte Durchbrüche. Die Frontlinie hat sich nur minimal verschoben. Die britische Armee muss mehr als 250.000 Tote beklagen, auf deutscher Seite sterben über 40.000 Soldaten. Die Flandernoffensive steht schon deshalb für die „Brutalität und Sinnlosigkeit des Krieges“.

15. Januar 1918 – In Wien beginnen Rüstungsarbeiter einen Streik

Wien * Der in den Wiener-Neustädter Daimler-Motorenwerken am Tag zuvor begonnene Streik



weitete sich zur politischen Massenstreikbewegung in fast allen Industriegebieten des Habsburger Reichs bis nach Prag und Budapest aus. Bis zum 25. Jänner 1918 werden über 700.000 Arbeiter in den Ausstand treten. Es kommt zur größten Streikaktion in der Geschichte des Landes. Die Streikenden fordern nicht mehr nur eine bessere Lebensmittelversorgung, sondern auch ein demokratisches Wahlrecht, die sofortige Beendigung des Krieges und einen raschen Friedensschluss ohne Annexionen in Brest-Litowsk. In Massenveranstaltungen werden Arbeiterräte - nach dem Vorbild der russischen Revolution - als ein konkretes Gegenmodell politischer Interessenvertretung gewählt. Noch am ersten Tag des Wiener Streiks formuliert der sozialdemokratische Parteivorstand Forderungen an die Regierung, die vom Arbeiterrat akzeptiert werden.

21. Januar 1918 – Aufruf zum Brennesseln sammeln

München * Mit Plakaten wird aufgefordert, Brennesseln zu sammeln. Die Pflanze, so heißt es, kommt der Baumwolle am nächsten, deren Zufuhr aufgrund der Kriegserklärung Amerikas abgeschnitten ist. „Wir Deutschen müssen unseren Stolz dareinsetzen, genügend Nesselfasermengen herbeizuschaffen, denn, genau so wenig uns der Engländer auszuhungern vermochte, darf uns der Amerikaner mit Gespinnstfasern kaltstellen.“

22. Januar 1918 – Erhard Auer warnt vor den unorganisierten Arbeiterinnen

München * In einem Gespräch mit dem Münchner Polizeipräsidenten versichert der Landessekretär der Bayerischen SPD, Erhard Auer, dass „die Unabhängigen in Bayern, besonders in München, nicht viel Boden“ haben. Bei den organisierten Arbeitern besteht somit keine Streikgefahr. Anders ist die Sache „bei den vielfach noch nicht organisierten weiblichen Arbeiterinnen“.

24. Januar 1918 – Der österreichisch-ungarische Präsident für einen Verständigungsfrieden

Wien * Für den österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Ottokar Graf von Czernin und zu Chudenitz ist ein Verständigungsfrieden auf der Grundlage der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson akzeptabel. Er erklärt dies in Hinblick auf die innenpolitische und militärische Lage seines Landes.



28. Januar 1918 – Kurt Eisner kann vor den Krupp-Arbeitern sprechen

München-Schwabing * In der Schwabinger Brauerei findet am Abend eine von der MSPD und der Gewerkschaften einberufene Veranstaltung zum Thema „Die Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden“ statt. Sie wird von etwa 800 Personen besucht. Hauptredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende Franz Schmitt. Der Vortrag endet mit der Warnung, sich - in Hinblick auf die Berliner Streikmaßnahmen - zu keinen unüberlegten Handlungen hinreißen zu lassen, nachdem die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk ins Stocken geraten sind. Die Veranstalter wollen Kurt Eisner nicht zu Wort kommen lassen. Doch nach einer „heftigen Geschäftsordnungsdebatte“ und gegen den erbitterten Willen des Veranstaltungsleiters und Gewerkschaftsfunktionärs Joseph Kurt kann Kurt Eisner das Rederecht erringen und das neue Thema „Die gegenwärtige Krisis und ihre Lösung durch den Massenstreik“ auf die Tagesordnung setzen. Immer wenn Eisner den Streik nur erwähnt, „jubelt alles“. Noch bevor über die Teilnahme der Krupparbeiter am Streik abgestimmt werden kann, gelingt es den Vertretern der MSPD und der Gewerkschaften, die Versammlung wegen Überschreiten der Polizeistunde aufzulösen. In seinem Gefängnistagebuch urteilt Kurt Eisner später über die den Streik ablehnenden Mehrheitssozialdemokraten, indem er sie als eine „Camorra“ bezeichnet, „die vor keinem Mittel zurückschreckt, um sich selbst in ihrer verworfenen Stellung zu behaupten“ und stellt sie als eine „lächerliche Karikatur des preußischen Kasernenstaates“ dar. Konkret wirft er der bayerischen SPD-Parteiführung eine „riesige unpolitische, ohnmächtige, öde, geistlose und verlogene Vereinsmeierei“ vor.

2. Februar 1918 – Die Verhaftung der USPD-Streikführer erfolgte wegen Landesverrat

München * Ein weiterer Versuch durch eine Kommission der streikenden Arbeiter zur Freilassung von Kurt Eisner und den anderen verhafteten USPD-Funktionären ist erneut erfolglos. Die Abordnung erfährt nur, dass die Verhaftungen wegen Landesverrats erfolgt sind.

4. Februar 1918 – Wilhelm Dittmann zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt

Berlin * Das Außerordentliche Kriegsgericht in Berlin verurteilt Wilhelm Dittmann wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft.



21. März 1918 – Die Große deutsche Frühjahrsoffensive beginnt

Bapaume - Nordfrankreich * Mit einem mehrstündigen, für die Gegenseite in seiner Massivität vollkommen unerwarteten „Sturm aus Feuer und Stahl“, wie man ihn bis dahin noch nicht erlebt hat, beginnen die deutschen Truppen die „Operation Michael“. Es ist die erste von fünf Schlachten der deutschen Frühjahrsoffensive, die zugleich der letzte Versuch des Deutschen Kaiserreichs ist, an der Westfront einen für die Mittelmächte günstigen Kriegsausgang zu erreichen. Was die Briten in der Flandernschlacht in zwei Wochen verschossen hatten, verbrauchen die Deutschen in nur wenigen Stunden. Es werden nicht nur Sprenggranaten, sondern auch Giftgas-Granaten verschossen. Schon am ersten Tag des Unternehmens kann die Verteidigung des Gegners durchbrochen werden. In den Folgetagen dringen die deutschen Truppen auf einer Breite von 80 Kilometern etwa 65 Kilometer tief in französisches Territorium ein. Die Entente soll zurückgeschlagen werden, ehe die US-Amerikaner in Europa landen. Dies würde, so die Überlegung Erich von Ludendorffs, das Deutsche Reich in eine gute Ausgangsposition bei den Friedensverhandlungen setzen. Die Offensive wird nur am Anfang erfolgreich sein, aber kein Triumphlauf werden. Die Übermacht der alliierten Streitkräfte, erhebliche Versorgungsprobleme und große Verluste sind Ursachen für den Untergang der deutschen Truppen. Am ersten Tag der „Michael-Offensive“ werden auf deutscher Seite von 39.929 Mann 10.851 getötet, 28.778 verwundet und 300 Mann gefangen genommen. Von den eingesetzten 38.512 Briten fallen 7.512, etwa 10.000 werden verwundet und 21.000 gehen in Gefangenschaft.

1. April 1918 – Sarah Sonja Lerch wird beerdigt

München * Dr. phil. Sarah Sonja Lerch, geborene Rabinowitz, eine der Anführerinnen der Januarstreiks, wird am Ostermontag auf dem Neuen Israelitischen Friedhof an der Garchingener Straße beerdigt. Ein Vertreter der USPD legt einen Kranz am Grab ab und erklärt, dass die Polizei einen Nachruf verboten hat. Josef Sontheimer ergreift daraufhin das Wort, wird aber sofort verhaftet und mit Handschellen gefesselt abgeführt. Frau Lerch war gemeinsam mit Kurt Eisner, Albert Winkler, Hans Unterleitner, Emilie und Babette Landauer und anderen wegen Landesverrats verhaftet worden. Die 35-jährige Sarah Sonja Lerch hat sich am 29. März 1918 im Gefängnis Stadelheim erhängt. Sie wird nicht die letzte Sozialdemokratin sein, die im Freitod die Erlösung aus offenbar nicht zu verändernden Verhältnissen sucht.

2. April 1918 – Der Vorwärts berichtet über den Freitod der Sarah Sonja Lerch



München * Die SPD-Parteizeitung Vorwärts berichtet in ihrer Ausgabe über das Ableben der Sarah Sonja Lerch: „Im Untersuchungsgefängnis Stadelheim erhängte sich nachmittags die beim letzten Streik bekanntgewordene Frau Sara Sonja Lerch, gegen die zusammen mit dem Schriftsteller Kurt Eisner ein Landesverratsverfahren eingeleitet war. - Die Umstände, unter denen die bedauernswerte Frau zu ihrer Verzweiflungstat getrieben wurde, bedürfen der Aufklärung. Soviel wir wissen, handelt es sich im Falle der Frau Lerch, einer geborenen Russin, um eine reine Idealistin, die mit ihrer Streikpropaganda der Sache der Menschheit einen Dienst zu erweisen glaubte. Die Strafe, mit der sie zu rechnen hatte, war nicht so erschreckend, dass sie den freiwilligen Tod ihr vorziehen konnte. Es bleibt also unklar, was diese Frau zu ihrem Selbstmord getrieben hat. [...]“

9. April 1918 – Die zweite Frühjahrsoffensive beginnt nahe Lille

Armentières - Nordfrankreich * Nach dem Festlaufen der „Operation Michael“ Anfang April führt man die ursprünglich „Georg“ genannte Vierte Flandernschlacht in reduziertem Umfang durch. Generalquartiermeister Erich Ludendorff nennt die Vierte Schlacht um Ypern deshalb „Georgette“. Diese Zweite Frühjahrsoffensive beginnt rund 15 Kilometer von Lille entfernt nach dem Muster der „Operation Michael“ mit schlagartigem Artilleriefeuer.

28. April 1918 – Die ausschließliche Vergrößerung Preußens muss vermieden werden

München * In einem Brief an seinen Sohn Kronprinz Rupprecht schreibt König Ludwig III., dass eine „ausschließliche Vergrößerung Preußens als Folge des Krieges vermieden werden“ muss. „Bayern hat auf einen möglichst großen Landzuwachs Anspruch und zwar in der Art, dass Bayern in diesen Landesteilen allein zu gebieten hat.“

29. April 1918 – Ludendorff lässt die Operation Georgette abbrechen

Spa - Nordfrankreich * Generalquartiermeister Erich Ludendorff lässt auch die am 9. April 1918 begonnene „Operation Georgette“, die auch als Vierte Flandernschlacht bezeichnet wird, abbrechen. Die Verluste betragen - einschließlich der Gefangenen - auf deutscher Seite 109.300 Mann, bei den Briten 76.300 und bei den Franzosen 35.000 Mann.



27. Mai 1918 – Die Operation Blücher-Yorck beginnt

Soissons - Nordfrankreich * Gemäß seiner „Hammerschlag-Direktive“ lässt Generalquartiermeister Erich Ludendorff die deutschen Truppen im Raum Soissons als dritte Frühjahrsoffensive als „Operation Blücher-Yorck“ in Kriegshandlungen eintreten. Die Deutschen können schließlich die Marne erreichen, weshalb die Franzosen von der „Zweiten Marneschlacht“ sprechen. Die Deutschen rücken bis auf 92 Kilometer an Paris heran und beschießen die französische Hauptstadt mit dem „Paris-Geschütz“. Das hat zwar keinen militärischen Nutzen, löst aber eine Panik in der Zivilbevölkerung aus. 256 Zivilisten sterben. Die deutschen Geländegewinne sind zwar bedeutungslos, dennoch glauben viele an der Heimatfront, dass der entscheidende Sieg jetzt unmittelbar bevor steht.

8. Juni 1918 – Die Operation Gneisenau beginnt in Nordfrankreich

Nordfrankreich * Als vierte Frühjahrsoffensive lässt Generalquartiermeister Erich Ludendorff die deutschen Truppen als „Operation Gneisenau“ gegen Frankreich kämpfen. Da sich die Franzosen inzwischen auf die deutsche Taktik eingestellt haben, werden die deutschen Geländegewinne immer geringer, die Verluste dagegen immer höher.

21. Juni 1918 – Der Landtag beschließt Bau des Walchensee-Kraftwerkes

München-Kreuzviertel * Der Landtag beschließt die von Oskar von Miller angestrebte landesweite staatliche Stromversorgung und den Bau des Walchenseewerkes.

14. September 1918 – Kaiser Karl möchte einen Frieden unter Erhaltung der Monarchie

Wien * Der österreichisch-ungarische Kaiser Karl bietet den Entente-Mächten nach vier Kriegsjahren und über einer Million Toten Friedensverhandlungen unter Erhaltung der Monarchie an. „Die österreichisch-ungarische Regierung hat beschlossen, allen Kriegführenden, Freund und Feind, einen von ihr für gangbar gehaltenen Weg zu weisen und ihnen vorzuschlagen, im freien Gedankenaustausch gemeinsam zu untersuchen, ob jene Voraussetzungen gegeben sind, welche die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen als aussichtsvoll erscheinen lassen. Zu diesem Behufe hat die k. und k. Regierung die Regierungen aller kriegführenden Staaten zu einer vertraulichen und unverbindlichen Aussprache an einem Orte des neutralen Auslandes eingeladen und an sie eine in diesem Sinne verfaßte Note gerichtet.“



16. September 1918 – Der Alldutsche Verband hetzt gegen Kurt Eisner

München * In einem Flugblatt des Alldutschen Verbandes anlässlich der Nominierung Kurt Eisners für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf heißt es: „Ein russischer Jude als Reichstagskandidat. [...] Eisner wird ja nicht gewählt werden, aber dass eine Partei es überhaupt wagen darf, einen russischen Juden, der wegen Landesverrat verurteilt wurde [was nicht stimmt], aufzustellen, müsste dem Arbeiter die Schamröte ins Gesicht jagen!“

22. September 1918 – Flugblätter zur Steigerung des Preußenhasses

München • Innenminister Dr. Friedrich Ritter von Brettreich berichtet über Flugblätter, die die Überschrift „Preußenherzen hoch“ tragen. Es ist davon auszugehen, dass es sich hierbei um „überaus gefährliche Fälschungen“ handelt, die äußerst geschickt den in Bayern neu auflebenden Preußenhass in neue Höhen steigern und so die Geschlossenheit des deutschen Volkes sprengen soll. Hier einige Auszüge aus dem Flugblatt, das nur in Altbayern mit der Post verbreitet wird. Der Poststempel stammt aus Berlin: „In tieferster Stunde wenden wir uns an alle echten Preußen mit dem dringenden Mahnruf: Helft Preußen, helft Deutschland retten! [...] Vielmehr von innen als von außen droht unserem vielgeliebten Preußenlande toternte Gefahr. [...] Ein Süddeutscher Reichskanzler, ein Süddeutscher Vizekanzler, ein Süddeutscher Reichspräsident [...], alle wichtigen Ämter in der Hand von Bayern! Ist es da ein Wunder, wenn die Politik auf eine völlige Lahmlegung Preußens, der Kaiserkrone und der Heeresleitung gerichtet ist, und [...] Preußen und Deutschland an den Abgrund geführt hat? [...] Aus bayerisch-partikularistischem Hasse will man Preußens Macht zerstören um selbst in Preußen zu herrschen. [...] Auch die Heeresfront ist durch Bayern zerrissen worden. Die Disziplinlosigkeit im bayerischen Heere hat seit einem Jahr den größten Umfang angenommen. [...] Durch diese Handlungen haben preußische und andere Regimenter die größten Verluste erlitten. [...] Jetzt, wo das Vaterland wieder in der größten Gefahr schwebt, sind es wieder die Bayern, die versagen und die Gefahr vergrößern. [...]“

24. September 1918 – Das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung

Berlin * Im Vorwärts wird das Minimalprogramm der MSPD für eine Regierungsbeteiligung veröffentlicht. Die Mehrheitssozialdemokraten verlangen: Den Beitritt Deutschlands zu einem Völkerbund, der Streitfälle friedlich regelt. Ein klares Eingehen auf das 14-Punkte-Programm des US-Präsidenten. Die Aufhebung der Diktatfrieden mit Rumänien und Russland und den Abzug der dort eingesetzten deutschen Besatzungstruppen. Belgien, Montenegro und Serbien



sollen geräumt werden. Freie, allgemeine und gleiche Wahlen in den Ländern des Deutschen Reichs, was vor allem Preußen mit seinem Dreiklassen-Wahlrecht meint. Keine Nebenregierungen, womit die Oberste Heeresleitung - OHL gemeint ist. Die Berufung der Regierungsmitglieder aus der Reichstagsmehrheit, also MSPD, Linksliberale und Zentrum. Versammlungs- und Pressefreiheit, und damit die Beendigung des Belagerungszustandes. Die Beseitigung aller militärischen Institutionen, die der politischen Beeinflussung dienen. Die bürgerlichen Parteien sind die Bündnispartner der Mehrheitssozialdemokraten, nicht die USPD.

30. September 1918 – Kaiser Wilhelm II. entlässt Reichskanzler Georg Graf von Hertling

Spa * Da der amtierende Reichskanzler der vom Kaiser angekündigten Parlamentarisierung nun im Weg steht, bleibt Georg Graf von Hertling nur noch der Rücktritt, den er umgehend einreicht. Im Entlassungsschreiben macht Kaiser Wilhelm II. deutlich: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes mitarbeitet. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfange teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“

1. Oktober 1918 – Durchhalteparolen in der Zentrums Presse

Nürnberg * Die zur Zentrums Presse gehörende Nürnberger Volkszeitung, gibt realitätsblinde Durchhalteparolen aus: „Fürwahr: wir können uns die Größe der Gefahr, in welcher wir schweben, wenn wir in unserer Kampfkraft nachlassen, gar nicht kraß genug vorstellen, um daraus den felsenfesten, entschlossenen Willen zu schöpfen, jede Faser unseres Willens und Herzens anzuspannen, damit wir uns kräftigen in dem Entschlusse, lieber unser Letztes herzugeben, als zu so schimpflichem Dasein verurteilt zu sein. [...] Unsere Feinde wollen uns vernichten, sie würden auch einen noch so weitgehenden Frieden, den wir zu genießen bereit wären, abweisen, weil sie uns ‚ausrotten‘ und unser Land zu einer Wüstenei machen wollen. Kann es da ein deutsches Herz geben, welches dem Vaterlande in dieser großen Not und Bedrängnis nicht zur Seite stehen wollte? Jetzt ist die Stunde, in der wir die nationale Verteidigung organisieren müssen! Jetzt gibt es kein Besinnen mehr, der letzte entscheidende Gang hat begonnen!“

12. Oktober 1918 – Erhard Auer zum SPD-Landesvorsitzenden gewählt



München-Au * Der Landesparteitag der MSPD beginnt im Franziskaner-Keller an der Hochstraße. Er dauert bis zum 13. Oktober. Der Parteitag wählt Erhard Auer als Nachfolger für Georg von Vollmar zum Landesvorsitzenden. Auer interpretiert die innenpolitischen Vorgänge der vorangegangenen Tage, die Bildung einer Reichsregierung unter Beteiligung der MSPD, wie folgt: „Wir erleben die größte Revolution, die es je gegeben hat. Nur die Form ist heute eine andere, deswegen eine andere, weil durch die Disziplinierung der Arbeiterschaft – und das ist das Verdienst der Arbeiterbewegung – andere Formen möglich sind, weil es möglich ist, auf legalem Wege zu erreichen, wofür wir seit Jahrhunderten stritten.“

12. Oktober 1918 – USPD-Kritik an der Regierung mit MSPD-Beteiligung

Berlin * Ein Erlass legt die Amnestie der politischen Gefangenen in die Hand der einzelnen Landesfürsten. Diese Entscheidung stößt bei der USPD und in Teilen der MSPD auf starke Kritik. Auch an den geltenden Zensurbestimmungen ändert sich zunächst ebenfalls wenig. Als der USPD-Parteivorsitzende Hugo Haase daraufhin in einer öffentlichen Veranstaltung erklärt, dass noch immer „der alte reaktionäre Wind“ weht, wird die Versammlung aufgelöst. Auf die Vorwürfe, dass von einer Neuorientierung in der Innenpolitik noch nichts spürbar sei, reagierte die Regierung nicht.

13. Oktober 1918 – Weitreichende Forderungen der bayerischen SPD

München-Au * Auf dem Münchner Parteitag der SPD im Franziskaner-Keller an der Hochstraße forderte der Chefredakteur der Fränkischen Tagespost, Adolf Braun, die Abdankung des Kaisers. Unterstützung erhält er von dem Nürnberger SPD-Landtagsabgeordneten Ernst Schnepfenhorst, der gleichzeitig auch den Rücktritt des bayerischen Königs Ludwig III. fordert. Erhard Auer versucht dagegen seine Parteigenossen zu beschwichtigen und plädiert zum Abwarten, bis die Zeit reif ist für einen Regierungswechsel auf legalem Weg. Abschließend beschließt der Parteitag die Abschaffung der Monarchie, die Einführung des Acht-Stunden-Tages, das Wahlrecht für beiderlei Geschlecht und die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Der SPD-Landesparteitag fordert aber auch die Überführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener Selbstbestimmung und Selbstverantwortung des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde.

15. Oktober 1918 – Wilhelm Dittmann wird aus der Festungshaft entlassen



Berlin * Wilhelm Dittmann, Gründungsmitglied der Unabhängigen Sozialdemokraten - USPD und Aktivist beim Berliner Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, wird aus der Festungshaft entlassen. Wilhelm Dittmann war am 4. Februar 1918 vom Außerordentlichen Kriegsgericht wegen des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden.

22. Oktober 1918 – Vermehrte Befehlsverweigerungen - Die Soldaten wollen heim

Österreich-Ungarn * Es kommt verstärkt zu Befehlsverweigerungen ungarischer und kroatischer Einheiten, zu denen sich bald Tschechen und Bosniaken gesellen. Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn befindet sich in Auflösung. Weder die Regierung in Wien noch die in Budapest verfügt noch über Autorität in den Landesteilen, deren Bevölkerung einen eigenen Staat gründen will. Das führt dazu, dass viele Soldaten dieser Nationalitäten keinen Sinn im weiteren Kampf sehen und so rasch wie möglich nach Hause zurückkehren wollen.

29. Oktober 1918 – Es kommt zu Meutereien, die in einem Aufstand gipfeln

Berlin - Kiel - Wilhelmshaven * Die deutsche Admiralität befiehlt in einem „Himmelfahrtskommando“ das Auslaufen der Flotte gegen die Royal Navy. Obwohl es in Marinekreisen heißt, dass man die Landtruppen in Flandern entlasten will, ist der Befehl nicht mit der Obersten Heeresleitung - OHL abgestimmt. Unter den Mannschaften der betroffenen Geschwader in Kiel und Wilhelmshaven verbreitet sich das Gerücht, wonach die Marineleitung einen heroischen Untergang plant. Der Kommandant der „Thüringen“ wird mit folgender Aussage zitiert: „Wir verfeuern unsere letzten 2.000 Schuss und wollen mit wehenden Fahnen untergehen.“ Daraufhin verweigern Einheiten der deutschen Hochseeflotte in Wilhelms-haven den Befehl. Es kommt zu Meutereien, die schließlich in einem Aufstand gipfeln.

31. Oktober 1918 – Keiner will dem Kaiser die Abdankungs-Nachricht überbringen

Berlin * Statt endlich den Pflichten seines Amtes als Reichskanzler nachzukommen und den Kaiser über den Ernst der Lage genau und umfassend zu informieren, versucht Prinz Max von Baden diese Aufgabe zu delegieren. Er selbst will es dem Kaiser keinesfalls sagen, da er sich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht dazu berufen fühlt. Viel lieber möchte der Reichskanzler dazu Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gemeinsam mit Hugo Graf von Lerchenfeld, der mit einem Mandat des bayerischen Königs Ludwig III. ausgestattet werden soll, in das OHL-Hauptquartier nach Spa zu Kaiser Wilhelm II. schicken. Doch sowohl der



Großherzog als auch der bayerische Gesandte am Kaiserhof erteilen dem Reichskanzler eine Abfuhr. Bei Großherzog Ernst Ludwig sind es nicht überlieferte persönliche Gründe. Graf Lerchenfeld wird dagegen vom Ministerpräsident Otto von Dandl zurückgepfiffen, weil „Rücksichten auf monarchische Empfindungen“ gegen diese Aktion sprechen und es im Falle einer Ablehnung des königlichen Rates zu „bedenklichen Folgen“ für die künftigen Beziehungen der beiden Länder kommen könnte. Im Übrigen ist aus bayerischer Sicht allein der Reichskanzler zu dieser Aufgabe berufen und sogar verpflichtet, „die Initiative zu ergreifen“. Reichskanzler Max von Baden nimmt daraufhin den preußischen Innenminister Bill Drews in die Pflicht als Beamter und schickt ihn als Vorbote nach Spa. Auch Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Friedrich Karl von Hessen-Kassel lassen den Reichskanzler im Regen stehen, sodass das ganze Unternehmen kläglich scheitern wird.

November 1918 – Arco beginnt ein Jurastudium und lehnt die Revolution ab

München-Maxvorstadt * Anton Graf von Arco auf Valley schreibt sich an der Ludwig-Maximilians-Universität für Rechtswissenschaften ein. Die Kriegsniederlage und den Sturz der Monarchie empfindet der überzeugte Anhänger des Hauses Wittelsbach als tiefen Bruch mit seiner bisherigen politischen Ordnung. Die Novemberrevolution betrachtet er als Landesverrat. Seine Feindschaft richtet sich gegen den sozialistischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und den neuen republikanischen Staat.

2. November 1918 – Der Auftakt der Revolution

München * Auf einer vom Liberalen Verein Frei München veranstalteten Volksversammlung ruft Kurt Eisner: „Es kommt nicht zur Reichstagswahl, vor dem 17. November kommt die Revolution.“ Der „struppige Prophet“ wird zwar wegen seines Aussehens belächelt, trotzdem gilt diese Versammlung als der Auftakt der Revolution. Kurt Eisner hat bereits vor seiner Haftentlassung die Strategie der Obersten Heeresleitung - OHL durchschaut, die mit der vorgeschobenen Parlamentarisierung lediglich die Verantwortung für den Ausgang des Krieges und den ungünstigen Friedensschluss auf das Parlament abwälzen wollte. Aus Eisners Sicht sollte nicht nur das verhasste System restlos verschwinden, sondern gleichzeitig mit ihm auch seine Repräsentanten. Gemeint sind jene, die für das vier Jahre dauernde sinnlose Morden die Verantwortung trugen. Schließlich befand sich die Mehrheit der führenden Militärs und Spitzenbeamten in Reich und Länder ebenso in Amt und Würden wie der deutsche Kaiser und die Landesfürsten. Sie aber waren die Symbole einer expansiven Außen- und einer undemokratischen Innenpolitik.



5. November 1918 – Dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen folgen

Hamburg * Der eben aus der Haft entlassene und wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik und des versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilte Wilhelm Dittmann fordert vor einer großen Menschenmenge in Hamburg, dem Vorbild der revolutionären Kieler Matrosen zu folgen. Er verkündet: „Wir stehen vor entscheidenden Wendungen. Der Krieg hat zur Reife gebracht, was sonst noch Jahrzehnte erfordert hätte. Das Alte stürzt, und das Proletariat sieht sich über Nacht vor die Aufgabe gestellt, die politische Macht zu ergreifen. Alle Kleingeisterei und Angst vor der eigenen Unreife gilt es abzulegen.“

7. November 1918 – Der König flüchtet mit seiner Familie nach Schloss Wildenwart

München-Graggenau - Schloss Wildenwart * Als Fluchtziel der königlichen Familie ist zuerst Gut Leutstetten ins Auge gefasst worden, doch dann hält man Schloss Wildenwart für besser geeignet. Da aber eine Fahrt mit der Königlichen Eisenbahn nicht mehr möglich ist, entscheiden sich die hohen Herrschaften für die Automobile. Die Kraftwagen sind aber schon lange nicht mehr bewegt worden, weil sich der König geweigert hatte, in Kriegszeiten mit dem Auto durch die Stadt zu fahren. Nun sind mit Eisen versehene Räder aufgezo-gen, die noch aus der Zeit stammen, als Ludwig III. die Truppen im Feld besuchte. Und jetzt ist auch noch der scheinbar mit den Aufständischen sympathisierende Oberchauffeur verschwunden, weshalb die Suche nach den eh schon geringen Benzin- und Karbidvorräten weitere Zeit wegfrisst. Erst ein ehemaliger Hofbediensteter kann Benzin in ausreichendem Umfang besorgen. Er erklärt sich zudem bereit, das königliche Paar zu chauffieren. Als dann gegen 21:30 Uhr endlich drei fahrbereite Automobile zur Verfügung stehen, kann die Reise losgehen. Die aufgemalten Kronen werden mit Wagenschmiere übertüncht. Doch kaum ist man zur Abfahrt bereit, ist die Reise für das Königspaar schon wieder zu Ende. Man hat nämlich vergessen, die Reifen aufzupumpen. Also muss man das große Auto gegen ein kleineres eintauschen, in das aber die Notsitze nicht eingefügt werden können. Die Fahrt wird deshalb für die königlichen Insassen ziemlich ungemütlich. Die Flucht der königlichen Familie entwickelt sich zur „Magical Mystery Tour“. Denn erst verfährt sich der Chauffeur mit dem Königspaar, dann kommt das Auto mit den Prinzessinnen von der Straße ab und landet auf einer sumpfigen Wiese.

8. November 1918 – Erhard Auer: Die SPD hat den Umsturz nicht vorbereitet!

München * Der SPD-Führer Erhard Auer macht noch einmal deutlich, dass die Sozialdemokraten den Umsturz nicht vorbereitet haben. In seiner Erklärung sagt er: „Unter dem Druck der



fürchterlichen Drangsale des deutschen Vaterlandes hat sich die gestrige Kundgebung ohne unser Zutun zu einem Willensakte gesteigert, mit dem alle Teile der Bevölkerung rechnen müssen.“

9. November 1918 – Der Kaiser ist über den Verrat empört

Spa * Als Kaiser Wilhelm II. im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung von den Vorgängen in Berlin erfährt, ist er empört über den „Verrat“ des Prinzen Max von Baden. Auf den dringenden Rat des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg sucht der Kaiser um politisches Asyl in den Niederlanden nach.

10. November 1918 – Hindenburg will den terroristischen Bolschewismus verhindern

Berlin * Der Chef der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, erklärt, er bleibt auf seinem Posten bleiben, bis sich alles geklärt hätte. Er fordert alle Offiziere und die Mannschaften auf, angesichts des drohenden Bolschewismus „unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr“. Er selbst und die Oberste Heeresleitung - OHL wollen „mit dem Reichskanzler zusammengehen“, um „die Ausweitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern“.

10. November 1918 – Die Suche nach dem geflüchteten König

München - Schloss Wildenwart * Ex-Ministerpräsident Otto von Dandl verlässt gemeinsam mit dem Ex-Staatsrat für militärische Angelegenheiten, Maximilian von Speidel, und einer vierköpfigen Eskorte der Revolutionsregierung die Landeshauptstadt. Sie sollen mit dem abgesetzten König Ludwig III. über die Lösung des Beamten- und Offiziersdienstes verhandeln. In der vorbereiteten Erklärung, die der König unterschreiben soll, heißt es: „Die neuen Zeiten veranlassen mich, für meine Person und alle Familienmitglieder des Hauses Wittelsbach dem Throne und allen dynastischen Ansprüchen zu entsagen. Ich verpflichte mich, in meinem und meiner Familie Namen, nichts zu unternehmen, was die friedliche und gedeihliche Entwicklung des jungen Volksstaates stören könnte.“ Die Delegation trifft den Ex-König aber nicht mehr an, da er Schloss Wildenwart bereits in Richtung Anif bei Salzburg verlassen hat.



10. November 1918 – Kein Eid vor der Entbindung vom Treueid auf den König

München * Der Vorstand des Bayerischen Beamten- und Lehrerverbandes beschäftigt sich mit der Frage der Vereidigung. Ohne zu übersehen, welche Folgen eine Verweigerung der Eidesleistung nach sich ziehen würde, beschließt man einstimmig, „vor einer Entbindung vom Treueid durch den König keinen Eid zu leisten“. Gleichwohl gibt man der Bereitschaft zum Wohle des Vaterlandes zu arbeiten Ausdruck.

11. November 1918 – Kurt Eisner startet eine unabhängige bayerische Außenpolitik

München - Bern * Nach der Bekanntgabe der harten Waffenstillstandsbedingungen startet Ministerpräsident Kurt Eisner in der Nacht zum 11. November eine eigenständige, vom Reich völlig unabhängige bayerische Außenpolitik. Über den Schweizer Bundesrat in Bern schickt er einen Appell der neuen bayerischen Regierung an die Regierungen der Siegermächte. Er ist zugleich ein Aufruf an die Proletarier aller Länder: „Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Erhebung alles und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. [...] In diesem Augenblicke stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. [...] Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist.“

12. November 1918 – Auflösung des Zentrums und Gründung der Bayerischen Volkspartei

Regensburg - Freistaat Bayern * Die Mitglieder des Zentrums lösen ihre Partei auf. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt gekommen, in dem man guten Gewissens alte Positionen aufgeben kann. Georg Heim und Sebastian Schlittenbauer, Politiker des konservativen und katholischen Lagers, gründen in Regensburg die Bayerische Volkspartei - BVP und erklären: „Fürs erste weht über Deutschland und Bayern die rote Fahne, das musste wohl so kommen und so Gott will, wird es unserem engeren und weiteren Vaterlande am Ende doch zum Guten reichen.“



12. November 1918 – Fürst Leopold IV. zur Lippe dankt ab

Detmold * Fürst Leopold IV. zur Lippe will „die Frage der zukünftigen Staatsform [...] Entschließung des neuen, auf freier Grundlage gewählten Landtages überlassen“, weil er sich „nicht einseitig für befugt“ hält, „abzudanken, dies vielmehr eine Landesangelegenheit sei“. Er verzichtet auf den Thron, nachdem ihm der Volks- und Soldatenrat ein Ultimatum setzen.

14. November 1918 – Die Bayerische Mittelpartei wird in Nürnberg gegründet

Nürnberg * In Nürnberg wird die Bayerische Mittelpartei - BMP gegründet. Die Anhängerschaft der Partei rekrutiert sich aus protestantischen Kreisen des Bildungsbürgertums und der Beamtenschaft sowie des protestantischen fränkischen Mittelstands, des Kleinbauerntums und der Deutschnationalen. Sie lehnt - wie die Deutschnationale Volkspartei - DNVP, die sie sich im März 1920 als bayerischer Landesverband anschließen wird, - die Staatsform der Republik ab.

15. November 1918 – Thomas Mann empört sich über seinen Bruder Heinrich

München-Bogenhausen * Thomas Mann notiert in sein Tagebuch das Missfallen über seinen Bruder Heinrich, der kurz zuvor zum Vorsitzenden des Politischen Rates geistiger Arbeit gewählt worden war: „Heut im Morgenblatt Kundgebungen zweier verschiedener ‚Räte der geistigen Arbeiter‘, die eine, sehr vorläufig und allgemein gehalten, von einer Gruppe um Brentano, die andere, empörend hochnäsiger, fanatisch-politisch und ketzerrichterisch, von einer Gruppe um Heinrich und - [dem Münchner Journalisten] Friedenthal. Die Publikation regte mich sehr auf [...]. Würdelosigkeit und selbstverräterisches Elend im ganzen Lande.“

20. November 1918 – Gründungsversammlung der bayerischen Rechtsanwälte

München * Die Gründungsversammlung des Landesverbandes der bayerischen Rechtsanwälte findet in München statt.

22. November 1918 – Die Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte unterzeichnet

München * Der Minister für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, und Fritz Sauber vom provisorischen Landessoldatenrat unterzeichnen die Vorläufige Verordnung für die



Soldatenräte. Sie beinhaltet die Gehorsamspflicht der Soldatenräte und die ausschließliche Befehlsgewalt der militärischen Führer während des militärischen Dienstes. Die Soldatenräte sind zu „Eingriffen in nichtmilitärische Gebiete, z.B. in die Zivilverwaltung [...] nicht befugt“.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigem Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

28. November 1918 – Ministerpräsident Eisner will das alte System abschaffen

München * Gegenüber den Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten äußerte sich Kurt Eisner so: „Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner großen Überraschung, dass in Berlin die Konter-Revolution nicht droht, sondern dass sie ruhig regiert. Die Konter-Revolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob nichts geschehen wäre. [...] Wir können nicht mit dem alten System weiterarbeiten. [...] Was im Auswärtigen Amt sitzt, ob es nun alldeutsch ist, oder ob es [...] für den Verständigungsfrieden gewirkt hat, das ist ganz gleich, diese Herren sind Vertreter des alten Systems und in ihren Händen ist noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, der Presse des In- und Auslandes. Der funktioniert noch genauso wie während des Krieges.“

Dezember 1918 – Anton Graf von Arco auf Valley tritt der Bürgerwehr bei



München * Anton Graf von Arco auf Valley schließt sich der von Rudolf Buttmann gegründeten Bürgerwehr an, die zunächst auch von den Ministern Erhard Auer und Johannes Timm unterstützt wird. Arco will damit gegen die revolutionäre Bewegung vorgehen. Der überzeugte Monarchist betrachtet den Sturz des Hauses Wittelsbach als Landesverrat. Seine Feindschaft gegen Ministerpräsident Kurt Eisner verbindet sich mit Antisemitismus und der Ablehnung des Sozialismus. Am 21. Februar 1919 ermordet er Eisner auf dessen Weg zum Landtag. Als mögliches zusätzliches Tatmotiv gilt der Wunsch Arcos, trotz seiner jüdischen Familienherkunft Anerkennung in völkisch-antisemitischen Kreisen zu gewinnen. Nach dieser Deutung soll der Mord an Eisner seine Zugehörigkeit zu diesen Kreisen demonstrieren. Ob dieses Motiv für seinen Tatentschluss ausschlaggebend ist, bleibt jedoch ungesichert.

4. Dezember 1918 – Landtagswahlen ohne Beteiligung der Frauen vorgeschlagen

München * Innenminister Erhard Auer schlägt auf der Ministerratssitzung vor, die Wahlen zum Landtag und zur verfassungsgebenden Nationalversammlung möglichst bald und deshalb ohne Frauen durchzuführen, da die Erstellung der Wählerlisten bei einer Einbeziehung der Frauen doppelt so lange dauern würde. Zum Glück für die Frauen kann sich der bayerische SPD-Landesvorsitzende mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen.

9. Dezember 1918 – Gustav Landauers positive Bilanz zu den Räteorganisationen

München * Gustav Landauer zieht eine positive Bilanz zur Tätigkeit der Räteorganisationen: „Da handelt es sich vor allen Dingen um die Umstellung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Zum Beispiel hat der Zentralarbeiterrat wesentlich dabei mitgewirkt, [...] dass die Alliiertenwerkstätten sofort in Friedenswerkstätten, in Werkstätten zur Herstellung von Waggons und Lokomotivteilen umgewandelt werden. Es ist eine sofortige Einstellung der Rüstungsbetriebe durchgesetzt worden. Wir haben aber dafür gesorgt und daran mitgearbeitet, dass eine vierwöchige Kündigungsfrist mit voller Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung eingehalten werden musste. Wir haben [...] mitgearbeitet an der Versorgung Bayerns mit Kohle, an der Verstaatlichung des Lastkraftwagenverkehrs, [...] dass Wagen, Pferde, Vieh, Gerät aller Art bei uns im Lande bleibt und vor allen Dingen von unseren Produzenten und von unseren Bauern verwertet wird, an der Durchführung der 44-Stunden-Woche mit freiem Samstagnachmittag.“

12. Dezember 1918 – Räte als Schule der Demokratie



München-Ludwigsvorstadt * In einer Wahlkampfrede im Mathäserbräu bringt Kurt Eisner seine inzwischen in allen Passagen durchdachte Einstellung zu den Räten zum Ausdruck: „Die Räte sollen die Schulen der Demokratie werden, daraus dann sollen die Persönlichkeiten emporsteigen zu politischer und wirtschaftlicher Arbeit. Das ist der tiefste Sinn des Sozialismus: Selbstständigkeit der Gesamtheit. Die ‚Vertreter‘ der ‚Masse‘ - sie mögen noch so tüchtig sein, noch so nützliche Arbeit leisten, aber das sind schon die Leute, die emporgekommen sind. In den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, in der Stadt und auf dem Lande, da kann jeder lernen, politisch und wirtschaftlich tätig zu sein. Darum, Parteigenossen, stehe und falle ich mit diesem Gedanken, dass die demokratische Organisation der Massen selbst künftig die Grundlage aller Entwicklung sein muss. Dort wirkt Idealismus, dort ist freie öffentliche Tätigkeit möglich. Dort gibt es keine Führer und keine Angeführten, sondern dort lebt die Masse selbst.“

19. Dezember 1918 – Den Anspruch auf den Besitz der Staatsgewalt bestätigt

München * Das Bayerische Oberste Landesgericht bestätigt der provisorischen Regierung den Anspruch auf den Besitz der Staatsgewalt. In der Begründung zu einem Urteil über die Rechtsgültigkeit einer Verordnung heißt es: „Die gesetzgebende Gewalt ist ein Ausfluss der Staatsgewalt. Sie steht dem zu, der die Staatsgewalt tatsächlich innehat, also zurzeit der Regierung des Volksstaates Bayern. Die Anordnungen der Regierung haben deshalb verbindliche Kraft.“

29. Dezember 1918 – Der Landessoldatenrat lehnt die Bürgerwehr ab

München * Der Landessoldatenrat lehnt die Bildung einer Bürgerwehr ab. Kurt Eisners Sekretär, Felix Fechenbach, kündigt als Gegenmaßnahme die Gründung einer Roten Garde an.

12. Januar 1919 – Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahl von 1919

Freistaat Bayern ohne Pfalz * Im Freistaat Bayern findet in sieben der acht Regierungsbezirke die erste demokratische Wahl zum Bayerischen Landtag statt. Lediglich in der Pfalz kann erst drei Wochen später, am 2. Februar, gewählt werden, weil die Wahlvorbereitungen von der französischen Besatzungsmacht behindert worden sind. Das ist der Hauptgrund, weshalb der Termin für die konstituierende Sitzung im Bayerischen Landtag erst knapp sechs Wochen nach der Wahl im Kerngebiet festgesetzt wird. Bei den ersten freien, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlen in Bayern sind erstmals auch Frauen wahlberechtigt. Frauen machen 54



Prozent der Wahlberechtigten aus. Anita Augspurg kandidiert auf der Liste der USPD, ohne der Partei anzugehören. Bei den Landtagswahlen in Bayern erhält die Bayerische Volkspartei - BVP 66 Sitze, die SPD 61 Mandate, die Deutsche Demokratische Partei - DDP 25 Abgeordnetenplätze, der Bayerische Bauernbund - BBB 16 Mandate, die rechtsliberale Mittelpartei erringt 9 Abgeordnetensitze. Die USPD erreicht in den 12 Münchner Landtagswahlkreisen immerhin noch 5 Prozent der abgegebenen Stimmen. Landesweit sind es lediglich 2,5 Prozent. Damit sind sie mit 3 Mandaten im ersten Landtag des Freistaats Bayern vertreten. Bei der Wahl zur bayerischen Nationalversammlung haben dreizehn Parteien Kandidatenlisten aufgestellt. Die KPD hat sich nicht an den Wahlen beteiligt.

16. Januar 1919 – USA ratifizieren die Prohibition

USA * Die USA ratifizieren die gesetzlichen Grundlagen für die Prohibition. Ein Jahr später tritt das landesweite Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Transports alkoholischer Getränke in Kraft. Vor allem religiöse Gruppen und die Temperenzbewegung setzen sich für das Alkoholverbot ein. Sie betrachten Alkohol als Ursache zahlreicher gesellschaftlicher Probleme wie Armut, Gewalt und Kriminalität. Die Temperenzbewegung ist damit die treibende Kraft hinter der Einführung der Prohibition in den USA.

31. Januar 1919 – Nuntius Pacelli kehrt wieder nach München zurück

Rorschach - München * Nuntius Eugenio Pacelli kehrt von Rorschach wieder nach München zurück, nachdem er auf Anraten von Erzbischof Michael von Faulhaber am 22. November 1918 die bayerische Landeshauptstadt wegen der revolutionären Vorgänge verlassen hatte.

4. Februar 1919 – Kurt Eisner spricht auf der Sozialisten-Konferenz in Bern

Bern * Ministerpräsident Kurt Eisner rechnet auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Bern mit den Sozialdemokraten ab, nachdem der Vertreter der MSPD, Otto Wels, eine wehleidige Rede hält, in der er die Haltung seiner Partei vor und während des Krieges den Vertretern des sozialistischen Europas darlegen will. Im Gegensatz zu Welsch bekennt sich Kurt Eisner ausdrücklich zur deutschen Schuld. Er erhält dafür am Kongress einen rauschenden Beifall, wird dafür aber in Deutschland bitter kritisiert. Annette Kolb, die als Journalistin in Bern dabei ist, vermerkt: „Was nun verlautete, war ein Plädoyer für Deutschland, wie es niemals



ergreifender formuliert wurde. Seine kalte Stimme beibehaltend, enthüllte er die ganze Tragik des unglücklichen Landes. ‚Die Stimme derer, welche im Kampf um die Ideen einer besseren Welt namenlos in den Kerkern verblieben‘, rief er schneidend den fremden Delegierten zu, ‚drängen nicht bis zu euch! Stumm verbluteten sie‘. Und im Namen jener neuen und besseren Welt verlangte er die Freigabe der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Man hielt den Atem an. Denn vor uns stand ein Entronnener aus eben jener Schar stummer Blutzügender für die Idee der Gewaltlosigkeit, der Wahrheit und der Menschenliebe. Dies war ihr Los wie vor 2.000 Jahren. In Eisner hatte der Kongress wohl seine eindrucklichste Figur“.

12. Februar 1919 – Albert Roßhaupter ruft zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf

München * Albert Roßhaupter, der Minister für militärische Angelegenheiten, ruft die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf. Dieser soll „die Gefahr des drohenden Krieges im Lande, den der Bolschewismus entfesseln kann“, eindämmen.

12. Februar 1919 – Anton Graf von Arco auf Valley meldet sich zur Volkswehr

München * Nach dem Aufruf des Ministers für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, vom 12. Februar meldet sich Anton Graf von Arco auf Valley zur Volkswehr. Der Minister fordert wehrfähige Männer auf, dem „Volksheimatschutz“ beizutreten. Die Organisation soll nach dem Wortlaut des Aufrufs „die Gefahr des drohenden Krieges im Lande, den der Bolschewismus entfesseln kann“, eindämmen. Arco sieht in der Volkswehr seine letzte Hoffnung, den neu gewählten Landtag zu schützen und Ruhe und Ordnung zu sichern. Nach seiner späteren Aussage verkörpert das Parlament für ihn das bayerische Volk.

18. Februar 1919 – Die Münchener Post fordert den Rücktritt Kurt Eisners

München * Die SPD-nahe Münchener Post fordert im Zusammenhang mit der Landeskongferenz der Mehrheitssozialisten - SPD den Rücktritt Kurt Eisners. Begründung: „Seine sich auf das Räte-system stützende Politik muss zu den schwersten Konflikten mit dem bayerischen Volke führen.“

18. Februar 1919 – Kritik am Vollzugausschuss, Landessoldatenrat sowie an Kurt Eisner



München * In einer Erklärung des 1., 2. und 3. Fußartillerie-Regiments stellen sich diese gegen den Vollzugsausschuss und den Landessoldatenrat sowie gegen Kurt Eisner. Dafür unterstützen sie den Minister für militärische Fragen, Albert Roßhaupter.

19. Februar 1919 – Gegen 16 Uhr beginnt der sogenannte Lotter-Putsch

München * Gegen 16 Uhr beginnt in München der sogenannte Lotter-Putsch, an dem sich rund 600 bewaffnete, überwiegend bayerische Soldaten beteiligen, die am 15. Februar aus Wilhelmshaven kommend hier eingetroffen sind. Die Putschisten unter Führung des Obermatrosen Conrad Lotter schlagen gleichzeitig an drei Stellen zu: Sie besetzen das Telegraphenamt am Hauptbahnhof, verhaften zur gleichen Zeit den Stadtkommandanten Oskar Dürr und den Polizeipräsidenten Josef Staimer in ihren Dienststellen und wollen in das vom Rätekongress besetzte Landtagsgebäude in der Prannerstraße eindringen. Außerdem wollen sie Kurt Eisner festnehmen und in die Tschechoslowakei abschieben. Während die putschenden Matrosen die beiden ersten Aktionen erfolgreich durchführen können, werden sie im Landtag von der Landtagswache mit Maschinengewehrfeuer vertrieben. Die Festnahme von Kurt Eisner verhindert der Landessoldatenrat Richard Scheid. Die Münchner Bevölkerung hält die Putschisten fälschlich für preußische Spartakisten. Es kommt am Bahnhofplatz zu einer kurzen Schießerei, bei dem der Straßenbahnfahrer Franz Stangl durch einen Kopfschuss ums Leben kommt. Gegen 17:30 Uhr ziehen sich die putschenden Matrosen zurück. Conrad Lotter wird verhaftet.

20. Februar 1919 – Arco kündigt den Mord an Kurt Eisner an

München-Lehel * Am Tag vor dem Attentat hält Anton Graf von Arco auf Valley seine Feindschaft gegen Ministerpräsident Kurt Eisner schriftlich fest. Seine Notizen verbinden Antisemitismus, die Ablehnung des Bolschewismus und monarchistische Überzeugungen. Er bezeichnet Eisner als „Landesverräter“ und erklärt: „Ich hasse den Bolschewismus, ich liebe mein Bayernvolk, ich bin ein treuer Monarchist und guter Katholik.“ Nach der späteren Aussage des Zimmermädchens Walburga Kästele kündigt Arco am Abend auch ausdrücklich seine Mordabsicht an. Kästele betreut seine Räume in der Pension Prinz-Regent an der Prinzregentenstraße 18. Gegen sechs Uhr sagt er zu ihr: „Morgen erschieße ich den Eisner.“ Die Zeugin berichtet, Arco lache dabei. Als sie ihm entgegnet, dass er sich das nicht traue, bekräftigt er seine Absicht: „Doch, doch, ich mache es, der muss weg er ist ein Bolschewik und Jude.“



21. Februar 1919 – Ein Zentralrat übernimmt unter Ernst Niekisch die politische Führung

München-Kreuzviertel * Nach der Ermordung Kurt Eisners und den Schüssen im Landtag bildet sich ein zunächst elfköpfiger „Zentralrat der Bayerischen Republik“. Ihm gehören Vertreter der Mehrheitssozialdemokraten, der USPD, der KPD und des Bayerischen Bauernbunds aus den verschiedenen Rätegremien an. Zum Vorsitzenden wird Ernst Niekisch gewählt. Der 29-jährige Volksschullehrer und Mehrheitssozialdemokrat ist als Vorsitzender des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrats sowie als Mitglied des Landesarbeiterrats hervorgetreten. Trotz seiner Parteizugehörigkeit befürwortet er eine starke Stellung der Räte und soll zwischen den unterschiedlichen Strömungen vermitteln. Der auch als „Elfmännerausschuss“ bezeichnete Zentralrat versteht sich als Übergangsorgan. Er beansprucht, bis zur politischen Neuordnung die Regierungsgewalt auszuüben und die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Zu seinen ersten Maßnahmen gehören ein dreitägiger Generalstreik, die Bewaffnung des Proletariats und die Einberufung eines bayernweiten Rätekongresses. Damit entsteht eine neue Machtzentrale neben den verbliebenen Ministerien. Über das künftige Verhältnis zwischen Räten und gewähltem Landtag ist jedoch noch nicht entschieden. Eine Räterepublik wird an diesem Tag noch nicht ausgerufen.

22. Februar 1919 – Bisherige Minister führen ihre Ressorts weiter

München-Kreuzviertel * Die bisherigen Minister Dr. Edgar Jaffé, Hans Unterleitner und Heinrich Ritter von Frauendorfer richten an den Zentralrat des Volksstaates Bayern das nachstehende Schreiben: „Die Unterzeichneten haben im Interesse des Landes seit dem 21. Februar 1919 die laufenden Geschäfte ihres Ressorts weitergeführt und sind auch bereit, dies fürderhin zu tun, bis eine neue Regierung gebildet ist. Sie erklären ausdrücklich, dass sie lediglich verantwortlich sind für die von Ihnen innerhalb ihres Verwaltungsbereiches getroffenen Maßnahmen. Sie stellen fest, dass sie die allgemeine Führung der Regierungsgeschäfte und für die Maßnahmen des Zentralrats keinerlei Mitverantwortlichkeit tragen, insbesondere auch nicht die Festnahme und Einbehaltung von Geiseln, sowie für die gegenüber der Presse getroffenen Maßnahmen.“

26. Februar 1919 – Bayern nimmt am Landestrauertag Abschied von Kurt Eisner

München * Der Zentralrat erklärt den Tag der Beisetzung Kurt Eisners zum „Landestrauertag“. Geschäfte und Betriebe bleiben geschlossen. Öffentliche Gebäude tragen Trauerbeflaggung; auch zahlreiche Privat- und Geschäftshäuser sind mit schwarzen und roten Fahnen geschmückt.



Städtische Bedienstete sollen Gelegenheit erhalten, an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen. Annähernd 100.000 Menschen nehmen Abschied vom ermordeten Ministerpräsidenten. Die Feierlichkeiten gehören damit zu den größten Massenkundgebungen, die München bis dahin erlebt. Ihre Gestaltung greift auf Formen zurück, die während der Monarchie für königliche Staatsbegräbnisse vorgesehen sind.

26. Februar 1919 – Bewaffnete Männer erzwingen die Trauerbeflaggung am Erzbischöflichen Palais

München-Kreuzviertel * Am Landestrauertag für Kurt Eisner bleibt das Erzbischöfliche Palais zunächst ohne Trauerbeflaggung. Erzbischof Michael von Faulhaber betrachtet sein Wohnhaus als Privatgebäude, das von der Anordnung für öffentliche Gebäude nicht betroffen ist. Nach seinem Tagebuchbericht dringen gegen 11 Uhr sechs Männer, darunter vier Soldaten mit Gewehren, in das Palais ein und verlangen die Beflaggung. Sie halten sich in den Räumen auf und treten bewaffnet an die Fenster. Schließlich werden zwei Fahnen angebracht. Faulhaber erlebt den Tag als Bedrohung. Den politischen Mord lehnt er nach eigener Aussage ab, hält eine öffentliche Erklärung jedoch für überflüssig: „Daß der Erzbischof einen politischen Mord verabscheut, das braucht er doch nicht zu beteuern, das wird man hoffentlich wissen.“

26. Februar 1919 – 100.000 Menschen nehmen an Kurt Eisners Bestattungsfeierlichkeiten teil

München-Giesing * Zeugen schon die Geschehnisse am Ort des Attentats von breiter Betroffenheit über Kurt Eisners Tod, so wird sein Begräbnis zu einer außergewöhnlichen Trauerbekundung der Bevölkerung. Der Zentralrat ordnet für ganz Bayern Landestrauer an. Die öffentlichen Gebäude sind auf Halbmast schwarz und rot beflaggt. Die Arbeit ruht. Annähernd 100.000 Menschen nehmen an den Bestattungsfeierlichkeiten teil. Ab 9 Uhr bewegt sich der Trauerzug - begleitet von 20 Musikkapellen - von der Theresienwiese zum Ostfriedhof. Matrosen tragen den mit schwarzen Tüchern verhüllten Sarg. Um 10 Uhr beginnt ein halbstündiges Glockengeläut. Die Trauerfeier mit der Einäscherung in der Halle des Krematoriums beginnt um 10:30 Uhr. Sie dauert bis 11:40 Uhr. Gustav Landauer hält eine Gedächtnisrede, in der er ausführt: „Kurt Eisner, der Jude, war ein Prophet, der unbarmherzig mit den kleinmütigen, erbärmlichen Menschen gerungen hat, weil er die Menschheit liebte und an sie glaubte und sie wollte. Er war ein Prophet, weil er mit den Armen und getretenen fühlte und die Möglichkeit, die Notwendigkeit schaute, der Not und Knechtung ein Ende zu machen. Er war ein Prophet, weil er ein Erkennender war, dieser Dichter, der zugleich von der Schönheit, die kommen sollte, träumte und den harten, bösen Tatsachen unerschrocken ins Gesicht sah. Er war ein Prophet, und er wurde so zum Satiriker und zum Geißler der Verlogenheit und Verkleisterung, wie er sie zumal



bei seinen Kollegen von der Presse fand, er war ein unermüdlicher, trockener Erforscher der Wirklichkeit. So war er, der Schauend-Gestaltend-Erkennende, auch ein Prophet in dem Sinne, dass er die Zukunft voraus sah. Er wollte mit den Menschen gehen, er wollte auf die Menschen wirken, aber nichts lag ihm ferner als Herrschaft oder unterdrückende Überlegenheit.“ Selbst die bürgerliche Presse ist beeindruckt und schreibt: „In ihrer reichen Geschichte hat die bayerische Hauptstadt wohl viele prunkvolle Leichenzüge zu verzeichnen, aber keinen, der, was Massenentfaltung anlangt, denjenigen übertrifft, der am Vorfrühlingstage des 26. Februar halb München in Bewegung setzte.“

2. März 1919 – Über Halle wird der Belagerungszustand ausgerufen

Weimar - Halle * Reichswehrminister Gustav Noske erteilt Generalmajor Georg Ludwig Rudolf Maercker den Befehl, mit seinem Landesjägerkorps in Halle einzumarschieren. An diesem 2. März verkündet Maercker den Belagerungszustand. In den nächsten Tagen kommt es bei der Bevölkerung von Halle zu 29 Toten und 67 Verwundeten.

13. März 1919 – Bayern will in der Sozialisierungsfrage mit Sachsen zusammenarbeiten

München - Sachsen * Der Zentralrat sendet ein Telegramm an den sächsischen Zentralrat, der dortigen Regierung und der Volkskammer zur Vollsozialisierung. Er will die vollständige Kontrolle über die Rohstoffe und die Energieverwendung sowie ihre endgültige Verwertung in Angriff nehmen. Der Zentralrat schlägt eine enge Zusammenarbeit mit der sächsischen Volkskammer vor, die zuvor die Regelung der Produktion und Verteilung planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln beschlossen hatte und für den 16. März ein Treffen der Kenner der Sozialisierungsfragen beider Länder vor.

31. März 1919 – Lenkung der bayerischen Wirtschaft durch ein Zentralwirtschaftsamt

München * Die Mehrheit des Ministerrats beschließt ein Statut, das den wesentlichen Forderungen des Philosophen und Nationalökonomen Otto Neuraths nachkommt. Diese zielen darauf ab, die gesamte Wirtschaft des Landes durch ein Zentralwirtschaftsamt zu lenken, das dem noch zu errichtenden Handelsministerium unterstehen soll. Ziel ist es, mit Hilfe einer Universalstatistik einen Überblick über die vorhandenen Produktionsmittel, die Produktionsmöglichkeiten und den Produktionsbedarf zu gewinnen, der dann von einer Naturalrechnungszentrale für die Erstellung von Wirtschaftsplänen ausgewertet werden soll.



Eine Kompensationszentrale soll den unmittelbaren Warenaustausch mit dem Ausland regeln. Eine Rationalisierungszentrale die modernen Erkenntnisse der wissenschaftlichen Betriebsführung nach Frederick Taylor zur Anwendung bringen, für Normierung und Typisierung sorgen und insbesondere die Arbeits- und Berufsforschung fördern. Eine Kontrollzentrale soll die Auswirkungen der Sozialisierungsgesetzgebung auf die Wirtschaft dauernd überprüfen. Eine Aufklärungszentrale soll die Arbeit des Zentralwirtschaftsamtes dem Volk nahe bringen. Ebenfalls noch am 31. März genehmigt der Ministerrat den Personaletat für das neue Amt. Zum Sitz des Amtes wird das Prinz-Carl-Palais bestimmt.

1. April 1919 – Die wöchentliche Fleischration wird herabgesetzt

München * Die bayerische Landeshauptstadt liegt unter einer Schneedecke von 40 Zentimetern.

Die Arbeitslosenquote liegt konstant bei über 30.000, die Kohlevorräte sind aufgebraucht, die Energiezufuhr stockt, der Preis für einen Trambahn-Fahrschein wird von 15 auf 20 Pfennige erhöht, die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch ist nicht mehr gewährleistet, weil sich immer mehr Bauern weigern, in die von Unruhe erfüllte Stadt zu fahren. Die wöchentliche Fleischration wird von 300 Gramm auf 250 Gramm herabgesetzt. Schwerstarbeiter erhalten auch weiterhin eine Zulage von 120 Gramm Wurst. Was blüht ist der Schwarzmarkt. Die Waren gibt's dort im Überfluss, aber halt zu entsprechend hohen Preisen. Der neu ernannte Staatskommissar für Ernährungswesen, Johann Wutzelhofer vom Bayerischen Bauernbund- BBB, stellt sein Programm vor.

2. April 1919 – Oskar Maria Graf beschreibt die Münchner Lebenssituation

München * Die Regierung Hoffmann strotzt in den letzten Märztagen nicht gerade vor Tatendrang. Wirtschaftlich geht's bergab, das miserable Wetter und der Schnee hindern alle weiteren Bemühungen. Oskar Maria Graf beschreibt die Situation folgendermaßen: „Die Stadt machte seit Tagen einen verwahrlosten Eindruck, und die Menschen fingen an, aufeinander böse zu werden. Im Rathaus und im Landtag berieten Parteien und Ausschüsse in einem fort. Niemand wusste mehr, wer regiert. Ratlosigkeit und Unsicherheit gingen um. In der Stadt nämlich herrschte die Revolution und auf dem Lande die Gegenrevolution. Der Bahnverkehr stockte, wilde Streiks tobten, die Geschäftswelt war in tausend Ängsten, vor den Brotläden stauten sich lange Reihen und krakeelten mürrisch. Manchmal schlugen sie die Fenster ein, aber sie fanden kein Brot. Die ganze Maschinerie des täglichen Getriebes schien aus den Fugen, und ein ungeheurer Druck lag über der Stadt. Der Hunger wurde immer drohender. Draußen auf den vielen Straßen und Sträßlein des flachen Landes trieb kein Viehtransporter mehr dahin,



holpten keine watschelnden Milchfuhrwerke mehr zur nächsten Bahnstation. Jäh, fast von einem Tag auf den andern, gab es keine Milch, keine Butter, kein Ei und kein Fleisch mehr. Auf dem Güterbahnhof standen die leeren Waggons zu Dutzenden auf den angerosteten Schienen, die weiten Hallen gähnten schaurig leer, der Schlacht- und Viehhof lag still, und verlassen dehnten sich die sonst stets belebten Marktplätze aus“.

2. April 1919 – Noch mehr Schnee

München * Die Schneedecke in der bayerischen Landeshauptstadt ist auf 50 Zentimeter angewachsen.

5. April 1919 – Ministerpräsident Johannes Hoffmann verweigert sich einer Räterepublik

München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann wird in der Sitzung des Ministerrats mit den Forderungen nach einer Räterepublik konfrontiert. Er verweigert sich dem Ansinnen entschieden. Am Abend reist Hoffmann zur Landeskonzferenz der SPD nach Nürnberg.

6. April 1919 – Der Nürnberger SPD-Parteitag spricht sich gegen die Räterepublik aus

Nürnberg - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann ist zum Landesparteitag der SPD nach Nürnberg gereist, um dort die Genossen gegen die Räterepublik zu mobilisieren. Die Reichs-SPD hat Otto Wels geschickt, um die bayerischen Genossen auf Kurs zu halten. Der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, zählt die Gründe auf, die aus seiner Sicht unumgänglich für die Einführung der Räterepublik sind. Ministerpräsident Hoffmann verurteilt die Räterepublik aufs schärfste und sagt den Kommunisten und den Anarchisten den Kampf an. Durch seine Rücktrittsdrohung bringt er eine klare Mehrheit von 47 gegen 3 Stimmen - „aus politischen und wirtschaftlichen Gründen“ - gegen eine bayerische Räterepublik aus.

7. April 1919 – Die Schreibweise

München * Die Räterepublik Baiern wird nun mit „i“ statt mit „y“ geschrieben. Die neuen Machthaber wollen damit verhindern, dass auch in der äußeren Form des Freistaats nichts mehr



an die wittelsbachische Monarchie erinnert. Die Schreibweise „Bayern“ ist durch König Ludwig I. am 20. Oktober 1825, nur zwei Tage nach seinem Regierungsantritt, in einer Rechtschreibreform eingeführt worden. Mit dem griechischen „y“ im Landesnamen wollte er seine Verehrung für den griechischen Befreiungskampf ausdrücken. Das USPD-Organ Neue Zeitung hält allerdings an der unveränderten Namensgebung des Landes fest.

7. April 1919 – Hoffnung auf eine Räterepublik

München-Bogenhausen * Thomas Mann vertraut seinem Tagebuch folgendes an: „Die erste Seite der Nachrichten mit der Proklamation der Räte-Republik bedeckt. Heute Generalstreik und ‚Nationalfeiertag‘. Anschluss an Ungarn und Russland, Bruch mit Berlin. Rote Garde. Sozialisierung der Presse. Expropriierungspläne [= Sozialisierungspläne]. Der Ton ist scharf, und doch ist klar, dass es sich um ein vorbeugendes Werk der Mehrheitssozialisten handelt, wie schon bei der ersten Revolution, allerdings so weit gehend, dass die Kommunisten mittun können. Doch rechne ich mit einer vierten, ganz radikalen Umwälzung, bevor der Rückschlag kommt. Es ist anzunehmen, dass das Reich folgen wird, und wenn der radikale Sozialismus in Deutschland haltbare Formen annimmt, wird auch den Proletariern der Entente-Länder, die dann von kapitalistischer Ausbeutung Deutschlands nichts mehr zu hoffen haben, nichts anderes mehr übrig bleiben. Man muss anerkennen, dass der Kapitalismus gerichtet ist.“

9. April 1919 – Gemäßigte Linke wollen kommunistische Führer der Räterepublik verhaften

München * Führende Männer der gemäßigten politischen Linken planen, die kommunistischen Führer der Räterepublik und die Ausländer und Juden zu verhaften. Zusammen mit Carl Gandorfer, dem Polizeipräsidenten Josef Staimer und Stadtkommandant Oskar Dürr will der Volksbeauftragte der Justiz, Konrad Kübler, gegen die Kommunisten gewaltsam vorgehen.

9. April 1919 – Die Kapitalflucht soll unterbunden werden

München * Ernst Tollers erste Verordnung betrifft den Bankensektor. Ein Anschlag des Revolutionären Zentralrats gibt bekannt, dass „Der revolutionäre Bankrat für Baiern“ in München Vertrauensleute bestimmt hat, die „die Auszahlung von Geldern bei den Banken zu überwachen haben, um zu verhindern, dass landesverräterische Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verbringen“. Damit soll die Kapitalflucht verhindert werden. Es dürfen nur noch Beträge bis zu



100 Mark täglich oder 700 Mark wöchentlich abgehoben werden. Von dieser Regelung ausgenommen sind ausstehende Rechnungen, Kreditrückzahlungen und Zinstilgungen sowie Lohnzahlungen und Zahlungen im Geschäftsverkehr von Firmen. Die zuletzt genannten müssen vom Betriebsrat gegengezeichnet werden.

9. April 1919 – Wilhelm Reichart wird Volksbeauftragter für das Militärwesen

München * Der Kellner und Mitglied des Vollzugsausschusses des Landessoldatenrats, Wilhelm Reichart, wird einvernehmlich zwischen dem Provisorischen Revolutionären Zentralrat und den Kasernenräten zum Volksbeauftragten für das Militärwesen ernannt. Er wird das Amt bis zum 13. April ausüben.

11. April 1919 – Die Regierung ist vollständig nach Bamberg umgezogen

Bamberg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann, die Minister und die Landessekretariate der einzelnen Parteien sind inzwischen vollständig nach Bamberg übersiedelt. In den nächsten Tagen soll sich hier auch der Ältesten-Ausschuss zusammenfinden und über die Einberufung des Landtags einen Beschluss fassen.

12. April 1919 – Ebert fordert die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern

Berlin - Bamberg * In einem drängenden Telegramm fordert Reichspräsident Friedrich Ebert vom bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, dass „die Wiederherstellung des früheren Zustandes in Bayern baldigst erfolgt, zumal da nach neueren mir zugegangenen Nachrichten aus München man dort anfängt, sich an die Räteregierung zu gewöhnen. Wenn die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche Sie in Aussicht genommen haben, nicht in kürzester Zeit zum Ziel führen, erscheint mir als einzige Lösung militärisches Vorgehen. Dass je rascher und durchgreifender dieses erfolgt, um so weniger Widerstand und Blutvergießen zu erwarten ist, hat uns die Erfahrung an anderen Stellen gelehrt.“ Damit ist das Schicksal der bayerischen Revolution besiegelt. Eine Niederschlagung nach dem Beispiel des Spartakus-Aufstandes in Berlin ist naheliegend. Unter dem Druck aus Berlin gibt Bayerns Ministerpräsident Hoffmann nach. Nun wird auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie das auf Reichsebene bereits erprobte: Der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten



Kräften, um der Linken Herr zu werden. Militärminister Ernst Schneppenhorst wird beauftragt, bayerische Freiwilligenverbände aufzustellen. Ministerpräsident Hoffmann bittet Berlin telefonisch um Verstärkungen. Die Reichstruppen dürfen in Bayern einmarschieren. Auch das von dem bayerischen Oberst Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf gebildete Freikorps wird gegen München in Marsch gesetzt. Während aus dem Westen württembergische Truppen anrücken, sammeln sich im Süden die Freikorps. Rund 30.000 Mann sind im Anmarsch, als sich der Ring um München schließt. Für die Rote Armee wird der Kampf gegen die an Zahl, Ausrüstung und Professionalität überlegenen Weißen nicht mehr zu gewinnen sein.

13. April 1919 – Die Verstärkung für den Palmsonntag-Putsch wartet in Ingolstadt

München-Maxvorstadt - Ingolstadt * Die Republikanische Schutztruppe hat sich im Hauptbahnhof verschanzt. Ihr Anführer, Alfred Seyfferitz, wartet dort auf die versprochene Verstärkung aus Ingolstadt. In Ingolstadt befindet sich zu diesem Zeitpunkt der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, der dort mit 600 Soldaten auf das Eintreffen der Nachricht aus München hofft, dass der erste Teil des Putsches erfolgreich abgelaufen ist, um dann die bayerische Landeshauptstadt einnehmen zu können. Schneppenhorst wird die Nachricht jedoch nie erhalten, da sein Verbindungsmann am nördlichen Stadtrand von einer Patrouille der Roten Armee abgefangen werden wird.

14. April 1919 – 5.000 Württemberger für die Niederschlagung der Räterepublik

Bamberg * Während Ministerpräsident Johannes Hoffmann nur noch Schadensbegrenzung betreiben und dem Freikorpsführer Franz Ritter von Epp die Erstürmung Münchens verbieten möchte, hofft der Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schneppenhorst, dass 5.000 württembergische Soldaten für die Niederschlagung der Münchner Räterepublik bereitgestellt werden. Das Angebot hat die Regierung Hoffmann vom Stuttgarter Ministerpräsidenten Wilhelm Blos erhalten, dem es darum geht, die Eigenständigkeit Süddeutschlands im Reich zu stärken. Ihm war klar, wenn Bayern unter die Reichshoheit fallen sollte, dann würden in Zukunft auch die übrigen süddeutschen Länder nur noch eine untergeordnete Rolle gegenüber Preußen spielen können.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann organisiert den Einsatz von Freiwilligen

Bamberg * Die in Bamberg sitzende bayerische Regierung Hoffmann organisiert mit Flugblättern



den Einsatz von Freiwilligen. Um 17:30 Uhr wird das nachstehende Flugblatt über München abgeworfen: „In München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen. Diese Schmach darf keinen Tag, keine Stunde weiter bestehen. [...]. Ihr Männer der bayerischen Berge, des bayerischen Hochlandes, des bayerischen Waldes, erhebt Euch wie ein Mann. [...].
 Ein grüner Buschen am Hute und die weißblaue Binde am Arm ist Euer Erkennungszeichen. Die Bahn befördert Euch zu den Sammelpunkten. [...]. Die Münchner Schmach muss verschwinden. Das ist bayerische Ehrenpflicht.“

17. April 1919 – Ein Aufruf „An die Bauernschaft des baierischen Landes“

München * In einem Aufruf „An die Bauernschaft des baierischen Landes“ heißt es: „Es besteht überall Ruhe und Ordnung und jedermann weiß, dass die geschichtliche Entwicklung mit Notwendigkeit zum Rätssystem führt, dass diese Entwicklung nicht aufzuhalten ist, dass jeder Vernünftige sich ihr anpasst“.

18. April 1919 – Ernst Niekisch geht zurück nach Augsburg

München - Augsburg * Ernst Niekisch zieht sich aus der Politik in München zurück und verlässt die bayerische Landeshauptstadt in Richtung seiner Heimatstadt Augsburg.

19. April 1919 – Ein Regierungs-Telegramm geht an alle Pfarrämter Bayerns

Bamberg * Ministerpräsident Johannes Hoffmann lässt in seinem Auftrag auf Staatskosten vom Bischöflichen Generalvikariat Bamberg folgendes Telegramm an alle Pfarrämter Bayerns übermitteln: „Ein Haufen von Ausländern hat sich der Hauptstadt München bemächtigt, übt daselbst eine Schreckensherrschaft aus und bedroht von dorthier die Provinzen, namentlich die Landbevölkerung, mit Raub und Brandstiftung. Die rechtmäßig bestehende Regierung hat einen Aufruf zur Bildung von Freikorps ergehen lassen.Von seinem Erfolg hängt das Wohl und Wehe des Vaterlandes ab. Wir ersuchen die Geistlichkeit, durch Hausbesuche und auch von der Kanzel aus kräftigst dafür einzutreten, dass möglichst viele tüchtige Gemeindeangehörige dem Rufe folgen.“

20. April 1919 – Finanzmittel für die Räterepublik sollen beschafft werden



München - Budapest - Moskau - Wasserburg * Am Nachmittag fliegen Eugen Leviné, Wilhelm Reichart, der Volksbeauftragte für das Militärwesen und der Student Karl Petermeier, der Adjutant Rudolf Egelhofers, mit Ziel Budapest und Moskau ab. Sie wollen dort Finanzmittel für die Räterepublik beschaffen. Der Flug endet jedoch bereits in Wasserburg am Inn, wo der Pilot unter Vortäuschung eines Motordefekts notlandet.

21. April 1919 – Ernst Toller zieht sich mit seinen Truppen nach München zurück

Dachau - München * Als Ernst Tollers Truppen den Befehl erhalten, sich an den Rand von München zurückzuziehen, kehrt dieser in die Landeshauptstadt zurück.

22. April 1919 – Pfarrer Hans Meiser wird als Geisel verhaftet

München-Maxvorstadt * Am frühen Morgen wird Pfarrer Hans Meiser, der spätere Landesbischof der evangelischen Kirche, mit zwölf weiteren Personen als Geisel verhaftet und zunächst in die Guldeinschule, später auf die Polizeiwache in der Astallerstraße gebracht. Durch Bestechung eines Postens können die Geiseln Kontakt mit einem Mitglied des Vollzugsrats aufnehmen, der die Verhaftung als Eigenmächtigkeit der Soldaten erklärt und die Geiseln ab 18 Uhr wieder in die Freiheit entlässt. Bei Hans Meiser dauert die Entlassung am längsten, weil er als Geistlicher dem „System Kirche“ angehört, das gegen die Räterepublik eingestellt ist.

22. April 1919 – In Sachsen entsteht eine Landesstelle für Gemeinwirtschaft

Sachsen * Obwohl in Sachsen die sozialistischen Parteien die absolute Mehrheit im Landtag haben und dadurch prädestiniert scheinen, die Sozialisierung umzusetzen, entsteht nur eine „Landesstelle für Gemeinwirtschaft“, die den politischen Handlungsdruck verringern soll.

28. April 1919 – Die Einschließung Münchens bis zum 30. April befohlen

Freistaat Bayern * Generalleutnant Ernst von Oven befiehlt den Vollzug der Einschließung Münchens bis zum 30. April. Er ordnet an, dass die bayerischen Streitkräfte nicht vorzeitig und vereinzelt losschlagen. Die Befehle für den Zeitpunkt des Einmarsches in München sind eindeutig. Am Freitag, 2. Mai, um 12:00 Uhr, soll gleichzeitig und überraschend in die



Landeshauptstadt eingerückt werden und damit dem Gegner möglichst wenig Möglichkeit zur Entfaltung der eigenen Kampfstärke gegeben werden.

28. April 1919 – Die Regierungssoldaten werden indoktriniert

Freistaat Bayern * Die Regierungssoldaten werden in den Tagen vor dem Einmarsch nach München intensiv indoktriniert. Man warnt sie davor, dass ihnen die sofortige Erschießung droht, wenn sie den Spartakisten in die Hände fallen. Gleichzeitig erklärt man ihnen, dass jeder Feind ein minderwertiger Ausländer sei. Unter diesen Umständen stößt der Befehl, jeden zu erschießen, der sich den Regierungstruppen widersetzt, auf breite Zustimmung.

30. April 1919 – 53 russische Kriegsgefangene werden in Pasing festgenommen

Pasing - Lochham * Am Pasinger Bahnhof werden 53 ehemalige russische Kriegsgefangene von Regierungstruppen festgenommen. Die Kriegsgefangenen wurden auf Veranlassung des Revolutionären Zentralrats am 11. April aus der Haft entlassen. Sie konnten sich frei bewegen und durften den Freistaat Bayern verlassen. Aufgrund der Unruhen in ihren Heimatländern war ihnen aber die Rückreise nicht möglich. Deshalb schlossen sie sich, wie viele andere Kriegsgefangene auch, freiwillig den Roten Garden in München an. Nach Kämpfen in Fürstenfeldbruck sind sie - unbewaffnet und aus der Roten Armee entlassen - nach München zurückgekehrt, wo in Pasing die Festnahme erfolgte. Sie werden nach Lochham gebracht.

1. Mai 1919 – Lenin rühmt den Kampf der Genossen im Freistaat Bayern

Moskau * Der russische Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Lenin rühmt auf der Maiparade auch den Kampf der Genossen im Freistaat Bayern. „In allen Ländern haben die Arbeiter den Weg des Kampfes mit dem Imperialismus betreten. Die Arbeiterklasse, die sich befreit hat, feiert ihren Tag nicht nur in Sowjetrußland frei und offen, sondern auch in Sowjetungarn und Sowjetbayern“.

8. Mai 1919 – Erst jetzt enden die Kämpfe in München

München * Erst jetzt enden die Kämpfe in München. Die Zahl der Opfer wird offiziell mit 557 Menschen angegeben. 145 sind in militärischen Auseinandersetzungen gefallen, 186 hat man



standrechtlich erschossen und 226 werden noch nach der Einnahme der Landeshauptstadt ermordet. Neueste Schätzungen gehen allerdings von bis zu 1.200 Opfern aus.

21. Juli 1919 – Dr. Hildegard Menzi wird freigesprochen

München-Au * Die Ärztin Dr. Hildegard Menzi wird wegen „Landesverrat und Begünstigung des Hochverrates“ angeklagt. Sie wird vom standrechtlichen Gericht in der Au freigesprochen.

11. August 1919 – Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft

Weimar * Die Verfassung der Weimarer Republik tritt in Kraft. Diese enthält stärkere zentralistische Elemente und schränkt die Eigenständigkeit der alten Staaten ein. Die Preußische Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße besteht weiter. Sie hat nun die Aufgabe den Kontakt zwischen den beiden Länderregierungen zu vermitteln und Probleme, die im Reichsrat zu verhandeln sind, vorher zu koordinieren und abzustimmen.

11. August 1919 – Verfassungsberatungen beendet

Bamberg * Der Verfassungsausschuss hat in 21 Sitzungen die neue bayerische Verfassung beraten. Es werden noch redaktionelle Angleichungen an die Weimarer Verfassung vorgenommen, die am gleichen Tag in Kraft getreten ist. Zum Beispiel die in Paragraph 13 festgelegte Homogenitätsklausel „Reichsrecht bricht Landesrecht“.

17. Januar 1920 – Prohibition tritt in den USA in Kraft

USA * In den USA tritt die Prohibition in Kraft. Das landesweite Verbot der Herstellung, des Verkaufs und des Transports alkoholischer Getränke gilt bis zum 5. Dezember 1933. Befürworter erwarten, dass das Alkoholverbot Kriminalität und Gewalt eindämmt, die Gesundheit der Bevölkerung verbessert, Familien stärkt sowie Armut und andere soziale Probleme verringert.

4. Dezember 1920 – Die Eberl-Faber-AG wird städtisch

München-Haidhausen * Die Eberl-Faber-Aktiengesellschaft am Gasteig, die zuletzt im Besitz der



Paulaner-Salvator-Brauerei Aktiengesellschaft war, geht in das Eigentum der Landeshauptstadt München über. Sie wird unter dem Namen „Stadtkeller“ weitergeführt.

4. November 1921 – Die sterblichen Überreste werden in die Ludwigskirche gebracht

München * Schon die Rückkehr des toten Ex-Königs Ludwig III. - in einem Sonderzug - soll zu einer Triumphfahrt werden. Seit der Überschreitung der bayerischen Grenze läuteten entlang der Strecke die Kirchenglocken und auf den Bahnhöfen versammeln sich Amtsträger, Honoratioren und Vereine in der Landestracht. Der Sonderzug mit den sterblichen Überresten des Ex-Königs Ludwigs III. macht in Wildenwart Zwischenstation, um den Sarg der Ex-Königin aufzunehmen. Um Mitternacht trifft der Zug schließlich in München ein, wo man noch in der selben Nacht die beiden Särge in die Ludwigskirche bringt.

24. Juni 1922 – Verabschiedung der Fürstenabfindung im Landtag vertagt

München-Kreuzviertel * Die ursprünglich geplante Verabschiedung der Fürstenabfindung im Landtag wird wegen der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau verschoben. Das Finanzministerium fürchtet um die erforderliche Mehrheit im Landtag. Die Delegationen nutzen die Zwangspause zu Vertragsveränderungen. Nun werden neben dem Kunstbesitz auch die ehemaligen kurfürstlichen Kunstsammlungen mit einbezogen. Dazu wird die „Wittelsbachische Landesstiftung für Kunst und Wissenschaft“ geschaffen.

13. Juli 1922 – München erweitert sein Stadtgebiet nach Norden

München–Feldmoching * Ein Teil des Gemeindegebiets von Feldmoching wird nach München eingemeindet. Die Gemeinde selbst bleibt zunächst eigenständig; erst am 1. April 1938 werden Feldmoching und die Kolonie Lerchenau vollständig in die bayerische Landeshauptstadt eingegliedert.

23. Juli 1922 – Das Tierparkgelände wird für das Publikum endgültig geschlossen

München-Giesing * Das Tierparkgelände wird für das Publikum endgültig geschlossen. Der verbliebene Tierbestand wird in der Inflationszeit für rund 2 Millionen Mark verkauft. Die Käufer sind der Tierpark Nürnberg und die Tierhandlung Ruhe in Alfeld, die die Zoobewohner unter sich



aufteilen. Die letzten Bewohner sind der afrikanische Elefant und das Flusspferd, die von einem tschechoslowakischen Zirkus erworben wurden.

31. Dezember 1922 – Nutzungsvorschläge für das Tierpark-Gelände

München-Giesing * Der Pachtvertrag zwischen der Stadt und dem inzwischen aufgelösten „Verein Zoologischer Garten München“ wird gekündigt. Das löst eine Welle von Gesuchen und Anträgen zur alternativen Nutzung des Tierpark-Geländes aus. Im Gespräch sind, den Park als „Landerholungsersatz“ für bedürftige Münchner Familien oder als Schaf- und Rinderweide zur Milchversorgung des städtischen Sanatoriums Harlaching oder des Ordens der Barmherzigen Schwestern zu nutzen. Andere Interessenten wollen hier einen „Park zur Pflege des Sonnen- und Luftbadens“ oder einen Raum für Militärkonzerte und Raubtierdressurvorstellungen oder eine Geflügelfarm sowie als den Sitz der Bavaria Film GmbH genutzt sehen. Doch alle Wünsche und Nutzungsvorschläge werden abgelehnt, da die Stadt sich mit der Vorstellung beschäftigt, den ehemaligen Zoo in einen „Städtischen Volkspark Hellabrunn“ umzuwandeln. Im Prinzip ist man sich einig, dass München auf Dauer einen Zoologischen Garten haben muss und der Volksgarten nur eine Übergangslösung darstellt, bis man hier wieder exotische Tiere bestaunen kann.

1923 – Die Lederfirma Adler und Oppenheimer kauft die Giesinger Lederfabrik

Untergiesing * Im Inflationsjahr 1923 kaufte die Berliner „Lederfirma Adler und Oppenheimer“ die Aktienmehrheit an dem Giesinger Unternehmen auf. In Folge der Rezession auf dem internationalen Ledermarkt entschloss sich die Firma, ihre Münchner Niederlassung aufzulösen. Das riesige Firmengelände verkaufte sie - mit Gewinn - an die Münchner Siedlungs-GmbH.

20. Juli 1923 – Die Volkskrone ersetzt die Königskrone

Freistaat Bayern * Ein neues Staatswappen löst das bisherige königliche Wappen ab. Seine Wappenbilder stehen weiterhin für die bayerischen Stämme und Landesteile. An die Stelle der Königskrone tritt eine Volkskrone über dem Schild. Sie steht für die Volkssouveränität: Die Staatsgewalt geht vom Volk aus.



26. September 1923 – Gustav Ritter von Kahr wird zum Generalstaatskommissar ernannt

München * Die bayerische Regierung ernennt Gustav Ritter von Kahr - aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung - zum Generalstaatskommissar, auf den die gesamte exekutive [= vollziehende] Gewalt übergeht. Er hat damit diktatorische Vollmachten. Gustav von Kahr, Otto von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, und der Chef der Landespolizei, Hans Ritter von Seisser, regieren den Freistaat Bayern als Triumvirat und bereiten zusammen mit Rechtsradikalen in Norddeutschland den Staatsstreich in München und Berlin vor.

8. November 1923 – Adolf Hitler stürmt mit einem Stoßtrupp den Bürgerbräukeller

München-Haidhausen * Adolf Hitler stürmt mit einem bewaffneten Stoßtrupp den Bürgerbräukeller, in dem die Freie Vereinigung von Erwerbsständen zu einer Veranstaltung eingeladen hatte, und erklärte die „Nationale Revolution“ für „ausgebrochen“. Am nächsten Tag machen sich die Putschisten auf den Weg in die Innenstadt. An der Feldherrnhalle kommt es zu einer Schießerei mit der Landespolizei. Sechzehn Putschisten und vier Polizisten kommen dabei ums Leben.

9. November 1923 – Vorübergehender Rückgang antisemitischer Übergriffe

Freistaat Bayern * Nach dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches gehen die antijüdischen Übergriffe in München zunächst zurück. Die Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit auf die politische Radikalisierung im Freistaat Bayern und schaden dessen Ansehen weit über die Landesgrenzen hinaus. Angesichts dieses erheblichen Imageschadens bemühen sich die Behörden vorübergehend um eine stärkere öffentliche Ordnung, wodurch auch die Zahl antisemitischer Ausschreitungen zeitweise abnimmt.

12. Mai 1924 – Kein Verfahren gegen Kahr, Seißer und Lossow

München * Die Staatsanwaltschaft München I stellt das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, Landespolizeichef Hans Ritter von Seißer und den früheren Reichswehrbefehlshaber Otto von Lossow ein. Ein Vorsatz der drei Beschuldigten, sich am Hitler-Ludendorff-Putsch vom 8. und 9. November 1923 zu beteiligen, sei nicht nachzuweisen. Kahr, Seißer und Lossow haben während des Umsturzversuchs eine



widersprüchliche Rolle gespielt: Im Bürgerbräukeller erklären sie zunächst – unter dem Druck der bewaffneten Putschisten – ihre Unterstützung, widerrufen diese jedoch noch in derselben Nacht und leiten Gegenmaßnahmen ein. Wegen ihres mehrdeutigen Verhaltens und ihrer vorausgegangenen eigenen Diktaturpläne ist bereits ihr Ausschluss vom Münchner Hochverratsprozess auf scharfe Kritik gestoßen. Mit der Einstellung des Ermittlungsverfahrens bleiben sie strafrechtlich unbehelligt.

30. Dezember 1924 – München erhält Lenbachs Hinterlassenschaft

München-Maxvorstadt * Lolo von Lenbach stiftet Franz von Lenbachs Hinterlassenschaft an Gemälden, Kunstwerken und Erinnerungsstücken der Landeshauptstadt München.

31. Dezember 1924 – Volkshochschule im Isartor eröffnet

München-Graggenau * Aufgrund der nicht ausreichenden finanziellen Unterstützung der Landeshauptstadt verzögert sich der Eröffnungsbeginn für das erste Heim der Münchner Volkshochschule bis zum 31. Dezember 1924. Zum Glück wird das Vorhaben durch eine private Gönnerschaft und Mithilfe insbesondere durch die Familie Riemerschmid, die ja bereits mit der Riemerschmid Handelsschule im Jahr 1862 eine Bildungseinrichtung für Mädchen geschaffen hatte, massiv unterstützt.

1. Mai 1926 – Umbenennung in Soziales Landesmuseum in München

München-Lehel * Umbenennung des Königlich Bayerischen Arbeitermuseums in Soziales Landesmuseum in München.

1927 – Die deutsche Turbo-Seidenraupe

Berlin * In Berlin erscheint eine Broschüre mit dem euphorischen Titel: „Doch deutscher Seidenbau! Der lohnende neue Betriebszweig“. In der Broschüre ist die Rede vom „mangelnden Rohstoff im Lande“ und den durch Professor Pasteur besiegten Raupenkrankheiten. Außerdem hätten deutsche Raupenzüchter neue „Blutlinien“ hervorgebracht, die die „deutsche Raupe“ einen bedeutend längeren Faden spinnen lässt, als ausländische Raupen. Sozusagen die „deutsche Turbo-Seidenraupe“. Und weiter: Es sollte unbedingt die „deutsche Edelbrut“ verwendet werden,



da von „ausländischer Brut“ eine erhebliche Infektionsgefahr ausgeht. Schließlich will man sich ja auch die Unabhängigkeit vom Ausland bewahren.

1927 – Die Landeshauptstadt München lässt einen neuen Museumsbau errichten

München-Maxvorstadt * An der Stelle der abgebrochenen Heß-Villa in der Luisenstraße lässt die Landeshauptstadt München einen neuen Museumsbau errichten.

5. Januar 1927 – Das Landgericht München I hebt die einstweilige Verfügung wieder auf

München * Das Landgericht München I hebt in der Widerspruchsverhandlung die einstweilige Verfügung wieder auf, die Hermann Haller gegen das Valentin-Karlstadt-Bühnenstück „Im Senderaum“ am 21. Dezember 1926 erwirkt hatte. Theaterdirektor Hermann Haller zieht nach dieser Niederlage vor das Oberlandesgericht München. Und nachdem er auch dort nicht zu seinem Recht kommt, zieht er vor das Reichsgericht in Leipzig.

18. April 1928 – Das Reichsgericht in Leipzig beendet den Plagiats-Rechtsstreit

Leipzig * Das Reichsgericht in Leipzig beendet einen Rechtsstreit in letzter Instanz, in dem es um Plagiatsvorwürfe gegen Karl Valentin geht. Der Prozess dauert bereits eineinhalb Jahre und ist vom Berliner Theaterdirektor vom „Admiralspalast“, Hermann Haller, mit außergewöhnlicher Heftigkeit durch drei Instanzen durchgepeitscht worden. Vom Landgericht München I über das Oberlandesgericht München bis hinauf zum Reichsgericht in Leipzig. Hermann Haller hat den Direktor des Deutschen Theaters in München, Hans Gruß, verklagt, weil er das Valentin-Bühnenstück „Im Senderaum“ aufführte und verlangt dafür Schadensersatz. Der Kläger behauptet, dass Karl Valentin sein Bühnenstück „Im Senderaum“ aus dem Sketch „Hinter den Kulissen des Rundfunks“ von Roland Jeans aus Hermann Hellers Revue „An und Aus“ geklaut hätte. Das höchste deutsche Gericht kommt jedoch zur Auffassung, dass sich Valentins Werk grundlegend vom Sketch von Roland Jeans unterscheidet und es sich dabei um zwei völlig eigenständige Arbeiten handelt. Der Plagiatsvorwurf gegenüber Karl Valentin und alle sonstigen Beschuldigungen werden vom Gericht als völlig haltlos zurückgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Vergleich der beiden Stücke „beweise auf das bündigste, dass Karl Valentin nicht das vorbestehende Bühnenstück von Roland Jeans nachgeschrieben, sondern etwas völlig anderes eigenschöpferisch neu geschaffen habe“. Damit stellt das



Reichsgericht auch fest, dass Valentin gar nicht in der Lage ist, „etwas Vorgegebenes nachzumachen, gar nachzuschreiben oder auch nur nachzuspielen“.

20. Januar 1929 – Wiederentdeckte Valentin-Stummfilme

München-Hackenviertel * Der Filmsammler und Publizist Walter Jerven führt die wiederentdeckten Stummfilme „Valentins Hochzeit“ aus dem Jahr 1914 und „Karl Valentin und Liesl Karlstadt auf der Oktoberfestwiese“ im Ufa-Theater am Sendlinger Tor vor. Unter dem Titel „Aus der Kinderstube des Films“ werden die Streifen in einer Matineeveranstaltung der Bayerischen Landesfilmbühne gezeigt.

1. August 1929 – Indianer im Tierparkgelände

München-Giesing * Eine 25 Personen starke Indianertruppe des Zirkus Sarrasani hält sich im Tierparkgelände auf. Big Chief White Horse Eagle, der „Oberhäuptling aller noch lebenden Indianer“, führt - zur Eröffnung des Raubtierhauses - zusammen mit seinem Stamm verschiedene heimatliche Lieder und Tänze auf. Über die Herkunft des angeblichen Indianerhäuptlings der Osagen ist bis auf seine relativ zweifelhaften Selbstauskünfte nichts bekannt. Angeblich war er 107 Jahre alt und er erklärte, dass er bereits 1887 in Deutschland war und Otto von Bismarck die Hand geschüttelt habe. Zuvor, am 18. Juni, hatte er mit seiner weißen Frau Karl Mays Grab in Radebeul besucht und anschließend für eine Postkartenserie posiert.

14. Dezember 1929 – Die Universität will das Protektorat über das Maximilianeum

München-Haidhausen * Die Universität teilt dem Kultusministerium mit, dass sie von jetzt an Protektorat und Schutzherrlichkeit über die Stiftung Maximilianeum ausüben werde. Sie stützt sich dabei auf ein Gutachten des Zivilsenats des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 14. Juli 1928. Doch das Ministerium reagiert auch auf drei weitere Schreiben der Universität innerhalb von zwei Jahren und vier Monaten nicht.

1. Januar 1930 – Perlach wird Teil Münchens

München-Perlach * Die bislang selbstständige Gemeinde Perlach wird mit ihren Gemeindeteilen Perlach, Fasangarten und Waldperlach in die Landeshauptstadt München eingemeindet. Damit



endet die kommunale Selbstständigkeit des alten Dorfes vor den Toren der Stadt.

1. Januar 1930 – Daglfing wird nach München eingemeindet

München-Daglfing * Die bislang selbstständige Gemeinde Daglfing wird mit den Gemeindeteilen Daglfing, Engelschalking und Johanneskirchen in die Landeshauptstadt München eingemeindet. Der ebenfalls zur Gemeinde gehörende Ortsteil Denning folgt am 1. Dezember 1930.

1. Dezember 1930 – Denning wird Teil Münchens

München-Denning * Der ursprünglich zur Gemeinde Daglfing gehörende Gemeindeteil Denning wird nachträglich in die Landeshauptstadt München eingemeindet. Die übrigen Gemeindeteile Daglfing, Engelschalking und Johanneskirchen gehören bereits seit dem 1. Januar 1930 zum Münchner Stadtgebiet.

1931 – Die Tierpark Aktiengesellschaft kauft das Tierparkgelände

München-Giesing * Die „Münchner Tierpark Aktiengesellschaft“ kann das Tierparkgelände käuflich von der Stadt erwerben. Hellabrunn ist nach dem Berliner Zoo der zweitgrößte Deutschlands.

1. Oktober 1931 – Freimann wird Teil Münchens

München-Freimann * Die bislang selbstständige Gemeinde Freimann wird mit ihren Gemeindeteilen Freimann, Fröttmaning, Großlappen, Kulturheim und Neufreimann in die Landeshauptstadt München eingemeindet. Damit endet die kommunale Selbstständigkeit der damals rund 2.800 Einwohner zählenden Gemeinde.

1. April 1932 – Trudering wird nach München eingemeindet

München-Trudering * Die bislang selbstständige Gemeinde Trudering wird mit den Gemeindeteilen Kirchtrudering, Straßtrudering und Waldtrudering in die Landeshauptstadt München eingemeindet. Damit die eingemeindeten Straßen keine Namen tragen, die im übrigen



Stadtgebiet bereits vergeben sind, werden zahlreiche Straßen umbenannt.

20. Juli 1932 – Es kommt zum sogenannten Preußenstaatsstreich

Berlin * An diesem Tag kommt es zum sogenannten Preußenstaatsstreich. Mit Vollmacht des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg setzt Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Preußische Staatsregierung ab und ernennt sich selbst zum Reichskommissar für Preußen. Die preußischen Ministerien werden durch die Reichswehr besetzt und die Minister unter Gewaltandrohung aufgefordert, ihre Amtsräume zu verlassen. Preußen erhält den Status eines Reichslandes, das ohne eigene Regierung, von der Reichsregierung mit der linken Hand mitregiert wird. Das bedeutet das Ende der staatlichen Eigenexistenz Preußens, womit die diplomatische Vertretung an der Prinzregentenstraße überflüssig geworden ist. Die Schack-Galerie wird seither - bis zum Jahr 1939 - von der Berliner Schlösserverwaltung betreut. Mit dem Verschwinden der Preußischen Gesandtschaft geht aber auch ein Stück bayerische Eigenständigkeit verloren.

9. März 1933 – Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern

München-Kreuzviertel * Sturz der konservativen Regierung Held in Bayern durch die Nationalsozialisten. Bayern wird als Letztes der deutschen Länder in Hitlers Herrschaft eingefügt. Ritter Franz-Xaver von Epp wird Reichskommissar für Bayern, Heinrich Himmler kommissarischer Polizeipräsident in München.

22. März 1933 – Im KZ Dachau werden die ersten Menschen inhaftiert

Dachau * Im KZ Dachau werden die ersten Menschen inhaftiert. Am Vormittag gegen 10 Uhr steigen im Zuchthaus Landsberg die ersten 50 Gefangenen auf Lastwagen, die sie nach Dachau bringen. Gegen Mittag trifft der Transport an der ehemaligen Pulverfabrik ein, vor deren Eingang sich eine Menschenmenge Schaulustiger versammelt hat. Das Konzentrationslager Dachau wird von der 2. Polizei-Hundertschaft der Bayerischen Landespolizei bewacht. Der Münchner Rechtsreferendar Claus Bastian trägt die Gefangenenummer 1. Über 200.000 werden ihm folgen. In den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft werden im KZ Dachau 41.500 Menschen ermordet, verhungern oder an Krankheiten sterben.



5. Mai 1933 – Ein „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe

München-Kreuzviertel - Bayern * Angeblich wollte „Kardinal“ Michael von Faulhaber das „Unrecht gegen die Juden“ in seinem „Hirtenbrief“ vom 5. Mai ansprechen, wird aber von den anderen Bischöfen davon abgehalten. In dem „Hirtenbrief“ der bayerischen Bischöfe heißt es jetzt: „Unsere jetzige Reichsregierung hat sich große und schwierige Aufgaben gestellt; sie will das deutsche Volk, das an den Folgen des verlorenen Weltkrieges und der Revolution so unsäglich viel leidet, wieder zur früheren Höhe emporführen durch eine geistige, sittliche und wirtschaftliche Erneuerung. [...] Daher rufen wir Bischöfe in tiefer Liebe zu unserem armen Vaterlande, [...] den Blick nicht mehr zu richten auf die Vergangenheit, nicht auf das zu sehen, was uns trennt, sondern auf das, was uns eint, daher einander die Hand zu reichen und in hochherziger Opferwilligkeit die vereinten Kräfte einzusetzen, um der furchtbaren Not, dem immer weiter fortschreitenden Niedergang und dem unseligen Unfrieden Einhalt zu bieten. [...] Der Wiederaufbau unseres Volks- und Staatslebens muß zur Grundlage haben die ewigen, unantastbaren Gesetze des christlichen Glaubens, der christlichen Sitte, der christlichen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens. Es verdient aufrichtigen Dank, daß der höchste Vertreter der Reichsregierung in feierlicher Stunde erklärte, das Werk der Wiedernerneuerung unseres Volkes auf den Felsengrund des christlichen Glaubens stellen und freundschaftliche Beziehungen zur Kirche pflegen zu wollen. [...] Wir sind dankbar für die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Rechte der Kirchen nicht geschmälert, ihre Stellung zum Staate nicht geändert werden wird“.

22. Juni 1933 – In Trudering entsteht ein Kolonialviertel

München-Graggenau - München-Trudering * Der von den Nationalsozialisten dominierte Stadtrat lässt aufgrund der durch die Eingemeindung Truderings am 1. April 1932 notwendigen Straßenumbenennungen ein sogenanntes Kolonialviertel entstehen. Die NSDAP kommt damit den alten Forderungen der Kolonialverbände und der Kriegerschaft Deutscher Kolonialtruppen entgegen. Die Straßen dieses Viertels setzen seither zusammen aus reinen Länderbezeichnungen - aber auch aus Ehrungen für einige der grausamsten Offiziere der Kolonialgeschichte des Deutschen Reiches.

20. Juli 1933 – Das Konkordat wird ratifiziert

Rom-Vatikan - Berlin * Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich wird vom - katholischen - Vizekanzler Franz von Papen und vom



Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli im Vatikan unterzeichnet. Das Vertragswerk bestätigt die bestehenden Länderkonkordate mit Bayern, Preußen und Baden und den Fortbestand der katholischen theologischen Fakultäten an den Universitäten, sichert den katholischen Religionsunterricht an allen Schularten und die Beibehaltung und Neueinrichtung von Bekenntnisschulen, die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion, den staatlichen Schutz für Geistliche, den Schutz des Beichtgeheimnisses und den Schutz der katholischen Organisationen. Außerdem wird die Militärseelsorge und das eigene kirchliche Steuerrecht garantiert. Die Kirche gesteht hingegen den neuen Machthabern nur wenig zu: Entpolitisierung des Klerus, Treueeid der Bischöfe gegenüber dem Deutschen Reich und seinen verfassungsmäßig gebildeten Regierungen. Die Reichsregierung macht der Kirche sehr große Zugeständnisse mit dem Ziel, internationale Anerkennung zu erhalten und die deutschen Katholiken für die Bewegung zu gewinnen, solange deren Macht noch nicht gefestigt ist. Keine der anderen neunzehn Weimarer Regierungen, auch nicht die Koalitionen mit Zentrumsbeteiligung, war der katholischen Kirche so weit entgegengekommen.

November 1933 – Die Arbeiten für den Bau der Reichs-autobahn beginnen

Unterhaching * Die Arbeiten für den Bau der Reichs-autobahn München - Landesgrenze beginnen mit einem gewaltigen Personalaufwand.

1934 – Das Neue Schloss Biederstein wird abgerissen

München-Schwabing * Das Neue Schloss Biederstein - von Leo von Klenze - wird abgerissen. Das Gelände um das Schloss wird als Bauland parzelliert.

30. Januar 1934 – Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches

München-Kreuzviertel * Der Freistaat Bayern geht mit dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches unter. Die Länderparlamente und die Hoheitsrechte der Länder werden aufgehoben.

Die Länderregierungen werden zu Mittelbehörden des Reichs. Die deutschen Länder dürfen keine eigenen diplomatischen Vertretungen mehr unterhalten. Reichsstatthalter Franz Xaver Ritter von Epp untersteht der Dienstaufsicht des Reichsinnenministeriums. Seine Aufgabe besteht hauptsächlich in der schrittweisen Auflösung der politischen Selbstständigkeit Bayerns.

Als Epps Amtssitz wird das ehemalige Gebäude der Preußischen Gesandtschaft ausgewählt, das inzwischen in den Besitz des Deutschen Reichs übergegangen war.



1. Dezember 1934 – Zubringerstraße zur Ludwigsbrücke

Unterhaching * Die Höchstzahl mit 11.750 Mann für den Bau der Reichs-autobahn München - Landesgrenze ist erreicht. In fast allen Abschnitten wurde in Doppelschicht, in verschiedenen Losen sogar in drei Schichten gearbeitet. Von der Innenstadt bis hin zur Autobahn muss eine leistungsfähige Zubringerstraße errichtet werden, wozu die Rosenheimer Straße und die Ludwigsbrücken entsprechend verbreitert werden.

1935 – Verbreiterung der Rosenheimer Straße

München-Haidhausen * Im Zuge der Erweiterung des Rosenheimer Berges zum Zubringer der Autobahn München - Landesgrenze müssen das Gasthaus zum Salzburger Hof und der Stadtkeller mit seiner lang gestreckten Fasshalle abgetragen werden.

1935 – Das bekannte Schmerzmittel „Togal“ wird in 46 Ländern verkauft

München-Bogenhausen * Das bekannte Schmerzmittel „Togal“ wird in 46 Ländern verkauft.

1935 – Mit dem Abbruch der Maffei'schen Maschinenfabrik wird begonnen

München-Englischer Garten - Hirschau * Mit dem Abbruch der Maffei'schen Maschinenbaufabrik wird begonnen.

1935 – Die Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH

München-Au * Der neue Besitzer der Zentrale des Konsumvereins München von 1864 heißt Schutzgemeinschaft Bayerischer Bäcker und Müller GmbH. Das Ende der Konsumgenossenschaften ist der Aufschwung des Auer Bäckers Josef Bernbacher. Nach der Auflösung der Verbrauchergenossenschaften nutzt er die Gunst der Stunde und kehrte in die Au zurück. Unter dem Versprechen, kein Brot mehr herzustellen, übernimmt Bernbacher das Gelände des Konsumvereins München von 1864 und verlegt sich auf einen Geschäftszweig, den die Genossenschaft im Jahr 1922 eingeführt hatte: die Teigwarenherstellung. Heute ist die Josef Bernbacher & Sohn GmbH & Co KG einer der größten Nudelhersteller in Deutschland.



November 1935 – Die Ludwigsbrücke wird erweitert

München-Lehel - München-Isarvorstadt * Nachdem die Ludwigsbrücke schon wieder für den sich ständig verstärkenden Verkehr zu schmal geworden ist, wird sie auf 29 Meter verbreitert. Sie dient nun als Zubringer für die nach Salzburg führende Autobahn München - Landesgrenze. Alle vier Pylone werden an der Altstadtseite angebracht.

1936 – Das bayerische Landeswappen unter der NS-Herrschaft

Bayern * Mit der nationalsozialistischen Gleichschaltung ab 1933 verliert Bayern seine staatliche Eigenständigkeit. Auch das Landeswappen wird zunehmend verdrängt. 1936 wird seine Verwendung schließlich untersagt; damit ist es als staatliches Hoheitszeichen faktisch abgeschafft.

September 1936 – Verordnete Hakenkreuzfahnen wehen auf der Wiesen

München-Theresienwiese * Der NS-Stadtrat ordnet die einheitliche Beflaggung der Theresienwiese mit Hakenkreuzfahnen an. Weiß-blaue Landesfahnen und schwarz-gelbe Stadtfahnen werden untersagt.

1937 – Die Firma Rohde & Schwarz lässt sich am Tassiloplatz nieder

München-Au * Die Firma Rohde & Schwarz lässt sich mit seinen inzwischen 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Tassiloplatz, auf dem ehemaligen Konsumgelände nieder.

1937 – Josephine Baker macht Les Milandes zu ihrem Zuhause

Les Milandes im Périgord • Josephine Baker mietet das Château des Milandes und lässt die lange vernachlässigte Anlage umfassend modernisieren. Das Schloss erhält fließendes Wasser, Elektrizität und eine Zentralheizung; auch die Innenräume werden vollständig neugestaltet. Baker unterstützt zudem die Versorgung des benachbarten Weilers mit Wasser und Strom, der nach zeitgenössischen Darstellungen damit zu den ersten entsprechend erschlossenen Orten des Périgord zählt.



1938 – Die „Winterhalter-Villa“ an der Birkenleiten 35 gehört der Stadt

München-Untergiesing * Die ehemalige „Winterhalter-Villa“ an der Birkenleiten 35, die sich im Besitz des „Gutsbesitzers“ Simon Eckart befindet, geht in das Eigentum der „Landeshauptstadt München“ über.

22. Januar 1938 – Vertrauliche Verhandlungen über den Abbruch der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Vertrauliche Verhandlungen zwischen der Sonderbaubehörde Ausbau der Hauptstadt der Bewegung und der evangelischen Landeskirche über den Abbruch der Matthäuskirche aus verkehrstechnischen Gründen beginnen.

10. Juni 1938 – Trotz Verhandlungen eine Abrissfirma beauftragt

München - München-Ludwigsvorstadt * Am Vormittag beschäftigt sich der Landeskirchenrat mit den Abrissplanungen der Matthäuskirche und bestätigt und ergänzt die Beschlüsse der Kirchenverwaltung der Matthäuskirche. In einer Besprechung im Innenministerium um 13 Uhr werden die Beschlüsse dargelegt. Am Abend wird die evangelische Gemeinde benachrichtigt, dass das Innenministerium bereits eine Abrissfirma beauftragt hat. Die Abbrucharbeiten sollen am 13. Juni beginnen.

11. Juni 1938 – Landesbischof Meiser interveniert gegen den Abriss der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Der evangelische Landesbischof Dr. Hans Meiser interveniert am Vormittag gegen den Abriss der evangelischen Matthäuskirche. Da Meiser unter den gegebenen Umständen sich weiteren Verhandlungen verweigert, zieht das Innenministerium den Auftrag an die Baufirma vorläufig zurück. Um 16 Uhr erklärt sich Gauleiter Adolf Wagner bereit, auf die vom Landeskirchenrat erarbeiteten Forderungen einzugehen. Als vorläufiger Versammlungsraum wird der Matthäus-Kirchengemeinde der Weiße Saal in der ehemaligen Augustinerkirche, der inzwischen zum Polizeipräsidium gehört, zugesichert.

12. Juni 1938 – Erster Abschiedsgottesdienst in der Matthäuskirche

München-Ludwigsvorstadt * Am Abend findet ein Abschiedsgottesdienst der evangelischen



Gesamtgemeinde in der Matthäuskirche statt. Der evangelische Landesbischof Dr. Hans Meiser hält die Predigt.

26. Juni 1938 – Öffentliche Zustimmung und weitere Nutzung des Synagogen-Geländes

München-Kreuzviertel * Während der Abriss der Hauptsynagoge voranschreitet, feiert die nationalsozialistische Propaganda die Zerstörung des Gotteshauses. Die NS-Zeitung „Der Stürmer“ kommentiert den Vorgang am 26. Juni 1938 mit den Worten: „Ein Schandfleck verschwindet.“ Anders als beim wenige Tage später beginnenden Abriss der evangelischen Matthäuskirche regt sich gegen die Zerstörung der Synagoge in der Öffentlichkeit kein nennenswerter Protest. Die Beseitigung des jüdischen Sakralbaus zur Schaffung neuer Verkehrs- und Freiflächen wird weitgehend widerspruchslos hingenommen. Der ebenfalls vorgesehene Abriss des jüdischen Gemeindehauses in der Herzog-Max-Straße 3–5 wird jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen übernimmt das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS die Gebäude. Ab 1940 befindet sich dort eine Dienststelle des Lebensborn e. V., einer nationalsozialistischen Organisation zur Förderung der bevölkerungspolitischen Ziele des Regimes.

Oktober 1938 – Die „Reichsfluchtsteuer“ für die Familie Haas wird auf 125.000 RM festgesetzt

München * Nachdem die Familie Haas ihren „Antrag auf Ausreise“ gestellt hat, wird die „Reichsfluchtsteuer“ auf 125.000 RM festgesetzt. Das entspricht dem Wert des Immobilienbesitzes. Als es dann im Oktober 1938 zum Verkauf an die „Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands, Landesstelle München“ kommt, wird der Wert der Häuser von den staatlichen Prüfern auf nur mehr 45.000 RM festgesetzt. Damit geht der Kauf für ein Butterbrot über die Bühne. Die finanziellen Belastungen der „Reichsfluchtsteuer“ bleiben dennoch bestehen. Daneben werden der Familie Haas noch alle wertvollen Gegenstände abgenommen.

3. Oktober 1939 – Der Landeskirchenrat ordnet Glockengeläut zum Einmarsch in Warschau an

München * Anlässlich des Einmarsches deutscher Truppen in Warschau ordnet der Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern an, die Kirchenglocken sieben Tage lang täglich von 12 bis 13 Uhr zu läuten.



21. Juni 1940 – Elisabeth Braun vermacht ihre Güter der Evangelischen Kirche

München-Bogenhausen * Da Elisabeth Braun „infolge bestimmter persönlicher Bedrohungen“ mit ihrem „vorzeitigen Ableben“ rechnet, vermacht sie ihre irdischen Güter der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Bayern rechts des Rheins.

22. Juni 1940 – Josephine Baker arbeitet als Kurierin der Résistance

Compiègne - Les Milandes * Frankreich und das Deutsche Reich unterzeichnen den Waffenstillstand von Compiègne. Josephine Baker, die bereits seit September 1939 für die französische militärische Spionageabwehr arbeitet, setzt nach der Niederlage Frankreichs ihre Tätigkeit im Widerstand fort. Auf Schloss Les Milandes in der zunächst unbesetzten Zone bietet sie Verfolgten Schutz, darunter jüdischen Flüchtlingen und Mitgliedern der Résistance. Ihre internationale Bekanntheit ermöglicht es ihr, vergleichsweise ungehindert zu reisen und als Kurierin geheime Nachrichten zu übermitteln. Informationen werden mit unsichtbarer Tinte in ihre Notenblätter geschrieben oder zwischen den Partituren verborgen. Weitere Dokumente trägt sie unter ihrer Kleidung, da sie als berühmte Künstlerin kaum mit einer Leibesvisitation rechnen muss.

1941 – Dr. Ludwig Gilmer übernimmt die Haas-Klinik

München-Maxvorstadt * Dr. Ludwig Gilmer, ebenso Facharzt für Chirurgie wie Dr. Alfred Haas, übernimmt von der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, Landesstelle München beziehungsweise vom Deutschen Reich die Häuser Richard-Wagner-Straße 17 und 19. Er betreibt dort eine Entbindungsanstalt. Die Franziskanerinnen werden durch sogenannte „Braune Schwestern“ ersetzt.

19. November 1943 – Der Staat erwirbt das circa 30 Hektar große Maffei-Gelände

München-Englischer Garten - Hirschau * Der Staat erwirbt auf Druck der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen das circa 30 Hektar große Maffei-Gelände um 2,5 Millionen Mark.

30. April 1945 – US-Truppen befreien München – die Stadt liegt in Trümmern



München * Amerikanische Truppen rücken in die bayerische Landeshauptstadt ein und beenden die nationalsozialistische Herrschaft. Die Bevölkerung steht vor den verheerenden Folgen des Krieges. Mehr als 6.000 Menschen kommen bei den Luftangriffen ums Leben. Rund 82.000 Wohnungen sind zerstört; Hunderttausende verlieren ihr Zuhause. Etwa fünf Millionen Kubikmeter Schutt bedecken die Stadt. In neun Stadtbezirken ist mehr als die Hälfte des Wohnungsbestands zerstört. Auch die Versorgung und der Verkehr sind schwer getroffen. Beschädigte Gas-, Wasser-, Strom- und Telefonleitungen erschweren den Alltag. Bombentrichter und Trümmer versperren zahlreiche Straßen. Bahnanlagen, Trambahngleise, Oberleitungen und Fahrzeuge weisen massive Schäden auf. Die Wiederherstellung des öffentlichen Nahverkehrs gehört zu den dringendsten Aufgaben des Wiederaufbaus.

Mai 1945 – Müllentsorgung in Bombentrichtern, Geländemulden und Kiesgruben

München-Untergiesing * Von den 1.350 Harritschwägen, die im Jahr 1939 im Dienst der Müllabfuhr standen, sind bei Kriegsende fünfzig Prozent vernichtet, der Pferdebestand ist sogar um siebzig Prozent gesunken. Um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, behilft sich die Stadt mit Holzvergaser-Autos und alten Wehrmachtsfahrzeugen. Die Arbeitskräfte kommen aus anderen städtischen Stellen. Da es sonst keine Entsorgungsmöglichkeiten gibt, lässt man den Müll einfach in Bombentrichtern, Geländemulden und Kiesgruben verschwinden, die bei späteren Bauvorhaben als teure Altlasten wieder zum Vorschein kommen.

Mai 1945 – Die Templer-Ordensgemeinschaft verlegt ihren Sitz nach Untergiesing

München-Untergiesing * Nach dem Krieg verlegt die Templer-Ordensgemeinschaft ihren Sitz nach Untergiesing. Sie mietet das Anton-Ungerer-Palais an der Birkenleiten 27, die Villa des Maschinenfabrik-Besitzers Joseph Ungerer. Als dieser sein Anwesen an die Landeshauptstadt München verkauft, bezahlen die Templer die Miete an die Stadt.

4. Mai 1945 – Deutsche Truppen kapitulieren bei Lüneburg

Lüneburg * Deutsche Truppen in Nordwestdeutschland, Dänemark und den Niederlanden kapitulieren auf dem Timeloberg bei Lüneburg vor Feldmarschall Montgomery.



9. Mai 1945 – Stalin erzwingt zweite Kapitulationszeremonie

Berlin-Karlshorst * Der sowjetische Diktator Josef Stalin ist mit der Zeremonie in Reims unzufrieden und besteht auf einer offiziellen Ratifizierung unter Beteiligung seines Landes, das die Hauptlast des Krieges getragen hatte. Deshalb wird die Kapitulation in Berlin-Karlshorst, in der sowjetischen Besatzungszone nochmals feierlich bestätigt. Anwesend sind Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion sowie die Wehrmachtführung. Wegen dieser Symbolik gilt in der UdSSR wie nun in Russland der 9. Mai als eigentlicher Tag des Sieges und wird meist mit einer großen Militärparade in Moskau begangen.

28. Dezember 1945 – Volkshochschularbeit wird wieder zugelassen

Amerikanische Besatzungszone * Durch eine Order an die Direktoren der Landesmilitärregierungen der amerikanischen Besatzungszone wird die Wiedereröffnung der Volkshochschularbeit zugelassen.

8. Februar 1946 – Wilhelm Hoegner erhält den Auftrag für eine neue Bayerische Verfassung

München * Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, SPD, erhält den Auftrag, einen Entwurf für eine neue Bayerische Verfassung zu erarbeiten. Im Sitzungssaal der ehemaligen Preußischen Gesandtschaft in der Prinzregentenstraße 9 trifft sich der 21-köpfige „Verfassungsausschuss der Verfassungsgebenden Landesversammlung“ zu insgesamt 32 Sitzungen.

14. September 1946 – Auf der Theresienwiese wird ein Herbstfest eröffnet

München-Theresienwiese * Vertreter der Stadt und der Militärregierung eröffnen auf der Theresienwiese - statt des Oktoberfestes - ein Herbstfest. Statt des Märzenbieres gibt es Dünnbier. Gegen Abgabe bestimmter Marken gibt es Brote, Wurst oder Backwaren. Die nicht mehr zeitgemäßen Schießbuden sind durch Ring- und Ballwurfbuden ersetzt worden. Wiesen-Musik gibt es nur in einem der zwei Bierzelte. Das Herbstfest ist noch kein Oktoberfest, aber der Anfang ist gemacht. Für die Landeshauptstadt ist das Herbstfest ein finanzieller Erfolg.

20. September 1946 – Zustimmung der Verfassungsgebenden Landesversammlung



München - Freistaat Bayern • Die Verfassunggebende Landesversammlung nimmt den im Verfassungsausschuss entworfenen Text mit den Stimmen von CSU und SPD an.

16. Oktober 1946 – Neun Hauptkriegsverbrecher werden hingerichtet

Nürnberg * Der Mastersergant Hazel Woods legt neun Hauptkriegsverbrechern die Schlinge um den Hals. Es sind dies der Außenminister Joachim von Ribbentrop; der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel; der Chef der Sicherheitspolizei Ernst Kaltenbrunner; der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg; der Generalgouverneur von Polen Hans Frank; der Innenminister Wilhelm Frick; der Herausgeber der antisemitischen Zeitung Der Stürmer Julius Streicher; der Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel; Generaloberst Alfred Jodl und der Reichskommissar für die Niederlande Arthur Seyss-Inquart. Reichsmarschall Hermann Göring hat sich mit einer Zyankali-Kapsel am 15. Oktober 1946 seiner Hinrichtung durch Selbstmord entzogen.

17. Oktober 1946 – Die Hauptkriegsverbrecher werden im Ostfriedhof eingäschert

München-Obergiesing * In aller Frühe fahren Lastwagen der US-Armee am Krematorium des Ostfriedhofes vor. Ihre Fracht besteht aus zwölf Särgen, von denen zwei leer sind. Angeblich befinden sich darin die Leichen von zwölf in einem Krankenhaus verstorbenen US-Soldaten, die nun unter der Aufsicht von Offizieren eingäschert werden sollen. Tatsächlich enthalten die Särgen die Leichen von neun in Nürnberg am Tag zuvor hingerichteten Hauptkriegsverbrechern: Es sind dies: der Außenminister Joachim von Ribbentrop; der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel; der Chef der Sicherheitspolizei, Ernst Kaltenbrunner; der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg; der Generalgouverneur von Polen, Hans Frank; der Innenminister Wilhelm Frick; der Herausgeber der antisemitischen Zeitung Der Stürmer, Julius Streicher; der Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel; der Generaloberst Alfred Jodl und der Reichskommissar für die Niederlande, Arthur Seyss-Inquart.

Der zehnte Tote ist der Reichsmarschall Hermann Göring, der sich am 15. Oktober 1946 seiner Hinrichtung durch Selbstmord entzogen hatte. In der Amtssprache hieß das: „Die Leiche Hermann Wilhelm Görings ist zusammen mit den Leichen der Kriegsverbrecher, die gemäß dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes am 16. Oktober in Nürnberg hingerichtet worden sind, verbrannt und die Asche im geheimen in alle Winde verstreut worden.“

24. Oktober 1946 – Die Genehmigung für die Bayerische Verfassung wird erteilt



München - Freistaat Bayern * General Lucius D. Clay von der US-Army, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland, teilt dem Präsidenten der Landesversammlung mit, dass die Genehmigung für die Verfassung erteilt wird.

1946 – Die Landesversammlung beschließt die Bayerische Verfassung

München - Freistaat Bayern * Die Bayerische Verfassung wird von der Landesversammlung mit 136 Stimmen von CSU und SPD, bei 14 Gegenstimmen von KPD, WAV und FDP beschlossen. Nun kann das bayerische Volk am 1. Dezember über die Verfassung entscheiden.

1947 – Josephine Baker kauft Les Milandes und gründet eine „Regenbogenfamilie“

Les Milandes im Périgord * Josephine Baker heiratet den französischen Orchesterleiter Jo Bouillon. Gemeinsam erwerben sie das bislang gemietete Château des Milandes und beginnen, das Anwesen zu einem internationalen Begegnungsort auszubauen. Ihr „Dorf der Welt“ soll für Toleranz, Völkerverständigung und die Überwindung rassistischer Vorurteile stehen.

1948 – Hannes König und die Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden

München * Der Zeichner und Bühnenbildner für Theater und Film, Hannes König, übernimmt den Landesvorsitz der Gewerkschaft der geistig und kulturell Schaffenden.

15. Oktober 1948 – Adolf Hitlers Nachlass wird vor der Spruchkammer München geregelt

München * Um Hitlers Nachlass zu regeln, wird ein Verfahren vor der Spruchkammer München eingeleitet. Rechtsanwalt Otto Gritschneider übernimmt pro forma die Verteidigung des Ehepaares Adolf und Eva Hitler, geborene Braun, „in absentia“. Dabei wird der „Führer“ als Hauptschuldiger eingestuft und sein gesamtes Vermögen zugunsten des Landes Bayern eingezogen. Dazu zählen auch die Autorenrechte für „Mein Kampf“. Ein Antrag von Adolf Hitlers Schwester, Paula Wolf, auf Auszahlung des ihr im Testament des Bruders zugedachten Erbteiles wird vom Gericht abgelehnt und das Testament selbst für ungültig erklärt.

5. März 1949 – Michael von Faulhaber erhält die Münchner Ehrenbürgerschaft



München * Die bayerische Landeshauptstadt München verleiht Kardinal Michael von Faulhaber aus Anlass seines achtzigsten Geburtstags die Ehrenbürgerschaft. Schon damals sprechen alle vom Widerstand des Erzbischofs von München und Freising. Und Landtagspräsident Michael Horlacher von der CSU schwärmt in seiner Rede vor den Abgeordneten sogar von Michael von Faulhabers „immerwährenden Eintreten für den Völkerfrieden“.

8. Mai 1949 – Der Parlamentarische Rat beschließt die Vorlage des Grundgesetzes

Bonn * Der Parlamentarische Rat in Bonn beschließt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Es wird in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 zur Zustimmung den Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder vorgelegt.

23. Mai 1949 – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wird verkündet

Bonn - Bundesrepublik Deutschland * Der Parlamentarische Rat stellt in öffentlicher Sitzung fest, dass das am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Das Grundgesetz wird - nach der Ratifizierung durch alle anderen Bundesländer - in einer feierlichen Sitzung des Parlamentarischen Rates verkündet. Es tritt mit Ablauf des Tages in Kraft.

12. Oktober 1949 – Der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes

München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Mit einem Gründungskongress im Deutschen Museum wird der Deutsche Gewerkschaftsbund - DGB von 16 Branchengewerkschaften ins Leben gerufen. Der Bayerische Gewerkschaftsbund - BGB löst sich zuvor als Landesorganisation auf und geht in den DGB-Bezirk Bayern über. Das „Parlament der Arbeit“ wählt den 74-jährigen Hans Böckler zu seinen Vorsitzenden. Mit der Gründung des DGB wird auch die politische Spaltung der Arbeiterbewegung aus der Weimarer Republik überwunden. Nun gilt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, also einer parteipolitisch neutralen Organisation, die sich ausschließlich um Fragen der Arbeitnehmer*innen widmet.

1950 – Josephine Baker gründet ihre „Regenbogenfamilie“



Les Milandes im Périgord * Josephine Baker und ihr Ehemann Jo Bouillon beginnen, Kinder unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe und Religion zu adoptieren. Im Laufe der folgenden Jahre nehmen sie zehn Jungen und zwei Mädchen aus verschiedenen Ländern und von fünf Kontinenten auf. Nach zeitgenössischen Darstellungen erhält das Familienprojekt auch den päpstlichen Segen. Mit ihrer „Regenbogenfamilie“ will Baker ein sichtbares Zeichen gegen Rassismus und religiöse Vorurteile setzen. Die Kinder wachsen gemeinsam im Château des Milandes auf, das zum Mittelpunkt des „Dorfes der Welt“ und der von Baker ausgerufenen „Hauptstadt der universellen Brüderlichkeit“ wird. Ihr Zusammenleben soll beweisen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft friedlich als Geschwister miteinander leben können.

5. Mai 1950 – Ein Staatswappen für das demokratische Bayern

München - Freistaat Bayern * Mit dem Gesetz über das Wappen des Freistaates Bayern erhält das Land ein neues Staatswappen. Es verbindet die demokratische Staatsordnung mit den historischen Zeichen seiner Landesteile. Die Volkskrone steht für die Volkssouveränität: Die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Die beiden schildhaltenden Löwen führen eine Tradition aus dem 14. Jahrhundert fort. Der goldene Pfälzer Löwe repräsentiert die Oberpfalz. Der fränkische Rechen steht für Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken. Der blaue Panther symbolisiert Oberbayern und Niederbayern. Die drei schwarzen Löwen vertreten Schwaben. Der weiß-blaue Rautenschild in der Mitte steht für Bayern als Ganzes. Zusammen mit der Volkskrone bildet er das kleine Staatswappen. Das Wappen vereint damit Bayerns regionale Vielfalt, seine Geschichte und sein demokratisches Selbstverständnis.

5. Juni 1950 – Ein Staatswappen für das demokratische Bayern

München - Freistaat Bayern * Mit dem Gesetz über das Wappen des Freistaates Bayern erhält das Land ein neues Staatswappen. Es verbindet die demokratische Staatsordnung mit den historischen Zeichen seiner Landesteile. Die Volkskrone steht für die Volkssouveränität: Die Staatsgewalt geht vom Volk aus. Die beiden schildhaltenden Löwen führen eine Tradition aus dem 14. Jahrhundert fort. Der goldene Pfälzer Löwe repräsentiert die Oberpfalz. Der fränkische Rechen steht für Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken. Der blaue Panther symbolisiert Oberbayern und Niederbayern. Die drei schwarzen Löwen vertreten Schwaben. Der weiß-blaue Rautenschild in der Mitte steht für Bayern als Ganzes. Zusammen mit der Volkskrone bildet er das kleine Staatswappen. Das Wappen vereint damit Bayerns regionale Vielfalt, seine Geschichte und sein demokratisches Selbstverständnis.



28. Dezember 1950 – Der US-Landeskommissar George Schuster ehrt Faulhaber

München * Der US-Landeskommissar George Schuster gibt einen Empfang zu Ehren des Kardinals und erklärt, dass Michael von Faulhaber in seinen Predigten „seine kompromißlose Opposition gegen dieses Regime verkündet und vielen Deutschen auf diese Weise neue Kraft für ihren Kampf gegeben“ habe.

1951 – Das Bayerische Landesinstitut für Arbeitsschutz an der Pfarrstraße

München-Lehel * Umbenennung des Sozialen Landesmuseums an der Pfarrstraße in Bayerisches Landesinstitut für Arbeitsschutz.

23. Juli 1952 – Das Maffei-Gelände wird in den Englischen Garten einbezogen

München-Englischer Garten - Hirschau * Das 30 Hektar große Maffei-Gelände wird in den Englischen Garten einbezogen.

4. August 1952 – Das Schmedererer-Gelände ist völlig geräumt

München-Au * Die völlige Räumung des Geländes der ehemaligen Schmedererer-Villa wird gemeldet.

2. Februar 1955 – Wir sind die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Cowboy Club München Süd bittet um Baugenehmigung für ein Behelfsclubheim. Auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“. In einer Ranch will der Verein einen Clubraum, einen Museumsraum für die wertvolle Sammlung und einen Bibliotheksraum verwirklichen. Die Cirkus-Krone-Verwaltung genehmigt dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke, bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals. Seither beherrschen Winnetou und Old Shatterhand den ehemaligen Schmedererer-Garten. Eine alte



Wehrmachtsbaracke wird mit Hilfe der Pschorrbrauerei und hoher Eigenleistung zur Ranch umgebaut. „Jeden Samstag und Sonntag sind 15 bis 20 Mann ganztägig da. Rund 2.000 Arbeitsstunden werden freiwillig und gern von den Clubmitgliedern geleistet.“ In der Ranch befindet sich der kostbarste Besitz des C.C.M.S., das Indianermuseum. In ihm ist alles Zubehör und Kleidung zu finden, die einen Indianer ausmachen. Köcher aus Büffelleder, Federhauben, Friedens-Pfeifen, Brautmokassins, mit perlenbestickten, bunten Schuhsohlen, sowie Kriegsbeilen, wie sie wirklich waren: schlicht und einfach. In einem eigenen lateinamerikanischen Glaskasten befindet sich ein Schrumpfkopf;

1956 – Die Frankona-Rückversicherung auf historischem Gelände

München-Bogenhausen * Anstatt der Beamten-Relikten-Anstalt entsteht ein Bau der Frankona-Rückversicherungs AG.

17. Oktober 1957 – Hanns Seidel (CSU) bildet eine neue Koalitionsregierung

München * Der CSU-Politiker Hanns Seidel, seit 22. Januar 1955 neuer CSU-Landesvorsitzender, bildet eine neue Koalitionsregierung, bestehend aus CSU, BHE und FDP. Sein Stellvertreter wird Walter Stain vom GB/BHE. SPD und Bayernpartei - BP können seither in Bayern kein Regierungsamt mehr ausüben.

1958 – Der Kronepark wird städtisch

München-Au * Frau Ida Krone übermittelt ein Kaufangebot des Grundstücks auf dem Nockherberg an die Landeshauptstadt München. Unter welchen Bedingungen damals die Familie Krone das Grundstück an die Stadt München übertragen hat, bedarf noch der Recherche. Ob sich seinerzeit die Stadt München verpflichtete, die öffentliche Grünanlage künftig mit dem ehrenden Namen „Kronepark“ zu bezeichnen, muss ebenfalls noch geklärt werden. Der Kronepark jedenfalls ist seit dem Jahr 1958 eine städtische Grünanlage und mit nahezu 20.000 Quadratmetern ein grünes Herzstück von höchstem Erholungswert. Von seiner Größe her ist der Kronepark mit dem Finanzgarten vergleichbar.



1960 – Das Ruinengrundstück der ehemaligen Villa Freundlich

München-Maxvorstadt * Das Ruinengrundstück der ehemaligen Villa Freundlich an der Briener Straße 43 gehört der Süddeutschen Treuhandgesellschaft, von der es später an die Landeshauptstadt München übergeht.

April 1961 – Der Cowboy Club München 1913 muss den Nockherberg verlassen

München-Au * Der Cowboy Club München 1913 will auf dem Nockherberg eine neue Club-Ranch und einen neuen Pferdestall erbauen und damit die vereinseigenen Pferde auf die „Nockher-Ranch“ holen. Anfangs sind die Pferde des Cowboy Clubs München in einer Lackiererei an der Lilienstraße, später in einem Holzhaus nahe der Schinderbrücke beim Flaucher untergebracht. Doch als Frau Ida Krone stirbt, müssen die Westernfreunde ihre „Ranch am Nockherberg“ räumen, nachdem die Zirkusfamilie Krone das Gelände an der Marsstraße im Tausch mit dem Nockherberg-Areal erhalten kann.

Mai 1961 – Der Cowboy Club München 1913 erhält ein Gelände an der Floßlande

München-Au - München-Thalkirchen * Diesmal kommt dem Cowboy Club München 1913 e.V. die Glücksgöttin Fortuna in Form des Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel zu Hilfe. Mit seiner Unterstützung erhält der Verein ein viertausend Quadratmeter großes Gelände an der Floßlande in Thalkirchen zur Verfügung gestellt.

22. Juni 1961 – Tony Sheridan and The Beatles

Hamburg * Gemeinsam mit Tony Sheridan nehmen die Beatles „The Saints (When The Saints Go Marching in)“, produziert von Bert Kaempfert, auf Single auf. Die B-Seite der Single heißt „My Bonnie (Lies Over The Ocean)“ und handelt von Bonnie Prince Charles, der anno 1745 in Schottland landet und von dort einen Aufstand gegen die britische Krone beginnt.

22. Juli 1961 – Grundsteinlegung für eine Cowboy-Ranch

München-Thalkirchen * Mit Cowboyhut legt Münchens „Stadtoberhäuptling“ Dr. Hans-Jochen Vogel den Grundstein zur neuen Ranch des Cowboy Clubs München von 1913 an der Floßlande



in Thalkirchen. Da waren Bombentrichter und Urwald, die mit Hilfe von Bulldozern der amerikanischen Armee bearbeitet werden müssen.

22. Juli 1961 – Stadtoberhäuptling Hans-Jochen Vogel im Reservat

München-Thalkirchen * Mit Cowboyhut auf dem Kopf legt Münchens Stadtoberhäuptling Dr. Hans-Jochen Vogel anno 1961 den Grundstein zur neuen Ranch des Cowboy Clubs München von 1913 auf einem 4.000 Quadratmeter großes Gelände an der Floßlande in Thalkirchen. Doch da sind Bombentrichter und Urwald, die mit Hilfe von Bulldozern der amerikanischen Armee bearbeitet werden müssen.

10. August 1963 – Die Ranch des Cowboy Clubs wird eingeweiht

München-Thalkirchen * Mit großen persönlichen und finanziellen Opfern der Mitglieder des Cowboy Clubs München von 1913 kann die Ranch an der Floßlande in Thalkirchen eröffnet werden. Seit dieser Zeit rauchen die Indianerfeuer - mit Saloon, eingezäuntem Reitplatz, Pferdeställen und Bogenschießstand. Der „Long-Horn-Saloon“ bildet das Allerheiligste des Cowboy Clubs. Hier ist alles stilecht und erinnert an die Zeit um 1880. Nur der mächtige Kopf eines Elchbullen ist gefälscht. Er war in Wirklichkeit eine Elchkuh, die man nachträglich mit einem Schaufelgeweih ausstattete. An einer anderen Wand hängt der wollige Schädel eines Bisons. Darunter befinden sich die Porträts der drei Vereinsgründer; fast so, als wären sie die Club-Heiligen. Links und rechts davon stehen die Vitrinen voller Wild-West-Devotionalien, die schon Fred Sommer zu sammeln begann. Neben den bereits erwähnten Ausstellungsstücken noch eine Sioux-Weste, Uniformen aus der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges, ein handsigniertes Bild von Buffalo Bill, das Hutband von John Wayne, mexikanische Sporen und vieles andere mehr.

10. August 1963 – Die Ranch des Cowboy Clubs München 1913 wird eröffnet

München-Thalkirchen * 50 Jahre nach der Vereinsgründung kann die „Ranch“ des Cowboy Clubs München 1913 - mit großen persönlichen und finanziellen Opfern der Mitglieder - eröffnet werden.



28. August 1963 – Martin Luther King: „I have a Dream“

Washington D.C. * Der Baptistenprediger Martin Luther King spricht vor 250.000 Menschen in Washington D.C., um für seine afroamerikanischen Mitbürger „Freiheit, Gleichheit und Arbeitsplätze“ zu fordern. Die Rede beginnt mit den Worten „I have a Dream“. Er träumt darin davon, „dass meine Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilt werden“. Er hebt hervor, dass „der Schwarze auf einer einsamen Insel der Armut inmitten eines weiten Ozeans des materiellen Wohlstands“ lebt, ja, er lebt „in seinem eigenen Lande im Exil“. Unter den Zuhörern befindet sich auch Bob Dylan. Präsident John F. Kennedy wollte die Demonstration bis zuletzt verhindern.

30. Mai 1964 – München geht eine Städtepartnerschaft mit Bordeaux ein

München - München-Haidhausen - Bordeaux * München geht eine Städtepartnerschaft mit der südwestfranzösischen Stadt Bordeaux ein. Beide Städte widmen im Laufe ihrer Beziehungen der jeweiligen Partnerstadt eine Straße oder einen Platz. Bordeaux benennt an der repräsentativen Esplanade des Quinconces in zentraler Lage die Allée de Munich. Bayerns Landeshauptstadt München wählt einen völlig anderen Weg und stellt im Jahr 1976 am Forum der Wörthstraße einfach neue Tafeln mit dem Namen Bordeauxplatz auf. Mit dem Forum wird ganz bestimmt einer der ansprechendsten Plätze in Haidhausen gefunden, auch wenn die Wörthstraße an eine der blutigsten Schlachten erinnert. Ob es aber amtliche Befürchtungen sind, die den Münchnern die möglicherweise schwierige Schreibweise der Partnerstadt nicht zutrauen oder nur einfach die Angst vor allzu viel Veränderung, ist nicht überliefert. Jedenfalls besitzt der Bordeauxplatz bis heute keine Hausnummer, weshalb auch an eine solche Anschrift kein Brief zugestellt werden kann. Die den Platz säumenden Häuser führen auch weiterhin die fortlaufenden Hausnummern der Wörthstraße.

8. Januar 1965 – Hans Joachim und Amélie Ziersch kaufen die Stuck-Villa

München-Haidhausen * Hans Joachim und Amélie Ziersch kaufen die Stuck-Villa um 1,1 Millionen DMark und verpflichten sich, in den Räumen der ehemaligen Künstler-Residenz ein Museum einzurichten. Die Landeshauptstadt München gewährt im Gegenzug einen einmaligen Zuschuss von 500.000 DMark.



2. März 1965 – Lawine reißt Reisebus in die Tiefe

Untertauern * Am Faschingsdienstag erfasst gegen 16.45 Uhr eine Lawine am sogenannten Gnadenfall auf der Radstädter Tauernstraße einen Postbus mit 37 Insassen. Die überwiegend schwedischen und finnischen Jugendlichen befinden sich nach einem Skitag in Obertauern auf der Rückfahrt zu ihrem Quartier. Die Schneemassen reißen den Bus rund 50 Meter über eine Böschung, bis er an einem Baum zum Stillstand kommt. Schnee dringt in das Fahrzeug ein und verschüttet zahlreiche Reisende. Für 14 Jugendliche kommt jede Hilfe zu spät; die übrigen Insassen, darunter der Busfahrer, werden gerettet. Das als „Schwedenunglück“ bekannt gewordene Ereignis zählt zu den schwersten Lawinenkatastrophen des Landes Salzburg.

13. März 1965 – Die Beatlemania erreicht Salzburg

Salzburg-Maxglan * Die Beatles landen mit einem rund 66-köpfigen Filmteam am Salzburger Flughafen. Von hier aus reisen sie nach Obertauern weiter, wo sie die Winterszenen für ihren zweiten Spielfilm „Help!“ drehen. Etwa 4.000 begeisterte Fans erwarten die „Fab Four“; einige von ihnen kommen in Sonderbussen aus dem benachbarten Bayern. Rund 100 Polizisten sichern die Ankunft. Unter die jubelnde Menge mischen sich 40 bis 50 Schülerinnen und Schüler mit Blasmusik und Transparenten wie „Beatles go home“, „Verstärkung für den Alpenzoo“ und „Hoch dem Eunuchenchor“. Besonders geschmacklos wirkt die Parole „Lawinen, marsch!“: Erst elf Tage zuvor sind bei dem Busunglück zwischen Ober- und Untertauern 14 skandinavische Jugendliche ums Leben gekommen. Beatles-Fans bewerfen die Demonstrierenden mit Schneebällen und drängen sie schließlich vom Flughafengelände.

21. Mai 1965 – Die Queen in München

München * Die englische Königin und ihr Ehemann Prinz Philip treffen im Rahmen ihrer Deutschlandreise bei eher kühlem Frühlingswetter in München ein. Ihr Aufenthalt dauert 14 Stunden. Lange genug, um in den Straßen der Landeshauptstadt eine wahre Volksfeststimmung herrschen zu lassen. Hunderttausende säumten die Straßen und bereiteten der freundlich lächelnden und jugendlich wirkenden Queen bei ihrer Fahrt im offenen Wagen frenetische Ovationen. Ministerpräsident Alfons Goppel drückte diese Stimmung mit den Worten aus: „Die Herzen des bayerischen Volkes schlagen Eurer Majestät entgegen!“ Die Bayern widersetzten sich allen von oben erlassenen Anordnungen zum Aufenthalt der Queen und gestalteten den Besuch weitgehend nach ihrem eigenen Willen. Die Staatsregierung reizte mal wieder alle Möglichkeiten aus, um vor der Weltöffentlichkeit ihr ausgeprägtes weiß-blaues



Staatsbewusstsein zu zelebrieren und mithilfe von Zeremoniell und Symbolik souveräne Staatlichkeit zu beweisen. Auf Veranlassung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel spielt die Blaskapelle beim Ankommen des Sonderzuges der britischen Königin Elisabeth die Bayerische Nationalhymne, obwohl der Bundespräsident Heinrich Lübke dies der Staatsregierung zuvor ausdrücklich untersagt hatte. Die königlichen Gäste von der Insel mussten sich alle Strophen der „Bayern-Hymne“ anhören, was Prinz Philip zur Bemerkung hinreißen lässt: „Oh, ein ganzes Konzert.“ Wegen der „Bayern-Hymne“ schlitterte die Bundesrepublik Deutschland beinahe in eine Staatskrise. Der bayerische Ministerpräsident riskierte wegen seines Trotzes ein Verfahren wegen „separatistischer Machenschaften“. Letztlich stärkte der Queen-Besuch nicht nur den Freistaat Bayern, sondern auch die Popularität des Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

23. Juni 1966 – Die Beatles kommen nach München

London - München * Um 11:20 Uhr heben die Beatles mit dem Flug BE502 mit der BEA-Linienmaschine Comet IV vom Londoner Flughafen ab, um um 12:56 Uhr in München-Riem zu landen. Endlich sind sie da. George Harrison, Paul McCartney, John Lennon und Ringo Starr treffen erstmals und höchstpersönlich in München ein. Und als „die vier Sängerknaben mit der Mädchenfrisur“ das Flugzeug verlassen, werden sie „von lustigen Teenagern zumeist“ begeistert empfangen. Man hat sie bis zur Landung des Flugzeugs mit Beatmusik bei Laune gehalten. Die Mädchen tragen Pony, die Haare hochtoupirt, sowie bonbonfarbene, schenkelkurze Op-Art-Kleidchen und Pumps. Die Burschen bekleiden sich mit hautengen Jeans und schwarzen T-Shirts oder geblühten Hemden. Ihre Haare bedecken zwar die Ohren, reichen aber noch nicht bis zur Schulter. Dazwischen sind auch „einige wüstere Typen mit verfilztem, schulterlangem Haar, im obligatorischen Snow Coat mit aufgemalten Atomwaffengegner-Abzeichen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die Mädchen halten bemalte Schilder hoch und alles sieht friedlich aus. Doch es muss schon ein sehr trügerischer Friede sein, denn auf je fünf Fans kommt ein Polizist. 200 Staatliche Ordnungskräfte sorgen für einen reibungslosen Ablauf. Außerdem ist die Straße rechts vom Hauptgebäude auf einer Länge von fast einhundert Metern abgesperrt worden. Noch auf der Rolltreppe werden die Fab Four mit extrem saublöden Fragen interviewt. Ringo Starr antwortet auf dem Flughafen auf die Frage eines Reporters: „Warum stehen Sie immer so spät auf?“ mit der Gegenfrage: „Wollen Sie schon in aller Frühe unseren Lärm hören?“ Total unverständlich findet der Münchner Merkur die Popularität der Beatles, da die Vier doch nur Nachteile vorzuweisen hätten: „Der kurzsichtige John Lennon, der Linkshänder Paul McCartney, George Harrison mit den abstehenden Ohren und Ringo Starr mit der übergroßen Nase.“ Außerdem überreicht man ihnen Lederhosen mit Hirschknöpfen und weiße



leinene Trachtenhemden. Schon während des Flugs hat man ihnen einen Tirolerhut übergeben, den der „großnasige“ Ringo beim Verlassen des Flugzeugs zu seiner braunen Lederjacke trägt. „Machen Sie Platz für die Beatles!“. Die Ampeln sind für die vier Musiker auf Grün gestellt. So fahren sie über die Prinzregentenstraße, vorbei an den Vieltausenden, Fähnchen schwenkenden, „Yeah-yeah-yeah!“ kreischenden Münchner Beatles-Fans. Es herrscht einfach eine freundliche Stimmung an diesem 23. Juni 1966. In dem Auto mit dem Kennzeichen M-TX 107 sitzen die Beatles. Um den wartenden Fans zu entkommen, fährt der Mercedes die Tiefgarage von hinten an, sodass die Gruppe um 13:45 Uhr das Hotel durch den Lieferanteneingang betreten kann. Während die Musiker durch den Hintereingang verschwinden, warten auf dem Promenadeplatz etwa 3.000 Fans und Neugierige mit Transparenten. Neun Hausdiener und eine Handvoll Polizisten sollen den Bayerischen Hof gegen den Ansturm der Beatles-Fans verteidigen. „Die Scheiben sind vorsorglich beim Glaser bestellt“, diktiert Hotelchef Falk Volkhardt einem Reporter in den Block. Nichts passiert. Nur junge Frauen und Männer warten auf dem Promenadeplatz sehnsüchtig auf den Augenblick, dass sich ihre Idole an einem der Fenster zeigen. Oben im fünften Stock tun diese den Fans ein einziges Mal den Gefallen und treten ans Fenster, um ein paar Autogramme auf die Straße zu werfen. Für 16:00 Uhr ist im Nachtclub des Hotels Bayerischer Hof eine Pressekonferenz anberaumt. Diese beginnt 20 Minuten später, weil der Fahrstuhl stecken bleibt. Statt der erlaubten 10 haben sich 15 Personen in den Aufzug gequetscht. Zuerst werden Fotos der Fab Four geschossen, danach dürfen die Journalisten die Beatles 13 Minuten befragen. Dazwischen bekommen sie noch den „Goldenen BRAVO Otto“ in der Kategorie Beste Beatband überreicht. Zur gleichen Zeit tagt im Polizeipräsidium an der Ettstraße ein Krisenstab, denn den deutschen Behörden und der Polizei waren Popstars samt den kreischenden Fans ausgesprochen befremdlich. Aus Anlass des Beatles-Gastspiels richtet man in München einen Krisenstab ein, dem der Polizeipräsident, zwei Einsatzleiter und ein erst kurz zuvor installierter psychologischer Fachmann angehören. Deeskalation fordert der Psychologe, was natürlich umfangreiche polizeiliche Vorbereitungen notwendig macht, um Massenaufläufe möglichst zu verhindern oder zumindest unter Kontrolle zu halten. So bekommen die Beatles die Kehrseite ihres Ruhmes zu spüren. Ihnen wird ein abendlicher Schwabing-Bummel aus Sicherheitsgründen verboten, weshalb sie die ganze Zeit ihres München-Aufenthaltes im Bayerischen Hof verbringen müssen. Die Abendzeitung schreibt beschwichtigend: „Die Herren tragen zwar unorthodoxe Haartracht und veranstalten einen für musikalische Ohren beschwerlichen Lärm, aber im Grunde sind sie harmlos und übermütig, und in ihren Liedern kommt nichts Unanständiges vor.“ Die Polizei hat eine Fälscherbande hochgenommen, die 125 gefälschte Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte zu Horror-Preisen verkauft hat. Am frühen Abend machen die Beatles eine Generalprobe auf ihrem Zimmer, da sie bis zum 21. Juni 1966 jeden Tag mit den Aufnahmen zur LP „Revolver“ beschäftigt waren. Gegen 21:30 Uhr betreten die vier Beatmusiker das 16 Meter lange Schwimmbad auf dem Dach



des Hotels Bayerischer Hof, das extra für die Beatles reserviert und eigens für diesen Zweck mit neuem Wasser gefüllt worden war. Der einzige Schwimmer ist Paul, der sich mit einer geliehenen Badehose in die Fluten stürzt, während die drei anderen „kühles Nass aus Whiskeyflaschen“ vorziehen. Fortsetzung folgt !

1967 – Eingliederung des restlichen Maffei-Geländes in den Englischen Garten

München-Englischer Garten - Hirschau * Eingliederung des restlichen Maffei-Geländes in den Englischen Garten.

1967 – Nachnutzung des ehemaligen Synagogengeländes

München-Kreuzviertel * Unter Teilen des ehemaligen Grundstücks der 1938 zerstörten Hauptsynagoge wird eine Tiefgarage für den Karstadt-Konzern errichtet. Die kommerzielle Nutzung des Areals steht exemplarisch für den lange Zeit zurückhaltenden Umgang mit den Erinnerungsorten jüdischen Lebens in München. Erst allmählich rückt die historische Bedeutung des Geländes wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein.

1967 – Die Evangelisch-lutherische Landeskirche verkauft die Hildebrand-Villa

München-Bogenhausen * Die Evangelisch-lutherische Landeskirche verkauft das Anwesen in der Maria-Theresia-Straße 23 für 630.000 Mark an den Generalkonsul Heckelmann.

1968 – Der Templer-Orden erwirbt die ehemalige Winterhalter-Villa

München-Untergiesing * Der Templer-Orden erwirbt von der Landeshauptstadt München die unter Denkmalschutz stehende ehemalige Winterhalter-Villa an der Birkenleiten 35 und baut sie für seine Zwecke und Bedürfnisse aus. Seither befindet sich hinter dem hohen schmiedeeisernen Gitter das „Trinitarion des orientalisch-orthodox-katholischen und kreuzritterlichen Chor- und Hospitaliter-Ordens der Templer e.V.“. Und das ist auch richtig, bezeichnet aber nur den sozialen Bereich, den sich die hier befindliche religiöse Ordensgemeinschaft auferlegt hat: die Speisung der Armen. Nichts aber deutet darauf hin, dass sich in der ehemaligen Villa des Hofgoldschmieds und Juweliers Karl Winterhalter das Archiconvent des Templerordens, also der Hauptsitz der Templer-Ordensgemeinschaft in



Deutschland befindet.

1968 – Die Templergemeinschaft erwirbt die Villa an der Birkenleiten

München-Untergiesing * Die Templer-Ordensgemeinschaft erwirbt von der Landeshauptstadt München die ehemalige Villa des Hofgoldschmieds und Juweliers Karl Winterhalter an der Birkenleiten 35. In den folgenden Jahren baut sie das Anwesen für ihre religiösen und sozialen Aufgaben aus.

1972 – Die neue Schalterhalle im Ostbahnhof geht in Betrieb

München-Haidhausen * Mit der Eröffnung der S-Bahn nimmt die neue Schalterhalle im Ostbahnhof neben dem alten Bahnhofsgelände ihren Betrieb auf.

1972 – Der Kriechbaumhof ist noch bis Anfang der 1970er-Jahre bewohnt

München-Haidhausen * Der Kriechbaumhof steht noch an seinem ursprünglichen Standort im Hinterhof auf dem Gelände zwischen der Wolfgang-, Walser- und Jugendstraße. Er ist noch bis Anfang der 1970er-Jahre bewohnt.

1974 – Die Bayerische Landesbank kauft das Wittelsbacher Palais

München-Maxvorstadt * Das Gelände des Wittelsbacher Palais an der Briener Straße 50 wird von der Bayerischen Landesbank erworben. Dort entsteht ihre neue Verwaltungszentrale. Der erwartete Erlös von 50 Millionen D-Mark soll als Grundstock für ein später zu errichtendes Kulturhaus dienen. In diesem Zusammenhang ist auch die Realisierung eines Mahnmals für die Opfer des NS-Terrors vorgesehen. Damit beruhigen sich die öffentlichen Diskussionen zunächst. Das Vorhaben eines eigenständigen Mahnmals am historischen Standort der ehemaligen Gestapo-Zentrale wird vorerst ebenso zurückgestellt wie die Planungen für ein Kultur- und Volksbildungshaus.

1976 – Ein Haidhauser Muster-Sanierungsblock wird ausgewählt



München-Haidhausen * Der kleine dreieckige Block zwischen Wolfgang-, Leonhard- und Preysingstraße wird als Muster-Sanierungsblock ausgewählt. Unter der Bezeichnung „Block 15“ soll hier - erstmals in einer mit den Bewohnern abgestimmten Aktion - Einigung über das weitere Vorgehen erzielt werden. Gewerbe soll verpflanzt und Mieter vorübergehend in andere Wohnungen umgesetzt werden, um sie anschließend in verbesserte Wohnräume zurückkehren zu lassen. Das Baureferat der Landeshauptstadt richtet dazu extra eine Bürgerberatungsstelle in der Milchstraße ein und führte für dieses Vorhaben genaue strukturelle und soziale Untersuchung durch. In dem Block wohnen über 150 Bewohner in siebzig Haushalten. Durch die Neubauten kann die Umsetzung der Mieter innerhalb desselben Blocks geschehen. Ein Gewerbebetrieb - eine kleine Kohlenhandlung - muss umziehen, womit Schmutz und Lärm aus dem Viertel verlagert werden kann, doch nun ist es andererseits den Haidhausern nicht mehr möglich, einen geringen Brennstoff-Bedarf durch Selbstabholung zu decken. Umweltfreundlichkeit wird groß geschrieben. Eine Kastanie wird mit einem finanziellen Aufwand in Höhe von 15.000 DMark gerettet, eine kleine Tiefgarage gebaut, die Höfe begrünt und die Leonhardstraße in eine kleine Fußgängerzone umgewandelt.

18. November 1976 – Die CSU kündigt in Wildbad Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU

Wildbad Kreuth * Mit 30 gegen 18 Stimmen bei einer Enthaltung beschließt die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag auf ihrer Klausurtagung am 18. und 19. November in Wildbad Kreuth, die Fraktionsgemeinschaft mit der Christlich Demokratischen Union - CDU im Deutschen Bundestag aufzukündigen und im 8. Deutschen Bundestag eine selbstständige Fraktion zu bilden. Der Beschluss bedeutet eine tiefe Zäsur im traditionell schwierigen Bündnisverhältnis zwischen CDU und Christlich Sozialer Union - CSU. Aktueller Anlass für den einseitigen Trennungsbeschluss waren das Ergebnis und die Folgen der Bundestagswahl vom 3. Oktober 1976.

29. November 1976 – CDU droht mit der Gründung eines Landesverbands in Bayern

Bonn * Der CDU-Bundesvorstand fordert die CSU-Führung auf, bis zum Tag der konstituierenden Sitzung des 8. Deutschen Bundestages die Fraktionsgemeinschaft wieder herzustellen. Andernfalls wird die CDU in Bayern einen Landesverband gründen.

2. Dezember 1976 – Die CSU-Führung knickt ein



München * Die CSU-Führung beginnt einzulenken. In Bayern ruft der Trennungsbeschluss von Kreuth vor allem an der fränkischen und schwäbischen CSU-Basis Unmut und Widerspruch hervor. Drei CSU-Bezirksverbände fordern einen Sonderparteitag. Sie befürchten, dass die Gründung eines CDU-Landesverbandes der bayerischen Regierungspartei und damit der Gesamtunion gravierend schaden können.

9. Dezember 1976 – Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth wird aufgeweicht

Bonn * Franz Josef Strauß bietet nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstandes und der CSU-Landesgruppe der CDU neue Gespräche an. Der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth ist zwar nicht aufgehoben, aber „durch neue Vorschläge“ überlagert worden.

1977 – Die Fresken in der Bogenhalle der Residenzpost werden erneuert

München-Graggenau * Die Fresken in der Bogenhalle der Residenzpost werden durch Max Lacher erneuert. Der inzwischen schadhafte „Klenze-Portikus“ wird in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege unter Berücksichtigung von Befunduntersuchungen und unter Benutzung der farbigen Pläne Klenzes erneuert.

1978 – Frauen können in Bundesländern Schutzpolizistinnen werden

Bundesrepublik Deutschland * Frauen können in den ersten Bundesländern Schutzpolizistinnen werden.

28. September 1979 – Bund und Länder beschließen ein Entsorgungskonzept

Bonn * Bund und Länder verständigen sich mit dem „Beschluss zur Entsorgung der Kernkraftwerke“ auf ein integriertes Entsorgungskonzept. Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente bleibt der bevorzugte Weg. Gleichzeitig soll die direkte Endlagerung als Alternative geprüft werden.

28. September 1980 – Gewerkschaften, Kirchen und Politiker rufen zu mehr Toleranz auf



München * Am „Tag des ausländischen Arbeitnehmers“ rufen Gewerkschaften, Kirchen und Politiker zu mehr Toleranz gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern auf. Man appelliert an die Bevölkerung, der von neonazistischen Kräften geschürten Ausländerfeindlichkeit entgegenzutreten.

1982 – Die Landeshauptstadt erwirbt Teile des Milchhofs München

München-Berg am Laim * Die Landeshauptstadt München erwirbt den größten Teil des Areals an der Friedenstraße, auf dem sich die Milchhof München GmbH befindet.

1982 – Eine hohe Brauereidichte in Bayern

Freistaat Bayern - Europa * Alle Brauereien in Bayern haben einen durchschnittlichen Ausstoß von 29.700 Hektolitern. Das liegt an der hohen Brauereidichte in Bayern.

8. Oktober 1982 – Das Deutsche Theater nach 5-jähriger Sanierung wiedereröffnet

München-Ludwigsvorstadt * Das Deutsche Theater kann nach Abschluss der fast fünfjährigen Generalsanierung unter der Leitung von Reinhard Riemerschmid, wieder feierlich eröffnet werden. Die Kosten sind explodiert. Aus den ursprünglich angesetzten drei Millionen sind 54 Millionen geworden. Bei der Eröffnung spricht „Loriot“ vom „schönsten Theater in der Schwanthalerstraße“. Das ist aber kein Wunder, denn es gibt ja nur eines. Die Landeshauptstadt München hat das Deutsche Theater übernommen, nachdem sich kein privater Betreiber finden lässt.

19. September 1983 – Mehr als 53.000 Einwendungen gegen die WAA

München - Schwandorf * Der Sicherheitsbericht für die erste atomrechtliche Teilgenehmigung liegt vom 19. September bis 18. November 1983 beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen in München sowie beim Landratsamt Schwandorf öffentlich aus. Gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage werden 53.017 Einwendungen eingereicht - eine für ein atomrechtliches Verfahren dieser Zeit außergewöhnlich hohe Zahl.

24. September 1984 – Die erste Teilerrichtungsgenehmigung wird erteilt



München-Bogenhausen * Das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen erteilt die erste atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA Wackersdorf. Sie erlaubt insbesondere die Rodung und Einzäunung des Geländes sowie Arbeiten am Brennelement-Eingangslager. Dieses soll bis zu 1.500 Tonnen abgebrannter Brennelemente aufnehmen.

25. September 1984 – Zwei kleine Männer rasen wie ungebremsste Lokomotiven aufeinander

München-Theresienwiese * Günter Jauch, Journalist beim Bayerischen Rundfunk, findet heraus, dass in Richard Süßmeiers Armbrustschützenzelt aus einem Hirschen (200-Liter-Fass) 289 Mass Wiesnbier ausgeschenkt werden. Süßmeier nimmt das Ganze auf die leichte Schulter und macht sich darüber lustig. Peter Gauweiler, CSU-Stadtrat und Kreisverwaltungsreferent, geht gegen Süßmeier wegen betrügerischen Einschenkens vor. Der Wiesnwirt beruft daraufhin eine Pressekonferenz ein, verkleidet sich als Gauweiler und hängt Gauweiler-Plakate mit dem Schriftzug „Gauweiler sieht Dich!“, „Gauweiler paßt auf!“ und „Gauweiler is watching you!“ an die Zeltwände. Sein Schankkellner Biwi Wallner zeigt schließlich noch, wie man aus einem ganzen Hendl drei halbe Hendl machen kann. Dass er zuvor eine Hälfte hatte einnähen lassen, finden nicht Alle lustig. Allen voran Peter Gauweiler. Bei der darauf folgenden einer Razzia in Süßmeiers Armbrustschützenzelt werden 23 „Verstöße gegen das Ausländerrecht“ festgestellt. Einige Hilfskräfte haben illegal gearbeitet. Süßmeiers Beteuerungen, er habe davon nichts gewusst, glaubt die Gegenseite natürlich nicht - und handelt: Gauweiler entzieht Süßmeier die Festzeltkonzession. Zwei Tage später wird mit Helmut Huber ein neuer Wirt eingesetzt.

1985 – Die Landeshauptstadt München fördert die Münchner Aids-Hilfe

München-Isarvorstadt * Die Landeshauptstadt München fördert die neu gegründete Regionalgruppe der Münchner Aids-Hilfe.

1985 – Die Stadt München kauft die Villa Stuck

München-Haidhausen * Die Landeshauptstadt München kauft den Atelier- und Wohntrakt der Villa Stuck an der Ismaninger Straße und überlässt ihn dem „Jugendstil-Verein“. Gleichzeitig erhöht die Stadt ihren jährlichen Zuschuss von 99.000 auf 180.000 DMark.



Januar 1986 – Das Baugelände wird abgeriegelt

Wackersdorf * Rund um das WAA-Gelände entsteht ein provisorischer Bauzaun. Transporte von Baumaschinen und Baumaterial erreichen das Gelände teilweise unter Polizeischutz. Der zunächst einfache Zaun wird in den folgenden Monaten zu einer massiven, technisch gesicherten Absperranlage ausgebaut.

26. April 1986 – Die Katastrophe von Tschernobyl führt zum Umdenken

München-Untergiesing * Ein Wasserkraftwerk an der Bäcker-Kunstmühle entsteht. Die Verhandlungen zwischen Günter Tremmel und der Landeshauptstadt München ziehen sich bereits sieben Jahre hin, bis sich schließlich die Katastrophe im Kernkraftwerk von Tschernobyl ereignet. Diese führt dazu, dass sich erstmals breite Gesellschaftsschichten mit den Gefahren der Kernkraft konfrontiert sehen. Die bislang nur in kleinen Gesprächszirkeln diskutierten Fragen nach alternativen Energie- und Technologieformen erfasst nun auch das Interesse der Öffentlichkeit und führen zum Umdenken. Nicht mehr einzelne Energieformen sind gefragt, sondern ein Mix aus einer Vielzahl von alternativen und wieder erneuerbaren Energien werden das Ziel, Forderungen nach einem Ausstieg aus der Atomkraft werden erstmals laut formuliert.

Juli 1986 – Das WAA-Gelände wird zur Hochsicherheitszone

Wackersdorf * Der provisorische Bauzaun wird durch eine massive Sicherheitsanlage ersetzt. Ein rund 2,5 Meter hoher und etwa 4,8 Kilometer langer Stahlzaun mit Stacheldraht, Beleuchtungsanlage und einer Ringstraße umschließt fortan das WAA-Gelände. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 15 Millionen DM. Der neue Zaun prägt das Erscheinungsbild des Konflikts. Für die Betreiber und die Staatsregierung dient er dem Schutz der Baustelle; für die WAA-Gegner wird er zum Symbol der staatlichen Abschottung und der zunehmenden Militarisierung des Baugeländes.

1. Oktober 1987 – Die Landeshauptstadt München kauft das Karl-Valentin-Geburtshaus

München-Au * Die Landeshauptstadt München [Kulturreferat] kauft das Karl-Valentin-Geburtshaus in der Zeppelinstraße 41 um 1,6 Millionen DMark und lässt es sofort unter Denkmalschutz stellen.



26. Januar 1988 – Antrag auf die zweite Teilerrichtungsgenehmigung

München-Bogenhausen * Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) beantragt beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen die zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung für die WAA. Sie betrifft den weiteren Ausbau der Anlage, insbesondere das Hauptprozessgebäude und Änderungen am ursprünglichen Baukonzept. Der Antrag führt zu einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung mit der Auslegung des Sicherheitsberichts und einem weiteren Erörterungstermin.

21. Februar 1988 – Ein „Stein des Anstoßes“ erinnert an Kurt Eisner

München-Kreuzviertel * Am 69. Jahrestag der Ermordung Kurt Eisners greifen Aktive des Vereins „Das andere Bayern“ erneut mit einer Kunstaktion in die verschleppte Denkmaldebatte ein. Unter dem Titel „Stein des Anstoßes“ stellen sie einen eigens gestalteten Gedenkstein mitten auf den Gehweg der Kardinal-Faulhaber-Straße – unmittelbar am Tatort. Die Aktion fordert eine sichtbare und würdige Erinnerung an den Gründer des Freistaats Bayern und dessen ersten demokratischen Ministerpräsidenten. Doch die Polizei beschlagnahmt den Stein als Beweismittel. Daraufhin schenken ihn die Beteiligten der Landeshauptstadt München.

April 1988 – Rekordzahl an Einwendungen

Wackersdorf - München * Mit Ablauf der Einwendungsfrist liegen dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen rund 880.000 Einwendungen gegen die zweite atomrechtliche Teilerrichtungsgenehmigung vor. Etwa 420.000 bis 453.000 Einwendungen stammen aus Österreich. Damit entwickelt sich das Verfahren zum bis dahin größten atomrechtlichen Beteiligungsverfahren in der Bundesrepublik.

3. August 1988 – Erörterungstermin wird vorzeitig beendet

Neunburg vorm Wald * Nach 23 Tagen erklärt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen den Erörterungstermin zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung vorzeitig für beendet. Vorausgegangen sind anhaltende Auseinandersetzungen über den Ablauf und eine Protestaktion der Umweltorganisation Robin Wood, deren Aktivisten gelbe, als Atommüllbehälter gekennzeichnete Fässer in die Stadthalle rollen. Die Genehmigungsbehörde begründet die Beendigung mit den wiederholten Störungen.



WAA-Gegner kritisieren dagegen, dass zahlreiche Einwendungen und sicherheitsrelevante Fragen nicht abschließend behandelt worden seien. Der umstrittene Abbruch beschäftigt später auch den Bayerischen Landtag.

28. September 1988 – Verdacht auf manipulierte WAA-Gutachten

München-Haidhausen * SPD und Grüne beantragen im Bayerischen Landtag einen Untersuchungsausschuss. Er soll klären, ob Beamte des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen politischen Einfluss auf wissenschaftliche Gutachten zur WAA genommen haben. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Vorwurf, kritische Messwerte zur radioaktiven Belastung nicht ausreichend berücksichtigt oder nachträglich abgeschwächt zu haben. Der Landtag setzt den Untersuchungsausschuss am 2. Februar 1989 ein. Die Ausschussmehrheit und die Opposition gelangen später zu unterschiedlichen Bewertungen der Vorwürfe.

1. November 1988 – Künstler protestieren gegen die WAA

Wackersdorf * Beim „Tag der Künstler gegen Wackersdorf“ setzen Kulturschaffende aus Bayern und Österreich ein öffentliches Zeichen für eine atomfreie Zukunft. An der grenzüberschreitenden Protestveranstaltung beteiligen sich unter anderem Künstler aus dem Umfeld des Salzburger Landestheaters. Kulturelle Beiträge, Gespräche und Aktionen verbinden den politischen Protest mit künstlerischen Ausdrucksformen.

2. Februar 1989 – Untersuchungsausschuss zu den WAA-Gutachten

München-Haidhausen * Der Bayerische Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss ein, der mögliche Manipulationen und politische Einflussnahmen auf wissenschaftliche Gutachten zur Wiederaufarbeitungsanlage klären soll. Im Mittelpunkt stehen Untersuchungen der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau sowie der Verdacht, Mitarbeiter des Umweltministeriums hätten auf die Bewertung von Messdaten eingewirkt. Der Ausschuss geht auf einen Antrag von SPD und Grünen vom 28. September 1988 zurück. Seine Arbeit führt später zu gegensätzlichen Bewertungen durch die CSU-Mehrheit und die oppositionelle Minderheit.



2. Dezember 1990 – Ergebnis der Bundestagswahl 1990

Bundesrepublik Deutschland - Bonn * Die Bundestagswahl 1990 steht massiv unter dem Eindruck der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Bei der Wahl zum 12. Bundestag erhält die CDU/CSU mit ihrem amtierenden Bundeskanzler Helmut Kohl 43,8 Prozent [- 0,5] und 319 Sitze. Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine erringt 33,5 Prozent der Stimmen [- 3,5] und 239 Sitze. Die FDP bekommt 11,0 Prozent [+ 1,9] und 79 Sitze. Die Grünen kommen auf 3,8 Prozent der abgegebenen Stimmen [- 4,5] und ziehen deshalb nicht in den Deutschen Bundestag ein. Die PDS erkämpft nur 2,4 Prozent der Stimmen und verfehlt damit bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde. Es ist aber vor der Wahl vereinbart worden, dass es genügt, nur in einem der beiden Wahlgebiete diese Klausel zu überspringen. Und das gelingt der PDS in den neuen Bundesländern unproblematisch. Die Partei erhält dadurch 17 Sitze. Das Gleiche gilt für die nur in der ehemaligen DDR antretendem Bündnis 90. Es erhält nur 1,2 Prozent vom Stimmenanteil, zieht aber mit acht Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Helmut Kohl wird Bundeskanzler einer Koalition bestehend aus CDU/CSU und FDP.

1991 – Die Heldenputti werden durch Abgüsse ersetzt

München-Graggenau * Die seit dem Jahr 1991 in den Werkstätten des Bayerischen Landesamtes- für Denkmalpflege restaurierten Heldenputti an der Mariensäule werden zwischen 1994 und 1998 durch Abgüsse ersetzt. Die Originale befinden sich seither im Münchner Stadtmuseum.

20. Dezember 1991 – Der Jugendstil-Verein wird aufgelöst

München-Haidhausen * Der Stuck-Jugendstil-Verein wird aufgelöst. Hans Joachim und Amélie Ziersch schenken die Villa Stuck an die Landeshauptstadt München. Zudem stellen sie eine beträchtliche Geldsumme als „Zustiftung Ziersch“ zur Verfügung. Mit deren jährlichen Zinsen sollen Ankäufe von Kunstwerke ermöglicht werden.

1. Januar 1992 – Das Museum Villa Stuck wird wiedereröffnet

München-Haidhausen * Unter dem Wortungetüm Museum Villa Stuck - Eine Stiftung der Landeshauptstadt München mit Schenkung Hans Joachim Ziersch kann die Künstler-Villa wieder



eröffnet werden.

4. März 1992 – SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt als Krampfhenne verunglimpft

Passau * Ministerpräsident Max Streibl bezeichnet die SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt beim Politischen Aschermittwoch in Passau als „Krampfhenne“.

6. Dezember 1992 – Lichterkette gegen Ausländerhass

München * 400.000 Münchnerinnen und Münchner protestieren mit Kerzen und Fackeln gegen brutale Übergriffe auf Ausländer.

1993 – Ein Wettbewerb für das Technische Rathaus

München-Berg am Laim * Ein Wettbewerb für ein Verwaltungsgebäude der Landeshauptstadt München an der Friedenstraße 40 wird ausgeschrieben.

8. November 1993 – Theo Waigel lehnt die Teilnahme am Festakt zur Freistaatgründung ab

München * CSU-Vorsitzender Theo Waigel sagt seine Teilnahme am Festakt der bayerischen SPD zum 75-jährigen Bestehen des Freistaats Bayern in der Münchner Residenz ab. Der SPD-Landesvorsitzenden Renate Schmidt schreibt er, dass er „die Geburtsstunde des demokratisch verfassten Bayern nicht mit der Ausrufung der Räterepublik durch Kurt Eisner in Verbindung zu bringen vermag“. Diese Begründung vermischt zwei unterschiedliche historische Ereignisse: Eisner ruft in der Revolution vom November 1918 den Freistaat Bayern aus und wird dessen erster demokratischer Ministerpräsident. Die Münchner Räterepublik entsteht dagegen erst am 7. April 1919 – mehr als sechs Wochen nach seiner Ermordung durch den rechtsradikalen Grafen Anton von Arco auf Valley. Unter Eisners provisorischer Regierung bestehen zwar Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, eine Räterepublik wird jedoch nicht ausgerufen.

1994 – Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt



München * Die Münchner Volkshochschule wird in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) umgewandelt. Mit der Umwandlung zur gGmbH erhält die MVHS eine eigenständigere Rechtsform, bleibt aber weiterhin gemeinnützig und öffentlich getragen. Gesellschafter bleiben öffentliche und gesellschaftliche Akteure, insbesondere die Landeshauptstadt München. Die Gemeinnützigkeit bedeutete weiterhin, dass die Einrichtung nicht gewinnorientiert arbeitet, sondern Bildungsaufgaben für die Allgemeinheit erfüllt. Den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm der amtierende Münchner Oberbürgermeister. Die Umwandlung von Volkshochschulen in eigenständige Rechtsformen ist zu dieser Zeit Teil eines breiteren Trends in der Erwachsenenbildung in Deutschland.

1996 – Der Max-Weber-Platz soll dem Soziologen gewidmet werden

München-Haidhausen * Bei der Verleihung des Kulturellen Ehrenpreis der Landeshauptstadt München an den Münchner Soziologen Ulrich Beck im Alten Rathaus, fordert dieser, dass der Max-Weber-Platz endlich nach dem Soziologen Max Weber benannt werden soll. Das ist ein Hinweis auf die bis dahin wenig bekannte Tatsache, dass der Platz in Haidhausen nach einem Magistratsrat aus dem 19. Jahrhundert benannt ist, der mit dem Begründer der deutschen Soziologie nur den Namen gemein hat.

1996 – Das Internationale Generalsekretariat des Templer-Ritterordens in Köln

Köln * Der Templer-Ritterorden nennt sich jetzt „Ordo Militiae Templi Hierosolymitani“ - „Christlicher Ritterorden vom Tempel zu Jerusalem“. Der Sitz des Internationalen Generalsekretariats ist Köln. Der Orden hat circa fünftausend Mitglieder und ist in dreißig Priorate gegliedert. An der Spitze der Ordensleitung steht ein Großmeister. Männer und - inzwischen auch - Frauen können ab dem 18. Lebensjahr Ordensritter und Ordensdamen werden. Ziele des Ordens, der auch karitativ tätig ist und Einrichtungen in Palästina und Israel unterstützt, sind die „Förderung der Einheit aller Christen“ und der „Erhalt der christlichen Kultur des Abendlandes“.

1. Februar 1996 – Rudolph Moshhammer zieht sich vom Projekt Valentin-Geburtshaus zurück

München-Au * Der Modeschöpfer Rudolph Moshhammer zieht sich - völlig frustriert und regelrecht verbittert sowie unter einem Wust von Vorwürfen gegenüber der Landeshauptstadt München - von dem Projekt Karl-Valentin-Geburtshaus in der Zeppelinstraße 41 zurück. Den



Bezirksausschussvorsitzenden Hermann Wilhelm bezeichnet er in diesem Zusammenhang als „Vereinsmeier ohne Durchblick“. Er selbst empfindet sich als ein „Opfer von Zauderern“ im Planungsreferat. Der Herrschneider wörtlich: „Das ganze Land befindet sich in der schwersten wirtschaftlichen Krise, seit seinem Bestehen. Eine Krise, die sich in Zukunft nur noch verschlimmern wird.“ Und weiter: „Angesichts einer solchen Zukunft dürfte man eigentlich gar nichts mehr investieren.“ Zuvor war in mehreren Anträgen des Bezirksausschusses und verschiedenen Bürgerversammlungen gefordert worden, die Verhandlungen mit dem Münchner Modezaren wegen „offensichtlichem Desinteresse“ einzustellen. Die bereits im Herbst 1993 eingereichte Bewerbung des Nachbarn Klaus Schmidt wird an den Planungsausschuss weitergeleitet.

August 1996 – Bürgermeister Hep Monatzeder enthüllt eine Gedenktafel

München-Haidhausen * Bürgermeister Hep Monatzeder enthüllt gemeinsam mit dem Hofbräukeller-Wirt Günter Steinberg und den Enkeln der zwölf am 5. Mai 1919 im Garten des Hofbräukellers ermordeten Perlacher Arbeiter eine Gedenktafel, die an die Vorgänge erinnern soll. Damit will die Landeshauptstadt München verhindern, dass die Opfer der Niederschlagung der Münchner Räterepublik in Vergessenheit geraten. Hep Monatzeder betont dies bei der Enthüllung der Gedenktafel und sagte weiter: „Sie soll aber auch zur Wachsamkeit und zum Widerstand mahnen gegen jedes neue Aufflammen von Rechtsextremismus, Fanatismus und Intoleranz.“

13. September 1996 – Der Kunstpark Ost eröffnet auf dem ehemaligen Pfanni-Gelände

München-Berg am Laim * Auf dem rund 80.000 Quadratmeter großen ehemaligen Pfanni-Gelände an der Grafinger Straße und der Friedensstraße öffnet der Kunstpark Ost. Hinter dem Projekt stehen der Hallenbetreiber Wolfgang Nöth sowie Gabriela und Mathias Scheffel. In den früheren Fabrikgebäuden entsteht ein vielfältiges Kultur- und Ausgehviertel mit mehr als dreißig Diskotheken, Clubs, Bars und weiteren Veranstaltungsstätten. Hinzu kommen Künstlerateliers und kleine Gewerbebetriebe. Das zunächst als Zwischennutzung angelegte Gelände entwickelt sich rasch zu einer der größten Partyzonen Europas und zieht Gäste weit über München hinaus an.

12. Februar 1998 – Die „Neue Messe“ in München-Riem wird eröffnet



München-Riem * Die „Neue Messe“ auf dem ehemaligen Gelände des Flughafens München-Riem wird eröffnet.

2000 – Die gläserne Mass prägt das Oktoberfest

München-Theresienwiese * In den Festzelten wird das Bier überwiegend in gläsernen Maßkrügen ausgeschenkt. Das durchsichtige Gefäß erleichtert Gästen und Kontrollpersonal die Überprüfung der eingeschenkten Biermenge. Der Glaskrug verdrängt den traditionellen Steinzeugkrug bereits seit Jahrzehnten aus dem regulären Wiesnausschank. Als offizieller Oktoberfest-Sammlerkrug bleibt der graue Steinzeugkrug erhalten. Die Landeshauptstadt gibt ihn seit 1978 jährlich mit dem jeweiligen Festmotiv heraus. Seit 1987 ergänzt eine Ausführung mit Zinndeckel die Reihe.

26. September 2005 – Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens zum Wiesn-Attentat

München - Berlin - Wiesbaden * Am 25. Jahrestag des Wiesn-Attentats bringen mehrere Organisationen, Gewerkschaften und Einzelpersonen, darunter mehrere Münchner Stadträte sowie Landes- und Bundespolitiker der SPD, im Deutschen Bundestag einen Antrag zur Wiederaufnahme des Verfahrens ein. Der Antrag findet keine politische Mehrheit und wird vom Bundeskriminalamt - BKA abschlägig beschieden.

Oktober 2005 – Die Residenzpost wird an eine Bietergesellschaft verkauft

München-Graggenau * Eine Bietergemeinschaft bestehend aus der Accumulata Immobilien Development und der LBBW-Immobilien, einer Tochter der Landesbank Baden-Württemberg, erwirbt die ehemalige Residenzpost. Die beiden Firmen haben ambitionierte Pläne für das Gebäude und wollen auf dem rund 4.300 Quadratmeter großen Grundstück ein Luxushotel der Extraklasse entstehen lassen, mit 160 bis 190 Zimmer, passend zur exklusiven Lage. 300 bis 390 Millionen Euro soll das Projekt kosten. Im Gebäude können neben den Hotelzimmern und Suiten, Konferenzräume, ein Ballsaal, ein Wellnessbereich und edle Boutiquen Platz finden. Während die Verhandlungen mit möglichen Investoren geführt werden, beantragen die Eigentümer eine alternative Nutzung. Diese ist ein Mix aus Gastronomie und Geschäften. So findet sich hier die Diskothek „8seasons“, der Feinkosthändler Käfer, das Café L’Opera und andere mehr, darunter auch der Schuhhersteller „Ed. Meier“.



1. September 2006 – Die Länder sind für den Ladenschluss zuständig

Berlin * Mit der Föderalismusreform gehen die Zuständigkeiten für den Ladenschluss auf die Bundesländer über.

17. November 2006 – Das Land Berlin kippt den Ladenschluss an Werktagen komplett

Berlin * Als erstes Bundesland kippt Berlin den Ladenschluss an Werktagen komplett. Geschäfte können von Montag bis Samstag rund um die Uhr öffnen. Zudem dürfen die Läden auch an den Adventssonntagen und bis zu sechs weiteren Sonntagen öffnen. Das benachbarte Brandenburg, aber auch andere Bundesländer ziehen nach.

September 2007 – Der Lüftlmaler Sepp Ingerl malt Boxen des Hofbräuhaus-Festzeltes aus

München-Theresienwiese * Der Lüftlmaler Sepp Ingerl malt viele Boxen des Hofbräuhaus-Festzeltes mit München-Motiven aus. Es gibt einen neuen Zelthimmel mit raute gemusterten Soffbahnen auf denen Masskrüge, Hopfengirlanden und Brezn abgebildet sind.

2009 – Das Surfen an der Floßlände ist nur mehr eingeschränkt möglich

München-Thalkirchen * Das Surfen an der Floßlände in Thalkirchen ist nur mehr eingeschränkt möglich.

30. April 2009 – Zwölf Kuntschaffende werden zum Wettbewerb für das Eisner-Denkmal eingeladen

München * Die Landeshauptstadt München lädt zwölf Künstlerinnen und Künstler zu einem nichtöffentlichen Wettbewerb für ein neues Kurt-Eisner-Denkmal ein. Es soll den Gründer des Freistaats Bayern und dessen ersten demokratischen Ministerpräsidenten würdigen. Gesucht ist eine Skulptur oder ein Kunstobjekt, das Eisners Persönlichkeit und seiner historischen Bedeutung gerecht wird. Der Wettbewerb setzt den Stadtratsbeschluss vom Juni 2008 um.

2012 – Auf dem Gelände des Tölgwerks entstehen 60 Eigentumswohnungen



München-Bogenhausen * Auf dem Gelände des Togonalwerks, dort wo einst Schmerztabletten und Fußpflege-Artikel hergestellt wurden entstehen durch die Bayerische Hausbau sechzig Eigentumswohnungen im gehobenen Segment und moderne Büros. Der neubarocke Bau des ehemaligen Betz'schen Gasthauses an der Ismaninger Straße bleibt bestehen.

22. September 2012 – Oberbürgermeister Christian Ude eröffnet das 179. Oktoberfest

München-Theresienwiese • Mit dem traditionellen Anzapfen des ersten Fasses im Schottenhamel-Festzelt durch den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München wird das 179. Oktoberfest eröffnet. Gewohnt souverän treibt Christian Ude den Wechsel mit zwei kräftigen Schlägen in das Holzfass. Erst mit dem Ausruf „O'zapft is'!“ des Bürgermeisters darf auch in den anderen Zelten Bier ausgeschenkt werden. Dies erledigt Christian Ude beim 17. Einsatz als Anzapfer ohne Probleme. Wie gewohnt fügt er hinzu: „Auf eine friedliche Wiesn!“. Die erste Mass geht direkt an Horst Seehofer in seiner Funktion als Bayerischer Ministerpräsident. Gleichzeitig beginnt das 125. Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest. Es wird vom Ministerpräsidenten Horst Seehofer eröffnet und dauert bis zum 30. September.

21. Juli 2013 – Eine Gedenktafel für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht

München-Haidhausen * Auf dem Gelände des Ostbahnhofs wird eine Gedenktafel auf Privatgrund für die Widerstandsgruppe Weiße Rose angebracht. Zehn Jahre hat der Kampf zwischen den Stadtteilpolitikern und einem Politikwissenschaftler und der Landeshauptstadt andauert.

2014 – Die Surfwelle an der Floßlände ist ganz verschwunden

München-Thalkirchen * Die Surfwelle an der Floßlände in Thalkirchen ist ganz verschwunden, weil die Stadtwerke die Wasserzuführungen stark gedrosselt haben. Dabei galt diese Welle für Anfänger als ideal. Der Eisbach ist nur was für Könnner.

16. März 2014 – Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in München

München * Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 40,4 Prozent, Josef Schmid [CSU] kommt auf



36,7 Prozent. Sabine Nallinger von den GRÜNEN kommt auf 14,7 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 30. März.

Bei der Wahl zum Stadtrat erhält die CSU 32,6 Prozent [+ 4,9] und 26 [+ 3] Sitze. Die SPD erringt 30,8 Prozent der Stimmen [- 8,9] und 25 [- 8] Sitze. Die GRÜNEN kommen auf 16,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 3,6] und 13 Sitze [+ 2]. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 14 Parteien angetreten: Die FDP erhält 3,4 Prozent [- 3,4] und 3 Stadtratsmandate [- 2], die Freien Wähler bekommen 2,7 Prozent [+ 1,1] und 2 Stadtratsmandate [+ 2], die AfD kommt auf 2,5 Prozent [+ 2,5] und 2 Stadtratsmandate [+ 2], die ÖDP erreicht 2,5 Prozent [+ 0,8] und 2 Stadtratsmandate [+ 1], die Linke bekommt 2,4 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate [- 1], die Rosa Liste kommt auf 1,9 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat, die Partei Hut erklimmt 1,3 Prozent [+ 1,3] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Piraten erhalten 1,2 Prozent [+ 1,2] und ein Stadtratsmandat [+ 1], die Bayernpartei - BP bekommt 0,9 Prozent [- 0,7] und ein Stadtratsmandat, die rechtsradikale Bürgerinitiative Ausländerstopp - BIA kommt auf immerhin 0,7 Prozent [- 0,7] und erhält ein Stadtratsmandat, die islamfeindliche Partei Die Freiheit kommt auf 0,6 Prozent [+ 0,6], bekommt aber keinen Platz im Münchner Stadtrat. Damit ist das seit 1990 bestehende Rot-Grüne Bündnis gescheitert. Auch bei der Wahl zum Bezirksausschuss verliert die SPD massiv. Nur noch in 9 von 25 Gremien ist die SPD stärkste Fraktion (Bisher: 21). Die CSU wird in 13 Stadtbezirken stärkste Kraft (Bisher: 4) Die GRÜNEN werden stärkste Fraktion in Au/Haidhausen, in der Ludwigsvorsadt-Isarvorstadt und in der Maxvorstadt.

30. März 2014 – Dieter Reiter zum Münchner Oberbürgermeister gewählt

München * Bei der Stichwahl der Oberbürgermeisterkandidaten erhält Dieter Reiter [SPD] 56,7 Prozent. Sein Kontrahent Josef Schmid [CSU] kommt auf 43,3 Prozent der Stimmen. Gewählter Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München ist damit Dieter Reiter.

8. April 2014 – Das Nacktbaden in der Stadt wird in 5 Bereichen zugelassen

München * Nachdem das Bayerische Innenministerium im Herbst 2013 die Badeverordnung hat auslaufen lassen, endet in Bayern auch der darin enthaltene „Zwang zur Badekleidung“. Das Münchner Kreisverwaltungsreferat will das Nacktbaden in der Stadt auf insgesamt fünf Bereiche festschreiben. Das sind jene Orte, an denen der hüllenlose Bade- und Sonnengenuss auch



bisher schon erlaubt war und deren Adressen sich seit Jahren in diversen Reiseführern wiederfinden. Gerade die Nackerten im Englischen Garten sind - vor allem bei Besuchern aus Ländern, in denen solche textilfreien Zonen als „unsittlich“ gelten - eine bekannte Touristenattraktion. Und das sind die künftigen Nackerten-Paradiese: Im Englischen Garten auf der Schönfeldwiese hinterm Haus der Kunst, innerhalb des Ovals der Reitbahn. Die sogenannte „Poebene“. In der Schwabinger Bucht, zwischen Sulzbrücke und Alte-Heide-Steg im nördlichen Teil des Englischen Gartens. Am Ostufer der Isarinsel Oberföhring. Bei Maria Einsiedel im westlichen Hochwasserbett der Isar. An der Brudermühlbrücke im östlichen Hochwasserbett der Isar bis hinauf zur Braunauer Eisenbahnbrücke. Am Südufer des Feldmochinger Sees dürfen die Münchner auch künftig auf ihre Badekleidung verzichten. Und selbst am Flaucher, dem Nacktbadestrand Nummer Eins, an dem bisher - sehr zur Verwunderung der Stadtpolitiker - Textilzwang bestand, dürfen jetzt offiziell die letzten Hüllen fallen.

20. April 2014 – Die Abbrucharbeiten um den denkmalgeschützten Zacherlbau beginnen

München-Au * Die Abbrucharbeiten an den Gebäuden um den denkmalgeschützte Fassade des Zacherlbaus an der Ohlmüllerstraße haben begonnen. Auf dem Gelände soll der neue Verwaltungsbau der Paulaner-Brauerei untergebracht werden. Lediglich die historische Fassade und die Kellergewölbe müssen erhalten werden.

26. Mai 2014 – Georg Schlagbauer (CSU) wird neuer Wiesn-Stadtrat

München-Graggenau - München-Theresienwiese * Der Landesinnungsmeister der bayerischen Metzger Georg Schlagbauer von der CSU wird neuer Wiesn-Stadtrat. Der Besitzer einer Metzgerei am Viktualienmarkt übernimmt mit dieser Funktion eine langjährige Domäne der SPD. Sein Vorgänger ist Helmut Schmid.

Oktober 2014 – Der Wirtschaftswert des Oktoberfestes liegt bei 954 Millionen Euro

München-Theresienwiese * Der geschätzte Wirtschaftswert des größten Volksfestes der Welt liegt bei etwa 954 Millionen Euro. Die Stadt als Veranstalter nimmt lediglich 7,3 Millionen Euro an Stand-entgelten ein. Die Kosten liegen bei 5,7 Millionen Euro. Die Differenz von 1,6 Millionen Euro wird in die Instandhaltung und den Ausbau des Festgeländes investiert.



11. Dezember 2014 – Die Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat werden wieder aufgenommen

München * Generalbundesanwalt Harald Range nimmt - 34 Jahre nach dem Oktoberfest-Attentat - die Ermittlungen offiziell wieder auf. Eine neue Zeugin hatte sich bei dem Münchner Anwalt Werner Dietrich gemeldet. Ihre Aussage war ausschlaggebend für die Wiederaufnahme des Verfahrens. Dietrich hatte in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Wiederaufnahme-Anträge gestellt. Der Dritte war jetzt erfolgreich. „Die Ermittlungen fangen jetzt wieder ganz am Anfang an“. Mit den Ermittlungen hat der Karlsruher Generalbundesanwalt das Bayerische Landeskriminalamt beauftragt. Ob das die richtige Entscheidung ist, muss die Zukunft klären.

22. Dezember 2014 – Demonstration für Völkerverständigung - gegen Fremdenhass

München-Gruggenau * Auf dem Max-Joseph-Platz demonstrieren nach Polizeiangaben mindestens 12.000, nach Aussagen der Veranstalter um 20.000 Münchner für Humanität, Respekt und Vielfalt und gegen die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Parolen der PEGIDA-Bewegung. Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes]. Organisiert hat die Veranstaltung die Initiative Bellevue di Monaco um Till Hofmann, Alex Rühle, Matthias Weinzierl und andere. Auf der Bühne stehen Künstler wie Konstantin Wecker, die Sportfreunde Stiller, Koflgschroa, Ami Warning, The Notwist sowie die Kabarettisten Christian Springer, Max Uthoff, Claus von Wagner, Michael Mittermeier, Georg Ringsgwandl und andere. Dieter Reiter kommt in seiner Funktion als Münchner Oberbürgermeister. In seiner Ansprache sagt er: „Die Teilnahme an einer Demonstration ist eine bewusste Entscheidung und damit tragen die Teilnehmer auch eine Verantwortung. Aus dieser Verantwortung dürfen wir die Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen nicht entlassen“. Am Ende der Demonstration singen Tausende Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude“. Die Hymne des Abends heißt „Freude schöner Götterfunke“.

14. Februar 2015 – Der Giesinger Bräu verabschiedet sich vom Untergiesinger Brauplatz

München-Untergiesing * Mit einem Fest „auf dem Bierkeller“ feiert der Giesinger Bräu seinen Abschied von seinem Stammsitz in der Untergiesinger Birkenau. Im Jahr 2006 mietete Geschäftsführer Steffen Marx dort eine Doppelgarage und richtete eine Brauerei samt Bierkeller ein. Die alten Anlagen sind abgebaut und verkauft. Im Herbst übernimmt ein Handwerksbetrieb das Untergiesinger Gelände. Seit November 2014 wird das Bier des Giesinger Bräu im ehemaligen Umspannwerk in der Martin-Luther-Straße gebraut



und verkauft. bsp;

8. Dezember 2015 – Ein neuer Konzertsaal im Werksviertel

München-Berg am Laim * Die Standort-Entscheidung für einen neuen Konzertsaal ist zugunsten des Werksviertels gefallen. Die Bayerische Staatsregierung beendet damit eine fünfzehn Jahre andauernde Diskussion. Eröffnet werden kann der Konzertsaal voraussichtlich im Jahr 2021 - wenn alles reibungslos läuft! Die Baukosten sollen zwischen 200 und 300 Millionen Euro liegen.

Die Erbpacht für das gut 8.000 Quadratmeter große Areal, auf dem 15.000 Quadratmeter Bruttogeschossfläche entstehen werden, soll jährlich bei 600.000 Euro betragen. Über 50 Jahre gerechnet, bedeutet das 30 Millionen Euro für den Besitzer des Geländes, den Pfanni-Erben Werner Eckart. Der Bauherr wird der Freistaat Bayern sein. Beahlt wird das Projekt hauptsächlich vom Steuerzahler. Die Alternativstandorte Paketposthalle und Finanzgarten sind damit ausgeschieden. Bei dem einen Objekt wären die Kosten zu hoch geworden, beim anderen befürchtet man eine Klagewelle. Damit hätte sich der Fertigstellungstermin jeweils weit nach hinten geschoben und das Projekt unkalkulierbar gemacht.

2016 – Die Einsteinstraße 28 geht an die Landeshauptstadt

München-Haidhausen * Das Areal in der Einsteinstraße 28 geht aus dem Besitz der Stadtwerke München an die Landeshauptstadt über. Mehr als 20 Millionen Euro kostete das erste eigene große Bildungszentrum.

Januar 2016 – Die Surferwelle bei der Floßlände in Thalkirchen wird gerettet

München-Thalkirchen * Die Surferwelle bei der Floßlände in Thalkirchen wird durch Ingenieure durch einen Einbau eines einfachen Keils gerettet. Die Welle kommt nun mit 75 Prozent der ursprünglichen Wassermenge aus. Die Surfwelle war seit dem Jahr 2014 ganz verschwunden, nachdem die Stadtwerke die Wasserzuführungen beginnend im Jahr 2009 stark gedrosselt haben.

10. Januar 2016 – In Europas größter Party-Zone gehen die Lichter aus



München-Berg am Laim * In der Kultfabrik und im Optimol-Gelände gehen endgültig die Lichter aus. Damit schließt Europas größte Party-Zone.

1. Februar 2017 – Die Volkshochschule ist offiziell Mieter in der Einsteinstraße

München-Haidhausen * Das Areal in der Einsteinstraße 28 geht offiziell vom Vermieter an die Münchner Volkshochschule übergeben. Die Volkshochschule ist Mieter bei der Landeshauptstadt. Die Mietlaufzeit beträgt 29 Jahre.

21. Februar 2017 – Die Linke will einen Kurt-Eisner-Platz

München * Die Fraktion Die Linke des Münchner Stadtrats bringt einen Antrag zur Umbenennung des Marienhofs in Kurt-Eisner-Platz ein. Darin heißt es: „Der bislang namenlose Platz nördlich des Rathauses wird anlässlich des hundertsten Jahrestages der Proklamation der „freien Volksrepublik Bayern“ durch den ersten Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner zum „Kurt-Eisner-Platz“ gewidmet. Die Landeshauptstadt setzt sich beim Betreiber der S-Bahn München dafür ein, dass auch die geplante Haltestelle für den zweiten S-Bahn-Tiefunnel nach Kurt Eisner benannt wird.“

18. Mai 2017 – Architekt Stephan Braunfels zieht vors Oberlandesgericht

München - München-Berg am Laim * Der Berliner Architekt Stephan Braunfels gibt nicht auf und will mit einer Klage beim Oberlandesgericht durchsetzen, doch noch am Wettbewerb um den neuen Konzertsaal des Freistaates Bayern im Werksviertel teilnehmen zu dürfen.

10. August 2017 – Die Beschwerde des Architekten Stephan Braunfels wird zurückgewiesen

München - München-Berg am Laim * Der Vergabesenat des Oberlandesgerichts weist die Beschwerde des Berliner Architekten Stephan Braunfels gegen die Auswahl der Teilnehmer am Architekten-Wettbewerb zurück. Jetzt soll alles ganz schnell gehen: Ende Oktober, Anfang November soll eine Jury den Siegerentwurf für das neue Münchner Konzerthaus küren, im Frühsommer 2018 sollen die Bauarbeiten auf dem Werksviertel beginnen.

15. September 2018 – Das Bayerische Oberlandesgericht wird wieder gegründet



München * Das Bayerische Oberlandesgericht - BayObLG, das im Jahr 2006 vom damaligen Ministerpräsident Edmund Stoiber aufgelöst worden war, wird wieder gegründet.

31. Dezember 2018 – Augustiner erhöht seinen Bierumsatz um 2 Prozent

München * Der Ausstoß der Augustiner-Brauerei liegt im Jahr 2018 bei 1,63 Millionen Hektolitern. Das entspricht einem Plus von 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und lässt Augustiner auf Platz 11 unter den größten deutschen Brauereien landen.

2019 – Die Niederlande verschärfen die Kontrolle der Zucht kurznasiger Hunde

Niederlande * Neue Beurteilungskriterien ermöglichen es den Behörden, das bestehende Verbot gesundheitsschädlicher Hundezucht gezielter durchzusetzen. Für kurznasige Hunde gelten sechs Kriterien, die unter anderem Atmung, Nasenöffnungen, Schnauzenlänge und Augengesundheit berücksichtigen. Die Regelungen betreffen auch Möpse und Mischlinge. Entscheidend ist die gesundheitliche Beschaffenheit der Elterntiere. Für bestimmte Kreuzungen mit einem langschnäuzigeren Partner bestehen zunächst Übergangsausnahmen.

6. Mai 2019 – Eine Gedenktafel für die ermordeten Kolpinggesellen

München-Maxvorstadt * Am Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5, dem Sitz des Sparkassenverbands Bayern, wird eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Ermordung von 21 Kolpinggesellen am 6. Mai 1919 enthüllt. Das Andenken an die grausamen Vorgänge vor 100 Jahren kam aufgrund einer Initiative von Frau Dr. Hella Schlumberger zustande. Zur Realisierung des Denkmals trägt das Kolpingwerk, die Versicherungskammer Bayern, der Sparkassenverband Bayern und die Landeshauptstadt München bei.

14. Mai 2019 – Die Schiffsschraube vorm Deutschen Museum wird demontiert

München-Isarvorstadt * Die Schiffsschraube vor dem Kongressaal des Deutschen Museums wird demontiert und auf das Außengelände der Flugwerft Schleißheim gebracht. Die Schiffsschraube entstand im Jahr 1905, war aber nie in Gebrauch. Sie ist elf Meter lang und hat einen Durchmesser von 6,85 Meter. Es ist der Propeller eines Schnelldampfers, die von der Friedrich Krupp AG Essen gegossen worden war. Jeder der drei Flügel wiegt 4.400 Kilogramm.



Insgesamt, samt den Lagerblöcken, wiegt das Monstrum 52.040 Kilo. Die Verlegung der Schiffsschraube ist wegen der Sanierung der Ludwigsbrücke notwendig. Sie kommt frühestens in sechs Jahren (2025) zurück.

23. Juni 2019 – Barbusige Frauen an das Nacktbadeverbot erinnert

München * Mehrere Männer eines Sicherheitsdienstes haben barbusige Frauen am Isarufer zwischen Wittelsbacherbrücke und Reichenbachbrücke angesprochen und sie an das Nacktbadeverbot erinnert, das mit einigen Ausnahmen überall in der Landeshauptstadt gilt, obwohl der Wachdienst angewiesen worden war, das textilfreie Baden an der Isar auch außerhalb der FKK-Zonen nicht von sich aus zu verfolgen. Die Badeverordnung verlangt etwas unpräzise: „Wer öffentlich badet, muss im Stadtgebiet der Landeshauptstadt München Badekleidung tragen“. Der Stadtrat muss sich nun in seiner Sitzung am 26. Juni damit beschäftigen, wie viel Nacktheit München verträgt und was unter „nackt“ überhaupt zu verstehen sei.

26. Juni 2019 – Jetzt ist endlich geklärt, was „nackt“ ist

München * Die CSU-Stadtratsfraktion stellt einen Dringlichkeitsantrag für die Vollversammlung des Stadtrats in dem es heißt: „Die Badekleidungssatzung der Landeshauptstadt München wird dahingehend geändert, dass Badebekleidung im Sinne dieser Satzung die primären Geschlechtsorgane vollständig bedecken muss.“ Damit ist geklärt, was „nackt“ ist.

4. Februar 2021 – Die Corona-Sieben-Tage-Inzidenz liegt bei 48,0

München • Die Corona-Sieben-Tage-Inzidenz [= Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner binnen 7 Tagen] liegt in München bei 48,0. Sie liegt damit wieder auf dem Stand vom 12. Oktober 2020. Das sind 10 Tage bis wann der landesweite Lockdown begrenzt ist. Lockerungen wird es laut Oberbürgermeister Dieter Reiter deshalb nicht geben. Der bayernweite Corona-Sieben-Tage-Inzidenzwert liegt bei 83,1, in Deutschland bei 80,7.

19. Mai 2021 – Die Inzidenz in München wieder unter 50

München * Die Sieben-Tage-Inzidenz in der bayerischen Landeshauptstadt ist erneut unter den



Schwellenwert von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner gesunken. Das Robert-Koch-Institut meldet an diesem Tag eine Inzidenz von 47,3.

30. Mai 2021 – Alle Bundesländer erreichen Inzidenz unter 50

Bundesrepublik Deutschland * In allen deutschen Bundesländern ist der Sieben-Tage-Inzidenzwert auf unter 50 gerutscht, nachdem auch Thüringen mit 47,5 unter dieser Marke liegt. Bundesweit liegt der Wert bei 35,2. München hat - trotz leichten Anstiegs - die Marke von 30,7 erreicht.

28. Juli 2021 – Corona-Inzidenz wieder über 25

München * Der Sieben-Tage-Inzidenzwert liegt für die bayerische Landeshauptstadt wieder bei 25,7. Tendenz steigend!

6. April 2022 – Von der Biotopfläche zum Brauereigelände

München-Giesing * Der Stadtrat beschließt, den Flächennutzungsplan von einer Biotopfläche in ein „Sondergebiet Brauerei“ zu ändern. Auf dem Gelände einer ehemaligen Tankstelle kann der Unternehmer Dietrich Sailer nun die Münchner-Kindl-Brauerei errichten. Die Fläche ist bereits versiegelt und wurde zuvor gewerblich als Tankstelle genutzt. Geplant ist eine Brauerei mit einer Jahresproduktion von bis zu 12.000 Hektolitern sowie eine Gastronomie mit 199 Sitzplätzen.

25. Oktober 2022 – Wissenschaftler besetzen den Finanzinvestor Blackrock

München-Kreuzviertel * Unter Federführung von „Scientist Rebellion“, einer Gruppe von Wissenschaftlern aus mehreren Ländern, beginnt eine Aktionswoche. Am Lenbachplatz demonstrieren rund zwei Dutzend Menschen vor den Büros des globalen Finanzinvestors Blackrock, 14 kleben sich im und am Gebäude fest. Sie werden vorläufig festgenommen und nach Feststellung ihrer Identität wieder freigelassen.

24. August 2023 – Die Niederlande beenden eine Ausnahme für die Zucht extrem kurznasiger H



Niederlande * Die Regierung verschärft die Zuchtregelungen für extrem kurznasige Hunde. Die vorübergehende Ausnahme, solche Tiere unter bestimmten Voraussetzungen mit einem langschnäuzigeren Hund zu verpaaren, entfällt mit sofortiger Wirkung. Auch Hunde, die wegen kurzkopfbedingter Beschwerden operiert werden müssen, dürfen nicht zur Zucht eingesetzt werden. Dazu zählen beispielsweise Eingriffe zur Erweiterung der Nasenöffnungen oder zur Kürzung des weichen Gaumens.

16. April 2024 – Bayern erschwert den Cannabis-Konsum

München - Bayern * Nach der Teil-Legalisierung von Cannabis durch den Bund beschließt die Bayerische Staatsregierung, den Konsum im Freistaat zu verbieten auf Volksfesten, in Biergärten und auf Außengeländen von Gaststätten und Schani-Gärten. Zudem wird ein Konsumverbot festgelegt im Englischen Garten, im Hofgarten, im Finanzgarten in München sowie dem Hofgarten in Bayreuth. Bei weiteren staatlichen Gartenanlagen soll ein Verbot über das Hausrecht verhängt werden. Saufen ja - kiffen nein !

22. März 2026 – Dominik Krause wird Oberbürgermeister von München

München * Bei der Stichwahl der Oberbürgermeisterkandidaten erhält Dieter Reiter [SPD] 43,7 Prozent. Sein Kontrahent Dominik Krause [GRÜNE] kommt auf 56,3 Prozent der Stimmen. Gewählter neuer Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München ist damit der 35-jährige Dominik Krause.

6. August 2026 – Gedenktafel für Wilhelm von Ockham im Alten Hof genehmigt

München-Graggenau * Die Untere Denkmalschutzbehörde der Landeshauptstadt München genehmigt die Anbringung einer Gedenktafel für Wilhelm von Ockham im Alten Hof. Die Initiative geht vom Rotary Club München aus, nachdem die vorgeschlagene Würdigung am Max-Joseph-Platz abgelehnt worden ist. Mit dem Standort will der Club an Ockhams Wirken als Philosoph und Berater Kaiser Ludwigs des Baiern erinnern. Seine Wohnstätte befindet sich im Mittelalter im Franziskanerkloster am heutigen Max-Joseph-Platz.

26. September 2026 – München wird deutscher Olympiabewerber



Baden-Baden * Bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes in Baden-Baden setzt sich München mit 91 von 141 Stimmen gegen Köln/Rhein/Ruhr durch, das 50 Stimmen erhält. Die bayerische Landeshauptstadt bewirbt sich damit für Deutschland um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036, 2040 oder 2044. Wann das Internationale Olympische Komitee über die Vergabe entscheidet, ist noch offen.

16. Oktober 2026 – Keine europaweite Ausschreibung für Wiesn-Standplätze

München * Das Bayerische Oberste Landesgericht bestätigt in letzter Instanz das Zulassungsverfahren der Stadt München für das Oktoberfest. Es weist die Beschwerde eines ehemaligen Wiesnwirtes zurück, dessen Unternehmen eine europaweite Ausschreibung der Standplätze nach europäischem Vergaberecht gefordert hatte. Nach Auffassung des Gerichts stellt die Zulassung zum Oktoberfest keine Dienstleistungskonzession dar: Die Stadt vergibt keinen Auftrag zur Erbringung einer eigenen Leistung, sondern lässt Betriebe zu einer öffentlichen Einrichtung beziehungsweise Veranstaltung zu. Damit bestätigt das Gericht die Entscheidung der Vergabekammer Südbayern vom Mai 2026. Der Beschluss ist rechtskräftig. Oberbürgermeister Dominik Krause und Wirtschaftsreferent und Wiesnchef Dr. Christian Scharpf begrüßen die Entscheidung als Sicherung des bewährten Zulassungsverfahrens und des münchenerisch-bayerischen Charakters des Oktoberfests.

23. April 20261516 – Herzogliche Brauvorschriften münden in das Reinheitsgebot

Ingolstadt * Die herzoglichen Brauvorschriften von 1487 und 1493 dienen als Vorbilder für das Bayerische Reinheitsgebot vom 23. April 1516. Mit der neuen Landesordnung gelten einheitliche Regeln für die Bierherstellung im wiedervereinigten Herzogtum Baiern. Die klaren Vorgaben stellen hohe Anforderungen an die bayerischen Brauer. Sie sollen die Qualität des Bieres sichern und das Vertrauen der Bevölkerung in das Getränk stärken. Zugleich spiegeln die Vorschriften ein verbreitetes Misstrauen gegenüber dem Lebensmittelgewerbe wider. Besonders den Brauern unterstellt man eine große Experimentierfreude bei der Verwendung unterschiedlicher Zutaten. Die Braugesetze dienen dem Verbraucherschutz, verfolgen aber auch wirtschaftliche Ziele. Einheitliche Qualitätsstandards verbessern die Konkurrenzfähigkeit des Bieres. Im Laufe des 16. Jahrhunderts gewinnt es gegenüber dem Wein zunehmend an Bedeutung und entwickelt sich schließlich zum vorherrschenden Volksgetränk.